Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

26. Mai 1980
Jg. 8 Nr. 22

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Regierungsdelegation des Demokratischen Kampuchea in Mexiko

z.jüd. Die Sozialministerin des Demokratischen Kampuchea, Ieng Thirith, reiste für mehrere Tage an der Spitze einer Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu einem Freundschaftsbesuch nach Mexiko. Schon seit der Befreiung des Landes, so erklärte sie, habe das Demokratische Kampuchea gute Beziehungen mit Mexiko unterhalten. ,,Wir halten es für wichtig für unsere Sache, Mexiko über die Ereignisse in meinem Land zu unterrichten", erklärte sie bei dem Treffen mit dem Stellvertretenden Außenminister Manuel Tello. Sie gab ihrer Überzeugung Ausdruck, daß mit der moralischen Unterstützung von solchen Ländern wie Mexiko das Demokratische Kampuchea mit Sicherheit den endgültigen Sieg erringen wird. Der chinesische Botschafter gab zu Ehren der Delegation einen Empfang. (Nach Xinhua, 16.5.80).

Vietnam sucht Anerkennung seiner Okkupation Kampucheas

z.gek. Zum Abschluß dreitägiger Gespräche in der thailändischen Hauptstadt Bangkok hat der Außenminister Vietnams, Nguyen Co Thach, festgestellt, daß die Standpunkte nach wie vor unvereinbar seien. Thailand hat auf dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea sowie auf Einberufung einer internationalen Kampuchea-Konferenz beharrt. Vietnam hat sich erneut darauf festgelegt, seine Okkupation von Kampuchea (wie auch von Laos) solange aufrechtzuerhalten, wie die ,,chinesische Bedrohung Indochinas" besteht – kurzum, solange beide Völker der Einverleibung in Vietnams ,,Indochinesische Föderation" Widerstand leisten. Als Ergebnis seiner diplomatischen Pressionen konnte Co Thach allerdings verbuchen, daß der thailändische Premierminister General Prem eine Einladung nach Hanoi angenommen hat.

Madagaskar: Kein Stützpunkt für die sowjetische Kriegsflotte

z.rua. Die Regierung Madagaskars gab Mitte Mai bekannt, daß die Sowjetunion um die freie Überlassung des Hafens Antsiranana – des früheren französischen Militärstützpunktes Diego Suarez – nachgesucht habe. Dieser Hafen ist der drittgrößte des im südlichen Indischen Ozean gelegenen Inselstaates. Er liegt an der Nordküste der Insel und bietet mit einer tiefen Bucht hervorragende Ankerplätze. In seiner Nähe befindet sich ein Flughafen; über ein ausgebautes Straßensystem ist er mit den anderen Städten der Insel verbunden. Für die Sozialimperialisten wäre er ein ideales Sprungbrett ins südliche Afrika. Die Regierung Madagaskars lehnte ihr Ansinnen ab. Es sei keiner ausländischen Macht gestattet, Militärstützpunkte auf dem Territorium Madagaskars oder in seinen Hoheitsgewässern zu erlangen, erklärte sie.

Peru setzt Besteuerung von zwei US-Ölmonopolen durch

z.frb. Die staatliche Ölgesellschaft Perus, Petroperu, hat jetzt die noch im Lande verbliebenen US-Ölmonopole Occidental Petroleum und Belco Petroleum zur Annahme neuer Verträge gezwungen. Peru hatte die vorzeitige Kündigung der 1971 geschlossenen Verträge durch eine Änderung des Ölgesetzes im letzten Dezember veranlaßt. Die US-Monopole müssen 50% des geförderten Öls an Petroperu liefern und zahlen dafür bislang keinerlei Steuern. Nunmehr müssen sie 55% Einkommensteuer und 30% auf Rücktransfer zahlen, was im Schnitt 68% auf den Profit ausmacht. Im Jahr kostet sie das 300 Mio. $. Occident fördert 117000 Faß/Tag, Belco 32000 Faß. Die Gesamtproduktion Perus liegt bei 200000 Faß/Tag. Der Besitz des Exxon-Konzerns war 1968 nach dem Sturz des letzte Woche wieder eingesetzten Präsidenten Belaunde Terry enteignet worden.

Bündnis mit dem iranischen Volk!

EG bekräftigt eingeschränkt das Embargo / Aufhebung der Zwangsmaßnahmen durch die BRD!

z.lup. Im Iran mehren sich täglich die Anzeichen dafür, daß die gescheiterte US-Militäraktion Teil eines wesentlich größeren Interventionsunternehmens war, das darauf abzielt, die Regierung des Iran zu stürzen und die Kontrolle des US-Imperialismus über den Iran wiederherzustellen, wofür die ,,Geiselbefreiung" bloß als Vorwand dienen sollte. Eine iranische Zeitung hat kürzlich enthüllt, daß es mindestens 20 Flughäfen wie den von Tabas gäbe, auf dem die Militäraktion gescheitert war. Sie sind von den US-Imperialisten in den Wüsten des Iran gebaut worden, zum Teil seien sie noch gar nicht entdeckt worden. Auf diesen Flughäfen seien vor der gescheiterten Militäraktion mehrfach US-Flugzeuge gelandet.

Jede größere Militäraktion und alle Erpressungsversuche der US-Imperialisten setzen aber voraus, daß es ihnen gelingt, die westeuropäischen Imperialisten auf die Linie der USA einzuschwören. Umgekehrt ist es für die iranische Revolution von großer Bedeutung, alle Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa zu nutzen, um die westeuropäischen Imperialisten als Feind der iranischen Revolution in dieser Phase zu neutralisieren. Nur so kann es auch gelingen, dem US-Imperialismus standzuhalten, ohne dabei in tiefe Abhängigkeit von den Sozialimperialisten zu geraten.

Bani Sadr hat in einem von der ,,Welt" am 19.5. veröffentlichten Interview zu der Frage Stellung genommen, wie ein vollständiges Embargo Europas den Iran treffen werde und ob dies dazu führe, daß der Iran sich in die Arme der Sowjetunion werfe. Er hat erklärt: ,,Wirtschaftlich gesehen sind wir derzeit in der Lage, uns im Falle eines europäischen Embargos anderswo zu versorgen, aber politisch wäre es eine Katastrophe." Es wäre katastrophal, ,,zuzulassen, daß die eine Supermacht durch eine andere Supermacht abgelöst wird. Vor allem aber durch eine Supermacht, die wir wegen ihrer Invasion in Afghanistan verurteilt haben. Ich würde lieber jede Entbehrung, jedes wirtschaftliche Opfer ertragen, als mich der Sowjetunion in die Arme zu werfen." Im übrigen sei der Iran entschlossen, ,,das Geiselproblem anständig, definitiv, auf friedliche Weise und möglichst bald zu regeln". Voraussetzung sei, ,,daß die USA weder jetzt noch zu einem späteren Zeitpunkt intervenieren". Die Konferenz der islamischen Staaten, die in der vergangenen Woche in Islamabad tagte, hat die US-Militäraktion verurteilt und zu einer friedlichen Lösung des Konflikts aufgerufen. Sie hat die Forderung nach Abzug der sowjetischen Aggressionstruppen aus Afghanistan bekräftigt. Es wurde eine Kommission gebildet, die Wege zur Lösung des Konflikts prüfen soll. Der Druck der Sozialimperialisten, aber auch der westeuropäischen Imperialisten auf die islamischen Staaten, sich auf eine Lösung auf Kosten des afghanischen Volkes einzulassen, ist groß. Der Iran gehörte zu den Staaten, die am entschiedensten die Blockfreiheit gegenüber der Bedrohung durch beide Supermächte verteidigt haben. Indirekt hat Außenminister Qotbzadeh die Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen auch durch Waffenlieferungen angekündigt.

Die EG-Staaten haben am 18. Mai in Neapel ein Wirtschaftsembargo gegen den Iran bekräftigt, von dem Nahrungsmittel und Medikamente sowie solche Handelsverträge ausgenommen sind, die vor dem 4. November abgeschlossen wurden. Die US-Imperialisten hatten wesentlich mehr verlangt. Die BRD hatte verlangt, das Wirtschaftsembargo ohne die zeitliche Befristung auf den 4. November zu beschließen. Nach der EG-Tagung hat sie das Wirtschaftsembargo gleich in Kraft gesetzt. Die Befriedigung etwaiger Schadensersatzansprüche der Kapitalisten sei dabei noch nicht geklärt worden, heißt es. Man kann sich aber ausrechnen, durch was diese Ansprüche der Kapitalisten befriedigt werden sollen: durch Steuerplünderung der westdeutschen Volksmassen und womöglich auch durch Beschlagnahmung iranischer Guthaben in der BRD.

Die britische Regierung ist wenig später von den EG-Beschlüssen abgerückt. Sie will alle geltenden Lieferverträge von dem Embargo ausnehmen. Anders wäre eine Spaltung der konservativen Unterhausfraktion und eine Abstimmungsniederlage im Unterhaus nicht zu vermeiden gewesen. Daraufhin hat die Schweiz erklärt, sie würde sich unter diesen Umständen auch noch einmal überlegen, ob sie sich dem Embargo anschließen solle. Schweden hat erklärt, es würde sich nicht anschließen, und die Türkei hat trotz starken Drucks durch die US auch die westeuropäischen Imperialisten erklärt, sie würde sich einem Embargo nicht anschließen.

Es zeigt sich: die Politik des Iran, gestützt auf das Bündnis der 3. Welt die Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und der EG zu nutzen, um seine Unabhängigkeit zu verteidigen und die Supermächte in ihren Kriegsvorbereitungen zu isolieren, ist klug und realistisch. Die Widersprüche zwischen den USA und der EG sind in dieser Frage scharf. Die EG hatte 1977/78 einen Anteil von 42% an den Einfuhren des Iran, die USA nur 15%. Während die Einfuhren des Iran insgesamt zurückgegangen sind, hat sich dies Verhältnis weiter zuungunsten der USA entwickelt. Um so heftiger ist die Konkurrenz der Imperialisten um den iranischen Markt, auch zwischen den Ländern der EG.

In bezug auf die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte spielt die BRD innerhalb der EG eine besonders üble Rolle. Den von der Sowjetunion lancierten Vorschlag des Kabuler Regimes hat sie sogleich als erfreulich gekennzeichnet. Gleichzeitig gehört sie zu den ersten, die für ,,Solidarität mit den USA" eintreten, wenn es gegen ein blockfreies Land der 3. Welt wie den Iran geht. Unterstützen die Volksmassen in Westdeutschland den Kampf des iranischen Volkes und verlangen die Aufhebung des Embargos, wird die Forderung nach einem demokratischen Friedensvertrag die Unterstützung des iranischen Volkes finden. Die Risse in der NATO-Allianz können vergrößert werden, bis sie zerbricht.

Arbeiter, Bauern, Schüler, Studenten Süd-Koreas erheben sich zum Sturz der Militärdiktatur



Mit der Vertreibung der Armee und Stadtverwaltung aus Kwangju und 16 weiteren Städten im Süden ist die demokratische Volksbewegung zum Aufstand übergegangen. Ein 9-Punkte-Manifest des in Kwangju gebildeten Volksrates fordert sofortigen Rücktritt der Regierung, Hinrichtung des Kriegsrechtsverwalters Chun Doo Hwan, Freilassung der Gefangenen, sowie allgemein Demokratie. Nachdem Teile der Truppen gemeutert haben (Süd-Korea hat allgemeine Wehrpflicht), führt die Regierung in Absprache mit dem US-Oberkommando Elitetruppen heran. Das Rückgrat des Volkswiderstandes in Kwangju bilden Bergarbeiter der nahegelegenen Kohlegruben. Der US-Botschafter in Seoul erklärte, die USA unterstützten die Militärregierung ,,bis zum letzten".

,,Wir werden siegen, wenn wir siegen wollen"

Wahlparteitag der CDU in Berlin / Strauß fürchtet ,,historischen Bruchpunkt"

z.ges. Angesichts der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen erinnerte Helmut Kohl in seinem Bericht an die Europawahlen. Sie hätten gezeigt, daß die CDU/CSU gewinnen könne, ,,auch dann, wenn ein ,Trend' gegen sie sei. Was heißt da ,,Trend"? Die Kriegsvorbereitungen kommen nicht richtig voran: ,,Daß das öffentliche Gelöbnis junger Soldaten auf unsere Verfassung unseren Staat in Atem hält, heftigen Streit innerhalb der SPD provoziert, ein riesiges Polizeiaufgebot notwendig macht, Hunderte von verletzten Polizisten und Soldaten fordert und anschließend in der Presse darüber diskutiert wird, ob man derartige Veranstaltungen künftig besser hinter verschlossenen Türen abhalten sollte – das alles wirft ein grelles Schlaglicht auf den inneren Zustand unserer Republik." Strauß sieht sich vor einem ,,Bruchpunkt der Geschichte". Das erste, was der CDU/CSU nicht paßt, ist also, daß sich niemand durch die Kapitalisten an der Seite der USA in den Krieg der beiden Supermächte um Europa und die Weltherrschaft hineinziehen lassen will und daß der Widerstand dagegen wächst. Entweder USA oder SU, auf jeden Fall aber Herrschaft der Kapitalistenklasse, das sei die Alternative. Das Bündnis mit den US-Imperialisten sei günstiger, folgert dann Kohl: ,,Wir müssen uns ,Für Frieden und Freiheit' einsetzen, dann muß unser Land wieder entschlossen an die Seite der USA treten. Sie allein garantieren unsere Freiheit, und nur gemeinsam mit ihnen können wir den Frieden sichern." Sie müssen ihr Kapital in der BRD sichern. An der Seite der USA sei eher etwas zu holen, gibt Geißler zu verstehen: ,,Der Westen ist stark ... Dem Westen fehlt also nicht die Macht, Frieden und Freiheit durchzusetzen, ihm fehlt nicht die materielle und finanzielle Überlegenheit und auch nicht die militärische Möglichkeit, Frieden und Freiheit zu sichern. Er hat Macht und Überlegenheit." Es fehlten die Politiker, die Macht und Überlegenheit ,,mutig entschlossen" anwenden: innerhalb der NATO, durch deren Beschluß US-Mittelstreckenraketen in der BRD stationiert werden sollen. Auf dem SPD-Parteitag hat Helmut Schmidt diesen Beschluß durchgepaukt.

Ablehnung der Kriegsvorbereitungen ist das erste, was gebrochen werden soll. Dabei sollen die Ansätze der politischen Arbeitereinheit gebrochen werden. Es lege ,,Abgründe frei", wenn sich Arbeitsgemeinschaften der SPD ,,nicht mehr scheuten, mit Verfassungsfeinden zusammenzuarbeiten, die als gewalttätig bekannt sind". Unterdrückung dieser Ansätze politischer Arbeitereinheit, die sich in den Gewerkschaften entwickelt, wäre der sicherste Weg zu einem Sieg der CDU/CSU. Die Regierungssozialdemokratie soll ihn ebnen.

Im Kampf gegen die Arbeitereinheit appelliert die CDU/CSU an die Reichen, deren ,,Einsatz, Leistung und Risiko" sich lohnen müsse, an rückständige Kräfte der Arbeiterklasse, denen lohnende Überstunden versprochen werden, und an die ,,Schwachen": Die CDU/CSU hätte sich zu ihrem Anwalt gemacht. Strauß, der zum Millionär aufgepäppelte und hochgeheiratete Bourgeoispolitiker: ,,Ich kenne die Sprache des Volkes. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie." Der gefürchtete ,,Trend" ist Ergebnis von Interessen und Erkenntnis. Er ist durch die SPD nicht gemacht und wird sich durch Strauß-Reden nicht brechen lassen.

Mississippi, USA: ,,Wir wollen keine Sklaven sein!" – Nationale Demonstration am 17. Mai



2,95$ Stundenlohn, keine Pausen, unbezahlte Überstunden – dagegen streiken die 208 Arbeiter der Geflügelfarm Sanderson seit dem 27.2.1979. Für den 17.5. riefen sie und ihre Gewerkschaft zu einer nationalen Demonstration auf.

z.frb. **Der ,,Bundesverband der Deutschen Industrie" hat befunden, die für 1981 angekündigte Steueränderung sei zu großzügig.** Auf der Jahrestagung des Kapitalistenverbandes erklärte Präsident Rolf Rodenstock, die staatlichen Ausgaben müßten unter Berücksichtigung der Stärkung des Wachstums und der äußeren Sicherheit gesenkt werden. Schlesinger, Präsident der Bundesbank, nahm die Formulierung auf. Auf einer Podiumsdiskussion des BDI-Arbeitskreises Öffentliche Haushalte sponn er: ,,Das Steuerpaket ist fast nur unter unrealistisch großen Anstrengungen zu verwirklichen, ohne das Staatsdefizit auszudehnen." Und Sievert, Vorsitzender des Sachverständigenrates, vollendete: ,,Entweder muß das vorliegende Entlastungsprogramm zusammengestrichen oder über teilkompensatorische Verbrauchsteuererhöhungen gesprochen werden." Und er sprach von Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer. Donnerstag hat der Bundestag die Steueränderung in der Fassung von SPD und FDP verabschiedet. Am 13. Juni wird es die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat ablehnen. Dann tagt der Vermittlungsausschuß. Gaddum, CDU-Finanzminister in Rheinland-Pfalz, bot der Regierungskoalition auf der BDI-Veranstaltung an, über das Volumen des Steuerpakets zu verhandeln. Hinter den Türen des Vermittlungsausschusses haben die ,,Kontrahenten" sich soeben nach langem öffentlichen Streit auf eine Steuererhöhung für die Bauern über einige hundert Mio. DM verständigt.

z.gkr. **Die Bundesregierung hat den Entwurf für einen Nachtragshaushalt im Bundestag eingebracht.** Umschichtungen in Höhe von insgesamt 1,8 Mrd. DM sollen im Haushalt vorgenommen werden, in erster Linie, um die militärischen Interessen der BRD-Imperialisten und der NATO durchzusetzen. Bei Kürzungen besonders im Verkehrsministerium steigt der Haushalt des Verteidigungsministeriums um 390 Mio. DM auf 38,85 Mrd. DM. Die wichtigsten Posten: Beschaffung von Munition um 140 Mio. DM auf 1,59 Mrd. DM erhöht, die Ausgaben für Betriebsstoffe um 175 Mio. DM auf 810 Mio. DM erhöht. – Die Forderung der NATO-Verteidigungsminister nach Stärkung der NATO-Südostflanke entspricht der Politik der BRD-Imperialisten und ist in ihrem Nachtragshaushalt schon berücksichtigt: 330 Mio. DM zu den schon vorgesehenen bzw. bezahlten 200 Mio. DM werden für die im Rahmen der OECD beschlossene Türkeihilfe bereitgestellt. Schließlich wird an einem Militärhilfepaket für die Türkei in einem Gesamtumfang von über 500 Mio. $ gearbeitet. Bis zur NATO-Frühjahrstagung

z.gkr. **Die Bundesregierung hat den Entwurf für einen Nachtragshaushalt im Bundestag eingebracht.** Umschichtungen in Höhe von insgesamt 1,8 Mrd. DM sollen im Haushalt vorgenommen werden, in erster Linie, um die militärischen Interessen der BRD-Imperialisten und der NATO durchzusetzen. Bei Kürzungen besonders im Verkehrsministerium steigt der Haushalt des Verteidigungsministeriums um 390 Mio. DM auf 38,85 Mrd. DM. Die wichtigsten Posten: Beschaffung von Munition um 140 Mio. DM auf 1,59 Mrd. DM erhöht, die Ausgaben für Betriebsstoffe um 175 Mio. DM auf 810 Mio. DM erhöht. – Die Forderung der NATO-Verteidigungsminister nach Stärkung der NATO-Südostflanke entspricht der Politik der BRD-Imperialisten und ist in ihrem Nachtragshaushalt schon berücksichtigt: 330 Mio. DM zu den schon vorgesehenen bzw. bezahlten 200 Mio. DM werden für die im Rahmen der OECD beschlossene Türkeihilfe bereitgestellt. Schließlich wird an einem Militärhilfepaket für die Türkei in einem Gesamtumfang von über 500 Mio. $ gearbeitet. Bis zur NATO-Frühjahrstagung am 25.6. in Ankara soll es fertig ausgearbeitet sein. Fürs erste sind schon 170 Mio. DM Rüstungssonderhilfe im Nachtragshaushalt für die Türkei bereitgestellt. Panzer Leopard und die Panzerabwehrrakete Milan sollen ebenso geliefert werden wie von der Bundeswehr ersetzte Starfigher F 104.

z.fhe. **Die F.D.P. will Änderung des Wucherzinsparagraphen §247 BGB.** Die Kündigungsmöglichkeit bei hohem Zinssatz gibt es seit 1867, sie wurde ins BGB übernommen. Kreditverträge können gekündigt werden, wenn die Zinsen 6% übersteigen. Wirksam wird die Kündigung nach 12 Monaten. Diese Möglichkeit sollte den Industriekapitalisten Geldmittel zufließen lassen und vor den Wucherzinsen des verleihenden Handelskapitals schützen. Geldverleiher sind heute hauptsächlich Banken und Versicherungen. Ist ein Kredit zu hohem Zins über 6% abgeschlossen und sinken dann allgemein die Zinsen, kann der Schuldner kündigen und einen Ersatzkredit zu niedrigerem Zinssatz aufnehmen. Der Bank entgeht der Extraprofit, den sie machen kann, wenn der Schuldner den früheren hohen Zins zahlt. Offensichtlich hat Friderichs seine Parteifreunde aus gutem Grund gedrängt, den Paragraphen noch in dieser Legislaturperiode zu ändern.

z.vol. **Die Bundesregierung hat den Metallhandelskapitalisten einen schnellen Abschluß der Verträge über den Ausbau der Läger für Chrom, Asbest, Mangan, Kobalt und Vanadium angeboten.** Mit 600 Mio. DM Kredit von der staatlichen Kreditanstalt für den Wiederaufbau soll von den Metallhandelskapitalisten eine Rohstoffbevorratung GmbH gegründet werden. Diese soll die Rohstoffe kaufen und Läger halten, die die Produktion für 8 Monate sichern. Die Metallhandelskapitalisten fordern zusätzliche steuerliche Erleichterungen für die Lagerhaltung. Zusammen mit den jetzt schon vorhandenen Vorräten soll dann eine Jahresproduktion gesichert sein. Hauptlieferländer dieser Rohstoffe, die für die Stahl- und Maschinenbauproduktion wichtig sind, sind die UdSSR, Zimbabwe, Azania und Zaire.

z.dif. **Anfang Mai wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft die ,,Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser" (ABVWasserV) dem Bundesrat zur Zustimmung überstellt.** Die Verordnung soll mit Wirkung vom 1. April 1980 in Kraft treten. Sie regelt erstmals bundeseinheitlich die meist vorformulierten Vertragsmuster und Vertragsbedingungen der Wasserversorgungsunternehmen mit den Abnehmern, die Sonderbedingungen für die Versorgung der Industrieunternehmen sind hiervon nicht berührt. §4 legt fest, daß Ansprüche der Abnehmer über die Qualität des Wassers, die über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinausgehen, von diesen selbst bezahlt werden müssen. Bei auftretenden Schäden bei vorübergehenden Wasserabstellungen durch die Versorgungsunternehmen entfällt die Ersatzpflicht bei Schäden bis zu 30 DM. (§6) Die Versorgungsunternehmen sind berechtigt, Vorauszahlungen zu verlangen, wenn ,,zu besorgen ist, daß der Kunde seinen Zahlungsbedingungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt." (§28) Die Vorauszahlung kann in Form einer Pfändung durchgeführt werden (§29), wenn sie nicht bezahlt werden kann.

z.gkr. **Daimler-Benz und MAN haben Gespräche mit türkischen Behörden über eine Fertigung von Dieselmotoren und Nutzfahrzeugen in der Türkei aufgenommen.** Ziel bei Daimler-Benz sind 25000 bis 30000 Motoren. Gleichzeitig hat auch Citroen Pläne für eine Automobilfabrik in der Türkei bekanntgegeben. Diese ,,Wiederbelebung internationaler Geschäftsinteressen" kommt nicht von ungefähr. Der Kapitalexport in die Türkei ist durch die Abwertungen des türkischen Pfundes erheblich erleichtert, nach der jüngsten Forderung des IWF, das türkische Pfund erneut um 20% abzuwerten, ist der Chef der Abteilung Wirtschaftsplanung der Zentralbank mit entsprechenden Zusagen zum IWF gereist. Im Januar hatte die türkische Regierung die Grenzen für ausländische Kapitalbeteiligung auf 49% heraufgesetzt. Die staatliche türkische Motorengruppe Tumosan verhandelt sowohl mit Volvo und Mitsubishi wie auch mit Daimler-Benz über eine Kapitalbeteiligung von 34%. MAN ist schon bisher mit 33% an einer türkischen LKW- und Bus-Fabrik beteiligt, Daimler-Benz mit 36% bei Otubüs (1978 95 Mio. DM Umsatz, 900 Busse).

Gespräche mit türkischen Behörden über eine Fertigung von Dieselmotoren und Nutzfahrzeugen in der Türkei aufgenommen. Ziel bei Daimler-Benz sind 25000 bis 30000 Motoren. Gleichzeitig hat auch Citroen Pläne für eine Automobilfabrik in der Türkei bekanntgegeben. Diese ,,Wiederbelebung internationaler Geschäftsinteressen" kommt nicht von ungefähr. Der Kapitalexport in die Türkei ist durch die Abwertungen des türkischen Pfundes erheblich erleichtert, nach der jüngsten Forderung des IWF, das türkische Pfund erneut um 20% abzuwerten, ist der Chef der Abteilung Wirtschaftsplanung der Zentralbank mit entsprechenden Zusagen zum IWF gereist. Im Januar hatte die türkische Regierung die Grenzen für ausländische Kapitalbeteiligung auf 49% heraufgesetzt. Die staatliche türkische Motorengruppe Tumosan verhandelt sowohl mit Volvo und Mitsubishi wie auch mit Daimler-Benz über eine Kapitalbeteiligung von 34%. MAN ist schon bisher mit 33% an einer türkischen LKW- und Bus-Fabrik beteiligt, Daimler-Benz mit 36% bei Otubüs (1978 95 Mio. DM Umsatz, 900 Busse).

z.gab. **Daß Nixdorf jetzt auch mit einem eigenen Großrechner und eigener Software (Betriebssystem- und Anwendungsprogramme) vorstoßen will, hat die EDV-Kapitalisten aufhorchen lassen.** Mit 71% Marktanteil aller in der BRD installierten Großrechner beherrscht IBM den Markt der großen EDV-Anlagen, und, so kommentiert das ,,Handelsblatt", ,,schließlich säumen etliche Grabsteine den Weg des Wettstreits mit dem Marktführer". Allein die Ankündigung der neuen IBM-Serie / 4300 (50% mehr Leistung bei 30% Preissenkung) brach der Leasing- und Computerfirma Itel, die mit zunächst billigeren Rechnern angetreten war, den Hals und zwang Siemens und Data General zu 20% bzw. 60% Preissenkung. IBM hatte sich als der ,,bessere Meister" in der Ausbeutung erwiesen. IBM-Chef Bösenberg nennt den Grund: ,,verbesserte Herstellverfahren und damit Produktionskosten" und ,,Lohnbestandteile". Nixdorf will jetzt mit eigenem Rechner und einer Nixdorf-Software, die auch auf IBM-Anlagen laufen soll, antreten.

z.acd. **Betriebsräte der europäischen General Motors Niederlassungen in der BRD, Frankreich, England, Belgien,**



Luxemburg, Spanien und Österreich berieten auf einer Konferenz vom 19. bis 21.5. in Genf Gegenmaßnahmen zur GM-Expansion in Europa. Man sprach sich vorerst gegen den Verdrängungswettbewerb der Autokonzerne und die Steuersubventionierung der neuen GM-Werke in Europa aus. Zu einer weiteren Konferenz sollen auch GM-Betriebsräte aus USA kommen. Die IG Metall bei Opel hat mittlerweile Kampfmaßnahmen gegen die Entlassungspläne bei der Bezirksleitung und dem IGM-Vorstand beantragt. Sie gehen über eine Demonstration und Großkundgebung bis zu Arbeitsniederlegungen. Die über 1000 Opel-Vertrauensleute beschließen dazu Anfang Juni in einer a.o. Versammlung.

z.gkr. **Auf dem Ärztetag stand neben der Selbstbeteiligung der Kranken die Weiterbildung der Allgemeinärzte zur Diskussion.** Der Allgemeinarzt solle über ,,Berufserfahrung" verfügen, so allgemein blieb die Aussage zur Weiterbildung. Im nächsten Jahr soll die Frage der Allgemeinarztausbildung erneut verhandelt werden. Der Streit: Soll die Weiterbildung unter Aufsicht des Staates erfolgen und abgeprüft werden oder sollen die ärztlichen Standesorganisationen darüber wachen? Auf einer Pressekonferenz hatte jetzt die ÖTV ihre Vorstellungen vorgetragen. Auf jeden Fall bestehe ,,in der Weiterbildung Anspruch auf ,,volle Bezahlung", die tarifvertraglich zu regeln ist. Weiterbildungsplätze seien aus staatlichen Mitteln zu fördern.

z.mak. **Die Zahl der DGB-Mitglieder ist 1979 erneut gestiegen.** Den absolut höchsten Zuwachs gab es bei den Gewerkschaften HBV und ÖTV, und bei der GEW den prozentual höchsten.

Mitgliederstand am 31. Dezember 1979

DGB-Gewerkschaften	1978	1979
Bau-Steine-Erden	517842	525591
Bergbau u. Energie	362148	363865
Chemie-Papier-Keramik	650675	657920
Druck und Papier	145980	139069
Eisenbahner	414195	407934
GEW	158734	173880
Gart., Land- u. Forstw.	41311	42179
HBV	314244	334036
Holz u. Kunststoff	145076	141033
Kunst	42109	44113
Leder	55068	55266
Metall	2680798	2684509
Nahr.-Genuß-Gastst.	252440	252854
ÖTV	1099396	1118747
Polizei	152486	161616
Post	428878	436407
Textil-Bekleidung	290143	293851
DGB Gesamt	7751523	7832870

Quelle: Die Quelle 5/80, hrsg. vom DGB

Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Frauen hat sich von 1973 mit 16,4% auf 19,7% 1979 erhöht. Die Gewerkschaften Druck und Papier und GdED hatten Mitgliederverluste, da die Beschäftigtenzahl in diesen Bereichen stark reduziert wurde.

z.frb. **In der Mai-Ausgabe der ,,Quelle" kritisiert der DGB die Schönfärberei von Arbeitsminister Ehrenberg in dem von ihm vorgelegten Unfallverhütungsbericht 1980.** Der Bericht schweige sich zu den gesundheitlichen Verschleißprozessen aus. Wenn der Bericht vermelde, der Zuwachs der Berufskrankheiten sei gestoppt, so liege dies nur an der Erfassung. Bei Lärmkrankheiten z.B. lassen die Hinweise der Rechtsstellen des DGB erkennen, daß sowohl bei der Berufskrankheitsanzeige wie bei der Rentenzahlung härtere Maßstäbe angelegt werden. 4351 Todesfälle infolge Arbeitsunfall oder Berufskrankheit erwähnt der Bericht, rund 2500 Todesfälle, die auf Spätfolgen zurückgehen, werden ,,vergessen". Arbeiter erkranken etwa doppelt so häufig an bösartigen Neubildungen der Atemwege als Angestellte: der Bericht erwähnt nichts davon. In dem DGB-Heft wird gefordert, den Zusammenhang zwischen Unfällen und Überstunden künftig zu untersuchen. Vor

,,Weg vom Öl" – Durchsetzung des Energieprogramms

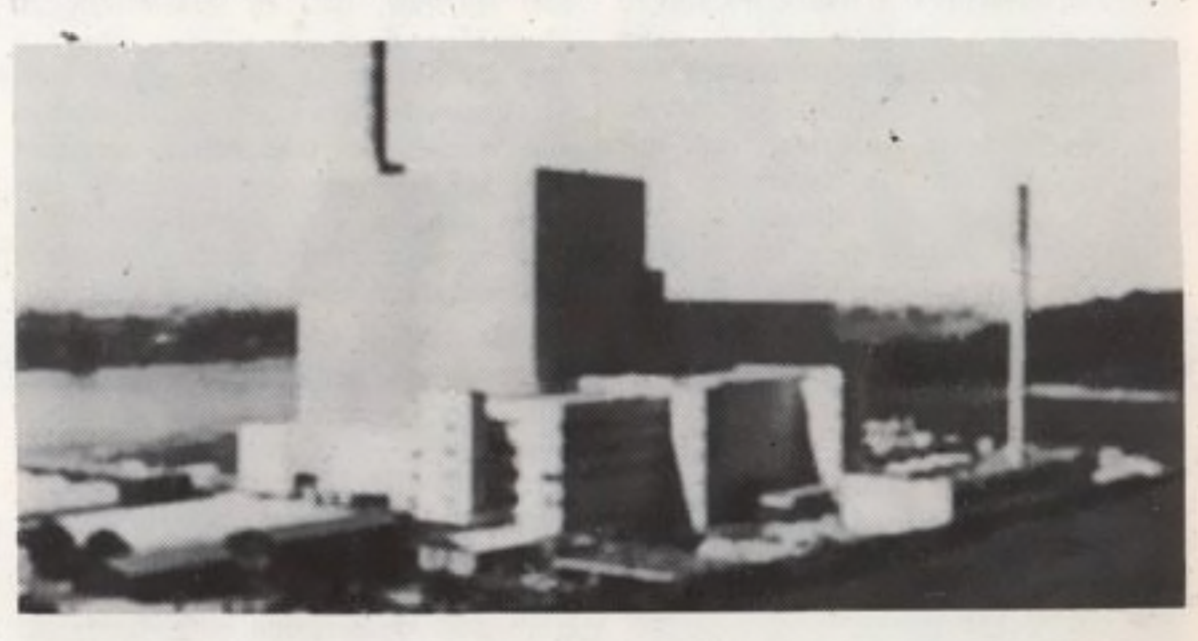
Parlamentarische Kommission bereitet Stellungnahme des Bundestages vor

z.jüd. Seit März letzten Jahres arbeitet eine Kommission aus Bundestagsabgeordneten und Professoren an einer Stellungnahme zur ,,Zukünftigen Kernenergie-Politik". Mitte Juni sollen die Ergebnisse vorliegen. Schwer tun sie sich – angetrieben durch das Energieprogramm der Bundesregierung, dessen Verzögerung aufgeholt werden muß. Und das ist im Wahljahr um so schwieriger. Das Finanzkapital ist fest entschlossen, die Kernenergie auszubauen, um den Druck auf die Öl-Förderländer zu erhöhen: ,,Die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre hat uns allen drastisch vor Augen geführt, welch katastrophale Folgen ein durch Devisenmangel bedingter Rückgang des Welthandels für die Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt hat. Konkret bedeutet dies in der aktuellen Situation, es wäre für ein Land mit hohen Löhnen und Soziallasten wie die BRD in hohem Maße gefährlich, wenn es durch Verzicht auf den Ausbau der Kernenergie auch noch zu einem Land mit vergleichsweise hohen Kosten der Elektrizitätsversorgung würde" (Vertreter des Wirtschaftsministeriums beim Deutschen Atomforum im Januar). Schmidt betonte noch einmal beim letzten Gipfel der westlichen Imperialisten in Tokio: ,,Es wird bleiben bei ... (3.) der Elektrizitätserzeugung auf Basis nuklearer Energie."

Andererseits sind die Beschlüsse der SPD-Parteitage auch Ausdruck der Widersprüche in der SPD: Willy Brandt erklärt den Beschluß vom Dezember 1979 so, daß er auch ,,die Möglichkeit des Ausstiegs aus der Kerntechnik nicht abschneidet oder unnötig erschwert". In der Wahlprogrammvorlage zum Parteitag im Juni des Jahres heißt es: ,,Es wäre unverantwortlich, jenen zu folgen, die um der Rohstoffe willen auch den militärischen Konflikt riskieren würden". Das geht aufs ,,Sparen" und – wie es dann auch heißt – auf die ,,weitere Nutzung der Kernenergie."

Die hessische Landesregierung hat jetzt für das Werk Biblis ein weiteres Zwischenlager genehmigt, weil das erste voll ist. Die Tiefbohrungen in Gorleben sind genehmigt, und der Haushaltsausschuß hat weitere 10 Mio. DM genehmigt, von denen die Hälfte allerdings für Sicherheitsvorkehrungen zur Verfügung steht. Der Import australischer Kohle wird erwogen, weil sie billiger als die heimische ist.

Tatsächlich wird die weitere Verwendung der Kernenergie auch auf allen Ebenen betrieben: Der Haushaltsansatz für Kernforschung 1980 ist um 12,5% auf 2,08 Mrd. DM erhöht worden. 1979 wurden drei neue Kernkraftwerke in Betrieb genommen, allerdings keine neuen Projekte begonnen. Das nächste wird 1981 in Grafenrheinfeld im Kreis Schweinfurt in Betrieb genommen (s.Bild). Die Stromerzeugung aus Kernkraft ist von 10,2% 1978 auf 11,2% 1979 gestiegen; 14 Kernkraftwerke sind jetzt in Betrieb, zwei mußten abgestellt werden, 11 sind im Bau, 10 weitere geplant – mit jeweils größer werdenden Kapazitäten. Trotzdem hat sich das Energieprogramm verzögert. Verantwortlich ist die Bewegung im Volk – gestützt durch die Bauern –, die aber auch Widersprüche in der SPD treibt. Die Bauplatzbesetzung in Gorleben beweist das erneut. Das bietet Möglichkeiten zur breiten Aktionseinheit auch mit einem Teil der Sozialdemokratie; der Wahlkampf kann für diese Ziele gut genutzt werden.



Kirchen und Parteien für schärfere Gangart beim §218

Zentrales Tribunal gegen den §218 in Frankfurt

z.anm. Seit Inkrafttreten des ,,reformierten" §218 im Jahr 1976 sind 905 anerkannte Beratungsstellen aufgebaut worden, davon 164 evangelische, 176 katholische, 85 von ,,Pro Familia", 42 von der Arbeiterwohlfahrt und 408 in kommunalen Ämtern.

Durch den §218 ist die Abtreibung grundsätzlich unter Strafe gestellt, legaler Schwangerschaftsabbruch die Ausnahme, die jeder einzelne ,,Ausnahmefall" einzeln durchsetzen muß, indem er sich einer medizinischen und sozialen Beratung unterzieht, eine Indikation einholen muß und ein Krankenhaus finden muß, das nur mit den genannten Voraussetzungen einen

dacht, daß der legale Schwangerschaftsabbruch die Ausnahme sein sollte, jedoch wird nach wie vor mit 150000 Abtreibungen im Jahr gerechnet. Eine Senkung wurde hier nicht erreicht, es steigt lediglich die Rate der legalen Abtreibungen.

Der CDU-Bundesparteitag hat am 20. Mai ein Programm zum ,,Schutz des ungeborenen Lebens" beschlossen. ,,Ziel einer venünftigen Politik müsse es sein, mit sozialen Hilfsmaßnahmen das Bewußtsein der Schutzwürdigkeit auch ungeborenen menschlichen Lebens zu erhalten, wachsender Kinderfeindlichkeit zu begegnen und die Diskriminierung kinderreicher Familien, unverheirateter Mütter und nichteheli-

weiter fest, daß ,,kein Recht auf Schwangerschaftsabbruch besteht." Eine Verfluchung der Arbeiterbewegung folgt sogleich: ,,Vor allem dürfen sie (die Frauen) sich nicht davon abschrecken lassen, daß ein Kind vielleicht den erreichten oder erwarteten Lebensstandard schmälern könnte. Dem Lebensstandard darf kein Leben geopfert werden. Persönliche Freiheit darf kein Vorwand für liebloses Handeln sein." Diese Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde von der SPD begrüßt. ,,Diese Erklärung der EKD setzt ein mutiges Zeichen auf dem Weg, die Summe der legalen und illegalen Schwangerschaftsabbrüche weiter zu senken." (epd ZA 20. Mai 80)



SPD-Parteitage auch Ausdruck der Widersprüche in der SPD: Willy Brandt erklärt den Beschluß vom Dezember 1979 so, daß er auch ,,die Möglichkeit des Ausstiegs aus der Kern-

Kirchen und Parteien für schärfere Gangart beim §218

Zentrales Tribunal gegen den §218 in Frankfurt

z.anm. Seit Inkrafttreten des ,,reformierten" §218 im Jahr 1976 sind 905 anerkannte Beratungsstellen aufgebaut worden, davon 164 evangelische, 176 katholische, 85 von ,,Pro Familia", 42 von der Arbeiterwohlfahrt und 408 in kommunalen Ämtern.

Durch den §218 ist die Abtreibung grundsätzlich unter Strafe gestellt, legaler Schwangerschaftsabbruch die Ausnahme, die jeder einzelne ,,Ausnahmefall" einzeln durchsetzen muß, indem er sich einer medizinischen und sozialen Beratung unterzieht, eine Indikation einholen muß und ein Krankenhaus finden muß, das nur mit den genannten Voraussetzungen einen Schwangerschaftsabbruch durchführen kann (aber nicht muß). Für die Jahre 77, 78 und 79 weist die Statistik eine steigende Anzahl legaler Schwangerschaftsabbrüche aus, ebenso ansteigend der Anteil der ,,Sozialen Indikation". Die legalen Schwangerschaftsabbrüche betrugen im Jahr 1977 54309 und im Jahr 1978 73548. Der Anteil der Indikationen aufgrund ,,sonstiger schwerer Notlage" betrug im Jahr 77 57,7% der legalen Schwangerschaftsabbrüche, 1978 66,9% und im ersten Vierteljahr 1979 soll er 71,7% betragen haben. Zuviel, sagen Kirchen und bürgerliche Parteien, war doch daran gedacht, daß der legale Schwangerschaftsabbruch die Ausnahme sein sollte, jedoch wird nach wie vor mit 150000 Abtreibungen im Jahr gerechnet. Eine Senkung wurde hier nicht erreicht, es steigt lediglich die Rate der legalen Abtreibungen.

Der CDU-Bundesparteitag hat am 20. Mai ein Programm zum ,,Schutz des ungeborenen Lebens" beschlossen. ,,Ziel einer venünftigen Politik müsse es sein, mit sozialen Hilfsmaßnahmen das Bewußtsein der Schutzwürdigkeit auch ungeborenen menschlichen Lebens zu erhalten, wachsender Kinderfeindlichkeit zu begegnen und die Diskriminierung kinderreicher Familien, unverheirateter Mütter und nichtehelicher Kinder zu überwinden. Das ungewollte Kind dürfe nicht zum Abtreibungsobjekt werden..." In dieselbe Richtung geht auch die lutherische Erklärung zu den Erfahrungen mit der Notlagenindikation. ,,Ein Nein zum Schwangerschaftsabbruch ist noch kein Ja zum Leben."

,,Ziel der staatlichen Gesetzgebung und der kirchlichen Bemühungen muß es nach Auffassung der lutherischen Kirche weiterhin bleiben, Schwangerschaftsabbrüche nach Möglichkeit zu vermeiden." Der Rat der EKD (Evangelischen Kirche in Deutschland) stellt weiter fest, daß ,,kein Recht auf Schwangerschaftsabbruch besteht." Eine Verfluchung der Arbeiterbewegung folgt sogleich: ,,Vor allem dürfen sie (die Frauen) sich nicht davon abschrecken lassen, daß ein Kind vielleicht den erreichten oder erwarteten Lebensstandard schmälern könnte. Dem Lebensstandard darf kein Leben geopfert werden. Persönliche Freiheit darf kein Vorwand für liebloses Handeln sein." Diese Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde von der SPD begrüßt. ,,Diese Erklärung der EKD setzt ein mutiges Zeichen auf dem Weg, die Summe der legalen und illegalen Schwangerschaftsabbrüche weiter zu senken." (epd ZA 20. Mai 80)

In dieser Lage haben zahlreiche Frauengruppen zu einem nationalen Tribunal gegen den §218 am 31.5./1.6. in Frankfurt aufgerufen. Die Forderungen des Aufrufs zum Tribunal sind: Ersatzlose Streichung des §218! Anwendung schonendster Methoden des Schwangerschaftsabbruchs! Keine medizinischen Versuche an Frauen! Kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für Mann und Frau!

Das Tribunal wird sich vorwiegend mit der gegenwärtigen Praxis des § 218 befassen.

Ägypten an der Leine der US-Imperialisten

Regierungsbildung und Verfassungsreferendum / Geringe Zugeständnisse an die Volksmassen

z.rua. Am 12. Mai trat die ägyptische Regierung zurück. Drei Tage später gab Präsident Sadat in einer lange vorher als bedeutsam für eine ,,neue Strategie für die kommende Phase'' angekündigten Rede vor dem Parlament die neue Regierung bekannt. An Stelle des bisherigen Ministerpräsidenten Khalil übernimmt Sadat jetzt selbst das Amt des Ministerpräsidenten; die 19 Ministerien werden der Aufsicht von sechs stellvertretenden Ministerpräsidenten unterstellt, die wiederum Sadat unterstehen. Mit dieser Regierungsform, die dem US-Präsidentschaftssystem ähnelt, konzentriert Sadat alle Machtbefugnisse auf sich. Am 22. Mai ließ er ein Referendum über eine Verfassungsänderung abhalten. Wahlberechtigt sind nur 12 Mio. Ägypter bei einer Bevölkerung von 43 Mio. Die Verfassung soll dahingehend geändert werden, daß die bisherige Amtsdauer des Präsidenten, die zweimal sechs Jahre nicht überschreiten darf, aufgehoben und in eine Amtsdauer auf Lebenszeit umgewandelt wird. Sadats reguläre Amtszeit wäre 1981 ausgelaufen.

Die US-Imperialisten haben Präsident Sadat unter wirtschaftlichen und politischen Druck gesetzt und ihn so zur Unterzeichnung des Abkommens von Camp David im September 1978 und des Friedensvertrages mit Israel im März 1979 gezwungen. Die darauf folgende Isolierung Ägyptens durch die arabischen Staaten nutzen die US-Imperialisten, um Sadat vollständig unter ihr Kommando zu bringen und sich eine feste Bastion im Nahen Osten zu verschaffen. Jährlich pumpen sie 2 Mrd. $ Militärhilfe nach Ägypten. Sie planen vor allem, die ägyptischen Militärstützpunkte so auszubauen, daß US-Luftlandetruppen in großem Umfang dort landen und starten können; US-Panzereinheiten sollen in Ägypten für Militäroperationen gegen die Länder am Persischen Golf stationiert werden. Generalprobe war die fehlgeschlagene Intervention im Iran, die von ägyptischem Boden gestartet wurde.

Wirtschaftlich ist Ägypten seit der Unterzeichnung des Abkommens von Camp David noch stärker in die Abhängigkeit der Imperialisten geraten. Neben den US-Imperialisten versuchen vor allem die Imperialisten der EG, ihren Einfluß zu vertiefen. Die westlichen Staaten insgesamt würden seit dem Abkommen von Camp David wieder zu ,,mehr finanzieller Risikobereitschaft am Nil veranlaßt'', bemerken die Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen. Das in Ägypten neu investierte Kapital wuchs von 273 Mio. ägypt. Pfund 1978 auf 287 Mio. ägypt. Pfund in den ersten neun Monaten 1979. Die ausländischen Bankeinlagen stiegen 1979 um 33% auf 1,466 Mrd. ägypt. Pfund. Insbesondere in den – zoll- und steuerfreien Gebieten in Alexandria und Port Said schießen ausländische Kapitalanlagen wie Pilze aus der Erde. Bis Ende 1980 sollen hier 1037 Betriebe mit einem investierten Kapital von 5,5 Mrd. ägypt. Pfund angesiedelt werden; Schwerpunkte sind die Textil- und Nahrungsmittelindustrie. An den hier angelegten Neuinvestitionen haben die EG-Imperialisten den größten Anteil, gefolgt von den USA und Japan.

Die Verschuldung Ägyptens ist weiter gewachsen. 1979 betrugen die neu aufgenommenen Kredite 5,4 Mrd. $. Ägypten ersuchte den Internationalen Währungsfonds um einen Kredit von 1 Mrd. Sonderziehungsrechten zur Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits. Der IWF genehmigte schließlich 600 Mio. SZR unter der Bedingung, daß die Subventionen für Konsumgüter gekürzt, die Löhne nur minimal erhöht, ein neues Steuer- und Zollgesetz beschlossen und die Zinssätze für Privatkredite erhöht werden.

Bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 35% 1979 erließ die Regierung Anfang 1980 Leitlinien, nach denen die Löhne nur um 10% erhöht wurden. Anfang Februar versuchte die Regierung, die Subventionen für Brot aufzuheben. Daraufhin traten die Bäcker vor allem in den größten Städten wie Kairo und Alexandria in den Streik. Sie wurden von den Volksmassen unterstützt. Die Regierung mußte die Subventionskürzung rückgängig machen; wie 1977, als ihr erster Versuch, den seit 46 Jahren konstanten Brotpreis aufzuheben, eine Welle von Aufständen ausgelöst hatte. Im März trat das vom IWF geforderte neue Steuer- und Zollgesetz in Kraft. U.a. durch Einführung einer Verkaufssteuer sollen die Steuereinnahmen in diesem Jahr um 550 Mio. ägypt. Pfund steigen. Die Einfuhr von Kapitalgütern, Baumaterialien und Ersatzteilen wurde von Zöllen befreit.

Angesichts des wachsenden Widerstandes der Volksmassen gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage sah sich Sadat in seiner Parlamentsrede am 15. Mai gezwungen, einige Zugeständnisse zu machen. Die Mindestlöhne sollen von 22,88 $ im Monat auf 28,60 $ erhöht werden; den Bauern wurde die Erhöhung der Aufkaufpreise zugesichert; die Sicherheits- und Rüstungssteuer soll aufgehoben werden und die Preise für 18 Waren des täglichen Bedarfs, darunter Käse, Gemüse und Kleidung, sollen um 7% gesenkt werden. Alles in allem soll dieses Programm den Staat 140 Mio. $ kosten – das ist nicht einmal ⅓ der durch das neue Steuergesetz eingetriebenen Mehreinnahmen. Gleichzeitig kündigte Sadat die Aufhebung des seit 1914 bestehenden Kriegsrechts an; der 1967 verhängte Notstand bleibt in Kraft. Unter Berufung auf die fortschrittliche Rolle, die Ägypten in der Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes der arabischen Nation früher eingenommen hatte, propagierte Sadat, Ägypten sei das Herz und die Führerin der arabischen Nation und rief zum Sturz der Regierungen Libyens, Syriens, Iraks und des Südjemen sowie zur Gründung einer Gegenorganisation zur Arabischen Liga auf. Einer ,,Bitte'' Carters entsprechend, erklärte er sich zur Wiederaufnahme der von ihm Anfang Mai ausgesetzten ,,Autonomieverhandlungen'' mit Israel bereit.

Im März haben sich die Oppositionsparteien zu einer Nationalen Front zusammengeschlossen und im Ausland eine Exilregierung gebildet. Die Nationale Front fordert in ihrem Aktionsprogramm die Enteignung des ausländischen Kapitals, den Abzug der ausländischen Truppen, die Annullierung des Abkommens von Camp David und die Unterstützung des palästinensischen Volkes in seinem Kampf für ein unabhängiges Palästina. Sie ruft zum Sturz Sadats auf. Sie wird von den Staaten der Ablehnungsfront unterstützt. Die sozialimperialistische Sowjetunion hat ihr ebenfalls Unterstützung zugesichert und hofft, so ihren Einfluß auf Ägypten wiederherstellen zu können. Gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan und die US-Drohungen gegen den Iran demonstrierten im Januar 2000 Menschen in Alexandria; die Hafenarbeiter brachten durch einen Boykott sowjetischer Schiffe die Häfen mehrere Wochen zum Erliegen. Das ägyptische Volk kann nur im Kampf gegen beide Supermächte seine vollständige Unabhängigkeit erringen.



Aufstand Januar 1977 in Kairo gegen die Kürzung der Subventionen für Mehl, Öl, Zucker, Reis. Die Polizei erschoß 60 Ägypter, 600 wurden verwundet.



Es handele sich um Selbstverteidigung im Rahmen des Üblichen – so der Kommentar des Zionistenregimes zum jüngsten Überfall auf ein Palästinenser-Lager im Süden Libanons vor einer Woche. – Mit seiner Aggressionspolitik festigt Israel nur den Zusammenschluß der libanesischen Massen mit der PLO.

Westjordanland – Schlüsselzone des zionistischen Siedlungsprogramms

z.anb. Die fünf Minister des Wirtschaftskabinetts der Regierung Begin haben in ihrem jüngsten Bericht die Einfrierung der staatlichen Investitionsprojekte empfohlen, dies angesichts der im April auf 150% gestiegenen Jahresrate der Inflation. Verteidigungsminister Weizmann hat daraufhin zum vierten Mal in drei Monaten mit seinem Rücktritt gedroht, da eine solche Entscheidung den strategischen Sicherheitsplan gefährde.

Genauso wie die als Vortrupp des Siedlungsprojekts operierende ,,Gusch Emunin'' den Streit zu einer Welle chauvinistischer Propaganda nutzt, geht es auch der Regierung um alles andere als die Aufgabe des Siedlungsprogramms. Im Gegenteil, das Problem für sie besteht darin, daß sie das Programm bis 1983 vollständig durchsetzen will und dafür beträchtliche zusätzliche Geldmittel aus der Ausplünderung der jüdischen Lohnabhängigen zusammenraffen muß.

Seit 1948 hat der Zionistenstaat 385 Dörfer der palästinensischen Massen zerstört, 1,5 Millionen Arbeiter und Bauern vertrieben, seit der Juni-Aggression von 1967 allein 300000 aus den seither besetzten Gebieten Jerusalem, Gaza, Westjordan und Golan. Ein Drittel der 1,4 Millionen Hektar kultivierten Bodens haben zionistische Siedler in Beschlag genommen.

Siedler in Beschlag genommen.

Als sog. Allon-Plan wurde die koloniale Vertreibungspolitik seit 1970 forciert. Unter dem Stichwort ,,Sicherheitsgürtel'' entlang der Grenzen des zionistischen Staates verbargen sich die Kolonialmethoden des Landraubs, die Vollstreckung der politischen Unterwerfung durch die ökonomische. Seit Antritt der Regierung Begin 1977 ist diesem Programm der Anstrich der Förderung von Landwirtschaft und Bewässerungsprojekten gegeben worden, realisiert daher aus dem Agrarhaushalt. Schlüsselzone ist das Westjordangebiet: Erstens ist es eine der fruchtbarsten Regionen des Nahen Ostens; der unter dem Meeresspiegel des Toten Meeres liegende Boden enthält reichliche Grundwasservorräte, die seit Jahrtausenden zur Bewässerung benutzt werden. Zweitens, in dieser Zone hat der Widerstand der palästinensichen Bauern und die Verbindung ihrer Dörfer mit den palästinensischen Städten Nablus, Jericho, Bethlehem, Jerusalem, Hebron günstige Bedingungen, weil die Versorgung mit Nahrung aufgrund mehrfacher Ernten im Jahr gut gesichert werden kann. Drittens, die Annexion Jerusalems, unlängst vom Kabinett Begin dekretiert, setzt die Abtrennung der Stadt von ihrem Hinterland voraus, wie die Besetzung des Westjordanlandes insgesamt die Operationen der palästinensischen Befreiungsarmee in den besetzten Gebieten im Norden und im Gazastreifen ihrer Verbindungsarme berauben würde.

Obwohl die zionistischen Militärbehörden die palästinensischen Massen auf Lastwagen deportieren, in den Städten nach dem Besatzerrecht der britischen Mandatszeit Versammlungs- und Demonstrationsrecht unterdrücken, ist der Widerstand nicht zu brechen, solange nicht die Bauern von ihrem Land vertrieben sind. Von den Kolonialmächten übernommen, bildet die Methode des Wasserraubs den Kern des Siedlungsprogramms. Von den 850 Mio. m³ Wasservorrat des Westjordans werden inzwischen 85% in das zionistische Kerngebiet abgeleitet. Von den restlichen 120 Mio. m³ werden 50% von insgesamt 62 zionistischen Siedlungen verbraucht, in denen 8000 Siedler intensive Landwirtschaft – vor allem Anbau von Grapefruit und Bananen für den Export – betreiben. 500 Meter tiefe Brunnen, direkt neben den jahrhundertealten der palästinensischen Dörfer, haben die Felder

stinensischen Dörfer, haben die Felder

der Bauern in trockene rissige Schollen verwandelt, Bananenstauden vernichtet, landwirtschaftliche Nutzfläche auf Jahrzehnte zerstört.

Um die Städte herum errichten die Zionisten Siedlungsringe, allein um den größten Teil Jerusalems herum wurden 15000 angesiedelt. Zwanzig Meter breite Straßen werden in die Landschaft getrieben, um die einzelnen Siedlungen mit militärischen Transportschneisen zu verbinden.

Diese Tatsachen sind vom UNO-Sicherheitsrat, von der PLO und den palästinensischen Bürgermeistern des Westjordanlandes enthüllt worden. Nach mehrmaligem Veto gegen eine Verurteilung Israels haben sich die USA letzte Woche der Stimme enthalten; die Sowjetunion tat dasselbe in der ersten Abstimmung Ende Februar, und hat im Vorjahr dem Zionistenregime mit 50000 Ausreisebewilligungen den seit Jahren größten Nachschub organisiert.

---

einigen Jahren war dies angetippt worden, doch mittlerweile hat Ehrenberg auch das gestrichen.

z.jük. **Der jährliche Konjunkturbericht des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie stellt für 1979 eine Ausweitung des Bauvolumens um 16% fest,** was einer Summe von 235 Mrd. DM entspricht, erwartet aber für das Jahr 1980 in der zweiten Jahreshälfte einen Rückgang. ,,Dadurch wird sich der Wettbewerb auf dem Baumarkt verschärfen'', wird im weiteren festgestellt. Tatsache ist, daß der Konkurrenzkampf in der Bauindustrie in den letzten Jahren eine erhebliche Konzentration gefördert hat, gleichzeitig etliche Konkurse und Vergleichsverfahren gewesen sind. Allein im Bauhauptgewerbe umfaßt die Entwicklung der Konkurse seit 1971 folgende Daten: 1971 / 407, 1972 / 397, 1973 / 615, 1974 / 1164, 1975 / 1244, 1976 / 1111, 1977 / 1117, 1978 / 939, 1979 / 807. Für das Jahr 1980 wird eine rückläufige Entwicklung beim Wohnungsbau erwartet. Eine Ursache ist, daß die Effektivverzinsung bei Hypothekarkrediten, mit denen im allgemeinen die Wohnungsbauten finanziert werden, erheblich gestiegen ist. Waren die Zinsen 1979 noch 7,6%, so lagen sie im April 1980 bei 10%. Schon jetzt ist ein Rückgang im Wohnungsneubau ersichtlich anhand der Baugenehmigungen, die der bürgerliche Staat kontrolliert.

z.mat.Sydney. **Für kurze Zeit kehren die in Ozeanien zusammengeraubten Schätze des Bremer Überseemuseums dahin zurück, wo sie hingehören.** Im Juli finden dort die dritten südpazifischen Kunstfestspiele statt. Mehr als zwanzig Inselstaaten wollen Theater-



und Tanzgruppen nach Papua-Neuguinea schicken, das die Spiele in diesem Jahr ausrichtet. Auch eine Ausstellung der historischen Kunstschätze der Inseln ist geplant, doch die besten Stücke haben die deutschen Kolonialisten verschleppt. Kunstgegenstände aus Samoa, den Karolinen, den Marschallinseln, Tonga, Tuvalu und Papua-Neuguinea befinden sich zur Zeit auf dem Weg zu den Festspielen – als ,,Leihgabe'' des Überseemuseums.

z.anp. **,,Ein großes Unglück. Berlin muß nun mit einem zerstörten Symbol leben'',** so der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Dietrich Stobbe, anläßlich des Einsturzes der Kongreßhalle am 21.5.. Und der CDU-Vorsitzende Lorenz: ,,. . .die deutsch-amerikanische Freundschaft ist dauerhafter als kühne Baukonstruktionen.'' Europas ehemals modernstes Kongreßgebäude – US-amerikanischer Beitrag auf der Internationalen Bauausstellung von 1957 – war für die Bourgeoisie *das* Symbol deutsch-amerikanischer Freundschaft. Der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt: ,,Niemand wird jenes Band zerreißen können, das zwischen dem freien Berlin und seinen amerikanischen Freunden geknüpft ist.'' Als Einsturzursache gibt es Vermutungen: Von Materialermüdung über Konstruktionsfehler bis hin zu sowjetischen Düsenjägern, die die Schallmauer durchbrochen hätten.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL - a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

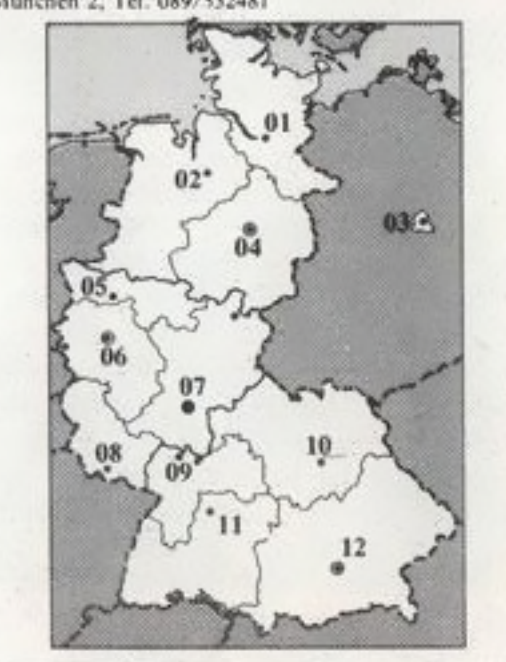
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hek. **Günther Jansen, Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, hat am 12.5. öffentliche Vereidigungen von Soldaten abgelehnt.** ,,Vereidigungen gehören in den täglichen Dienstbetrieb...Für Beamte werden auch keine Stadien gemietet.'' Gerd Börnsen, SPD-Mitglied des Landtages mußte bereits auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Olympia-Boykott gegen das Auslaufen der Zerstörer in den Indischen Ozean Stellung nehmen. Ebenso die Kieler Jusos, die sich an einer Aktionseinheit für eine Demonstration am 8. Mai in Kiel beteiligten. Dort wurde der Nachrüstungsbeschluß der Regierung und die Aggressionen der USA und der UdSSR im Mittleren Osten verurteilt. Auf dem Landesparteitag 1979 wurde beschlossen:,,Verbot von Kernwaffen. Keine Stationierung von Strahlenwaffen in der BRD.'' Gegenwärtig führt der Arbeitskreis Sozialdemokratischer Frauen eine Unterschriftensammlung gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD durch. Einen Fortschritt kann die breite Bewegung gegen den Krieg nur erreichen, wenn sie sich nicht auf den von Jansen gleichzeitig beschworenen ,,Verteidigungsbeitrag der BRD in der NATO'' und die ,,Entspannungspolitik der Regierung'' festlegen läßt, sondern eigenständig für die Forderung nach Austritt aus der NATO und Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges eintritt.

r.pen. **Am 21. Mai fanden die Lohnverhandlungen für die Beschäftigten der Novopanwerke Triangel Gifhorn und Göttingen statt.** Die Kapitalisten boten eine Erhöhung des Ecklohns um 0,60 DM, entsprechend 6,71% ab 1.5.80 und um 0,11 DM, entsprechend 1,23% ab 1.2.81 an. Der Ecklohn würde sich damit von 8,94 DM auf 9,54 DM ab 1.5.80 und auf 9,65 DM ab 1.2.81 erhöhen. Die Verhandlungskommission hat das Ergebnis abgelehnt, weil der Ecklohn in den Novopanwerken bereits der niedrigste in der Branche ist und dies sich durch die Erhöhung nicht ändern würde. Am 28. oder 29. Mai sollen die organisierten Arbeiter und Angestellten der beiden Werke über das Ergebnis abstimmen. Trotz der relativ schwachen Forderung von 10%, die keinen wirksamen Schutz gegen das Absinken der unteren Lohngruppen bildet, wird das Ergebnis von den Arbeitern des Spanplattenwerkes Triangel ziemlich einhellig abgelehnt. Es ist das erste Mal, daß ein Verhandlungsergebnis den Arbeitern und Angestellten zur Abstimmung vorgelegt wird. Der Organisationsgrad im Werk Triangel liegt zwischen 50 und 60%. Dies und die Tatsache, daß die Lager der Kapitalisten leer gefegt sind schafft günstige Voraussetzungen für einen Streik. Die Arbeiter sind sich

boten eine Erhöhung des Ecklohns um 0,60 DM, entsprechend 6,71% ab 1.5.80 und um 0,11 DM, entsprechend 1,23% ab 1.2.81 an. Der Ecklohn würde sich damit von 8,94 DM auf 9,54 DM ab 1.5.80 und auf 9,65 DM ab 1.2.81 erhöhen. Die Verhandlungskommission hat das Ergebnis abgelehnt, weil der Ecklohn in den Novopanwerken bereits der niedrigste in der Branche ist und dies sich durch die Erhöhung nicht ändern würde. Am 28. oder 29. Mai sollen die organisierten Arbeiter und Angestellten der beiden Werke über das Ergebnis abstimmen. Trotz der relativ schwachen Forderung von 10%, die keinen wirksamen Schutz gegen das Absinken der unteren Lohngruppen bildet, wird das Ergebnis von den Arbeitern des Spanplattenwerkes Triangel ziemlich einhellig abgelehnt. Es ist das erste Mal, daß ein Verhandlungsergebnis den Arbeitern und Angestellten zur Abstimmung vorgelegt wird. Der Organisationsgrad im Werk Triangel liegt zwischen 50 und 60%. Dies und die Tatsache, daß die Lager der Kapitalisten leer gefegt sind schafft günstige Voraussetzungen für einen Streik. Die Arbeiter sind sich
darüber einig, daß das Ergebnis mindestens die sofortige Erhöhung um den vollen Prozentsatz sein muß. Das wird jedoch nicht ausreichen, die gestiegenen Reproduktionskosten auszugleichen, da für die Arbeiter und große Teile der Angestellten noch unter 100,- DM netto dabei herauskommt. Hier rächte sich, daß die Forderung nach Hebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns bisher in der Gewerkschaft nicht verankert werden konnte, es kann aber genutzt werden, um die Einheit herzustellen.

b.kaq.Lübeck. **Aus den Schornsteinen der Lübecker Firma Steinle KG wurden täglich 1,5 kg Blei an die Luft abgegeben.** Mit diesem Ergebnis trat erst jetzt das Lübecker Gewerbeaufsichtsamt an die Öffentlichkeit. Die Firma Steinle, die in einem Wohngebiet liegt, produziert Dosen für Kondensmilch. Die Dosen werden verlötet mit einer Zink-Blei-Legierung. Die anfallenden Lötreste wurden in zwei Schmelzöfen zur Wiederverarbeitung aufbereitet, wobei dann mit jedem Kubikmeter Luft 146 Milligramm Blei an die Luft abgegeben wurden, bei einem zulässigen Grenzwert von 20 Milligramm. Am 19. Dezember lagen die ersten Ergebnisse vor, am 17. Januar wurden die Anlagen stillgelegt. Bei den Bodenuntersuchungen an acht Stellen wurde an drei Stellen, auf dem Firmengrund, auf einem nahegelegenen Schulhof einer Schule mit 580 Schülern und im Schulgarten ein Bleigehalt zwischen 300 und 1000 Teilen pro Millionen (ppm) festgestellt. Bereits 100 ppm können bei Pflanzen Wachstumsbeeinträchtigungen auslösen. Der Boden des Firmengeländes soll jetzt ausgetauscht werden. Bei der Untersuchung der Arbeiter wurde ein erhöhter Bleigehalt, aber – so das Gewerbeaufsichtsamt – ,,noch keine Vergiftungen'' festgestellt. Die Stadt Lübeck hat alle Anwohner und Schüler aufgerufen, sich kostenlos beim Gesundheitsamt untersuchen zu lassen. Wer für den gesundheitlichen Schaden der Arbeiter und Anwohner aufkommt, steht noch nicht fest.

b.klw. **Am 13.5. schloß die DAG mit der Förde-Reederei einen Heuertarifvertrag ab mit 6,9% mehr Heuer und strukturellen Verbesserungen.** Für Decksmänner, Küchenfrauen, Küchenhilfen und Bordhelfer, also untere Löhne, erfolgte eine Vorweganhebung von 25 DM (Serviererin vorher 1435 DM, jetzt 1533 DM). Für Kioskverkäufer ist die Garantieheuer wesentlich erhöht (von 1454 auf 1871 DM), die vorher z.T. einzelvertraglich vereinbarte Umsatzbeteiligung soll aufgegeben werden. Durch Anhebung der Garantielöhne für Kioskverkäufer ist der Schwankung des Lohns je nach Umsatz und der zwangsweisen Durchbrechung des Normalarbeitstages eine Schranke gesetzt. Küchenfrauen erhalten mit 1364 DM und Decksmänner mit 1411 DM immer noch Niedrigstlöhne. Allerdings hat der Kampf der dänischen Fährarbeiter nach kollektivem Tarifvertrag und die Bewegung nach Anhebung der unteren Lohngruppen ihren Niederschlag gefunden.

b.how. **Hand in Hand mit der Heeresstrukturreform geht die Neuordnung der Unteroffiziersausbildung.** Um kriegsfähig zu werden, braucht die Bundeswehr mehr und schärfer ausgebildete Unteroffiziere. Neben 3000 neugeschaffenen Stellen werden durch Zentralisierung der Verwaltungstätigkeiten Uffze für die Truppe freigemacht: z.B. Rechnungsführer und Geschätszimmer-Uffze wird es nur noch in der Stabskompanie eines Bataillons geben; dadurch werden z.B. im FmBtl 620 in Flensburg die ca. 30 bis 40% Wehrpflichtigentruppführer der Funk- und Fernmeldetrupps ersetzt. Der neugeschaffene Unteroffizierslehrgang Teil 1 von 11 Wochen Dauer ersetzt die bisherige Unteroffiziersvorausbildung (4-6 Wochen). In ihm stehen die allgemeinen Ausbildungsgebiete, also Formalausbildung und Waffendrill, auf dem Programm. Der anschließende Teil 2 dient dann der ,,Vertiefung im fachlichen Bereich'' und der ,,Menschenführung''. Insgesamt dauert die Ausbildung jetzt 22 statt bisher 15-17 Wochen, die Beförderung zum Unteroffizier kann frühestens nach 15 Monaten statt vorher 12 erfolgen. Laut Generalleutnant Poeppel trifft das schon heute auf 55% der Uffze zu. Die Einbuße von 430 DM für die 6000 vierteljährlich angehenden Unteroffiziere wird die Attraktivität der Laufbahn kaum steigern. Schon jetzt beklagt Poeppel bei einem Fehl von 10% Unteroffizieren eine sinkende Tendenz bei der Verpflichtung bzw. zum Längerdienen.

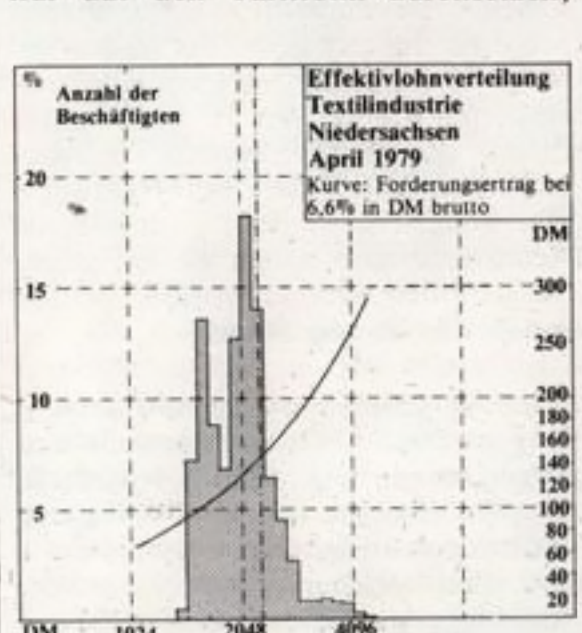
schätszimmer-Uffze wird es nur noch in der Stabskompanie eines Bataillons geben; dadurch werden z.B. im FmBtl 620 in Flensburg die ca. 30 bis 40% Wehrpflichtigentruppführer der Funk- und Fernmeldetrupps ersetzt. Der neugeschaffene Unteroffizierslehrgang Teil 1 von 11 Wochen Dauer ersetzt die bisherige Unteroffiziersvorausbildung (4-6 Wochen). In ihm stehen die allgemeinen Ausbildungsgebiete, also Formalausbildung und Waffendrill, auf dem Programm. Der anschließende Teil 2 dient dann der ,,Vertiefung im fachlichen Bereich'' und der ,,Menschenführung''. Insgesamt dauert die Ausbildung jetzt 22 statt bisher 15-17 Wochen, die Beförderung zum Unteroffizier kann frühestens nach 15 Monaten statt vorher 12 erfolgen. Laut Generalleutnant Poeppel trifft das schon heute auf 55% der Uffze zu. Die Einbuße von 430 DM für die 6000 vierteljährlich angehenden Unteroffiziere wird die Attraktivität der Laufbahn kaum steigern. Schon jetzt beklagt Poeppel bei einem Fehl von 10% Unteroffizieren eine sinkende Tendenz bei der Verpflichtung bzw. zum Längerdienen.

b.jok. **Die Unfallhäufigkeit auf der Phoenix steigt weiter.** Die Unfallstatistik für Phoenix-Harburg meldet für 1979 565 Arbeitsunfälle, das sind 133 pro 1000 Beschäftigte. Seit 1975 ist die Unfallhäufigkeit ununterbrochen gestiegen. Damit liegt Phoenix weit über dem Durchschnitt der westdeutschen Kautschuk-Industrie. Nach dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft Chemie 1978 lag der Durchschnitt in der gummiherstellenden und -verarbeitenden Industrie bei 95,5 Arbeitsunfällen pro 1000 Vollarbeiter, bei Phoenix waren es 1978 129. In den Betrieben der Größenordnung zwischen 3000 und 4999 Beschäftigten, zu der auch Phoenix gehört, lag die Unfallzahl sogar nur bei 77 pro 1000 Vollarbeiter. Die meisten Unfälle passieren in den Abteilungen, wo erstens an offenen Walzwerken und Pressen gearbeitet wird und zweitens Dreischichtbetrieb gemacht wird. Beides fließt direkt in die hohe Unfallzahl ein. Am Sonnabend passieren 3,5 mal weniger Unfälle als im Wochendurchschnitt. Da aber am Wochenende weit weniger als ein Drittel arbeiten, ist die Unfallhäufigkeit während der Überstundenarbeit erheblich höher, schätzungsweise doppelt so hoch. Am meisten werden die Hände verletzt (46,4% aller Unfälle). Mit Walzen, Pressen und Schneidevorrichtungen im Akkord zu arbeiten, kann schnell eine Fingerkuppe, einen Finger oder die ganze Hand kosten.

b.güt. **Die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft hat beschlossen, den Zuschuß zu Veranstaltungen des Bildungsurlaubs von 500000 DM auf 2 Mio.DM zu erhöhen.** Dieser Antrag wurde in der Bürgerschaft eingebracht. Das ist ein Erfolg der Kampagne des DGB nach voller Finanzierung. Erfüllt ist die Forderung damit nicht. Bisher können nur 1,2% aller Kollegen Bildungsurlaub nehmen.

Die Lohnerhöhung muß auf den Effektivlohn durchgesetzt werden

r.boj. 6,6% auf die Tariflöhne und Gehälter; Steigerung des Urlaubsgeldes um 39 DM; Erhöhung der Jahressonderzahlung um 5% auf 55% eines durchschnittlichen Monatslohnes sind die wesentlichen Ergebnisse des Lohnabschlusses in der Textilindustrie – Tarifbezirk Westfalen/Osnabrück. Entgegen der ausdrücklichen Forderung der Gewerkschaft Textil/Bekleidung hat jetzt die Geschäftsleitung von NINO in Nordhorn – mit 4009 Beschäftigten der größte Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft im Tarifbezirk – erklärt, lediglich die Tariflöhne um 6,6% anzuheben, d.h. nur für die Arbeiter, die nach Akkordsystem entlohnt werden, wird sie auf den Effektivlohn wirksam, da in der Textilindustrie der Lohn der obersten Altersstufe gleich Akkordrichtsatz ist. Bei NINO arbeiten von den ca. 3000 Arbeitern 1500 im Akkord, 800 in Prämie, 300 im Zeitlohn mit Leistungszulagen, 450 im Zeitlohn nach Punktbewertung und 300 im reinen Zeitlohn. Für die Arbeiter, die nach einem Zulagensystem bezahlt werden, machen diese Zulagen zwischen 25 und 30% des Effektivlohnes aus. Ausdrücklich halten die NINO-Kapitalisten in ihren Einstellungsverträgen fest, daß die Zulagen nur für die Laufzeit des jeweils gültigen Lohntarifvertrages gezahlt werden, d.h. sie haben dann sogar die Möglichkeit diese Zulagen gegen eine Lohnerhöhung aufzurechnen. In die nebenstehende Effektivlohnverteilung für die Textilindustrie Niedersachsens haben wir den Bruttoforderungsertrag bei 6,6% eingetragen. 80 – 100 DM brutto würde die Erhöhung für die unteren Lohngruppen – zumeist Frauen – bringen, das auch nur wenn eine Erhöhung auf die Effektivlöhne durchgesetzt wird. Ein Gutteil dieser Lohnerhöhung wird aber noch von der Lohnsteuer weggefressen. Bezahlt man bei 1400 DM brutto in Steuerklasse IV/1 155,50 DM Lohnsteuer, sind es nach der 6,6%igen Erhöhung bereits 175,90 DM von 1492 DM, d.h. ¼ wird von der Lohnsteuerprogression gefressen. Können sich aber die Textilkapitalisten durchsetzen und die Lohnerhöhung nur auf den Tariflohn durchsetzen,



würde dies die Lohnerhöhung nochmals um ca. ⅓ schmälern.

Gleichzeitig macht die NINO-Geschäftsleitung Druck auf die Akkorde. So in der Weberei. Die Weber bei NINO arbeiten fast vollständig im Zeitakkord, d.h. sie bekommen je nach Stärke des zu webenden Garns unterschiedliche Vorgabezeiten die malgenommen mit den gewebten Schußeintragsleistungen die Akkordzeit ergibt. In der letzten Zeit kommt es in den Websälen infolge schlechten Materials häufig zu Kettenfäden- und Schußfädenbrüchen. Bis die Vorgabezeit dafür neu festgelegt wird, das dauert seine Zeit, so daß die Weber im Lohn absinken, was die Weber wiederum noch mehr antreibt, in dem Versuch dies auszugleichen. In der vorletzten Woche sind deshalb die Weber eines Websaales geschlossen zum Betriebsrat gegangen und haben mit ihm besprochen, daß man den Vorgabezeiten entsprechend Material fordern muß.

Am 17.5. hat die NINO-Geschäftsleitung Zahlen über das Geschäftsjahr 1979/80 veröffentlicht. Der Umsatz ist um 12% auf 472 Mio. DM gestiegen – gegenüber einer 4%igen Steigerung des Umsatzes der gesamten Textilindustrie. Man sieht, das Geld ist vorhanden, um eine Erhöhung auf den Effektivlohn durchsetzen zu können.

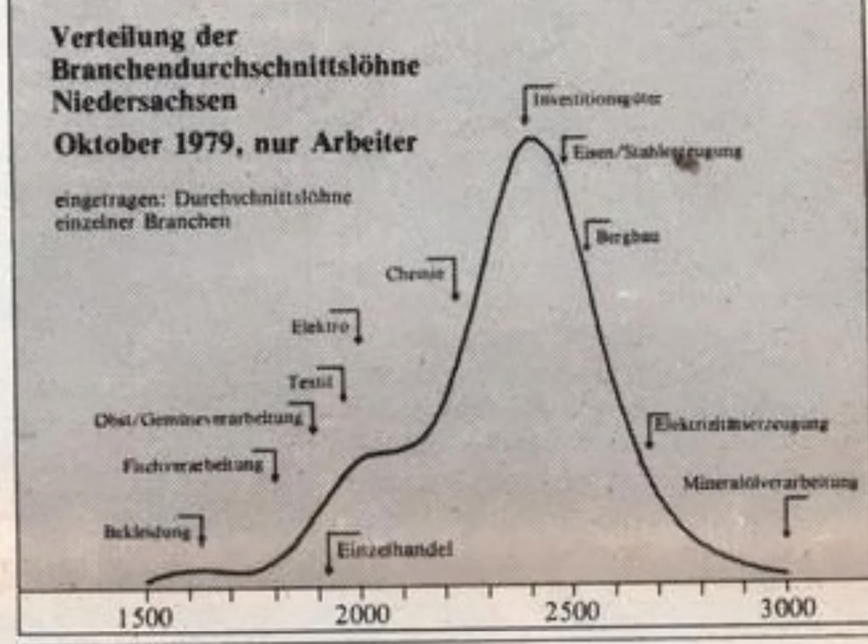
Schwieriger Kampf gegen große Lohnunterschiede zwischen den Branchen

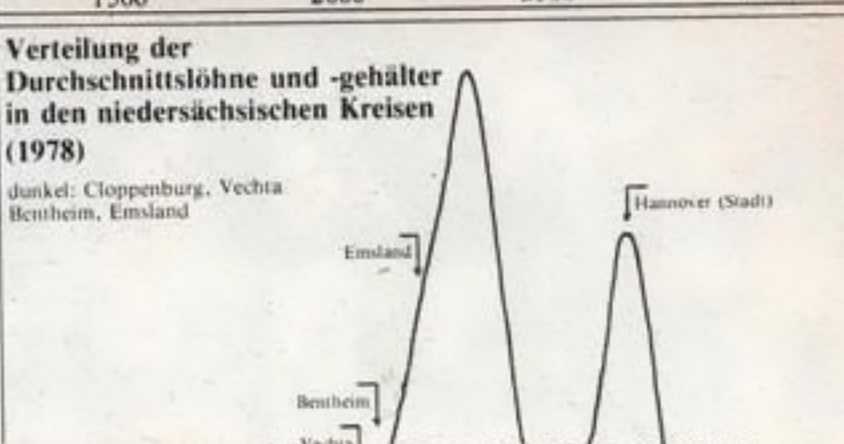
r.gör. Das Ausmaß der Lohnunterschiede zwischen den Branchen wird oft noch unterschätzt. Das obere Schaubild zeigt, daß die Spanne zwischen den monatlichen Durchschnittslöhnen bis zu 1500 DM beträgt. Ganz unten auf der Lohnskala befinden sich solche Branchen wie: Nahrungs- und Genußmittelindustrien, Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, die Elektroindustrie, aber auch der Einzelhandel.

Wie die Lohnspaltung innerhalb der Betriebe und Branchen so nutzt auch die Lohnspaltung zwischen den Branchen ausschließlich den Kapitalisten. In jedem Fall verschärft die Lohnspaltung die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und erzeugt dadurch einen allgemeinen Druck auf die Löhne.

Die Bekämpfung dieser Lohnspaltung ist schwierig. Und obwohl in vielen Lohnkämpfen bereits als bewußte Aufgabe gestellt, konnte das Ausmaß der Spaltung auch noch nicht verringert werden. Durch Untersuchung wurde festgestellt: Zwar hat die Lohnspaltung zwischen den Branchen bis etwa Mitte der 60er Jahre abgenommen, aber seitdem nimmt sie in der Tendenz wieder zu. Ein wesentlicher Grund ist: Es herrscht ein enger Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit (wie überhaupt der Masse an für die Kapitalisten frei verfügbarer und einsetzbarer Arbeitskraft) und dem Ausmaß der Lohnspaltung.

Hand in Hand mit der Lohnspaltung zwischen den Bran-





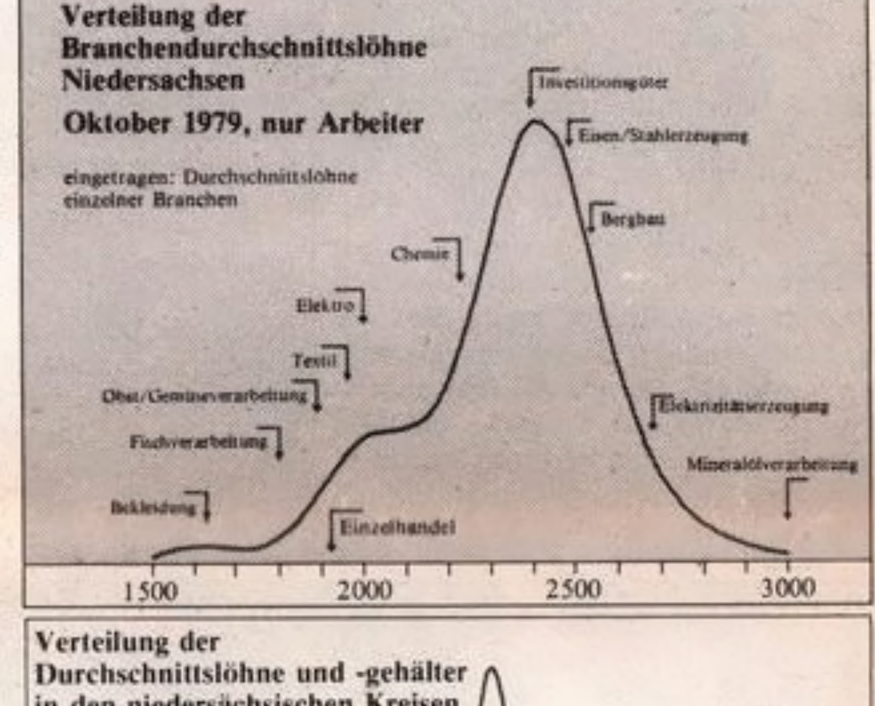
Schwieriger Kampf gegen große Lohnunterschiede zwischen den Branchen

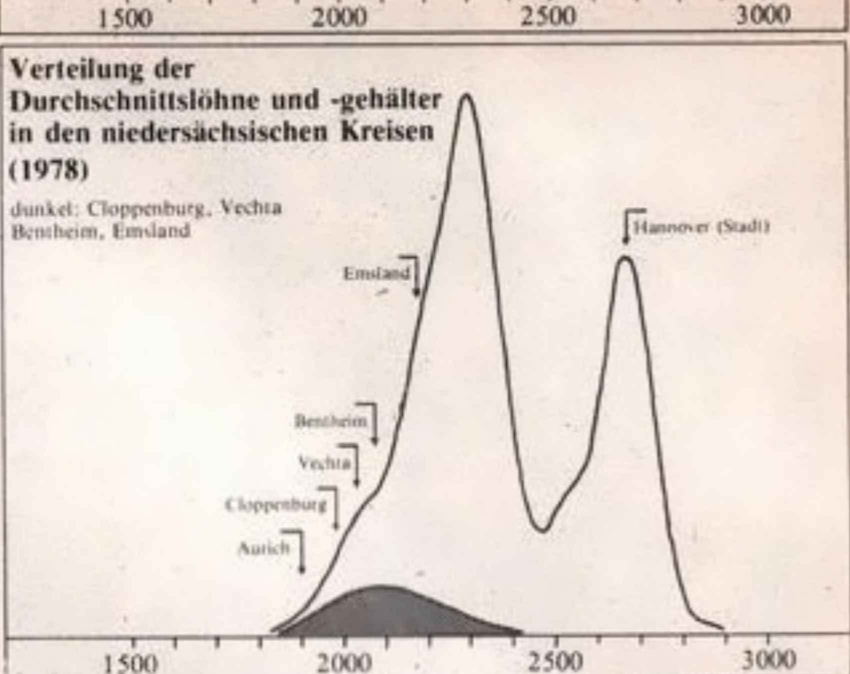
r.gör. Das Ausmaß der Lohnunterschiede zwischen den Branchen wird oft noch unterschätzt. Das obere Schaubild zeigt, daß die Spanne zwischen den monatlichen Durchschnittslöhnen bis zu 1500 DM beträgt. Ganz unten auf der Lohnskala befinden sich solche Branchen wie: Nahrungs- und Genußmittelindustrien, Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, die Elektroindustrie, aber auch der Einzelhandel.

Wie die Lohnspaltung innerhalb der Betriebe und Branchen so nutzt auch die Lohnspaltung zwischen den Branchen ausschließlich den Kapitalisten. In jedem Fall verschärft die Lohnspaltung die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und erzeugt dadurch einen allgemeinen Druck auf die Löhne.

Die Bekämpfung dieser Lohnspaltung ist schwierig. Und obwohl in vielen Lohnkämpfen bereits als bewußte Aufgabe gestellt, konnte das Ausmaß der Spaltung auch noch nicht verringert werden. Durch Untersuchung wurde festgestellt: Zwar hat die Lohnspaltung zwischen den Branchen bis etwa Mitte der 60er Jahre abgenommen, aber seitdem nimmt sie in der Tendenz wieder zu. Ein wesentlicher Grund ist: Es herrscht ein enger Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit (wie überhaupt der Masse an für die Kapitalisten frei verfügbarer und einsetzbarer Arbeitskraft) und dem Ausmaß der Lohnspaltung.

Hand in Hand mit der Lohnspaltung zwischen den Branchen gehen zudem große regionale Lohnunterschiede. Das Schaubild unten zeigt die Verteilung der Durchschnittslöhne, die in den verschiedenen Kreisen Niedersachsens herrschen. Die zweigipflige Verteilung drückt hauptsächlich die Lohnspaltung zwischen Stadt und Land aus. Von wesentlichem Einfluß ist aber auch die regionale Branchenstruktur. Der niedrige Lohnstandard in der Textil- und Bekleidungsindustrie, zum Beispiel, ist sicher mitverantwortlich für das niedrige Lohnniveau in den westniedersächsischen Kreisen, wo diese Industriezweige konzentriert sind. – Um den Kampf gegen diese verschiedenartigen Lohnspaltungen voranzubringen, sind die Forderungen nach ausreichendem Arbeitslosengeld für alle Arbeitslosen und für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit entscheidend.





Das obere Schaubild wurde aufgrund der Lohnstatistik für Niedersachsen vom Oktober 1979 berechnet. Zugrundegelegt wurden die Durchschnittsverdienste der Arbeiter (nur im Einzelhandel die Monatsgehälter der Angestellten), deren Wochenlöhne durch Multiplikation mit 13/3 auf Monatslöhne umgerechnet wurden. Das untere Schaubild wurde aus der niedersächsischen Kreisstatistik 1979 errechnet. Die dort ausgewiesenen Jahresbeträge für die Bruttolöhne und -gehälter wurden durch 12 geteilt, um Monatswerte zu erhalten. Für die Darstellung wurde in beiden Schaubildern eine stetige Verteilung benutzt, so daß die Häufigkeiten als Flächen unter der Verteilungskurve erscheinen.

b.hos. **Bürgernähe für 50 Mio. DM – Aufhebung der Bannmeile wäre kostenneutraler.** Mit bisher angesetzten 38 Mio.DM aus den Lohngeldern der Arbeiter und Angestellten will sich Klose den Rathausmarkt verschönern. Die CDU riecht ein Wahlkampfthema. ,,Klose – größenwahnsinnig'' hört man von der CDU. Zins und Tilgung des Hamburger Senats gegenüber den Banken sehen sie gefährdet. Die Sorgen der CDU spricht der Präsident der Handelskammer, Schlenker, aus: ,,...es (ist) schwer zu verstehen, wenn jetzt mindestens 40 Mio. DM trotz unübersehbarer Etatrisiken in den Rathausmarkt gesteckt werden sollen.'' Klose läßt beruhigen. Das Ganze diene der Belebung der Innenstadt und komme auch den Geschäftsleuten zugute. Und schließlich:,,...werden die vier Figuren des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmals aufgestellt..'' Aufhebung der Bannmeile ist nicht geplant. Solcherart Innenstadtbelebung ist auf dem Rathausmarkt nicht vorgesehen, kann sich aber leicht einstellen.

b.thc. **,,Wenn die Preisanhebung nicht zur Kostenentwicklung paßt, werden wir weiterkämpfen und auf einer zweiten Preisanhebung bestehen.''** Dies erklärte der Kreisbauernvorsitzende von Ostholstein Karl Eigen zu den Erzeugerpreisen. Z.Zt. drücken vor allem die niedrigen Schweinepreise (25% der Einnahmen) das Einkommen der Bauern. Zur Einkommenssituation werden auf dem Kreisbauerntag am 5.6. in Eutin Stellschilder und Transparente ausgestellt. Außerdem werden Bauern aus anderen Kreisen eingeladen. Hauptredner wird der Bauernverbandsvorsitzende Heeremann sein.

b.wik. **50 Frauen der Fischersiedlung Husum haben einen offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP in der Stadtvertretung sowie an den Bürgermeister Schlüter, das Gewerbeaufsichtsamt und an die Firmen Thordsen und Raiffeisen geschrieben.** Sie fordern die Stadtvertretung Husum in ihrem Brief auf, endlich Maßnahmen zu ergreifen, die die Firmen Thordsen und Raiffeisen dazu zwingen, Absaugvorrichtungen an ihren Silos zu installieren, damit der feine Staub aus den Silos bei nördlichem bis westlichem Wind nicht länger die ganze Fischersiedlung zudeckt. ,,Es ist uns nicht unbekannt, daß seit Jahren um dieses Thema Verhandlungen stattfinden und daß zwischen Betreiber und Behörde deswegen Konfrontationen bestehen. Für uns Frauen stellt sich die Frage, ob seitens der Behörden (Stadt, Gewerbeaufsichtsamt, usw.) mit dem nötigen Nachdruck diese Angelegenheit bearbeitet wird. Es soll unseres Wissens heute doch schon Anlagen geben, die einen staubfreien Umschlag von Schüttgütern möglich machen... Es ist ein Zeitpunkt erreicht, wo wir klar zum Ausdruck bringen möchten, daß wir ...den Schmierkram ,,satt haben'' und wir werden, wenn es wie bisher weitergeht, ...Klage erheben gegen die Verursacher.'' Die Vertreter der Stadt haben es bis jetzt noch nicht für nötig gehalten, dazu Stellung zu nehmen.

b.stb. **Erster Lohntarifvertrag für Auszubildende und Praktikanten in schleswig-holsteinischer Landwirtschaft.** Am 7.5. haben der Landwirtschaftliche Arbeitgeberverband in Schleswig-Holstein und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) – Landesbezirk Nordmark – einen solchen Vertrag zum ersten Mal abgeschlossen. Festgelegt wurden im wesentlichen die Bruttomonatsvergütungen für Auszubildende zwischen 458,30 und 621,30 DM und für Praktikanten mit 542,30 bzw. 621,30 DM (mit/ohne Vorkenntnisse). Der anrechenbare Wert für Kost und Wohnung

Dokumentation von Anträgen der Verwaltungsstelle Hamburg zum 13. o. Gewerkschaftstag der IGM

r.mis. Am 22.5. tagte die Hamburger Vertreterversammlung und beriet über die Anträge an den Gewerkschaftstag. Den Delegierten lagen über 120 Anträge aus den Metallbetrieben vor. Sie dokumentieren den Fortschritt der Arbeiterbewegung. Die Anträge wurden mit großer Mehrheit verabschiedet. Nicht die Mehrheit der Delegierten erhielten Anträge, die eine Satzungsänderung forderten, nach der der Bezirksleiter gewählt werden soll.

Im folgenden dokumentieren wir einige Anträge.

1.7. Steuerreform
Der Gewerkschaftstag der IG Metall hält eine grundlegende Steuerreform für erforderlich. Langfristig muß sie darauf angelegt sein, daß der zum Leben unbedingt notwendige Teil des Einkommens nicht besteuert wird. Kurzfristig muß sie die unteren und mittleren Einkommen spürbar und dauerhaft entlasten. Der Gewerkschaftstag spricht sich deshalb dafür aus, – den Grundfreibetrag und die Progressionsgrenze zu erhöhen und sie jährlich der Einkommensentwicklung anzupassen, – die indirekten Steuern, die speziell die unteren und mittleren Einkommensgruppen treffen, nicht zu erhöhen, – die Einkommensgrenzen für die Sparförderung der Entwicklung ab 1975 anzupassen und laufend zu dynamisieren sowie die nichtberufstätigen Ehegatten und die Arbeitslosen in die gesetzliche Sparförderung mit einzubeziehen.

1.15. Entspannungspolitik
Der 13. o. Gewerkschaftstag der IG

1.15. Entspannungspolitik
Der 13. o. Gewerkschaftstag der IG

Metall möge beschließen, auf die Bundesregierung einzuwirken mit dem Ziel, – daß der begonnene Weg zur politischen Entspannung fortgesetzt und durch militärische Entspannung und Initiativen zur Abrüstung erweitert wird, – sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West, – keine Erhöhung der Rüstungshaushalte, – Ächtung aller ABC-Waffen, – konstruktiver Beitrag der Bundesregierung bei allen aktuellen Abrüstungsverhandlungen, – Vorbereitungsmaßnahmen für eine generelle Umstellung von der Rüstungsproduktion auf Güter des zivilen Bedarfs.

1.16. Keine Frauen in der Bundeswehr
Mit Entschiedenheit wendet sich die IGM gegen jegliche Bestrebungen, Frauen in die Bundeswehr einzubeziehen, ob auf freiwilliger oder auf Grundlage allgemeiner Wehrpflicht. Die Delegierten fordern in diesem Zusammenhang den Vorstand auf, entschieden auch öffentlichkeitswirksam gegen solche derartigen Pläne vorzugehen und gleichzeitig mit Hilfe aller gewerkschaftlichen Publikationen das notwendige Problembewußtsein in der Mitgliedschaft zu schärfen.

3.9. Untere Tarifgruppen
Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Die IGM bekräftigt ihr tarifpolitisches Ziel, eine verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltssätze zu verwirklichen und gleichzeitig auf die Streichung der untersten Tarifgruppen hinzuwirken. Die Tarifkommissionen und der Vorstand werden aufgefordert, diesem Ziel Priorität in der künftigen tariflichen Einkommenspolitik einzuräumen.

3.15. Schichtarbeit
Die IGM strebt grundsätzlich die Abschaffung und das Verbot von Nachtarbeit und eine wesentliche Einschränkung von Schichtarbeit zum Schutze der Arbeitnehmer an. Um dies zu erreichen, müssen alle betrieblichen, tariflichen und gesetzlichen Initiativen durch die IGM, der Ruinierung der Arbeitskraft durch Nacht- und Schichtarbeit Schranken zu setzen, verstärkt werden. Dazu gehört die Durchsetzung von Ausgleichsregelungen, die die betroffenen Kolleginnen und Kollegen gesundheitlich wirkungsvoll entlasten.

6.1. Altersgrenze und Sonderregelungen für stark belastete Arbeitnehmergruppen
Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Vorrangiges sozialpolitisches Ziel der IGM soll die weitere Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze sein. Darüberhinaus wird der Vorstand der IGM aufgefordert, auf die Bundesregierung einzuwirken, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, daß Arbeitnehmer, die mindestens 20 Jahre Schichtarbeit geleistet haben, ab dem 50. Lebensjahr nicht mehr in Conti-Schicht beschäftigt werden dürfen, ohne daß sie berufliche und finanzielle Nachteile erleiden. Arbeitnehmer, die diese Voraussetzungen erfüllen und Schwerbehinderte sollen ab dem 55. Lebensjahr auf Antrag das vorgezogene Altersruhegeld beziehen können. Bei der Berechnung der Rentenhöhe sind die fehlenden Beitragsjahre bis zur normalen Altersgrenze auf der Basis des Durch-

den Beitragsjahre bis zur normalen Altersgrenze auf der Basis des Durch-

schnittsverdienstes der letzten 12 Arbeitsmonate hinzuzurechnen. Die hierauf beruhenden Sozialversicherungsbeiträge sind vom Arbeitgeber zu leisten.

6.17. Arbeitszeitordnung
Der Vorstand wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß eine umfassende Neuordnung in der nächsten Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet wird. Dazu gehört u.a.: (...) Ist die höchstzulässige Arbeitszeit von 60 bzw. 48 Std. in der Woche auf 40 Std. zu begrenzen. – Soll die Berechtigung des Arbeitgebers gemäß §6 AZO, Überstunden bis zu einer täglichen Arbeitszeit von 10 Std. an 30 Tagen anzuordnen, entfallen, gemäß §3 AZO darf die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit bei Fließbandarbeit die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. – Sollen Sonderschichten und Überstunden nur noch in außergewöhnlichen Fällen bei unvorhersehbarem Arbeitsanfall unter Mitbestimmung des Betriebsrates gemäß §87 BetrVG möglich sein. – Für die Dauer von Kurzarbeitsperioden oder bei Entlassungen sollen weder Sonderschichten noch Überstunden geleistet werden. (...)

6.20. Sozialversicherungsrente für ausländische Arbeitnehmer
Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber und die Träger der Rentenversicherung dahingehend einzuwirken, daß auch nichtdeutschen rentenberechtigten Arbeitnehmern Rente in die Heimatländer gezahlt wird. Dazu ist erforderlich, daß – insbesondere der § 94 AVG ersatzlos gestrichen wird (...)

Finanzsenator Nölling will Steuerreform noch weiter schmälern

b.obj. Am 13. Mai informierte der Hamburger Finanzsenator die Bürgerschaft über eine voraussichtliche Erhöhung des Haushaltsdefizits von 439 Mio. DM auf 770 Mio. DM. Das heißt, daß dem Hamburger Senat trotz einer Verschuldung von über 8,5 Mrd. DM an die Banken immer noch 770 Mio. DM fehlen werden, um seine Ausgaben zu tätigen. Er wird sich wieder Geld von den Banken leihen müssen. In den Jahren 1977 und 1978 hat der Senat alles Geld, was er sich bei den Banken geliehen hat, ihnen sofort wieder für Zins und Tilgung auf den Banktisch legen müssen. Auf dem linken Schaubild kann man sehen, daß das nicht einmal ausgereicht hat. Je weiter der Senat sich verschuldet, desto schärfer muß er den Tribut an das Finanzkapital über Steuern und Gebühren von den Lohnabhängigen abpressen

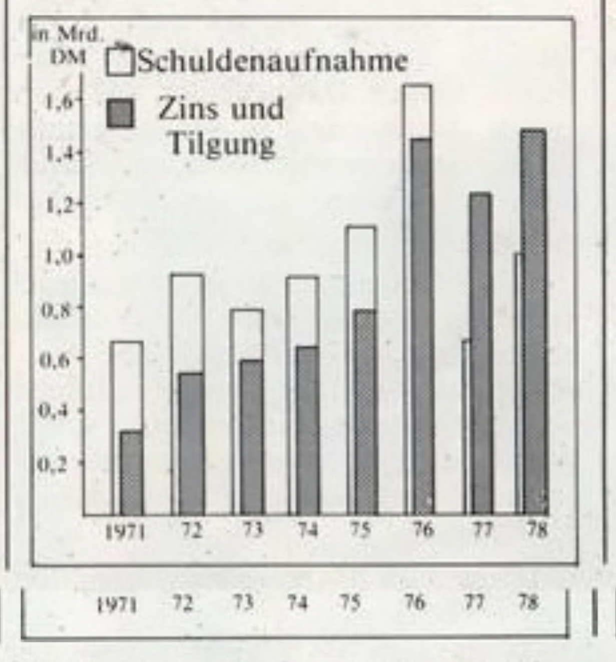
Auf dem rechten Schaubild kann man die Entwicklung der Steuereinnahmen in Hamburg sehen, aufgeteilt nach Kapitalisten und Lohnabhängigen. Dabei haben wir 10% der Kfz-Steuer und aller Verbrauchersteuern den Kapitalisten zugeschlagen; die Einkommenssteuer bei den Lohnabhängigen, weil immer mehr Einkommenssteuer bezahlen müssen. Auch wenn aus diesen Grüden das Schaubild etwas ungenau ist, kann man sehen, daß die Kapitalisten nur den kleinen Teil der Steuern bezahlen, und vor allem der Zuwachs fast vollständig von den Lohnabhängigen abgepreßt ist. Dies hat den Kampf gegen die Steuer auf den

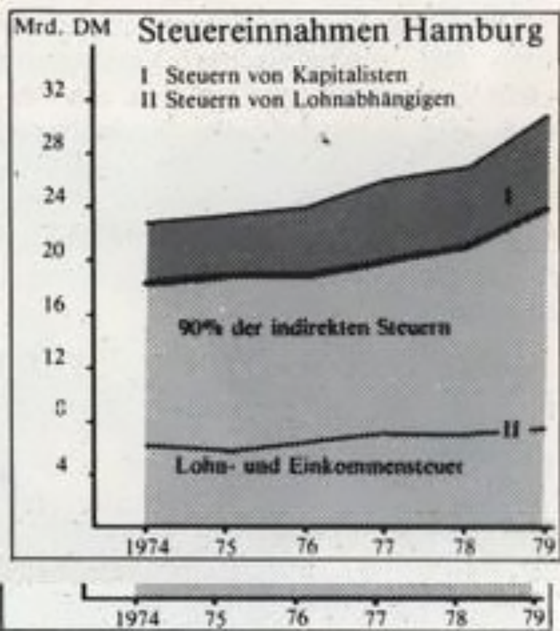
abhängigen abgepreßt ist. Dies hat den Kampf gegen die Steuer auf den

Lohn und den Verbrauch hervorgetrieben, dem Bürgermeister Klose auf der Mai-Kundgebung gegenübergestanden hat. Deshalb kann der Hamburger Finanzsenator auch nicht einfach neue Steuern und Gebühren beschließen, um die Haushaltslücke zu decken, sondern er muß manövrieren.

Schuld an der Erhöhung des Defizits seien „Erhöhung bei den Personalkosten (rund 100 Mio. DM)... und Verminderung bei den Steuereinnahmen (rund 220 Mio. DM) infolge der unerwartet hohen Zerlegungsverluste". Der Widerstand gegen die weitere Plünderung soll also auf die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gelenkt werden, weil sie eine höhere Lohnerhöhung als eingeplant durchgesetzt hatten, und es soll auch vorbereitet werden eine verschärfte Vernutzung der Arbeitskraft im Öffentlichen Dienst durch Stellennichtbesetzung. Dann soll abgelenkt werden auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen, weil der Hamburger Senat an diese Länder statt bisher 23,8% der Brutto-Lohnsteuereinnahmen jetzt 31% zahlen muß. Dies ist jedoch nur ein Ausdruck der Tatsache, daß ein noch größerer Teil der Arbeiter, die von Hamburger Kapitalisten ausgebeutet werden, in diesen Bundesländern wohnen und deshalb die Lohnsteuer dorthin abgeführt werden muß.

Nach den Angaben des Arbeitskreises „Steuerschätzung" beim Bundesfinanzminister wird 1980 das nominale Bruttosozialprodukt um 6,5% zunehmen und die Lohnsteuereinnahmen um 11,5%. Die Regierung wird um eine Steuerreform nicht herumkommen, zumal die Gewerkschaften einen Afghanistan-Abschlag deutlich abgelehnt haben.





KVAG betreibt Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs in Kiel

b.uws. Am 1.6.80 gilt der neue Fahrplan der Kieler Verkehrs AG. Von der KVAG ist er als Verbesserung angepriesen worden. Tatsache ist jedoch, daß der Nahverkehr in den Randbereichen ausgedünnt wurde, insbesondere abends, samtags, sonn- und feiertags.

Mettenhof: Der zweitgrößte Stadtteil mit 19250 Einwohnern wird von der Linie 9 nur noch alle 30 Min. (bisher 15 Min.) bedient. Die Linie 2/12, die nur bis 19.00 Uhr fährt, wird sonntags ganz eingestellt.

Projensdorf und Tannenberg: Die Linie 2/12 fährt hier nach wie vor alle 30 Min. und nur bis 19.00 Uhr. Hinzu kommt, daß jetzt die Linie 6/16 nachmittags statt im 20-Min. nun im 30-Min.-Takt fährt.

Schulensee: Die Linie 1 fährt nachmittags alle 20 statt alle 15 Min. und abends alle 60 statt alle 30 Min..

Hammer: Hier gibt es eine Verbesserung, da für diesen Stadtteil erstmals die Linie 11 eingerichtet wurde, die aber nur bis 18.00 Uhr fährt und sonntags nur 2 mal. Danach sieht es umso schlechter aus, wegen der Abstriche bei der Linie 1.

Hasse: Die Linie 3 wird ganz eingestellt. Stattdessen übernimmt die Linie 15 diesen Stadtteil mit. Dies hat eine Ausdünnung der Fahrten am Abend, samstags, sonn- und feiertags vom 30-Min. auf den 60-Min.-Takt zur Folge.

Strande/Friedrichsort: Eine Verbesserung wurde erreicht, da die Busse nun alle 30 Min. fahren. Offensichtlich hat sich die Strecke wegen der Ausflugsziele als profitabel erwiesen.

Wik: Die Linie 1 ist geändert, wie bei Schulensee beschrieben, und die Ausdünnung der Fahrtzeiten der Linie 6/16 kommt noch hinzu.

Diese Fahrplanänderungen entsprechen nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Nach Feierabend, samstags, sonn- und feiertags fahren die Busse immer seltener. Einige Stadtteile, wie z.B. Projensdorf und Tannenberg sind nach 20.00 Uhr für die KVAG geschlossen. Die weiter Ausdünnung der Busverbindungen führen zur Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen: Lange Wartezeiten, volle Busse kommen dazu. Ziel der KVAG-Kapitalisten ist es, die Busse möglichst voll auszunutzen und weniger Personal einzusetzen. Allein die Abwicklung des Transports zu Fabrik und Büro, Kaufhäusern und Schulen interessiert sie. Verbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen sind nur über die Innenstadt möglich, was den privaten Verkehr der Bevölkerung zu einem langsamen und mühseligen Problem macht.

Die KVAG ist Teil der VVK (Versorgung und Verkehr Kiel GmbH) und befindet sich zu 100% im Eigentum der Stadt Kiel. Über die Erhöhung der Fahrpreise, wie auch durch die Preistreiberei bei Strom- und Gastarifen benutzt die Stadt Kiel die VKK zur Ausplünderung der Volksmassen, um damit ihre ständig größer werdenden Haushaltsdefizite zu decken. Unter dem Titel „Ablieferung wirtschaftlicher Unternehmen" wurden 1978 knapp 20 Mio. DM als Einnahmen verbucht. Dahinter verbergen sich die sog. „Konzessionsabgabe" und die Gewinnablieferung der VVK. Dieser Haushaltstitel ist im Grunde eine zusätzliche Steuer für die Volksmassen, erhoben über die Preise für den Verbrauch von Strom und Gas und die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Jede Fahrpreiserhöhung hat zwar gleichzeitig einen Rückgang der Beförderungsfälle bewirkt, aber gleichzeitig eine Steigerung der Einnahmen gebracht. Die Erhöhungen waren saftig und konnten den Fahrgastschwund auffangen. Bei insgesamt 33,93 Mio. DM Fahreinnahmen im Geschäftsjahr 1978 deckten die Erlöse aus Einzelschein- und Mehrfahrkartenverkauf allein ⅔ der Gesamteinnahmen.

---

wurde auf 350 DM/Monat für Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und 297,50 DM/Monat für Auszubildende festgelegt. Der Vertrag, der erstmals zum 28.2.1981 gekündigt werden kann, ist ein Erfolg des Kampfes der Auszubildenden um die Absicherung des Ausbildungsentgelts und insbesondere der Agrarstudenten um die tarifvertragliche Absicherung des Betriebspraktikums gemeinsam mit der GGLF.

b.sul. **Freispruch im Ehrenberg-Prozeß gegen Susanne Lambrecht.** Das Landgericht hatte auf der Anklage wegen Beleidigung bestanden, obwohl das Hamburger Pressegesetz dem Gericht vorschreibt, daß es den konkreten Nachweis der *tatsächlichen* presserechtlichen Verantwortlichkeit erbringen muß und die Nennung im Impressum nicht ausreicht. So ist gegenwärtig auch die übliche Rechtsprechung im Gegensatz zum Reichspressegesetz. Dem Ehrenberg paßt es nicht, daß er dargestellt wird mit einer Henkerschlinge, die die Kürzungsmaßnahmen gegen die Rentner symbolisiert. Deshalb hat das Landgericht versucht, mit der Hilfskonstruktion „Funktionärin im KBW" die Beleidigungsanklage und eine reaktionäre Anwendung des Pressegesetzes durchzusetzen. Das Gericht mußte nach einer Verhandlung freisprechen.

r.edb. **Am 16. Juni soll in Soltau, Kreis Fallingbostel, eine öffentliche Vereidigung von 700 Rekruten stattfinden.** Ministerpräsident Albrecht nimmt auf Einladung des Befehlshabers im Wehrbereich II, Generalmajor Kallerhoff, daran teil. Albrecht hat dem Generalmajor seinen ausdrücklichen Wunsch zur Teilnahme an einer öffentlichen Vereidigung mitteilen lassen. Der Grund dafür ist, daß die öffentliche Vereidigung in Bremen nicht nach den Vorstellungen der Bourgeoisie gelaufen ist. Diese Scharte soll ausgewetzt werden. Ob Albrecht das beeinflussen kann, wird sich zeigen.

r.gör. **Den Besetzern des Bohrplatzes 1004 im Landkreis Lüchow-Dannenberg wurde der erste Räumungsbefehl zugeschickt.** Die niedersächsische Landesregierung bekräftigte, daß sie den Bohrplatz mit Polizeigewalt räumen lassen will. Vier Vertreter der Bauplatzbesetzer sind am Dienstag nach Bonn gereist, um mit Innenminister Baum über die Forderungen: Stopp der Bohrungen! Veröffentlichung aller bisherigen Untersuchungsergebnisse! zu verhandlen.

Veranstaltungskalender

Friedrich Engels: „Über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates"
Neumünster, 26.5. - 30.5.80, jeweils 20 Uhr, Hotel „Stadt Rendsburg"

Forsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica
Flensburg, 28.5.80, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Öffentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten
Kiel, 29.5.80, 20 Uhr

Dia-Veranstaltung über das Demokratische Kampuchea
Kiel, 30.5.80, 20 Uhr, Räume der ESG unter dem Universitäts-AStA, Veranstalter: Kampuchea-Initiative

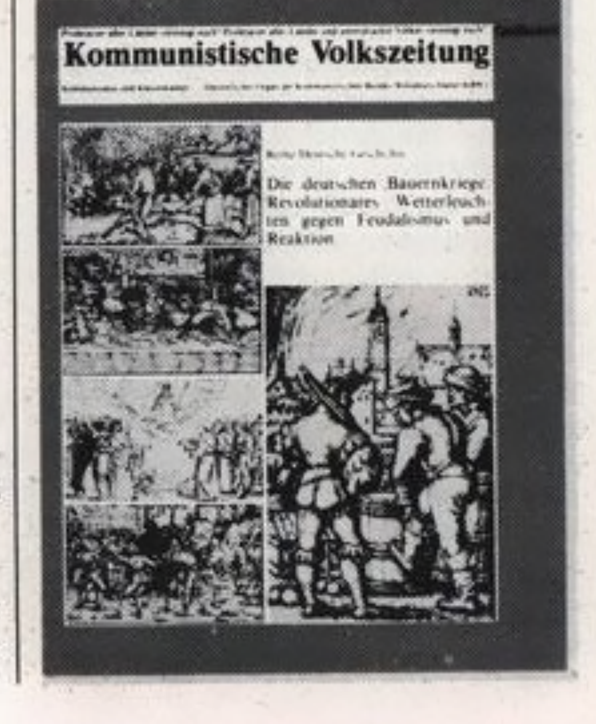
Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Kiel, jeden Samstag, 15 Uhr, Kindergarten im Schützenpark

Schwimmkurs
Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße,

Sportkurs
Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung / Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadparkwiese

Wieder lieferbar:



Die deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion
KVZ – Kommunismus und Klassenkampf – Quellenhefte Reihe Deutsche Geschichte
Best.-Nr. 1753 / Preis: 1,50 / 32 Seiten

Immer noch ist die Verwirklichung des demokratischen Friedensvertrages eine entscheidende Kampfaufgabe. Verträge, auf denen die Anwesenheit der Truppen der beiden Supermächte in der BRD, Westberlin und der DDR beruht.
KVZ – Kommunismus und Klassenkampf Reihe Dokumentation
Best.-Nr. 1851 / Preis: 9,50 DM / 132 Seiten

Einsatz im Kieler Notarztwagen erhöht Bereitschaftsdienste der Assistenzärzte

b.otw. In nichtöffentlicher Sitzung beschloß die Kieler Ratsversammlung am 8.Mai, daß die Ärzte für die Besatzung des Notarztwagens aus dem Städtischen Krankenhaus kommen sollen. Bislang waren die für das „autarke" Notarztwagen-System ausgeschriebenen Stellen nicht zu besetzen gewesen. Dieses autarke System, also keine Anbindung an ein Krankenhaus, sondern „selbständiger" Notarztwagen unter Feuerwehrregie, ist wohl das denkbar schlechteste, hat man die medizinische Versorgung im Auge. Positive Erfahrungen sind damit nicht bekannt. Die meisten Notarztwagen-Systeme sind direkt an ein Krankenhaus angebunden und werden dann auch von Ärzten dieses Krankenhauses besetzt, als dritte Möglichkeit gibt es hauptsächlich in Großstädten das Rendezvous-Sytem, wobei der Notarztwagen an zentraler Stelle postiert ist und mit dem diensthabenden Arzt an der Notfallstelle zusammentrifft.

Das Kieler Notarztwagen-System hat aber mit medizinischer Versorgung nicht viel zu tun, sondern es ist ein Versuch, die katastrophalen Verhältnisse in bezug auf die Versorgung des Ostufers mit Klinikbetten zu kaschieren, deshalb auch die Eile der SPD/FDP-Ratsherren, vor den Bundestagswahlen zu Streich zu kommen.

Die Unterstützung dieses Projekts wird von den Assistenzärzten des Städtischen Krankenhauses abgelehnt. Für die Ärzte bedeutet dieses System ca. 3 Monate in 12stündigen Schichten am Lübscher Baum zu sitzen und auf Einsätze zu warten. 3 Monate, die sowohl praktisch an der Ausbildung fehlen – bei krankenhausgebundenen Notarztwagen ist der jeweilige Arzt in der Regel auf einer Station bzw. in der Ambulanz tätig –, als auch in der Anrechnung auf die Weiterbildungszeit. Sie sind für diese Tätigkeit nicht ausgebildet, weswegen auch in zunehmendem Maße für Notarztwagen-Tätigkeit in der Notfallmedizin ausgebildete Anästhesisten eingestellt werden.

Die Assistenzärzte am Städtischen Krankenhaus haben durchsetzen können, daß die Bereitschaftsdienste nach Stufe D bezahlt werden (55% der Bereitschaftsdienststunden werden vergütet), und daß 3 Kollegen gleichzeitig eingeteilt sind, damit die Arbeitsbelastung einigermaßen zu verkraften ist. In der Regel werden 5 bis 6 Bereitschaftsdienste im Monat gemacht, zusammen etwa 70 bis 80 Stunden monatlich über die 170 hinaus.

Die Notarztwagenregelung, soweit bekannt, sieht jetzt vor, daß Dienst in der Bereitschaft gemacht wird, konkret sollen 12 Stunden Dienst gemacht werden, von denen 8 bezahlt werden. Die 4 Stunden Differenz sind aber keine Freizeit, sondern müssen auch in der Baracke am Lübscher Baum zugebracht werden. Das bedeutet, daß nach diesen 12 Stunden zu Hause gerade noch Zeit bleibt zum Essen und Schlafen. Diese unzumutbaren Arbeitsbedingungen werden abgelehnt.

Durch den Beschluß des Magistrats sollen die Chefärzte das Projekt durchsetzen: Es werden 6 zusätzliche Assistenzarztstellen für das Städtische Krankenhaus eingerichtet, dafür sollen Ärzte aus dem Krankenhaus, die bereits eingestellt sind, den Notarztwagen besetzen.

Wenn auch das Vorgehen gegen diesen Plan noch nicht vereinheitlicht ist, so sind doch erste Schritte zum Zusammenschluß gegen dieses Projekt unternommen.

„Ein moderner Aufklärer gegen die herrschende Resignation"? (W. Jens)

b.ana. Universitätspräsident Fischer-Appelt will den Rhetorik-Professor Walter Jens zur Wiederaufnahme eines „Allgemeinen Vorlesungswesens" nach Hamburg holen. Die Universität soll für die Erwachsenen- und Weiterbildung geöffnet werden und eine gewisse Bürgernähe entfalten. Der Hamburger Senat ist der Ansicht, daß „die Berufung einer so profilierten Persönlichkeit wie W.Jens für das geistige und daher sowohl für das akademische wie auch für das politische Leben in Hamburg von großer Bedeutung ist". Hochschulsenator Sinn schwebt die Errichtung einer Handvoll von neuen Lehrstühlen vor, auf die jeweils „Persönlichkeiten" wie Jens berufen werden sollen. Das kostet erhebliche Lohnsteuergelder. Ein C-4 Professor, Dienstaltersstufe 15, bekommt seine 8 Stunden Lehrverpflichtung mit 5977 DM plus 835 DM Ortszuschlag (ohne Kinder) vergütet. Die Universitätsspitze wollte Jens ohne Ausschreibung berufen. Er wird es nicht schwer gehabt haben, sich einen Sondervergütungsvertrag zu sichern, der ihm einiges über die 100000 DM im Jahr bringt.

Der CDU mißfällt das Vorhaben des Senats, weil Jens Sprecher der SPD-Wählerinitiative ist und als links gilt. Wir haben uns das in den Universitätsbuchhandlungen erhältliche Taschenbuch „Republikanische Reden" angeschaut. Es enthält einige Reden und Aufsätze, die Jens zwischen 1972 und 1978 bei verschiedenen Gelegenheiten gehalten bzw. verfaßt hat. Er wird als moderner Aufklärer vorgestellt. Selber bezeichnet er sich als Radikaldemokraten: „. . .ist es die Aufgabe der Schriftsteller, die sich als Radikaldemokraten begreifen, mit Nachdruck daran zu erinnern, daß auch die bürgerliche Gesellschaft, neben dem Bornierten, das ins Auge fällt, eine utopisch-revolutionäre Komponente enthält: ein Jakobiner-Element, das aus dem Blick geraten ist". Heute komme alles „auf die Verteidigung der in der Französischen Revolution errungenen bürgerlichen Schutzrechte an". Jens meint damit die „liberale Freiheits- und Gleichheitsverheißung". An das Jakobiner-Element gelte es heute anzuknüpfen. Gegen diese Tradition stehen diejenigen, die „die Aufklärung zurücknehmen" wollen. „Kritikfreude und Meinungsfreiheit" sollen zerstört werden. Diese konservative Strömung empöre sich heute gegen die aufklärerische, jakobinische und humanistische Tradition, die „sich als radikal verstand und an der Gegenwart gemessen, revolutionär ist". Insofern versteht Jens den Vorwurf der Radikalität von Seiten der CDU nicht als Beschimpfung, sondern als Ehrenerklärung. „Jawohl, wir sind radikal, radikal im Denken und in der Absage an die Gewalt".

Penetrant wird es bei Jens, wenn er direkt auf die Arbeiterklasse zu sprechen kommt. „Während die überwältigende Mehrheit der Schreibenden privilegiert ist, weil wir über die Sprachkraft und die Reflexionsfähigkeit verfügen, die bürgerliche Bildung uns gegeben hat. . . erwarten die Unterprivilegierten von uns Solidarität und Hilfe". Der aufgeklärte gutbezahlte Kulturmensch will sich der „Deklassierten" annehmen, die schon 1789 den Bürgern um einiges voraus waren. Denn das revolutionäre Element der Revolution 1789 in Frankreich waren nicht die Aufklärer, sondern die Handwerker und Bauern. Als die Weiterführung der Revolution 1794 Eingriffe in das Privateigentum verlangte, machten die Jakobiner nicht mehr mit und wurden prompt geschlagen. Wobei Robespierre kein „Denker" war, sondern an der Seite des Volkes kämpfte und deshalb von Bundeskanzler Schmidt zu den „verabscheuungswürdigsten Politikern der Geschichte" gezählt wird. Als 50 Jahre später das Proletariat bereits die Bühne der Geschichte betreten hatte, erwies sich die deutsche Bourgeoisie als völlig unfähig, ihre ureigensten Interessen gegen den Feudaladel durchzusetzen. Aufhebung des Lohnsystems klang ihr bereits in den Ohren und ließ sie schleunigst das Bündnis mit dem Fürstenpack suchen.

Westdeutsche Kriegsschiffe auf der Fahrt in den Indischen Ozean und Kriegsvorbereitungen durch öffentliche Rekrutenvereidigungen sind auch nicht „Abbau von Meinungsfreiheit". Das „Bornierte der bürgerlichen Gesellschaft", von dem Jens spricht, sind für ihn nicht diese Kriegsvorbereitungen, sondern die Tatsache, daß er nur unter wütenden Protesten der CDU, – sie hatte keinen, den sie in das Rennen um den Lehrstuhl schicken könnte – den mit über 100000 DM dotierten Posten in Hamburg annehmen kann. In den Buchhandlungen hörten wir, daß die Bücher von Jens nicht sonderlich gefragt sind. Scheint so, als bräuchten die Studenten den Professor nicht so sehr wie der Hamburger Senat zur Aufpolierung der Universität. Das mangelnde Interesse hängt auch mit der von Jens überall entdeckten „Resignation" zusammen. Es sind Fortschritte im Klassenkampf festzustellen, wie am 1. Mai. Zweifel sind angebracht, ob sich die Investition „Jens" des Hamburger Senats auszahlen wird.

Betriebsrat bei Hell in Kiel

begreifen, mit Nachdruck daran zu er- | rung der Revolution 1794 Eingriffe in | des Hamburger Senats auszahlen wird.

Betriebsrat bei Hell in Kiel fordert Lohnerhöhung auf den Effektivlohn

b.thc. Auf der Betriebsversammlung der Hell GmbH am 22.5. forderte der Betriebsrat die Geschäftsleitung auf, die letzte Lohnerhöhung für alle Zeitlöhner voll und ganz, also auch auf die Leistungszulagen, auszuzahlen. Dies war ein Schritt gegen die Anstrengungen der Geschäftsleitung, das Lohniveau zu senken. Dabei legt sie besonderes Gewicht auf das Prüffeld, in dem aus technischen Gründen weder Schicht noch Akkord gearbeitet werden kann. Um hier eine Lohnsenkung durchzuführen, wurde das gesamte Prüffeld verändert. Statt eines Facharbeiters, der die Maschinen prüfte und die Fehler beseitigte (LG 6), wurden ungelernte Arbeiterinnen eingestellt, die nur noch prüfen. Die Fehler werden von einem Facharbeiter beseitigt, der dann aber für 3-4 Maschinen zuständig ist. Ein Vergleich der Lohnverteilung von 1979 und 1980 zeigt deutlich, daß sich eine Konzentration bei einem Bruttolohn von 1500 DM eingestellt hat. Die Arbeiterinnen erhalten Lohngruppe 3 und eine Leistungszulage von 80 Pfennig. Entsprechend sank der Durchschnittslohn von 2033,09 DM auf 1776,01 DM.

Die volle Durchsetzung der Lohnerhöhung ist hier besonders wichtig. Die Geschäftsleitung hat im Mai einen Spaltungsversuch unternommen, und für einen nur kleinen Teil, im wesentlichen die Schichtarbeiter, die Leistungszulage um durchschnittlich 6,8% erhöht. Geschäftsführer Marhenke begründete dies, nachdem er von einem Arbeiter deswegen angegriffen worden war, damit, daß man sich nicht mit so langfristigen Zusagen finanziell belasten wolle, sondern lieber hier und da Sozialleistungen gewähren will. Auf der Versammlung gab der Betriebsrat bekannt, daß er wegen des Streits um die Leistungszulagen einen Prozeß gegen die Geschäftsleitung angestrengt hat, womit erreicht werden soll, daß der Betriebsrat generell das Recht erhält, bei der Erhöhung und Festlegung der Leistungszulagen mitzureden.

Auf dieser Betriebsversammlung wurde deutlich, daß ein schärferer Wind zwischen den Hell-Kapitalisten und dem Betriebsrat weht. Die Unterstützung des Betriebsrats durch die Arbeiter ist spürbar gewachsen. So konnte weiterhin durchgesetzt werden, daß alle Arbeiter, die kurzfristig in andere Abteilungen arbeiten, keine Lohneinbußen mehr haben, sondern ihre alten Zulagen bekommen. Außerdem wurde erreicht, daß von der Geschäftsleitung Kurse für die fachliche und sprachliche (technisches Englisch) Fortbildung eingerichtet werden.

Die Geschäftsleitung des Bauer-Verlages will den Betriebsrat feuern

b.hej. Zum zweiten Mal innerhalb der letzten 3 Jahre wird von der Geschäftsleitung des Verlages ein direkter Angriff gegen die Interessenvertretung der Belegschaft gestartet. Vor 3 Jahren geges, durch die Trennung des Verlages von der Technik (heute Bauer Druck) den damaligen Betriebsrat aufzulösen. Heute versucht es die Geschäftsleitung mit massiven Spaltungsversuchen innerhalb des Betriebsrates und zwischen Belegschaft und Betriebsrat.

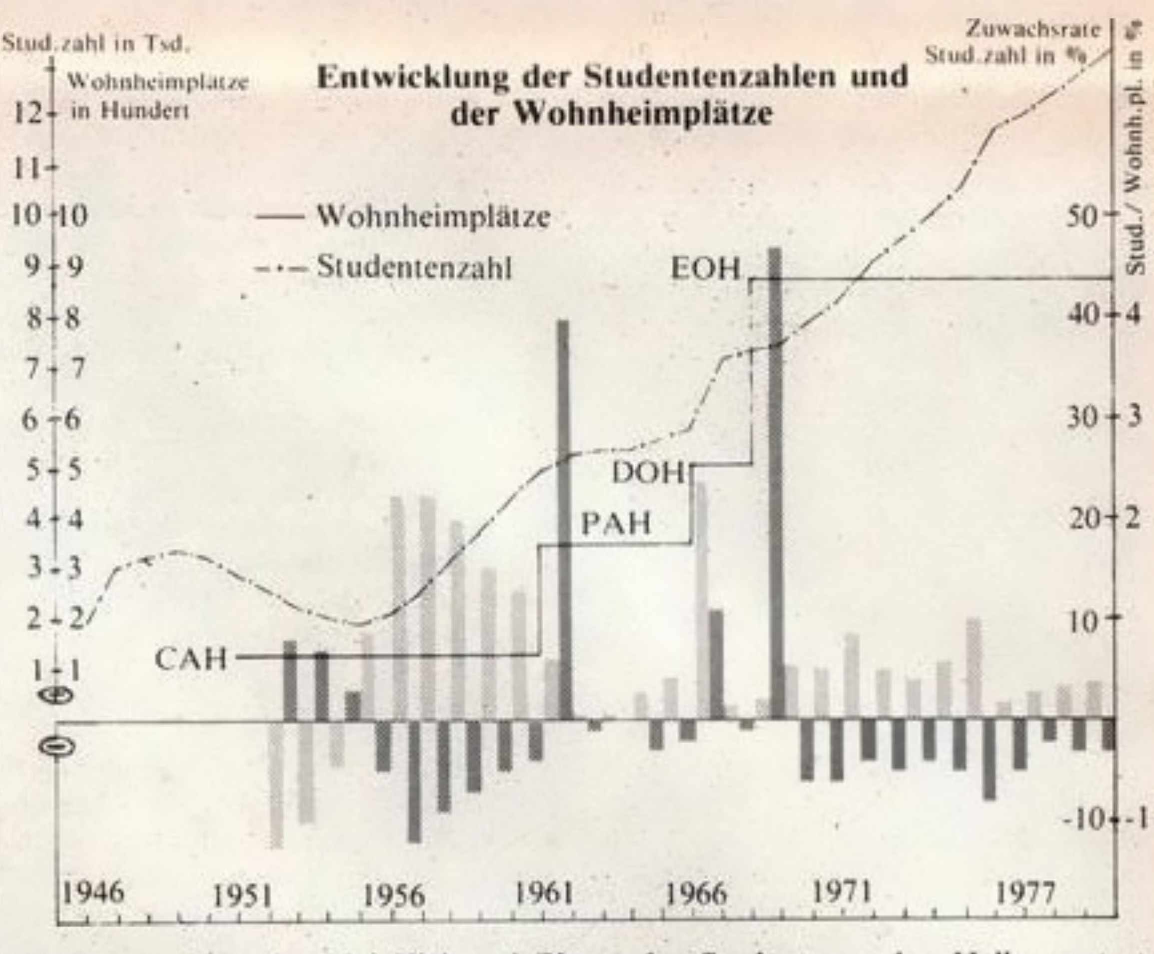
Als letztes Mittel klagt jetzt die Geschäftsleitung auf Amtsenthebung, wegen angeblicher Verletzung des Betriebsverfassungsgesetzes. Was ist passiert? Auf der letzten Betriebsversammlung wurde von Kollegen des Betriebsrates vor dem Saal ein Artikel der Zeitschrift „Ran" verteilt, der die verlogene Berichterstattung der Bauer-Presse behandelte. „Das", so die Geschäftsleitung in einem Brief an den Betriebsrat, „. . .stellt einen Höhepunkt der Aktivitäten des Betriebsrates zum Schaden des Verlages, einzelner Redaktionen und einzelner Mitarbeiter dar. . ., daß Sie, sehr geehrter Herr Neumann (Betriebsratsvorsitzender) sich nicht scheuen, ihre ehemaligen Redaktionskollegen in Bausch und Bogen zu verurteilen und sie als „Reporter des Satans" (Überschrift des „Ran" Artikels) zu beschimpfen". Die Betriebsratsmitglieder sollen sich von den beiden Kollegen, die den Artikel verteilten, übrigens in ihrer Freizeit, distanzieren, hat die Geschäftsleitung verlangt. Das Gegenteil ist natürlich eingetreten. Die Betriebsräte stehen geschlossen hinter der Aktion, die für die Geschäftsleitung sowieso nur ein Aufhänger war, sich eines unbequemen Betriebsrates zu entledigen. Gerade bei den bisher noch sehr schlecht organisierten Angestellten ist es dem Betriebsrat gelungen, einen Teil für die aktive Arbeit in der Gewerkschaft zu gewinnen und zu organisieren. Von den Kollegen und dem Betriebsrat von Bauer-Druck werden die Kollegen jede Unterstützung bekommen, das ist schon sicher. Aber auch aus anderen Betrieben und Branchen gibt es Solidaritätsadressen und aktive Unterstützung in dieser Auseinandersetzung.

Wohnsituation der Kieler Studenten wird systematisch verschlechtert

b.hop. Über 30% ihres Gesamteinkommens müssen die Studenten aufwenden, um sich ein Dach über dem Kopf zu sichern: 45,8% leben in einer Wohnung, 29,7% in einem privaten Zimmer, 9,4% im Studentenwohnheim, 7% im Eigenheim, 5,1% in einer Sozialwohnung. Nicht nur, daß die bundesweit höchsten Mietpreise des Studentenwerks (160 DM für ein 11qm-Zimmer) preistreibend wirken und die Stadt allein in diesem Jahr 67 billige Wohnplätze vernichtet, die Wohnungen sind vergleichsweise auch schlechter ausgestattet:

	Stud.	Ges.bev.
Einzelöfen	18,5%	16,3%
Toilette im Treppenhaus	30,2%	13,8%
Bad/Dusche in der Wohnung.......	42,6%	85,0%
Umzugsabsicht	40,8%	33,5%

Der ASTA der Universität will jetzt in Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Wohnheime und anderer Studenten die Lage genauer erfassen, um Schritte gegen Studentenwerk und Stadt Kiel einzuleiten.

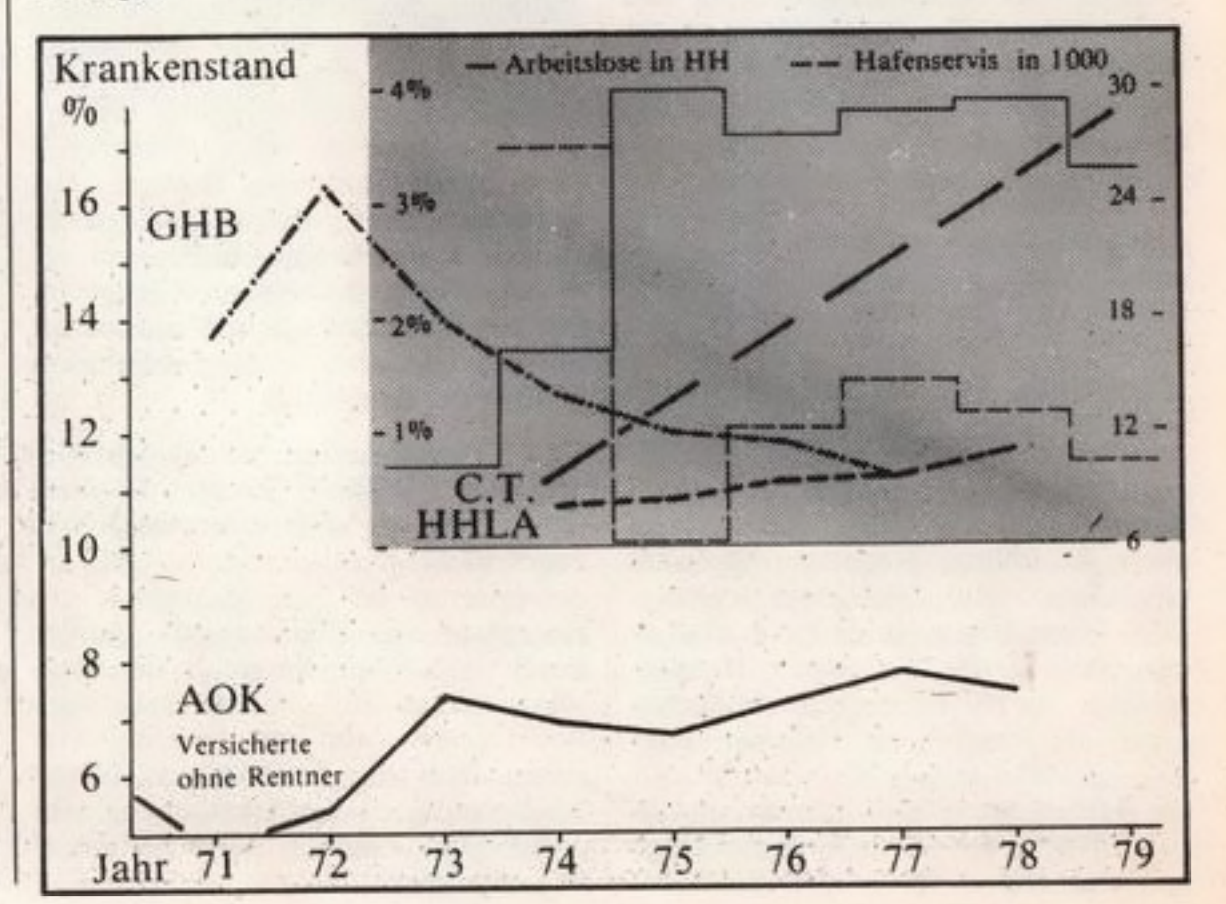


Studentenzahlen der Uni Kiel und Plätze des Studentenwerks. Hell gerastert: Prozentuale Veränderung der Studentenzahlen. Dunkel gerastert: Prozentuale Veränderung der Wohnheimplätze zu Studentenzahlen.

Hoher Krankenstand im Hafen Schutzforderungen werden erhoben

b.ruo. Der Krankenstand in den Hafenbetrieben ist überdurchschnittlich. Das Schaubild zeigt den durchschnittlichen Krankenstand in % der Belegschaft (aller Versicherten) bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA), dem Gesamthafenbetrieb (GHB), Stauerei Tiedemann und der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg (ohne Rentner). Die Entwicklung ist negativ, mit Ausnahme der GHB.

Die Senkung dort (9,8% von 1955 auf 1978) geht einher mit sinkender Nachfrage nach kurzfristig vermittelten Arbeitskräften durchs Arbeitsamt („Hafenservis") und wachsender Arbeitslosigkeit in Hamburg. Die Fluktuation beim GHB lag von 1965 – 1972 bei 74,5% jährlich und ist jetzt auf 49,5% gesunken. Immer noch ist der Krankenstand beim GHB und der HHLA, einem hochmodernen Umschlagsbetrieb mit über 50% Containerumschlag, überdurchschnittlich. Die Arbeiter haben gerade Fortschritte gegen die Nachtarbeit erzielt. Bei der Stauerei Tiedemann sagte die Betriebsführung auf der Betriebsversammlung am 20./21.5. kein Wort zum Krankenstand (18 – 20%). Gestützt auf Betriebsrat und Vertrauensleute soll der oft täglich wechselnde Schichteinsatz überprüft werden, um die Forderung der ÖTV nach Schichtplänen per Betriebsvereinbarung durchsetzen zu können.



Elendslöhne, hohe Arbeitslosigkeit, Bauernlegen

Wirtschaftsförderung im Kreis Lüchow: Aus Steuern finanziert winken Höchstprofite

b.tht. Um die „Gorleben"-Pläne durchzusetzen, haben sämtliche bürgerlichen Parteien den Köder der „Wirtschaftsförderung" ausgeworfen. Die „Ansiedelung" von industriellem Kapital, durch Steuergelder finanziert, soll die „Strukturschwäche" des Kreises beheben.

Es ist ein heimtückischer Plan, denn in der Tat bestehen drückende Verhältnisse. Nachdem die westlichen Alliierten und die Adenauerregierung Deutschland gespalten hatten, war der Kreis Lüchow-Dannenberg endgültig von den früheren Zentren Salzwedel (z.B. Zuckerfabrik) und Wittemberge abgeschnitten. Überwiegend höchstens mittelmäßige Böden und lange Transportwege brachten die Bauern in eine schwierige Lage. Durch Aussiedler war die Bevölkerung des Kreises auf 75000 angewachsen. Hinzu kommt die Preispolitik der EG, die viele bäuerliche Betriebe vor die Alternative – Hofaufgabe oder Ausweitung verbunden mit Verschuldung bei den Banken – stellt. Von den 6323 bäuerlichen Betrieben (1949) waren 1978 noch 2539 übriggeblieben. Waren 1960 noch 11037 in der Landwirtschaft beschäftigt, so 1970 nur noch 6410, heute noch wesentlich weniger. Die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe liegt mit 24,1 ha weit über dem Landesdurchschnitt (1978: 19,0 ha). Dies bedeutet jedoch keineswegs hohe Betriebseinkommen. Im Gegenteil: fast 10% der Landwirtschaftsbetriebe hat monatlich etwa 520 DM, und im Vergleich zu Schleswig-Holstein ist der Anteil der Betriebe mit sehr niedrigem Betriebseinkommen in Lüchow-Dannenberg höher, während es weniger Landagrarier gibt. Mit der Ruinierung der Bauern einher ging ein Rückgang der Handwerksbetriebe.
Ruinierung der Bauern einher ging ein Rückgang der Handwerksbetriebe.
Wurden 1963 noch 740 Betriebe mit 3500 Beschäftigten gezählt, so 1977 noch 477 Betriebe mit 2982 Beschäftigten.

Die so erzeugte industrielle Reservearmee wurde im Massenumfang aus dem Kreis in die industriellen Zentren getrieben. Bis 1978 war die Bevölkerung um über ein Drittel auf 48693 geschrumpft. Viele lassen sich nicht vertreiben. Aber bereits 1970 waren 1114 Arbeiter gezwungen als Pendler zu arbeiten. Manche fahren bis Hamburg, Wolfsburg oder Braunschweig. Dazu kommt die hohe Arbeitslosigkeit. Beim Arbeitsamt Lüchow beträgt sie um die 11%. Mit 40 Einwohnern/km² weist der Kreis die geringste Bevölkerungsdichte der BRD auf.

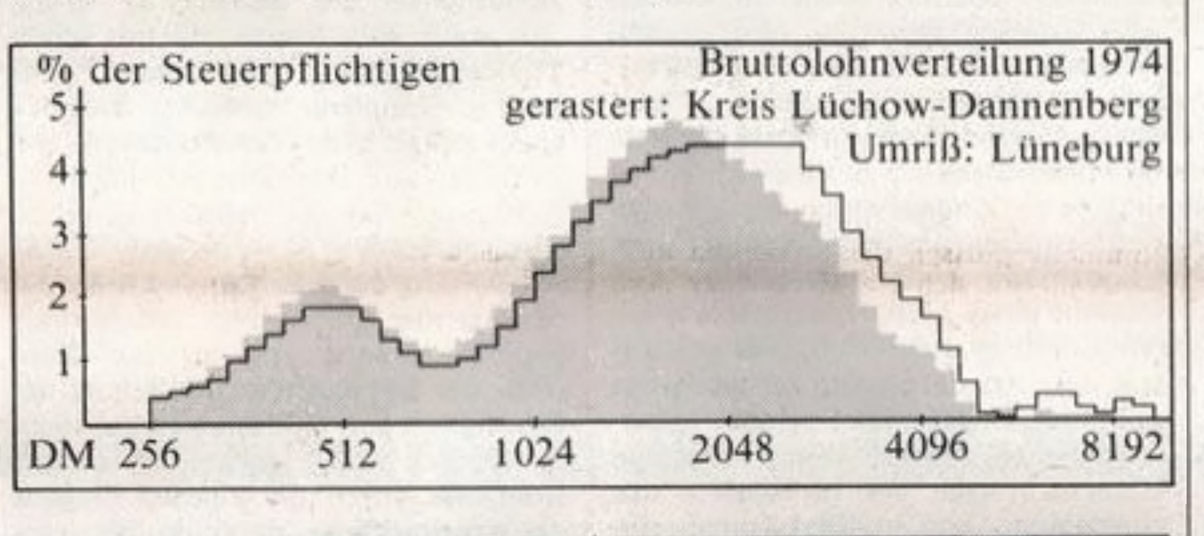
In mehrerer Hinsicht sieht das Finanzkapital ideale Bedingungen. Zum einen als Aufmarschgebiet für die Panzerschlacht um Europa. Die Kasernenkonzentration in Lüneburg und Munster, sowie die Straßensprengkammern im Waldgebiet der Göhrde beweisen diese Pläne. Zum anderen als Standort für die abenteuerlichen Kernenergiepläne, die schon heute durch Emporschnellen der Pacht und Bodenpreise zum beschleunigten Bauernlegen führen.

Mit der Politik der „Wirtschaftsförderung" wird versucht, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Der gerechte und hartnäckige Widerstand der Bauern gegen die Kernenergiepläne soll isoliert und gespalten werden. Die Hofaufgabe soll durch die Hoffnung auf Ausbeutung „versüßt" werden. Linderung der Arbeitslosigkeit und weniger Druck auf die Löhne durch die industrielle Reservearmee sollen das Nukleare Entsorgungszentrum als das kleinere Übel erscheinen lassen, und den Handwerkern werden Aufträge durch die „Ansiedlung" von 700 Polizisten versprochen.

Eigentlicher Zweck der „Wirtschaftsförderung" ist es, dem Kapital den inneren Markt, aus Steuergeldern finanziert, zu erschließen. Und in der Tat: Grill (CDU-MdL) und Konsorten können dem Kapital was vorweisen. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten übersteigt mittlerweile die in der Landwirtschaft Beschäftigten, insbesondere seit die Conti und die SKF Zweigwerke in Dannenberg und Lüchow errichtet haben. Der Kreis ist ein Eldorado für Höchstprofite. Die hohe Arbeitslosigkeit erzwingt Arbeit zu weit niedrigerem Lohn als z.B. in Lüneburg (siehe Schaubild). Und für diesen niedrigeren Bruttolohn mußten die Arbeiter im Kreis erheblich länger arbeiten als im Landesdurchschnitt (1496 Std. pro Beschäftigten gegenüber 1340 in Nds/Zahlen von 1977). Der Umsatz pro Beschäftigten lag 1977 mit 275782 DM im Kreis doppelt so hoch wie in Nds. (130521 DM). Obwohl im Kreis nur 0,7% der Bevölkerung Niedersachsens wohnen, aber nur 0,38% der in der Industrie Niedersachsens Beschäftigten arbeiten, wurde 0,81% des gesamten niedersächsischen Industrieumsatzes im Kreis erarbeitet. Das Leben
samten niedersächsischen Industrieumsatzes im Kreis erarbeitet. Das Leben
auf dem Land sei billiger, heißt es oft zur Rechtfertigung der niedrigen Löhne. Das ist nur begrenzt richtig. Auskommen können die Familien nur, wenn zusätzlich zur Lohnarbeit viel Arbeit aufgewandt wird. Entweder muß im Nebenerwerb Landwirtschaft betrieben werden. Das heißt Kühe melken vor der Arbeit oder wie gegenwärtig Spargelstechen und -bearbeiten von morgens 6 Uhr bis abends 22 Uhr, was oft die Frauen machen. Oder man hat einen Gemüsegarten und friert ein. Der Jahresurlaub geht oft für die Ernte drauf. Um die teuren Mieten zu sparen, bauen viele in eigener Arbeit ein Haus.

Das Industriekapital hat seine Vertreter in die Kommunalpolitik geschickt. So hat z.B. der SKF-Direktor Roos als Sprecher der CDU-Samtgemeinderatsfraktion Lüchow mit daran gewirkt, daß die SKF und auch die Conti an die Erdgasversorgung angeschlossen werden. Im Kreis existieren bei Wustrow größere Erdgasfelder. Wo keine Industriebetriebe Erdgas abnehmen, werden die Gemeinden auch nicht angeschlossen. Mit Sondertarifen ausgestattet, bekommen die Konzerne von den Haushalten die Hauptleitung mitfinanziert.

Gegenüber den Plänen der bürgerlichen Politiker muß die Gewerkschaft aufgebaut werden. Es war ein großer Fortschritt, daß am diesjährigen 1. Mai neben der traditionellen Veranstaltung in Hitzacker nach mehreren Jahren wieder eine DGB-Maiveranstaltung in Lüchow stattgefunden hat. Sie war gut besucht. Nur unter Führung der Arbeiterbewegung können die verschiedenen Bewegungen im Kreis erfolgreich sein.
folgreich sein.







Nebenerwerbslandwirtschaft und Schulkonzentration. Der Kreis hat den höchsten Fahrschüleranteil in Niedersachsen. Die Einführung des BGJ spart der SKF Ausbildungskosten.

Wechselschicht und geteilter Dienst bei der Bundesbahn

b.stb. Die Arbeitsbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei der Bundesbahn sind durch die Rationalisierungen geprägt, die seit der Festlegung des Einstellungsstops 1974 durchgeführt wurden. Seither wurde die Belegschaft der Bundesbahn von 420000 auf 324000 gesenkt, indem freiwerdende Stellen nicht wieder aufgefüllt wurden. Darauf gestützt wurde das Defizit der DB 1979 um 1,2 Mrd. DM gesenkt.

Mittlerweile arbeiten ca. ⅔ aller Kollegen dort im Wechselschichtdienst. Wie das aussehen kann, dafür gibt die GDBA (Gewerkschaft der Eisenbahner im Deutschen Beamtenbund) am 13.5. in den Kieler Nachrichten ein Beispiel von der Betriebsstelle Melsdorf, Sonntags: Dienst von 8.24 bis 9.27 Uhr – Pause – Dienst von 14.22 bis 15 Uhr – Pause – Dienst von 16.47 bis 21.05 Uhr. Dafür werden nur 6 Stunden 59 Min. als Arbeitszeit angerechnet. Geteilter Dienst ist die Regel. Für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste gibt es keinen Freizeitausgleich und keine ausreichenden Zulagen. Stattdessen ist die Lage gekennzeichnet durch Überstunden, schleppende Urlaubsabwicklung und hohen Krankenstand. Dadurch und durch die Konzentration des Dienstes in den Stoßzeiten werden die Kollegen frühzeitig verschlissen. Eine Untersuchung der GDBA im Hochseefährschiffdienst (u.a. Rödby-Puttgarden) zeigt, daß von 106 Beschäftigten nur 11 bis zum 65. Lebensjahr im Dienst waren. 79 waren vor Erreichen der Pensionsgrenze gestorben. Bei den laufenden Verhandlungen über den Manteltarifvertrag fordern die GdED (im DGB) und GDBA vor allem Freizeitausgleich für Zusatzdienste, z.B. 150%ige Anrechnung von Nacht-, Sonn- und Feiertagsdiensten und deren höhere Bezahlung. Weitere konkrete Forderungen sind noch nicht öffentlicht. In ihrer „Aktion Wechseldienst" „erwartet die GdED unverzüglich ein akzeptables Angebot von Bundesregierung und DB-Vorstand".

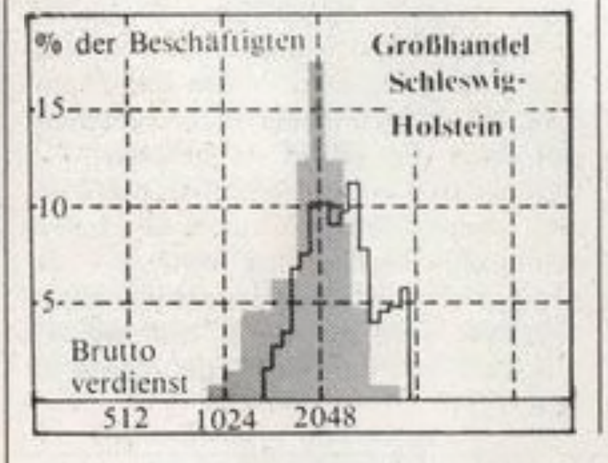


Tarif- oder Effektivlohn im Großhandel

Tarif- oder Effektivlohn im Großhandel

b.dam. Ein ganz beträchtlicher Teil der Löhne und Gehälter der Großhandelsbeschäftigten ist tariflich nicht abgesichert. Grundlage des untenstehenden Schaubilds ist die Großhandelsgehaltsverteilung der Angestellten, die tariflich und effektiv aufgetragen ist. Bei den Arbeitern wird es ähnlich sein. Die Tariflöhne der Arbeiter Großhandel Schleswig-Holstein liegen tariflich weitaus niedriger als im Metallbereich: Arbeitnehmer nach vollendetem 18. Lebensjahr verdienen als:

Kraftfahrer: 8,40 DM, Gabelstaplerfahrer: 7,67 DM, Lager-, Packarbeiter: 7,20 DM, Pförtner, Wächter, Boten: 5.60 DM, Aushilfsarbeiter: 6,78 DM.



Einerseits kommt der höhere Effektivlohn im Vergleich zum Tariflohn/gehalt durch Überstunden zustande, andererseits durch übertarifliche Sonderleistungen, die nicht abgesichert sind. Bei der Firma Boie Energie Service, die ihren Hauptsitz in Lübeck hat, wird auf den Tariflohn der Kraftfahrer von 1553 DM eine Anwesenheitsprämie von 294 DM (14 DM pro Tag) und eine Schadensfreiheitsprämie von 100 DM gezahlt. Bei Krankheit oder Urlaub wird die Anwesenheitsprämie gestrichen, von der Schadensfreiheitsprämie kann im Jahr bis zu 400 DM abgezogen werden. Abgesichert sind damit lediglich 1520 DM von 1847 DM. Ähnlich bei den Angestellten: ein Lagerverwalter (K4) mit 2000 DM Tarifgehalt kommt bei entsprechendem Umsatz auf 2400 DM bis 2600 DM.

In den meisten Bundesländern der BRD kämpfen die Belegschaften des Großhandels im Augenblick um die effektive Absicherung der Tarifabschlüsse, die zwischen 5,8% und um 7% liegen. Im Nordverbund wird der Tarif zum 31.5. gekündigt. Hier ist der nächste Schritt, mit der HBV-Forderung von 11% Volumen einen möglichst großen Teil tariflich zu erkämpfen.

Weltlandfrauentag in Hamburg: Klose propagiert den friedlichen Ausgleich

b.mak. Vom 13. bis 23.5.80 tagte in Hamburg der 16. Kongreß des Weltlandfrauenverbandes (ACWW). 1930 gegründet, umfaßt die Organisation heute 8,5 Mio. Landfrauen aus 68 Ländern und gehört zu den regierungsunabhängigen Organisationen mit Konferenzstatus bei den UNO-Unterorganisationen. Die Imperialisten förderten vor 50 Jahren die Gründung, um „Führungskräfte für haushalts- und ernährungswissenschaftliche sowie landwirtschaftliche Aufgaben auszubilden, deren Arbeitsschwerpunkt der Kampf gegen den Hunger ist" (Info-Blatt des Deutschen Landfrauenverbands), angeblich, weil klar wurde, „daß die Landfrauen in der ganzen Welt mit den gleichen Problemen konfrontiert wurden" (ebd. S.1). Tatsächlich, um über das imperialistische Ausbildungsmonopol die koloniale Plünderung und Ausbeutung der Bauern in den Ländern der Dritten Welt zusätzlich abzusichern.

Für Klose ist dies Ziel 50 Jahre später allerdings in weite Ferne gerückt. In seiner Begrüßungsrede vor dem Kongreß muß er sich schon allerlei Umwege einfallen lassen, um gegen den Kampf der Länder der Dritten Welt um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit vor den Delegierten die Tradition kolonialer Unterdrückung und Plünderung seitens der Hamburger Bourgeoisie an den Mann zu bringen: die „ungleiche Verteilung des Wohlstands in der Welt gemeinsam als Problem zu erkennen", das soll nun die Aufgabe sein. „Hauptaufgabe dort ist es, den Kampf gegen den Hunger zu gewinnen". Als hätten die Länder der Dritten Welt, die wie in der UNO auch im ACWW die große Mehrheit bilden, nicht längst gelernt, sich gegen den tatsächlichen Feind immer besser zusammenzuschließen, gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Hegemonismus.

Also versucht Klose über das Stichwort „Diskriminierung der Frau" die Interessen der Landfrauen an den friedlichen Ausgleich mit den Imperialisten zu verkaufen: „Bedeutsam ist aus meiner Sicht, daß Sie Delegierte von Frauenorganisationen sind. Das bringt ein Stück Gemeinsamkeit, so unterschiedlich die ökonomische Entwicklung in den einzelnen Ländern auch sein mag".

Ungleichheit sieht Klose nur im Wohlstand bei „uns in den wohlhabenden Ländern des Nordens" gegenüber dem Süden. So will er das sozialdemokratische Trugbild vom Nord-Süd-Gegensatz nutzen, um die westdeutschen Arbeiter und Bauern abzuspalten von den Völkern der Dritten Welt und zu drohen mit dem „Zurechtrücken" überhöhter „Maßstäbe".

Der Kongreß der Weltlandfrauen berät und beschließt in Hamburg über die Fortschritte in der praktischen Unterstützung der Landfrauen in der Dritten Welt. In der Übersicht über Projekte, die seit der letzten Konferenz 1977 in Nairobi angelaufen sind, wird von 30 Ländern der Dritten Welt berichtet und von 7 imperialistischen im wesentlichen nur, insofern deren Landfrauenverbände den Aufbau der Landwirtschaft dort unterstützen: Bewässerungsprojekte, Einrichtung von Kindertagesheimen, Ausbildung der Bäuerinnen über Radio-Kurse, spezielle Ausbildung z.B. für Frauen erblindeter Bauern in Malawi.

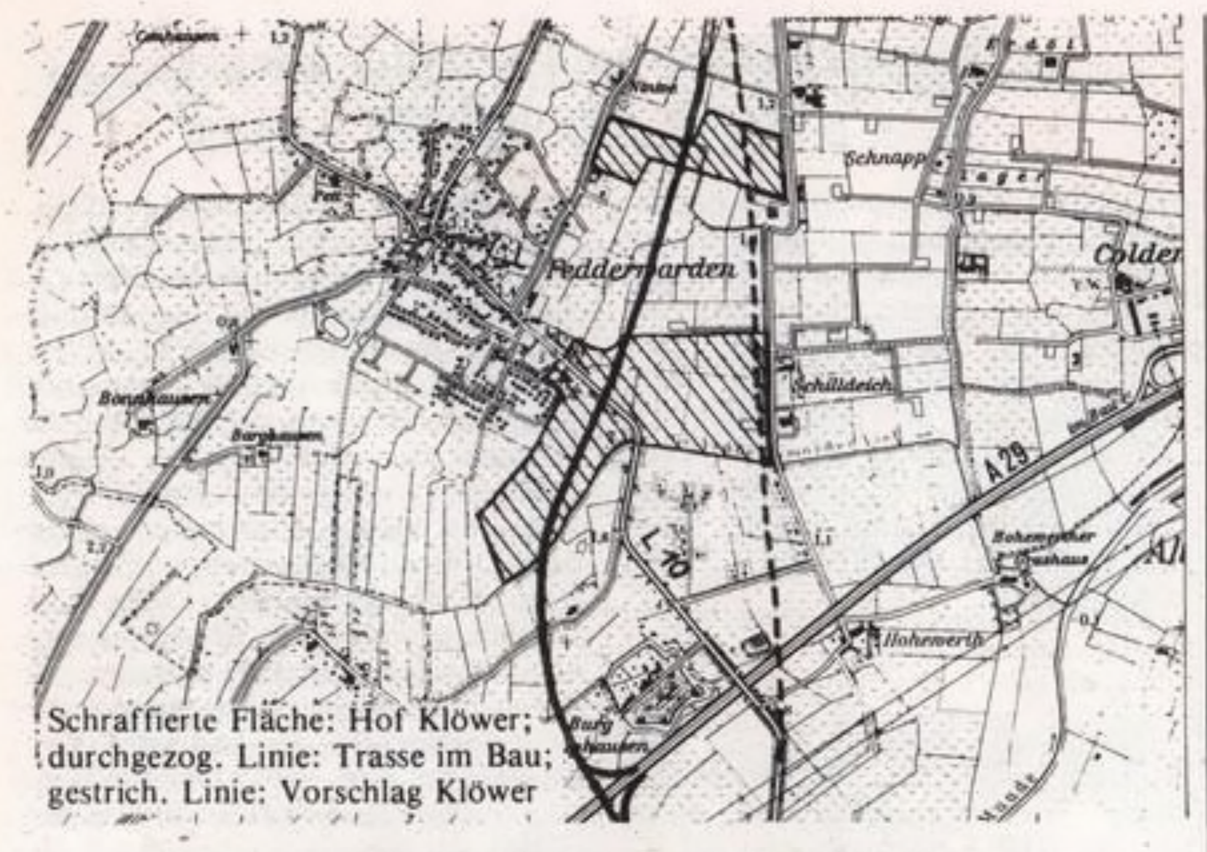
Viöler Landfrauen erklären sich gegen Jugendschutzgesetz

b.reb. Der Landfrauenverein Viöl hat in einer Versammlung mit 80 Frauen den Polizeiüberfall auf die Diskothek im „Immenhof" in Immenstedt, Kreis Nordfriesland, verurteilt, bei dem 34 Jugendliche auf die Polizeistation Husum verschleppt wurden und dort mitten in der Nacht von ihren Eltern abgeholt werden sollten. Vorwand für diese Unterdrückungsaktion war das „Jugendschutzgesetz", das Jugendlichen ohne Begleitung Erwachsener den Aufenthalt in Gaststätten nach 22 Uhr verbietet. Fast einstimmig stellte die Versammlung fest, daß ein Gesetz nicht richtig sein kann, das vorschreibt, daß Jugendliche praktisch abends an der Hand geführt werden müssen, denen tagsüber bei der Arbeit alles abverlangt wird.

Das Jugendamt, das an der Polizeiaktion maßgeblich beteiligt war und sich hinterher mit Kritik an der „Gleichgültigkeit" der Eltern ihren gesetzlichen Pflichten gegenüber in der Presse großtat, wollte „aus Terminschwierigkeiten leider" keinen Vertreter zu der Landfrauenversammlung schicken. Das ist nicht verwunderlich, hat es sich doch in dieser Sache allzu offensichtlich als Organ der Staatsmacht gezeigt. Auch in zahlreichen Leserbriefen in den „Husumer Nachrichten" wurde die Polizeirazzia, das Jugendschutzgesetz und das Jugendamt verurteilt.

Die Jugendlichen, gerade auf dem Land, wo sie oft vereinzelt arbeiten müssen, brauchen Zentren, wo sie ihre Erfahrungen austauschen können, wo es aber auch nicht zu teuer ist, hinzugehen. Als solches benutzen sie die Immenstedter Disco. Auf der Versammlung sowie in Leserbriefen wurde unterstützt, daß die Jugendlichen solche Zentren brauchen.

Das Jugendschutzgesetz hat die Funktion, die Versammlungsfreiheit der Jugendlichen weiter einzuschränken, weil gerade bei den Jugendlichen der Zusammenschluß schnell zur Rebellion führt. Womit Polizeichef und Jugendamt nicht gerechnet hatten, ist der breite Protest nicht nur gegen ihre „generalstabsmäßig geplante" Aktion, nicht nur gegen den frechen Zeitungsartikel, sondern gerade gegen das Jugendschutzgesetz.



Schraffierte Fläche: Hof Klöwer; durchgezog. Linie: Trasse im Bau; gestrich. Linie: Vorschlag Klöwer

„Ausbau der Landesstraße im öffentlichen Interesse dringend geboten"

r.bel. Besitzeinweisungsbeschluß der Bezirksregierung Weser-Ems, 2.11.1979: „Auf Antrag des Straßenbauamts Oldenburg-West weise ich hiermit das Land Niedersachsen (Verwaltung der Landesstraßen) gemäß dem NStrG... vorzeitig in den Besitz der... benötigten Flächen ein... Die Landesstraße 10 nimmt den gesamten Versorgungs- und Bäderverkehr zu den friesländischen Küstenbadeorten und Campingorten Hooksiel, Horumersiel und Schillig auf... Die Sicherheit besonders der Fußgänger und Radfahrer ist bedroht... Umweltbelastung... Unfallhäufigkeit..."

Seit November 1979 läßt das Land Niedersachsen eine neue L 10 als Ortsumgehung Fedderwarden direkt durch das Land des Bauern Klöwer schlagen, dessen Hof (45 ha Milchwirtschaft) am Ortseingang Fedderwarden an der alten L 10 liegt. Tatsächlich geht es nicht um den Urlauberverkehr, sondern die am Jadefahrwasser ansässigen Kapitalisten lassen sich diese Straße bauen, um ihr Kapital schneller umschlagen zu können. Im Planfeststellungsbeschluß von 1976 stellt die Bez.-Reg. Weser-Ems fest: „Die L 10, über die der bereits zur Zeit sehr starke und durch die Industrieansiedlung im Voslapper Watt sich ständig steigernde Verkehr jetzt noch läuft, ist wegen des unzulänglichen Querschnitts dem ständig zunehmenden Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen. Die schweren Tanklastzüge, die von der Mobil Oil Raffinerie kommend die L 10 befahren, bilden vor allem in den Ortsdurchfahrten Sengwarden und Fedder-
durchfahrten Sengwarden und Fedder-
warden eine außerordentliche Gefahr für die Sicherheit des Verkehrs auf dieser Straße. Die Gefährdung der Verkehrssicherheit und die Überschreitung der Leistungsfähigkeit der L 10 führen dazu, daß die Ortsdurchfahrten von dem schweren LKW-Verkehr entlastet werden müssen. Darüber hinaus ist durch den Schwerlastverkehr der Bestand der auf nicht tragfähigem Untergrund gebauten L 10 gefährdet."

Unter Berufung auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, das der Planungsbehörde die „planerische Gestaltungsfreiheit" einräumt, wurde die neue Trasse so gelegt, daß sie den Hof Klöwer zerschneiden mußte. Das Verwaltungsgericht Oldenburg lehnte die Klage des Landwirts ab: „Die vorgesehene Linienführung hält gegenüber der vom Kläger ersatzweise gewünschten Verschiebung der Trasse nach Osten dem Abwägungsgebot statt. Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, daß eine derartige Verschiebung der Trasse den Kläger weniger hart getroffen hätte und darüber hinaus noch 4 weitere landwirtschaftliche Betriebe bei einer Verschiebung der Trasse nach Osten günstiger gestellt worden wären... dazu kämen Kostenersparnisse und eine bessere Linienführung. Gleichwohl hat sich die Planfeststellungsbehörde für die festgestellte Linienführung nach eingehender behördeninterner Erörterung entschieden..."

Dann rechnet das Verwaltungsgericht noch höhnisch vor, „daß die Durchschneidung eines landwirtschaftlichen Betriebes mit der damit verbundenen Abgabe von rund 3,6 ha bei einer Betriebsgröße von 45 ha zwar eine Beeinträchtigung des Betriebes mit sich bringt, aber offenbar eine Weiterführung des Betriebes nicht ausschließt."

Auf öffentlichen Versammlungen versprach der Wilhelmshavener Oberstadtdirektor Eickmeyer „drei gleichwertige Höfe als Ersatz" anzubieten und der nds. Finanzminister Kiep tönte auf Wahlkundgebungen in Wilhelmshaven, daß „es für den Hof Klöwer keine Besitzeinweisung geben wird". Statt einem Ersatzhof gibt es eine Pressekampagne gegen den „störrischen Landwirt, der sich gegen den Fortschritt stellen und den Staat melken will" (Wilh. Zeitung).

will" (Wilh. Zeitung).

Die Familie Klöwer hat den Hof verlassen müssen, Kripo hat sich auf dem Hof herumgetrieben wegen „gewisser Drohungen, die Herr Klöwer gegen die verantwortlichen Politiker ausgesprochen hat". Das Vieh wird notdürftig von einem Betriebshelfer und Nachbarn versorgt, Strom- und Wasserleitungen auf den Weiden hat der Straßenbau zerschnitten – von Entschädigungen hat der Bauer nichts gesehen, der Ruin des Hofes ist sichtbar. Mit den anderen vom Straßenbau betroffenen Landwirten soll nun eine Flurbereinigung durchgeführt werden – dagegen haben schon 3 Landwirte Klage erhoben, weil sie darin nur weitere Nachteile auf ihre Höfe zukommen sehen.

„Die finanziellen Hilfen des Staates sind freilich nicht dazu gedacht, alle Kosten zu decken..."

r.chs. 140 bis ca. 300 DM kostet ein Ganztagsplatz in einem öffentlichen Kindergarten in Niedersachsen; 70 bis 180 DM ein Halbtagsplatz. Die Versorgung der Kinder während der Arbeitszeit ihrer Eltern bildet nur einen Teil der Kosten der Kinderaufzucht, den anderen Teil die Nahrung, Kleidung und z.B. eine geräumigere Wohnung. „Wie haben die Leute das bloß früher geschafft, ohne jede staatliche Unterstützung drei, vier oder noch mehr Kinder großzuziehen? Es war auch wirklich eine imponierende Leistung, die unsere Eltern und Großeltern damit vollbracht haben. Heute ist es uns bereits zur Selbstverständlichkeit geworden, daß wir staatliche Hilfe für die Familien... in Anspruch nehmen... Die finanziellen Hilfen des Staates sind freilich nicht dazu gedacht, *alle* Kosten zu decken, die den Eltern durch ihre Kinder entstehen..." (Reihe Bürger-Service Band 11, Jan. 1980)

In Braunschweig und verschiedenen anderen niedersächsischen Städten haben sich Eltern zusammengeschlossen, die für die Senkung der Kindergartenbeiträge kämpfen. Die Bewegung hat eine Stärke erreicht, auf die der niedersächsische Kultusminister jetzt reagiert hat: Am 7. März hat er eine Reform der Zuweisung von Kindergartenzuschüssen beschlossen, wie er jetzt bekannt gab. „Die (niedersächsische) Landesregierung ist der Auffassung, daß die Förderung von Kindertagesstätten im Zusammenhang mit der Stellung der Familie in der heutigen Gesellschaft gesehen werden muß. Die Landesregierung hielt es deshalb für an der Zeit, über die seit langem erarbeiteten Verteilungsmodelle von Förderungsmitteln für Kindergärten nicht isoliert, sondern in einem größeren politischen Zusammenhang zu entscheiden." (Pressemitteilung vom 7. Mai) Den Haushaltsansatz für 1980 von 22,5 Mio. DM und für 1981 von 50 Mio. DM will sie „künftig den Kindergartenträgern, pro 5- und 6-jährigem Kind, das einen Kindergarten besucht, 80 DM monatlich, d.h. 960 DM im Jahr, zur vorrangigen Entlastung der Eltern von den Kindergartenbeiträgen zur Verfügung stellen." (Pressemitteilung)

	Kindergeld	erhöhter Ortszuschlag	Kinderg. u. erh. Ortszuschlag
Familie mit 1 Kind	50,--	92,53	142,53
Familie mit 2 Kindern	150,--	180,96	330,96
Familie mit 3 Kindern	345,--	221,99	566,99
Familie mit 4 Kindern	540,--	299,75	839,75

Diese Reform ist nun alles andere als die Erfüllung auch nur eines Teils der Elternforderung. Gegenüber der bisherigen besonderen Entlastung der Eltern 5- und 6-jähriger Kinder von monatlich 6 DM, die am Ende eines Jahres in einer Summe zurückerstattet wurden, hören sich die 80 DM zwar gut an. Aber: 1. Ist jetzt die *Bemessungsgrundlage* für einen Zuschuß die Anzahl der 5- und 6-jährigen in einem Kindergarten, was notwendigerweise die Träger veranlassen wird, weniger oder auch keine jüngeren Kinder mehr aufzunehmen. Oder müssen die Eltern für die jüngeren Kinder dann die „Selbstkosten" zahlen? 2. Ist bis heute völlig offen, ob und wenn ja wieviel die Eltern der geförderten Kinder weniger bezahlen müssen, neue Kalkulationen der Träger sind noch nicht veröffentlicht.

Der Kampf der Eltern gegen die hohen Beiträge für Kindergärten wird durch Kultusminister Remmers Reform nicht gestoppt werden können, er muß aber verbunden werden mit dem Kampf um höheres Kindergeld, mindestens so hoch wie im öffentlichen Dienst für alle.

Giftskandale: Bourgeoisie reagiert zynisch Betriebsräte brauchen Recht auf Kontrolle

r.scm. Bei der Untersuchung von Obst und Gemüse im Umkreis von 3 km dei Harzer Hüttenwerke ergaben sich bei 50% der Obst- und bei 70% der Gemüseproben nach Angeben des Sozialministeriums Überschreitungen der *gesetzlichen* Richtwerte für Schwermetallkonzentrationen. In Nordenham, wo bereits 1972 130 Rinder an Bleivergiftung starben, wurde bei einer ähnlichen Untersuchung in 33% der Proben Überschreitung der Bleirichtwerte, in 23% der Cadmiumrichtwerte festgestellt. Schnipkoweits unverfrorene Empfehlung an Kleingärtner: auf den Verzehr eines Teils des selbstangebauten Gemüses verzichten, mit gekauftem mischen, insgesamt auf vielseitige und ausgewogene Kost achten. Inzwischen hat ein privater Verein in eigenen Untersuchungen bei 12 Kindern aus Nordenham Blei im Blut festgestellt. Die bleihaltigen Abgase eines Schmelz-
Die bleihaltigen Abgase eines Schmelz-
ofens einer Lübecker Konservenfabrik sollen sich nach Angaben der Gewerbeaufsicht zwar auf einem benachbarten, mit Unkraut überwucherten Grundstück niedergeschlagen haben; Auswirkungen auf die Schüler einer ebenfalls benachbarten Schule oder auf die konservierte Kondensmilch wurden rundweg bestritten. „Lediglich" bei einem Teil der Arbeiter soll es Hinweise auf Bleibelastungen geben, diese seien aber nicht toxisch (giftig).

Über 400 Beschwerden gingen beim niedersächsischen Umweltbeauftragten in den letzten 12 Monaten ein. Was daraus wird, kann man aus der zynischen Reaktion Schnipkoweits und anderer bürgerlicher Politiker zur Verseuchung von Luft und Wasser ersehen. Nachdem seit 1973 im Bremerhavener Zoo 40 Tiere an Bleivergiftung starben (das Preussag-Werk Nordenham liegt in der Nähe) hatte der Oberbürgermeister der Stadt Lenz für den Zoodirektor die Bemerkung übrig: „Er sollte sich fragen, ob mit seiner Tierhaltung etwas nicht stimmt." Der jetzt in Hannover entdeckte Brunnen einer stillgelegten Zahnradfabrik mit Zyaniden und Blausäure in einer Konzentration, daß die Berührung schon lebensgefährlich ist, existierte bereits seit Anfang der 20er Jahre. Die Praxis bestätigt die Auffassung, daß die bürgerlichen Staatsorgane an einer Kontrolle der Kapitalisten zum Schutz der Gesundheit der Volksmassen gar nicht interessiert sind. Notwendig ist die Kontrolle durch die eigenen Organe der Arbeiterklasse, durch die Betriebsräte.

räte.

Im Betriebsverfassungsgesetz ist ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates über „Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz" vorgesehen (§87 (1) Ziffer 7), aber dies „greift nicht Platz bei Maßnahmen, die der Arbeitgeber ausschließlich zum Schutz Dritter zu treffen hat" (Kommentar Fitting-Auffarth-Kaiser). Damit wird für Schadstoffemissionen nach *außen* oder Grundwasserverseuchungen z.B. der Betriebsrat für unzuständig erklärt. Dies beschränkt gleichzeitig das Recht auf Einsichtnahme in Unterlagen des Kapitalisten und auf Hinzuziehung von Sachverständigen, das nur „zur Durchführung seiner (des Betriebsrats) Aufgaben nach diesem Gesetz" besteht. Soweit die Gesundheitsgefährdung auch innerhalb des Betriebes besteht, darf zwar der Betriebsrat tätig werden, aber nur, indem er entweder die Gewerbeaufsicht oder andere Behörden informiert (bei direktem Verstoß gegen Gesetzesvorschriften) oder indem er mit dem Kapitalisten „vertrauensvoll" (§2) und „mit dem ernsten Willen zur Einigung" über eine Betriebsvereinbarung verhandelt oder indem die Einigungsstelle angerufen wird. Entscheidend ist dabei die Schweigepflicht, die dem Betriebsrat und evt. hinzugezogenen Sachverständigen über Betriebsgeheimnisse, wozu auch technische Verfahren gehören, auferlegt wird (§79). Bei Verletzung der Schweigepflicht kann der Kapitalist beim Arbeitsgericht den Ausschluß des Betreffenden aus dem Betriebsrat
des Betreffenden aus dem Betriebsrat
bzw. die Auflösung des gesamten Betriebsrates beantragen, ferner steht darauf bis zu einem Jahr Gefängnis, bei „schädigender Absicht" sogar zwei Jahre. Erst recht verboten ist dem Betriebsrat die Organisierung von Kampfmaßnahmen, ebenfalls hinreichend für eine Amtsenthebung. Nirgendwo im Betriebsverfassungsgesetz ist dem Betriebsrat das Recht auf *selbstständige* Inspektion von Anlagen eingeräumt. Lediglich bei Besichtungen durch Behörden, der gesetzlichen Unfallversicherung etc., die sich auf die Gesundheitsgefährdung im Betrieb beziehen, ist er *hinzuzuziehen*. Bereits das Recht auf uneingeschränkte Inspektion durch den Betriebsrat muß man sich erst erkämpfen.

Universität Hannover: Studenten haben Neuwahlen erkämpft

Gleich zu Beginn der Senatssitzung an der Universität Hannover gab Präsident Seidel offiziell die im Zuge der Ersatzvornahme neu erlassene Wahlordnung für die Wahlen zu den studentischen Organen bekannt. Noch am Vormittag waren an den Fachbereichen Landespflege, Sowi, Geschichte und Biologie Streikaktionen durchgeführt worden. Das Verfügungsgebäude am Schneiderberg wurde von den Studenten ganz geschlossen. Ca. 150 Landespflege-Studenten zogen vor das Präsidialamt, um dem Präsidenten „Entscheidungshilfe" zu geben. Die erlassene Wahlordnung bedeutet im wesentlichen eine Anerkennung des Prinzips „Fachschaftsräte in die Kammer", da alle Sitze des Studentenparlaments durch Mitglieder der Fachschaftsräte besetzt werden, wobei ca. 25% (=17 von 68 Sitzen) durch fachschaftsübergreifende Listen besetzt werden können. Allerdings ist die Wahlordnung noch nicht durch das niedersächsische Wissenschaftsministerium genehmigt worden. Sie entspricht auch nicht vollständig dem letzten Kompromißvorschlag der Studentischen Kammer, in dem lediglich 11 Sitze für uniweite Listen zugestanden worden waren. Die studentische Kammer wird über Annahme oder Ablehnung noch befinden müssen; unserer Ansicht nach kann man sich aber auf die vom Präsidenten erlassene Wahlordnung einigen. Werden die Wahlen an der Uni Hannover nach der neuen Wahlordnung durchgeführt, so bedeutet dies, daß der Versuch der Landesregierung, aus den Vertretungsorganen der Studenten kastrierte NHG-„Selbstverwaltungsorgane" zu machen, zunächst gescheitert ist. Ein Sudentenparlament, das sich seinen eigentlichen Aufgaben zuwendet, kann gewählt werden.


Als Entscheidungshilfe für den Präsidenten bleibt das Schneiderberggebäude am Mittwoch geschlossen.


Der Präsident wird aufgefordert, seine Wahlordnung noch am Mittwoch bekanntzumachen.

Prozeß wegen Streikbeteiligung gegen HRG

r.wal. Zu einem wichtigen Schlag gegen die Studentenbewegung in Hamburg soll im Oktober 1980 ausgeholt werden: 4 Kommilitonen wird der Prozeß gemacht, weil sie sich am Streik im Mai 1977 gegen das HRG beteiligt haben und für die Durchsetzung der Vollversammlungsbeschlüsse – nämlich totaler Vorlesungsboykott – aktiv eingetreten sind. Der Prozeß ist klar auf hohe Gefängnisstrafen angelegt. Direkt zur Abschaffung der Organe der Verfaßten Studentenschaft zu schreiten kann der Hamburger Senat nicht durchsetzen. Er versucht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dazu gehören vor allem permanente Verurteilungen des AStA wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats. Über 100000 DM hat er in den Jahren 1978/79 zahlen müssen; z.B. wegen Aufrufs zum 1. Mai. Der AStA hatte die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten hervorgehoben. Das Gericht: „Die Gemeinsamkeiten sind offensichtlich konstruiert. Sie sind Vorwand für allgemeinpolitische Äußerungen." Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, AStA und Fachschaftsräten hat in Hamburg Tradition. Sie soll zerschlagen werden, um die studentischen Koalitionen zerschlagen zu können. Wollen tut der Senat das schon lange. Aber genauso lange kann er schon nicht, dafür hat die Studentenbewegung immer gesorgt.

Aufgelöster PH-AStA in Westberlin bleibt im Amt

r.crw. Während an den Universitäten in Westberlin mit dem neuen Hochschulgesetz vor Jahresfrist die Wahl der ASten wieder eingeführt wurde, wurde der AStA der PH mit dem Integrationsgesetz zum 1.4.80 aufgelöst. Der PH-AStA ist aber weiter im Amt und wird von der Verwaltung in der Ausübung seiner Geschäfte vorderhand nicht behindert. An TU und FU wurden vor einem Jahr Studentenparlamente gebildet, deren gesetzlicher Auftrag auf die Erstellung einer Satzung beschränkt ist. Die Satzung, die an der FU in Urabstimmung verabschiedet wurde, liegt jetzt der Hochschulleitung zur Genehmigung vor. In der Woche nach Pfingsten soll, ob genehmigt oder nicht, ein AStA auf Grund dieser Satzung gebildet werden. Das gestaltet sich schwierig, weil Jusos, Revisionisten und Basisgruppen, die bislang die Geschäfte der Verfaßten Studentenschaft unter sich ausgemacht hatten, sich nicht mehr einigen können. Die Juso-Fraktion hat sich über die Frage des AStA-Programms gespalten, wobei die Minderheit für die eindeutige politische Festlegung des AStA ist, während die Mehrheit weiter mit Revisionisten und Basisgruppen mauscheln will. An der TU wird bis Anfang Juni über die Satzung abgestimmt. Es liegen zwei Entwürfe der Basisgruppen, ein gemeinsamer Entwurf von Jusos, Revisionisten und KHG und einer der Rechten vor.

Tierhaltung in Echem – Jugendarbeitslager auf Zeit

Blockunterricht in der Lehr- und Versuchsanstalt / Besuch Ertls

r.hok. Seit etwa 40 Jahren gibt es die Lehr- und Versuchsanstalt für Tierhaltung in Echem. Sie ist überbetriebliche Ausbildungsstätte für Tierwirte und Landwirtschaftsschüler, die sich in der Ausbildung befinden. Etwa 20 Wochen, aufgeteilt in 4- bis 6-wöchige Perioden, verbringt jeder Auszubildende aus Norddeutschland in der Anstalt nahe bei Lüneburg. Die Lehrgangszeit beginnt mit der Ankunft. Damit unterliegt jeder Lehrgangsteilnehmer der ,,Haus- und Schulordnung'', welche auch unterschrieben werden muß. Einige Verhaltensregeln: ,,1. Von allen Lehrgangsteilnehmern der Anstalt werden Pünktlichkeit, Einordnungswille, Höflichkeit und Kameradschaft erwartet... 4. Innerhalb des gesamten Anstaltsgeländes hat sich jeder Lehrgangsteilnehmer ruhig und gesittet zu verhalten.'' In Punkt 20 ist dann für eventuelle Übertretungen der Rausschmiß angedroht. Etwa 20 Tierwirte sind eingetroffen. Als erstes werden in alphabetischer Reihenfolge die Zimmer bezogen. Auch wer im gleichen Betrieb lernt, wird so getrennt. Etwa 50 Landwirtschaftsschüler sind bereits in der Anstalt. Auf Klingelzeichen gibt es um 12.00 Uhr das Mittagessen. Es gibt Grünkohl mit Bregenwurst. Die Wurst geht, der Grünkohl ist schlecht geschnitten und gekocht. Außerdem mehr Stengel als Blatt. Nach dem Essen ist die Vorstellung beim Leiter der Anstalt. Herr Doktor Hesselbarth hält entlang der Hausordnung eine Moralpredigt, wobei er betont, daß ,,wem's nicht paßt, der kann ja geh'n''. Außerdem muß jeder, dem Herr Doktor Hesselbarth begegnet, die Kappe ziehen und sagen: guten Morgen oder guten Abend Herr Doktor Hesselbarth. Betritt der Doktor die Internatsräume oder den Unterrichtsraum, in denen man die Kappe nicht tragen muß, müssen alle aufstehen und gemeinsam die Begrüßung sprechen.

Der 1. Nachmittag ist frei. Um 18 Uhr gibt es Abendbrot mit Tee. Danach ist wieder frei bis 22 Uhr, die Nachtruhe gilt für alle. Der nächste Tag beginnt um 5.45 Uhr. Geweckt wird durch Schellen, die in den Fluren des Internats angebracht sind. Bis um 6 Uhr muß sich jeder in dem ihm zugewiesenen Stall beim dortigen Ausbilder zum Dienst melden. Wer nicht aufsteht, wird vom Ausbilder geholt. Die 70 Lehrlinge arbeiten jetzt verstreut im Kuhstall, Schweinestall, Schafstall, Mastbullen- oder Rinderaufzuchtstall. Dort werden jetzt die 110 Kühe, 300 Mastschweine, 20 Zuchtsauen, 4 Eber, 160 Schafe, 100 Rinder und 80 Mastbullen gefüttert und verpflegt. Das ist viel Arbeit, die die Lehrlinge, da es neben den sechs Ausbildern nur noch drei Arbeiter gibt, zum großen Teil selbst machen. Neben ausmisten, Ställe aufräumen, melken usw. wird manchem schlecht von dem Gestank auf nüchternem Magen. Frühstück gibt es erst um 8.15 Uhr! Vorher kann man sich noch waschen und umziehen. Mit zwei Mann hat man einen Spind für die Kleidung. Die Internatskleidung wird herausgenommen und das Stallzeug hereingehängt. Macht man das einige Male, dann stinkt das gute Zeug wie Stallzeug. Bis 8.45 Uhr ist Frühstück, wo es keinen Kaffee, dafür aber Muckefuck gibt. Jeder Lehrgangsteilnehmer zahlt fürs Essen 100 DM die Woche. Von 8.45 – 12.00 Uhr ist dann Unterricht. Fach- und Gemeinschaftskunde. Es unterrichtet ein Lehrer, der eigentlich keiner ist. Da es nach dem Krieg zu wenig Lehrer gab, wurden einfach Beamte zu Lehrern ernannt ohne das sie ausgebildet wurden. Der Anstaltslehrer ist einer davon. In der Fachkundestunde wird die Anatomie der Kuh behandelt. Im Gemeinschaftskundeunterricht der Aufbau einer Gemeinde. Um 12 Uhr läutet es zum Mittagessen, es gibt falschen Hasen. Zum Nachtisch gibt es Fruchtcocktail. Nach der Mittagspause ist wieder Unterricht von 14 – 15.30 Uhr. In der Mathematikstunde wird berechnet, wieviel Futterration bei Hühnern für soundsoviel Eimasse notwendig ist. Um 15.30 Uhr ist Kaffeepause. Bis um 16 Uhr muß man sich wieder umgezogen im Stall beim Ausbilder melden. Dort werden dann ähnliche Arbeiten wie morgens zugeteilt. Melken, ausmisten, Hof und Ställe fegen, den Kühen wird der Mist abgeschert usw. Um 18 Uhr gibt es Abendbrot, Pizza mit der Wurst vom Vortag. Dazu gibt es Tee. Um 22 Uhr ist wieder Nachtruhe. Damit ist ein Tag beendet.

In der 2. Woche besuchte der Landwirtschaftsminister Ertl die Anstalt. Die Ställe wurden auf Hochglanz poliert. Der Unterricht fällt aus. Im Hof mußte das Stroh geharkt und der Misthaufen genau nach Quaderform aufgeschüttet werden. Dazu wurden die Seiten des Misthaufens sauber gezogen und die Oberfläche von einigen plattgetrampelt, so daß er auch oben eine Linie bildete. Mit einer Seifenlösung wurden die Zuchtsauen dann noch saubergewaschen, die sich aber gleich wieder suhlten. Während des Besuchs mußten alle Lehrlinge auf die Stuben gehen und sich ruhig verhalten. Später konnte man den Landwirtschaftsminister mit mehreren Leuten über den Hof gehen sehen, wobei ihm einer den Schirm hielt, weil es regnete. Der Besuch hatte nur noch zusätzliche Schikane gebracht.

Schmierölverbrauch? Notstromaggregat? Kleinlichste Erfassung für Zwangsbewirtschaftung

Lfd. Nr.		Motorwagen	Anhänger
041	Tankwagen		
042	Silowagen		
043	Kühlwagen		
044	Sonstige Spezialfahrzeuge mit Verbrennungsmotor		
045	Normale Lastkraftwagen bis 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht		
046	Normale Lastkraftwagen über 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht		
047	Normale Anhänger bis 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht		
048	Normale Anhänger über 7,5 t zulässiges Gesamtgewicht		

Verbrauch an Wasser, Energie, Schmier- und Brennstoffen

		Jahresverbrauch	Vorräte im Jahresdurchschnitt
	Wasserverbrauch		
049	Aus öffentlicher Versorgung .... (m^3)		
050	Aus Selbstgewinnung .... (m^3)		
	Treib- und Schmierstoffverbrauch		
051	Benzin .... (1)		
052	Diesel .... (1)		
053	Treibgas .... (kg)		
054	Schmieröl .... (1)		
055	Schmierfett .... (kg)		

z.gkr. Ende April erließ der Landwirtschaftsminister ein neues Formblatt, mit dem für alle ernährungswirtschaftlichen Betriebe 332 Daten erfaßt werden sollen: Produktions- und Lagerkapazität, Vorräte und Bestände an Erzeugnissen und Waren, personeller und sachlicher Bedarf der Betriebe. In der Regel muß ab zwei in der Produktion Beschäftigten gemeldet werden. Die Anfang 1976 gegen erheblichen Widerstand der Betroffenen schon einmal erhobenen Daten müssen auf den neuesten Stand gebracht werden, um genaue Pläne für die Zwangsbewirtschaftung für den Kriegsfall sowie bei ,,Versorgungskrisen'' ausarbeiten zu können. So wird auch gleich noch nach der Möglichkeit mehrschichtiger Arbeit in den Betrieben gefragt. Im September 1978 wurde mit der Ernährungsbewirtschaftungsverordnung auch die Verteilung der erfaßten Produkte geregelt.

Anstalt. Herr Doktor Hesselbarth hält entlang der Hausordnung eine Moralpredigt, wobei er betont, daß ,,wem's nicht paßt, der kann ja geh'n''. Außerdem muß jeder, dem Herr Doktor Hesselbarth begegnet, die Kappe ziehen und sagen: guten Morgen oder guten Abend Herr Doktor Hesselbarth. Betritt der Doktor die Internatsräume oder den Unterrichtsraum, in denen man die Kappe nicht tragen muß, müssen alle aufstehen und gemeinsam die Begrüßung sprechen.

Der 1. Nachmittag ist frei. Um 18 Uhr gibt es Abendbrot mit Tee. Danach ist wieder frei bis 22 Uhr, die Nachtruhe gilt für alle. Der nächste Tag beginnt um 5.45 Uhr. Geweckt wird durch Schellen, die in den Fluren

ausgebildet wurden. Der Anstaltslehrer ist einer davon. In der Fachkundestunde wird die Anatomie der Kuh behandelt. Im Gemeinschaftskundeunterricht der Aufbau einer Gemeinde. Um 12 Uhr läutet es zum Mittagessen, es gibt falschen Hasen. Zum Nachtisch gibt es Fruchtcocktail. Nach der Mittagspause ist wieder Unterricht von 14 – 15.30 Uhr. In der Mathematikstunde wird berechnet, wieviel Futterration bei Hühnern für soundsoviel Eimasse notwendig ist. Um 15.30 Uhr ist Kaffeepause. Bis um 16 Uhr muß man sich wieder umgezogen im Stall beim Ausbilder melden. Dort werden dann ähnliche Arbeiten wie morgens zugeteilt. Melken, ausmisten, Hof und Ställe fegen, den Kühen wird der Mist abgeschert usw. Um 18 Uhr gibt es

050 Aus Selbstgewinnung .... (m^3)
Treib- und Schmierstoffverbrauch
051 Benzin .... (1)
052 Diesel .... (1)
053 Treibgas .... (kg)
054 Schmieröl .... (1)
055 Schmierfett .... (kg)

z.gkr. Ende April erließ der Landwirtschaftsminister ein neues Formblatt, mit dem für alle ernährungswirtschaftlichen Betriebe 332 Daten erfaßt werden sollen: Produktions- und Lagerkapazität, Vorräte und Bestände an Erzeugnissen und Waren, personeller und sachlicher Bedarf der Betriebe. In der Regel muß ab zwei in der Produktion Beschäftigten gemeldet werden. Die Anfang 1976 gegen erheblichen Widerstand der Betroffenen schon einmal erhobenen Daten müssen auf den neuesten Stand gebracht werden, um genaue Pläne für die Zwangsbewirtschaftung für den Kriegsfall sowie bei ,,Versorgungskrisen'' ausarbeiten zu können. So wird auch gleich noch nach der Möglichkeit mehrschichtiger Arbeit in den Betrieben gefragt. Im September 1978 wurde mit der Ernährungsbewirtschaftungsverordnung auch die Verteilung der erfaßten Produkte geregelt.

Schweineerzeugerpreis in die Verlustzone gedrückt

100 Bauern fordern sofortige Demonstration zur Erhöhung der Erzeugerpreise

z.mee. Seit Mitte April ist das ohnehin niedrige Erzeugerpreisniveau für Schweinefleisch rasant gesunken, so daß der Bauer jetzt Geld mitbringen muß beim Schweinemästen. Der Bauer in unserem Beispiel setzt 35,15 DM bei jedem Schwein zu. Solche ständig wiederkehrenden Perioden des totalen Preisverfalls dienen dazu, diejenigen Bauern aus der Produktion zu drängen, die bereits die Grenzen ihrer Liquidität erreicht haben. Viele Bauern belegen zur Zeit ihre Ställe nicht mehr neu mit Ferkel und wissen nicht, ob sie jemals wieder so viel Betriebskapital ansammeln bzw. von der Bank Kredit bekommen, um wieder Ferkel zu kaufen. Mit jeder dieser Perioden verlagert sich die kapitalintensive Schweinemast dorthin, wo das Kapital sitzt.

Der gegenwärtige Preisverfall trifft die Schweinemäster unterschiedlich. Grob betrachtet gibt es drei verschiedene Gruppen:

1. Bauern, meist kleinere, die in herkömmlichen Ställen bei hohem Arbeitsaufwand Schweine produzieren. Sie haben keine bzw. nur kleinere Investitionen durchgeführt und können nur weitermästen, wenn sie bereit sind, bei viel Arbeit immer weniger zu verdienen. Maßlose Überarbeit und schließlich Aufgabe der Schweinemast ist das Resultat.

2. Bauern, die mit neuen Ställen bzw. neuen Anlagen mästen. Oft gaben Zinsverbilligungen oder andere ,,Förderungsmittel'' den Ausschlag zur Investition. Sie sind praktisch an die Produktion gebunden, denn die Tilgungs- und Zinsbelastungen für den Stall bleiben – auch wenn er leer steht. Sie werden so gezwungen, zu jedem Preis zu produzieren, selbst wenn Entgelt für die Arbeitskraft nicht mehr drin ist.

3. Agrarkapitalisten, Futtermittelkapitalisten, Händler, Schlachtereien, die mit einer größeren Finanzdecke in großem Stil Schweine mästen. Durch die Masse können diese auch bei niedrigem Verdienst pro Stück noch ihren Schnitt machen. Zusätzlich wollen sie ihren Absatz an Futtermittel erhöhen bzw. ihre Schlachtkapazitäten auslasten. Bei schlechten Preisverhältnissen können sie es sich leisten, ihre Ställe vorübergehend leer stehen zu lassen. Sie erweitern ständig ihren Anteil an der Gesamtschweineproduktion.

Eine Zwischenstufe ist die Lohnmast. Der Bauer stellt Stall, Strom, Wasser, Stroh und Arbeitskraft zur Verfügung und bekommt dafür eine Pauschale von 20 bis 30 DM je verkauftem Mastschwein. Häufig beträgt die Pauschale auch 8% vom Verkaufserlös. Vor jeder Mastperiode wird diese Pauschale zwischen dem Kapitalisten und dem Bauern oftmals neu ausgehandelt. Beim gegenwärtigen Preisniveau drücken die Kapitalisten die Pauschale. In Schleswig-Holstein sollen Bauern bis auf 15 DM je Schwein heruntergedrückt worden sein. Der Betrag ist so niedrig, daß für Entgelt der Arbeitskraft fast nichts bleibt.

Die Preisschwankungen für Schweinefleisch verlaufen periodisch in Abständen von zwei bis drei Jahren und werden von der Bourgeoisie Schweinezyklus genannt. Daß diese Schwankungen nicht ausschließlich aus Angebot und Nachfrage erklärt werden können, beweist die Tabelle 2. Sobald die Preise niedrig sind, sinkt der Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft am Verbraucherpreis, d.h. daß die erhöhten Profite der Großschlachtereien und Zwischenhandelskapitalisten auf die Erzeugerpreise drücken. Nicht zufällig ist der Schweinepreis 1975/76 – kurze Zeit nach den großen Demonstrationen der Bauern – am höchsten. Die bürgerlichen Ökonomen behaupten, die Bauern würden durch ihr unausgewogenes Angebot den Schweinezyklus selbst produzieren. Dabei produziert der kapitalistische Markt das Überangebot gesetzmäßig immer wieder.

Gegen diese Senkung des Lohn- und Lebensniveaus führen die Bauern Kämpfe. Die Kreisbauerntage waren Ausdruck davon. Der Kreisbauernverband Flensburg hat Ertl in einem Telegramm aufgefordert, sofort etwas zur Stützung des Schweinepreises zu unternehmen. Auf Sitzungen der Bezirksbauernverbände Emmelsbüll, Neukirchen, Dagebüll (Nordfriesland) erklärten die Bauernverbandsvertreter, daß die Geduld der Bauern am Ende sei. In Süderlügum, Kreis Nordfriesland, forderten 100 Bauern auf einer Bezirksbauernversammlung eine sofortige Demonstration zur Erhöhung der Erzeugerpreise.

Tabelle 1: Verlustrechnung je Mastschwein in DM

Ferkel	120,00 DM	Jan. 80, 20 kg schwer
Futter (Anfangsmast)	24,60 DM	55 DM/dz, Futterverwertung 1:2,8
Futter (Endmast)	125,50 DM	49 DM/dz, Futterverwertung 1:3,7
Verluste	7,00 DM	3,5% von 200 DM
Hygiene, Gesundheit	3,00 DM	
Stroh	3,00 DM	
Strom, Wasser	2,50 DM	
Abschreibung Stall	5,00 DM	2% v. 500 DM/Stallplatz
Reparaturen	2,00 DM	
Zinsen Ferkel	6,60 DM	120 DM · 11% : 2-malig. Umtrieb
Arbeitskraft	9,00 DM	0,6 Arb.Kraft/Schwein · 15 DM/Std.
Erzeugungskosten:	308,20 DM	Verkaufsgewicht 100 kg
Erlös:	273,05 DM	100 kg · 2,54 DM je kg-Lebendgewicht *
Verlust	35,15 DM	

* Das entspricht der Hamburger Notierung, die in der Woche vom 19. bis 23.5.80 in Schleswig-Holstein gezahlt wurde.

Tabelle 2:	1970/71	1975/76	1978/79
Preise Schweinefleisch in DM/100kg lebend	261,9/239,3	312,2/333,9	296,4/269,5
Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben für Fleisch und Schlachtvieh	48%	52%	44%

Solche kompletten Mastställe verkauft die Industrie den Bauern gern.

Löhne britischer Landarbeiter 1979 noch weiter gesenkt

z.hef.London. Erste Verhandlungen über die Lohnforderungen der Gewerkschaft NUAAW für die 300000 britischen Landarbeiter führt die staatliche Lohnkommission am Dienstag durch. Die Landarbeitergewerkschaft hat keine exakte Forderung vorgelegt. Auf dem Gewerkschaftstag in der vorletzten Woche forderten die Delegierten ,,Lohnerhöhungen zur Schließung der Kluft zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen''. In der in KVZ 44/79 abgedruckten Lohnverteilung haben wir gezeigt, daß die Landarbeiterlöhne 1978 genau im Niedriglohnbereich der Industriearbeiterlöhne liegen. Diese schwierige Lage hat sich letztes Jahr noch weiter verschärft. Das Landwirtschaftsministerium veröffentlichte am 21. Mai Zahlen für das letzte Vierteljahr 1979, wonach der Durchschnittslohn der Landarbeiter 72,78 Pfund in der Woche brutto betrug (ca. 1250 DM im Monat). Darin sind Überstunden, Urlaubsgeld und Zahlungen in Produkten und Unterbringung enthalten. 72,78 Pfund, das sind nur 16,5% mehr als 1978 – bei einer Inflationsrate von beinahe 20%. Die niedrigen Löhne verstärken den Zwang zu Überstunden. Zwischen 1976 und 1979 stieg die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 46,0 auf 46,9 Stunden. Als ein Mittel dagegen beschloß der Gewerkschaftstag die Forderung nach doppelter Zahlung für Arbeit am Samstag, Sonntag und Feiertag.

Dänemark: Dezimierung des Milchviehbestands

z.bag.Aarhus. Seit Einführung der Abschlachtprämien durch die EG sind in Dänemark 103000 Milchkühe geschlachtet worden, gut ein Zehntel des gesamten Bestandes. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurde die Abschlachtung von weiteren 125000 Stück Milchvieh beantragt. Mit modernsten Produktionsanlagen waren die dänischen Bauern die produktivsten Milchproduzenten innerhalb der EG geworden. Die Anlagen wurden mit Krediten finanziert, die mit einer Vervierfachung der Bodenpreise von 1971 bis 79 gedeckt werden konnten. Seit 1979 fallen die Bodenpreise, und die Verkaufspreise, unter anderem

Dänemark: Dezimierung des Milchviehbestands

z.bag.Aarhus. Seit Einführung der Abschlachtprämien durch die EG sind in Dänemark 103000 Milchkühe geschlachtet worden, gut ein Zehntel des gesamten Bestandes. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurde die Abschlachtung von weiteren 125000 Stück Milchvieh beantragt. Mit modernsten Produktionsanlagen waren die dänischen Bauern die produktivsten Milchproduzenten innerhalb der EG geworden. Die Anlagen wurden mit Krediten finanziert, die mit einer Vervierfachung der Bodenpreise von 1971 bis 79 gedeckt werden konnten. Seit 1979 fallen die Bodenpreise, und die Verkaufspreise, unter anderem
auch für Milch, werden von den Produktionspreisen überholt. Diese sind in der Milchwirtschaft vor allem durch die wachsenden Kosten für Energie und Futtermittel gestiegen. Außer bei den Banken sind die Bauern oft bei den Dünge- und Futtermittelkonzernen verschuldet, die bis zu 30% Zinsen nehmen. Ein Bauer berichtete im Fernsehen über seine Lage: Er habe 1971 einen 40 ha großen Hof für 250000 Kr. gekauft, später dazu 70 Kühe und einen modernen Stall für 700000 Kr. Heute hat er, bei hoher Produktivität, 1,7 Mio. Kr. Schulden. Gut die Hälfte der Einnahmen geht für Zinszahlungen weg. Er sieht keine andere Möglichkeit als die Vernichtung des Viehbestandes und Umsteigen auf Ackerbau: da sind die Betriebskosten nicht ganz so hoch.

VR China: Maßnahmen gegen illegale Preiserhöhungen

z.jör.Beijing. Am 24.4. wies die ,,Beijinger Tageszeitung'' auf eine Untersuchung des Städtischen Preisamtes hin, wonach die Gemüseverkaufspreise einiger Verkaufsstellen ca. 25% über den offiziell erlaubten liegen. Diese Preiserhöhungen werden durch die derzeitige Gemüseknappheit begünstigt. Nachdem die Regierung Ende vergangenen Jahres die Ankaufspreise der wichtigsten Agrarerzeugnisse erhöht hatte, und in der Folge auch die Verkaufspreise dieser Produkte stiegen, kam es im ganzen Land zu einer Welle nicht genehmigter, willkürlicher Preiserhöhungen durch einzelne Orte, Läden oder Abteilungen. Diese Preiserhöhungen sind nicht nur als solche illegal, sondern z.T. rein betrügerisch. Z.B. dann, wenn falsche Gewichte verwendet werden, alte Waren in neuer Verpackung teurer verkauft werden usw. Begründet werden diese Aufschläge u.a. damit, daß die erhöhten Verkaufspreise zu mehr Einnahmen führten, und so die Prämien der Angestellten auch erhöht werden könnten, daß man ,,entsprechend den ökonomischen Gesetzen'' handele usw. Am 26.4. veröffentlichte ,,Renmin Ribao'' einen Aufruf des ZK der KPCh und des Staatsrats, der zu energischen Maßnahmen gegen diese Spekulanten aufruft und verschärfte Kontrollen sowie Bestrafungen ankündigt, falls die Erhöhungen nicht binnen eines Monats rückgängig gemacht werden.

Hohe Ausbeutungsrate lockt den Kapitalexport in „Hochlohnländer"

z.frb. Seit der westdeutsche Imperialismus wieder in großem Maßstab zu Kapitalexport übergegangen ist, hat der Import von Arbeitern durch den BRD-Imperialismus seinen Höhepunkt überschritten. Mit Kapitalexport greifen die Kapitalisten nach den Produktionsmitteln in anderen Ländern und bringen die Bedingungen der Produktion unter ihre Kontrolle, um die Basis ihrer Ausbeuterei zu erweitern.

Wieviel ein bestimmtes Monopol aus dem seinen Arbeitern abgepreßten Profit zum Kapitalexport verwendet, darüber läßt sich einiges aus den jeweiligen Geschäftsberichten entnehmen. Um Daten über den Kapitalexport der gesamten Kapitalistenklasse zu bekommen, muß man auf die amtliche Statistik zurückgreifen. Das Wirtschaftministerium veröffentlicht jeweils zum 30.6. und zum 31.12. den Bestand der Vermögensanlagen Gebietsansässiger in fremden Wirtschaftsgebieten. Diese Statistik weist Ende 1979 einen Bestand von 66 Mrd. DM auf, den Bestand ausländischer Anlagen in der BRD weist sie mit 55 Mrd. DM aus. Die Statistik der Bundesbank weist Ende 1977 unmittelbare und mittelbare Beteiligungen westdeutscher Kapitalisten an ausländischen Unternehmen in Höhe von 51,6 Mrd. DM aus, ausländische in der BRD von 62,6 Mrd. DM. Die Angaben des Wirtschaftsministeriums beruhen auf den Meldungen, die die Kapitalisten bei Zahlungen ins Ausland machen müssen. Diese Übertragungen sind seit 1952 kulminiert. Erstens fehlen also alle früheren Anlagen, was vor allem bei den ausländischen in der BRD ins Gewicht fällt, die außerdem erst seit 1961 erfaßt sind. Zweitens sind die westdeutschen Kapitalexporte so hoch ausgedrückt, da die Mark mittlerweile erheblich aufgewertet wurde. Drittens fehlen die im Ausland akkumulierten Profite, viertens sind nicht erfaßt die Investitionen auf dem Umweg der Holding-Gesellschaften. Das genauere Bild für Vergleichszwecke liefert die Statistik der Bundesbank. Sie erfaßt die Anteile am Eigenkapital der Unternehmen, einschließlich der Anteile, die durch Holdinggesellschaften gehalten werden. Beteiligungen an 9351 ausländischen Unternehmen erfaßte die Bundesbank. Sie erzielten einen Umsatz von 190 Mrd. DM, und insgesamt fungierte in diesen Unternehmen ein Kapital von 170 Mrd. DM (ohne Kreditinstitute), so hoch nämlich war die Bilanzsumme. Mit diesem Kapital wurden 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellte ausgebeutet, 690 Tausend in Industrieländern, 491 Tausend in Entwicklungsländern.

Die Ausbeutertätigkeit der westdeutschen Imperialisten ist also größer, als es die Statistik des reinen Kapitalexports ausweist, denn weiteres Kapital wird dem exportierten einverleibt und erzielte Profite akkumuliert. So weist z.B. das Wirtschaftsministerium 770 Mio. DM Kapitalanlagen in Mexiko aus, die mexikanische Statistik umgerechnet etwa 970 Mio., während die „Nachrichten für Außenhandel" von 1,6 Mrd. DM schreiben.

1979 übertrugen die westdeutschen Imperialisten 7,8 Mrd. DM für Direktinvestitionen ins Ausland. Hiervon gingen 3,7 Mrd. DM in die USA, es folgen Frankreich mit 772 Mio., Niederlande mit 551 Mio., Brasilien mit 533 Mio., Belgien/Luxemburg mit 499 Mio. DM. Seit jeher gehen die meisten Kapitalexporte nicht in die Entwicklungsländer, sondern in die Länder der kapitalistischen Konkurrenten. Industrieländer und Entwicklungsländer stehen in einem Verhältnis von etwa 70:30.

Die Kapitalisten betreiben Kapitalexport, weil im konkreten Fall in anderen Ländern ein vergleichsweise höherer Profit winkt. Nicht daß es keine Anwendung für dies überschüssige Kapital im eigenen Land gebe, es gibt bloß profitlichere Anwendung anderswo. Hinge die Höhe des Profits nur von der Höhe des nominellen Lohnes ab, so müßte das exportierte Kapital vor allem in die Entwicklungsländer fließen. Die Löhne sind aber dort nur deshalb niedrig, weil die Produktivität und die Intensität der Arbeit weniger fortgeschritten ist. Zum Vergleich eignet sich am ehesten der Stücklohn, denn nur in ihn gehen sowohl Produktivität wie der Dichtegrad der Arbeitsstunde ein. Die Kapitalisten machen solche Vergleiche auch und nutzen sie, die Konkurrenz der Arbeiter gegeneinander propagandistisch anzuheizen (meist belassen sie es dann auch gleich bei einem Vergleich der Arbeitskosten pro Stunde). Aber es wird ja die Ausbeuterei kein bißchen erträglicher dadurch, daß der Grad der Ausbeutung in einem anderen Land vielleicht noch höher ist.

Einige deutliche Verschiebungen in den Zielgebieten des westdeutschen Kapitalexports haben sich ergeben. Nach Nordamerika gingen 1970 16% der bis dahin kulminierten Übertragungen, 1979 sind es 25%. Der Anteil Europas sank von 57 auf 52%, Lateinamerika von 17 auf 13%, Afrika von 5,6 auf 4,9%, Asien stieg von 2,7 auf 4,2%. Die Profite in den USA locken schon lange. Aber erst seit einigen Jahren haben die westdeutschen Kapitale eine solche Größe erlangt, daß sie dorthin vorstoßen können. Alle Produkte der Arbeit der Arbeiter werden zu Waffen in Händen der Kapitalistenklasse, solange jene über die Produktionsinstrumente verfügt. Nach Angaben des Internationalen Metallarbeiterbundes lagen wenigstens bis 1977 die Stundenlöhne der US-Arbeiter in allen Zweigen der Metallindustrie im Durchschnitt in Kaufkraft gemessen, also gemessen am Umfang des stofflichen Äquivalents eines Stundenlohnes, deutlich über allen Ländern Europas. Dennoch zieht es das westdeutsche Kapital nach USA, denn es lockt die höhere Produktivität und die höhere Dichte der Arbeitsstunde. Und was auf diesem Gebiet zu lernen ist, wird dann das Management nach Westdeutschland „vermitteln". Dem Druck auf den Arbeitsmarkt, den der Kapitalexport hervorruft, tritt so der Druck von der Seite der Produktion hinzu.

25000 Ausländer auf westdeutschen Zechen

Schwerstarbeit in den Streben und Örtern / über 90% in der IGBE

z.uls. Fast die Hälfte der 1966 Beschäftigten 24000 ausländischen Arbeiter hatten die Zechenkapitalisten innerhalb von 2 Jahren entlassen, um sie in den folgenden 3 Jahren durch größtenteils in der Türkei neu angeworbenen Arbeiter und Bauern zu ersetzen. Vor allem in den Ruhrzechen betrieben sie diese Entwicklung: 9500 Entlassungen ausländischer Bergarbeiter von 1966–68, bis 1971 dann eine Steigerung um 13700.

1971 stellte die Ruhrkohle AG die Anwerbung ausländischer Arbeiter vorläufig ein, um später auf die hohe Zahl von arbeitslosen Ausländern auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt zurückzugreifen. Nach 3 Monaten Anlernzeit, in der sie nur in den Lohngruppen 03–05 eingestuft sind, werden alle Neubergleute 2 Jahre lang eine Lohngruppe niedriger eingestuft, als es ihrer Tätigkeit entspricht. Hauptgrund für die Ruhrkohlekapitalisten, Tausende von türkischen Arbeitern und Bauern nur mangelhaft angelernt in die Abbauabteilungen zu stecken, war das Ziel, die Abbauleistungen in den Streben in kurzer Zeit hochzuschrauben. Die Schichtleistung im Abbau lag im Ruhrbergbau 1968 bei 7,05 t pro Mann und stieg bis 1979 auf 13,3 t. Dafür mußte die Arbeitskraft bis an die Grenze der körperlichen Belastbarkeit ausgebeutet werden. Das Durchschnittsalter der deutschen Bergarbeiter unter Tage war bis 1971 aber schon auf 41,25 Jahre gestiegen. In der Altersgruppe von 21–25 Jahren befanden sich ganze 3,96% der Untertagearbeiter, in der Altersgruppe von 26–35 Jahren nur 17,06%. Die türkischen Untertagearbeiter aber waren 1971 im Durchschnitt 10 Jahre jünger, genau 31,52 Jahre. 1974 waren 60% aller Arbeiter zwischen 20 und 30 Jahren Ausländer.

Den im folgenden geschilderten Einsatz der ausländischen Arbeiter auf der Zeche Radbod in Hamm kann man zumindest für die RAG als üblich annehmen. Fast alle bei der Zeche selbst beschäftigten Ausländer – bis auf wenige Ausnahmen Türken – sind in den Abbauabteilungen eingesetzt. In den Streben stellen sie die Mehrheit der Arbeiter. Im letzten Stempelstreb waren ausschließlich Türken als Stempelschläger eingesetzt. Auf der Frischwetterseite der Strebe arbeiten meist ältere deutsche Arbeiter, die schon einen Silikoseschatten auf der Lunge anerkannt haben und nicht mehr in den stärkeren Staubkonzentrationen eingesetzt werden dürfen. Bei zunehmender Staubdichte und Hitze arbeiten überwiegend türkische oder junge deutsche Arbeiter. Im Streckenvortrieb sind ganze Drittel nur mit türkischen Arbeitern belegt; hier wird auch meist auf 5 Schichten pro Tag gewechselt. Ein weiterer Teil der Ausländer arbeitet bei den Bergbaufremdfirmen, meist im Streckenvortrieb oder im Schachtbau, v.a. Jugoslawen, Türken und Marokkaner. Sie sind oft wieder selbst von einer Verleihfirma, die im Ausland wirkt, an diese ausgeliehen. Teilweise wird so der Versicherungsschutz umgangen. Diese Bergarbeiter haben als ständiges Druckmittel die Verlegung auf eine andere Zeche im Nacken. Nach einer Meldung der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" verlängert die RAG jetzt nur bei 150 von 450 angeworbenen Arbeitern aus dem südlichen Teil Koreas den Arbeitsvertrag, der auf 3 Jahre befristet war. Der Rest würde im Gedinge nicht mithalten und zuviel krank sein.

Man kann als sicher annehmen, daß die Ruhrkohlekapitalisten auch eine niedrigere Bezahlung der ausländischen Bergarbeiter durch Aufspaltung in gelernte und ungelernte im Auge hatten. Die IGBE und ihre Betriebsräte haben aber mit Erfolg auf einer Lohngruppeneinstufung nach Tätigkeit und gleichem Gedingelohn bei gleicher Leistung bestanden. Dadurch ist der größte Teil der ausländischen Bergarbeiter in den Lohngruppen 09–11, den 3 höchsten Lohngruppen nach den Vor- und Spezialarbeiterlohngruppen, eingestuft. Dieses kluge Vorgehen der IGBE ist auch ein Grund für den hohen Organisationsgrad von über 90% aller ausländischen Arbeiter. Die Notwendigkeit, dem rasch steigenden Verschleiß ihrer Arbeitskraft Schranken zu ziehen und gleiche politische Rechte zu erkämpfen, macht die wachsende gewerkschaftliche Einheit erforderlich. 112 ausländische Betriebsräte, davon 86 Türken, sind seit 1978 in rund 50 Bergbaubetrieben tätig, 20% mehr als nach der Betriebsratswahl von 1975.

Entwicklung der Beschäftigtenzahl und des Ausländeranteils im westdeutschen Steinkohlebergbau 1966 – 1979

Jahr	Beschäftigte	Arbeiter	Ausl.	Ausl. in %
1966	353880	305718	24408	6,90
1967	304780	260952	17602	5,78
1968	272191	231982	12946	4,76
1969	257680	218462	15124	5,87
1970	249733	211858	21866	8,76
1971	247787	209063	27505	11,10
1972	229747	192741	26493	11,53
1973	210331	175899	26212	12,46
1974	202772	169479	27766	13,69
1975	204023	170580	29724	14,57
1976	198065	164932	28554	14,42
1977	193143	160721	27585	14,28
1978	187090	155575	26393	14,11
1979	182782	151706	25190	13,78
12.79	182278	151324	24979	13,70

Anteil der Ausländer in den Steinkohlerevieren der BRD Dez. 79

Revier	Besch.	Arbeiter	Ausl.	Ausl. in %
Ruhr	141141	117631	21455	15,20
Saar	22778	18522	841	3,69
Aachen	14253	11674	2604	18,27
Ibbenb.	4106	3497	79	1,92
BRD	182278	151324	24979	13,70

Quelle: Statistik der Kohlewirtschaft, versch. Jahrgänge

Anteil der Nationalitäten im Steinkohlebergbau NRW Dez. 1978

Nationalität	gesamt	Ges-belsch.	unter Tage
Türken	18984	11,70	16823
Jugoslawen	1251	0,77	895
Südkorean.	1155	0,71	1134
Italiener	740	0,48	486
Marokkan.	513	0,32	454
Spanier	458	0,28	284
Niederlän.	365	0,22	226

Quelle: Bergbehörde NRW, Jahresbericht 1978







Linkes Bild: Türkische Bergarbeiter der Zeche Heinrich-Robert in Hamm bei der Betriebsratswahl 1978. In dem 27köpfigen Betriebsrat sind 6 türkische Arbeiter vertreten. *Bild mitte:* Über 100 ausländische Betriebsräte nahmen Anfang 1979 an einer Konferenz der IGBE in Recklinghausen teil. *Rechtes Bild:* Türkische Gewerkschaftsmitglieder auf der 1. Mai-Demonstration 1980 in Recklinghausen.



z.mak. **Die Zuckerarbeiter auf Mauritius fordern höhere Löhne.** Die Gewerkschaft der Handwerker (OUA) gab auf einer Pressekonferenz ihre Forderung nach einem monatlichen Mindestlohn von 1200 MR (= Mauritius Rupie, 1 MR etwa 0,30 DM) bekannt. Gegenwärtig liegt der Lohn der Zuckerarbeiter bei 670 MR im Monat. Die OUA fordert außerdem die 40-Stundenwoche. Die General Workers Federation (GWF) fordert eine Erhöhung des allgemeinen Mindestlohnes um 41,5% und, daß darüber Regierung und Kapitalisten mit den Gewerkschaften wieder verhandeln sollen. Die Zuckerproduktion hat den größten Anteil der gesamten Produktion auf Mauritius. Auf 55% des kultivierten Bodens wird Zucker angepflanzt. Auf 21 Plantagen ist mehr als die Hälfte des bebauten Landes konzentriert. Der Rest teilt sich auf 450 „große" und mindestens 30000 „kleine" Pflanzer. In der Zuckerproduktion arbeiten die Hälfte aller Lohnabhängigen. Etwa 90 bis 95% des gesamten Exports des Landes bestehen aus Zucker und dessen Nebenprodukten Melasse und Rum. Allein 69% des Exports geht nach Großbritannien, dessen Kolonie Mauritius bis 1968 war. Weitere Hauptexportländer sind Frankreich mit 9%, die USA mit 6, Kanada mit 4 und die BRD mit 3% Anteil.

z.gkr. **Vor zwei Wochen setzte die bolivianische Gewerkschaft COB (Central Obrera Boliviana) eine Vereinbarung mit der Regierung über Zahlung eines Zuschlages für den Lebensunterhalt durch:** 5000 Pesos (knapp 400 DM) sollen die privat beschäftigten Arbeiter erhalten und 4000 Pesos (320 DM) die vom Staat beschäftigten Arbeiter. Erst vor kurzem hatte die Regierung zu den schon im Dezember auf Grund des Drucks vom IWF verfügten Gebührenerhöhungen die Sondersteuer für Zucker drastisch heraufgesetzt. Die Inflationsrate war auf Grund der Maßnahmen im Dezember um 21% gestiegen. Die Kapitalisten wollen die Vereinbarung nicht einhalten, für diesen Fall hat die Gewerkschaft Streikaktionen angekündigt.

z.ulg. **26000 Lehrer sind Anfang Mai im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca in den Streik getreten.** Die Lehrer fordern eine Lohnerhöhung von 50% und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Im vergangenen Jahr sind die Preise um 20% gestiegen, doch allein im ersten Vierteljahr 1980 betrug die Inflation nach offiziellen Angaben bereits 9,4%. Seit Oktober 1976 ist wegen der Teuerung die Kaufkraft des staatlich festgesetzten Mindestlohns von jetzt 172,5 Pesos (14 DM) am Tag um 13% gefallen. Die Regierung versucht, eine Lohnleitlinie von 20% durchzusetzen. Bereits Ende April waren dagegen 23000 Arbeiter der Telefongesellschaft, die 20% anbot, unter einer Forderung nach 35% in den Streik getreten. Über den Ausgang der beiden Streiks war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.

z.coi. **Die 40000 finnischen Industrieangestellten und die ca. 15000 Seeleute, Offiziere, Maschinisten und Funker haben ihre 6- bzw. 8wöchigen Streiks erfolgreich beendet.** Durch ihren ersten landesweiten Streik überhaupt hatten die Industrieangestellten u.a. Zahlungsverkehr, Warentransport und Telefonverkehr teilweise lahmgelegt und so eine Lohnerhöhung von 149 Fmk. (73 DM) plus 2% mindestens 200 Fmk. ab 12.5., weitere 3% ab 1.9., gestaffelte Erhöhungen der Alterszulagen sowie Erhöhung des Mindestlohnes von 2443 auf 3086 Fmk. durchgesetzt. Der zweijährige Tarifvertrag sieht für 1981 die durchschnittliche Lohnerhöhung auf dem Arbeitsmarkt vor. – Durch die vollständige Blockierung der Handels- und Passagierflotte haben die vier Gewerkschaften der Seeleute einen im wesentlichen einheitlichen zweijährigen Tarifvertrag erkämpft, der 200 Fmk. plus 2% und 85 Fmk. mindestens 3,5% mehr ab 1.4. vorsieht. Am 1.3.1981 steigt der Lohn um die durchschnittliche Erhöhung plus 2%. Alle Zulagen werden um 10% erhöht und die Arbeitswoche auf 39 Stunden verkürzt. Der Durchschnittslohn (inkl. Zulagen) eines Bootsmannes steigt mit unmittelbarer Wirkung von 4112 Fmk. auf 4612 Fmk. an.

z.coi.Stockholm. **Seit dem 12.5. streiken die 2500 in den schwedischen Hafenarbeitergewerkschaft organisierten Arbeiter für 10 SKr. mehr pro Stunde und für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft.** Weitere Forderungen sind: Gewerkschaftssitzungen während der Arbeitszeit und Zulagen bei Arbeit in den Kühl- und Gefrierlagern. Der Export ist weitgehend unterbrochen. Volvo hat für nächste Woche Beurlaubungen angekündigt, und die Sozialimperialisten sind vorstellig geworden wegen der verzögerten Papierlieferungen für die Olympia-Programmhefte. Die Kapitalisten weigern sich zu verhandeln, solange die Gewerkschaft nicht von LO anerkannt ist. Ca. 85% der Hafenarbeiter gehören der Hafenarbeitergewerkschaft an. Diese war 1972 nach dem mehrheitlichen Austritt der Hafenarbeiter aus der Transportarbeitergewerkschaft, und damit aus LO, entstanden. Die Hafenarbeitergewerkschaft hat ihre Bereitschaft erklärt, als eigenständige Organisation LO beizutreten.

z.pel. **Die große Mehrheit der 13500 Stauer in den spanischen Häfen hat am 13., 16., 20. und 23. Mai die Arbeit niedergelegt.** Die Nationale Koordination der Stauer hatte zum Streik aufgerufen, um die Forderung nach Abschluß eines gesamtstaatlichen Kollektivtarifvertrags durchzusetzen. Der Ka-

Tarifkalender: IG Chemie erklärt Verhandlungen in Nordrhein und Rheinland-Pfalz für gescheitert

z.gih. **Chemie.** Am Montag, 20.5. sind die Verhandlungen über den Lohntarifvertrag für die Arbeiter und Angestellten von der IG Chemie *Nordrhein und Rheinland-Pfalz* für gescheitert erklärt worden. Die Kapitalisten haben 6% angeboten und weitere 0,2% für strukturelle Verbesserungen. Die Schlichtungsstelle muß innerhalb von 21 Tagen ein Angebot vorlegen. In *Hessen* finden die nächsten Verhandlungen am 27.5. statt. In *Baden-Württemberg* sollen die ersten Verhandlungen am 11. oder 12. Juni beginnen. Für *Bayern* hat die IG Chemie die Tarifforderung beschlossen: Als Ausgangsforderung wird für die Laboranten in der technischen Gehaltsgruppe T3 7% aufgestellt, was einer monatlichen Erhöhung von 158,06 DM entspricht. Dieser Betrag wird für die K3-Gehaltsgruppe gefordert. Für die Arbeiterlohngruppe wird eine 9%-Erhöhung gefordert. (Lohngruppe 5 (100%) = 158,06 DM)

Bau. Die Beschäftigten im *Hamburger Glaserhandwerk* erhalten vom 1. Juni an 6,9% mehr Lohn und Gehalt. Damit steigt der Tariflohn von 12,11 DM auf 12,95 DM. – Im *Maler- und Lackierhandwerk Niedersachsen* wurde das Schlichtungsergebnis von 7,3% Lohn- und Gehaltserhöhung von den Tarifvertragsparteien angenommen. Der Ecklohn beträgt jetzt 11,52 DM.

Handel. Am 16.5. wurden die Gehaltstarife des *Bayerischen Einzelhandels* abgeschlossen. Durchgesetzt wurde ein Mindestbetrag von 100 DM ab Gehaltsgruppe III/80. – Die nächsten Verhandlungen der HBV mit den *Großhandels*kapitalisten *Rheinland-Pfalz* finden Ende Mai statt. Die Kapitalisten haben bisher 6,8% mehr Lohn und Gehalt angeboten. In der zweiten Verhandlung zwischen HBV, DAG und AGA (Arbeitgeberverband *Groß- und Außenhandel) Hamburg* wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 6,33% und 8,55% vereinbart. – Am 13.5. begann die Tarifverhandlung in der *Wohnungswirtschaft*. Die Tarifgemeinschaft zwischen HBV, BSE und DAG war mit einer 9%-Erhöhung in die Verhandlungen gegangen. Als Ergebnis wurde vereinbart: 6,8% Gehaltserhöhungen, stärkere Anhebung der unteren Gehaltsgruppen zwischen 7,6% und 8,6%.

Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Am 13.5. hat die ÖTV mit den *Speditions*kapitalisten in *Hessen* einen neuen Lohntarifvertrag abgeschlossen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,2%, Vorweganhebung von 30 Pfg. bzw. 60 DM. Lehrlinge erhalten 40 DM mehr. – Rückwirkend ab 1. Mai werden die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten in den *Speditions-, Speicher-, Umschlags- und privaten Hafenbetrieben in Westberlin* um 7,1% angehoben. – Für die Beschäftigten des *privaten Krankentransportes in Westberlin* erhöhen sich die Löhne und Gehälter um 8%. – Für die *Beschäftigten bei den Besatzern in Westberlin* hat die ÖTV am 8.5. 6,7% mehr Lohn und Gehalt ausgehandelt.

Ergebnisse der IG Metall-Vertrauensleutewahlen 1979

z.mak. Die Auswertung der Vertrauensleutewahlen der IGM und ein Vergleich mit den Ergebnissen von 1976 (soweit damals erfaßt) zeigt, daß sich der gewerkschaftliche Zusammenschluß verbessert hat. Neben der Steigerung der Zahl der Vertrauensleute bei den ausländischen Arbeitern, den Frauen und den Angestellten gab es besondere Fortschritte in den Bereichen mit niedrigerem Organisationsgrad, niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen. So hat sich z.B. in der Spielwaren- und Schmuckindustrie die Zahl Beschäftigte je Vertrauensmann von 33 auf 24 verbessert, in der elektrotechnischen Industrie von 34 auf 32.

Betr. nach Beschäft.	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäft.	Zahl der Organis.	Zahl der VL
1–49	689	18593	9280	2429
50–99	821	59587	30238	4164
100–499	2367	572378	298246	28630
500–999	649	450242	244784	18654
1000–4999	624	1168344	660670	39364
5000 u. m.	81	846045	587849	85857
BRD	5231	3113371	1831067	119098

Bezirke		Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Organisierten	Anzahl der Vertrauensleute	Besch. je Vertr.	Von den Vertrauensleuten sind: Ausländer	Frauen	Angestellte
Essen	1979	537	368691	263915	15997	23,0	686	1102	3400
	1976	590	403341	282552	17895	22,5	639	1242	3847
Frankfurt	1979	647	402231	238393	16460	24,4	960	1469	3558
	1976	735	409013	234427	16672	24,5	736	1348	3393
Hagen	1979	493	234418	133139	9633	24,3	811	813	1791
	1976	677	257435	139516	11450	22,5	823	834	2098
Hamburg	1979	360	223975	129249	9645	23,2	575	773	1865
	1976	426	244236	139311	9690	25,2	472	801	1789
Hannover	1979	279	239753	170812	9635	24,9	500	1228	1909
	1976	346	245874	166880	10297	23,9	444	1236	2029
Köln	1979	358	207730	121465	6963	29,8	813	477	1516
	1976	428	231068	134146	7895	29,3	426	547	1632
München	1979	763	539906	246555	17632	30,6	1006	2505	4113
	1976	813	568421	241045	17941	31,7	791	2401	4387
Münster	1979	537	144129	88958	6076	23,7	416	415	943
	1976	534	147355	89265	5863	25,1	403	353	918
Stuttgart	1979	1175	676651	405799	24395	27,7	2744	3036	4721
	1976	1373	716173	415052	24162	29,6	2051	2659	4541
Vst.Berlin	1979	82	75887	32782	2662	28,5	406	468	595
	1976	93	84782	35722	2625	32,3	291	450	497
Bundesgebiet	1979	5231	3113371	1831067	119098	26,1	8917	12286	24411
	1976	6015	3307698	1877916	124490	26,6	7076	11871	25131

Erfolgreicher Streik gegen Kontischicht

Arbeiter der Mobil Oil-Raffinerie in Amsterdam setzen 5-Schichtsystem durch

z.elb. „Wir halten es hier länger aus als die Direktion", erklärte ein Streikposten am Tor der Raffinerie von Mobil Oil in Amsterdam – und behielt recht. 90 streikende Kontischichtarbeiter von 220 Beschäftigten haben nach vier Wochen die Kapitalisten in die Knie gezwungen und die Einführung eines 5-Schichtsystems, das weniger Nachtschichten und mehr freie Tage bedeutet, durchgesetzt. Über die Forderung nach Verringerung der täglich 120–150, manchmal auch 250 eingestellten Leiharbeiter mit dem Ziel ihrer völligen Ersetzung durch Stammarbeiter wird noch verhandelt. Dieser Abschluß läßt die niederländischen Kapitalisten fürchten, daß sich nicht nur die Shell-Arbeiter in Rotterdam, deren Streik im letzten Sommer für das 5-Schichtsystem brutal niedergeschlagen worden war, erneut zum Kampf formieren; die Forderung ist unter den Schichtarbeitern weit verbreitet. Mit Unterstützung des Kapitalistenverbandes verweigerten die Mobil Oil-Kapitalisten länger als 3½ Wochen jegliche Verhandlungen. Sie ließen das Tor in offener Position festschweißen, um ihre großen Lagervorräte verkaufen zu können. Die Arbeiter schweißten das Tor wieder auf und schlossen es. Ein von den Kapitalisten erwirktes Gerichtsurteil verfügte die Öffnung des Tores; die Notbesetzung verweigerte die Beladung der Tanklastwagen, kein Tropfen Benzin gelangte aus der Raffinerie.

Mobil Oil in Amsterdam ist mit einem täglichen Rohöldurchlauf von 23000 m³, was etwa 640 Tanklastwagen entspricht, eine der größten Raffinerien Europas. Anlegemöglichkeiten für 240000 t-Schiffe, für Binnenschiffe und Anschluß an die Pipeline über Rotterdam nach Hamburg und Frankreich bedeuten kurze Umschlagzeiten. „Sie müssen sich vorstellen, Sie arbeiten auf einer Bombe", sagte uns ein Arbeiter. „Es ist nicht allgemein bekannt, aber wir arbeiten mit hochexplosivem Material. Es kann jeden Moment irgendein Fehler passieren, eine Leitung durchbrechen, die eine Explosion verursacht, denn wir arbeiten mit purem Wasserstoff, mit Temperaturen von 350 Grad und einem Druck von 30kg/cm. Wenn da irgend etwas geschieht, dann ist da kein Retten mehr, dann heißt es: Rette sich wer kann, und laß mal brennen!"

15 Arbeiter pro Schicht – vor elf Jahren bei geringerer Kapazität 24 – überwachen und leiten den gesamten Produktionsprozeß, einschließlich der Ent- und Beladung der Schiffe, Tanklastwagen und Eisenbahnwaggons. Unregelmäßigkeiten im Produktionsablauf müssen von den Arbeitern schnellstens behoben werden; denn der Stillstand einer Abteilung bewirkt den Stillstand der ganzen Raffinerie. In vier Schichten arbeiten die Arbeiter jeweils sieben Tage hintereinander, also 56 Stunden. Ein Wochenende im Monat ist frei, bei Wechsel der Schicht je zwei Tage, nach den Nachtschichten drei. Die Produktion erfordert hochqualifizierte Arbeiter. 90% der Schichtarbeiter sind Facharbeiter, die früher zur See fuhren, wodurch die Kapitalisten einen Großteil der Ausbildungskosten einsparen. Für sämtliche Wartungs- und im Laufe der Jahre immer mehr Reparaturarbeiten setzen die Kapitalisten Leiharbeiter ein, um die Gesamtlohnkosten so niedrig wie möglich zu halten.

„Wir haben den Streik nur wegen unserer Gesundheit angefangen", sagte uns ein anderer Arbeiter. „Ich bin jetzt 50, und vor 12 Jahren habe ich mit der Schichtarbeit begonnen. Es fällt mir mit jedem Jahr schwerer, meinen Körper wiederherzustellen." Kopfschmerzen, Rückenschmerzen und Magengeschwüre sind die häufigsten Krankheiten. Offiziell liegt der Krankenstand bei „nur" 3–4%, tatsächlich viel höher. Denn: Wird ein Arbeiter krank, werden zwei andere auf eine 12-Stundenschicht verpflichtet. Also geht der Arbeiter krank zur Arbeit, zumal sein Lohn – monatlich im Durchschnitt 2800 Gulden – bei Krankheit unmittelbar um die 30%ige Schichtzulage gekürzt wird.

Mit einer Flut von Solidaritätstelegrammen und Geldspenden unterstützten viele niederländische Arbeiter, französische Hafen- und Chemiearbeiter die Streikenden; die japanische Raffineriearbeitergewerkschaft schickte ebenso ein Telegramm wie der ICEF, der internationale Zusammenschluß von Gewerkschaften vor allem der Chemie- und Erdölindustrie. Eine Initiative niederländischer Ärzte sammelte innerhalb einer Woche über 1000 Unterschriften unter folgende öffentliche Erklärung: „Die Unterzeichnenden, die auf den Gebieten der Gesundheitsfürsorge, der Sozialhilfe und der wissenschaftlichen Forschung über Arbeit und Gesundheit arbeiten, erklären sich solidarisch mit den Streikenden bei Mobil Oil in Amsterdam. Kontischichtarbeit bedeutet eine beträchtliche Bedrohung der Gesundheit und des Wohls der Arbeiter und ihrer Familien, sowohl körperlich, geistig als auch sozial. Dies gilt vor allem für das Vier-Schicht-Vollkontisystem. Die Einführung einer fünften Schicht kann eine Erleichterung dieser Lage bedeuten ..."

Das erkämpfte 5-Schichtsystem, das ab 1983 für 40 Wochen, ab 1984 für das ganze Jahr gelten würde, bringt den Arbeitern 26 zusätzliche freie Tage. Die aufeinanderfolgenden Schichten werden auf drei begrenzt, zwei Wochenenden im Monat sind frei. Ein Verbot der Schichtarbeit sei bei ihnen technisch nicht möglich, sagen uns die Arbeiter. Sie müßten 14 Tage arbeiten, um die Produktion stillzulegen, und weitere 14 Tage, um sie wieder in Gang zu setzen. Längere Erholpausen, weniger Schichten und vor allem weniger aufeinanderfolgende Nachtschichten setzen dem Verschleiß der Arbeitskraft zweifellos Schranken, mehr aber nicht. Der Kampf für das Verbot der Schichtarbeit und vor allem der Nachtarbeit wird durch den Sieg der Mobil Oil-Arbeiter große Ermutigung erfahren.



Die streikenden Arbeiter bekamen aus vielen niederländischen Betrieben Unterstützung. Mehrere hundert Ärzte unterschrieben eine öffentliche Erklärung gegen die Schichtarbeit. Bild: Solidaritätsdemonstration in Amsterdam.

pitalistenverband will überhaupt nur unter zwei Vorbedingungen verhandeln. Die Hafenarbeiter sollen sich ausdrücklich verpflichten, nach Abschluß des Vertrages in keinem Hafen weitere oder erneute Verhandlungen zu fordern und zum zweiten Gesprächen über die Privatisierung der staatlichen „Organisation der Hafenarbeit" (OTP), die die Arbeiter an die Privatfirmen vermittelt, zustimmen. Erst im Januar konnten die Stauer diese Forderung, die Rationalisierung und Entlassungen zur Folge hätte, durch einen mehrtägigen Streik abwehren.

z.rül. **Wenn ihre Forderungen gegen die Lohnmaßnahme der Regierung verstießen, dann könne man ja einen längeren Tarifvertrag abschließen, und notfalls werde man auch gegen die Lohnmaßnahme streiken.** Das erklärten Vertreter der 16000 Rotterdamer Hafenarbeiter auf einer Veranstaltung der Transportarbeitergewerkschaft FNV. Die Lohnmaßnahme der Regierung begrenzt die Lohnerhöhungen bis 31.12. auf 26 Gulden pro Monat. Die Hafenarbeiter fordern zusätzlich u.a. 2% Vorweganhebung der Löhne, 2% „Preiskompensation" ab 1.7., Anhebung der unteren Lohngruppen, Zulagen für Schmutz- und Schwerarbeit sowie mehr Urlaub. Mit Verweis auf die Lohnmaßnahme haben die Kapitalisten lediglich den zusätzlichen 2% „Preiskompensation" zugestimmt.

z.ulg.Rom. **In der vorletzten Woche ist nach monatelangen Verhandlungen und zahlreichen Streiks in einigen wichtigen Tarifbereichen des italienischen öffentlichen Dienstes abgeschlossen worden.** Die alten Tarife waren bereits Anfang bzw. Mitte 1979 ausgelaufen. Gefordert hatten die Gewerkschaften meist 85000 Lire (183 DM) „durchschnittlich", für die oberen Lohngruppen teilweise erheblich mehr. Voll durchgesetzt worden ist diese Forderung für die je rund 600000 Lohnabhängigen an den Krankenhäusern und bei den Lokalverwaltungen nur für die zweite Hälfte bzw. das letzte Drittel der Laufzeit. Auf die gesamte dreijährige Laufzeit berechnet, beträgt das Volumen des Abschlusses bei den Krankenhäusern 56000 Lire. Das entspricht, rechnet man die anstehenden Firmentarife ein, etwa den Abschlüssen in den wichtigsten Industriezweigen. Mit rund 45000 Lire ist das Ergebnis bei den Lokalverwaltungen noch erheblich schlechter. Immerhin ist es der neuen Regierung entgegen ihrer erklärten Absicht nicht gelungen, das vor ihrem Amtsantritt erzielte Verhandlungsergebnis noch weiter zu drücken. Relativ günstig ist dagegen der Abschluß für die 220000 Eisenbahner: durchschnittlich 47000 Lire, und der neue Tarif läuft nur anderthalb Jahre.

z.anb. **Die Gewerkschaften der Schweizerischen Eisenbahner, der Zollbeamten und der Postbediensteten fordern allgemeine Lohnverhandlungen für den Öffentlichen Dienst.** Seit 1972 hat der Schweizerische Nationalrat die Tarifautonomie durch ein Abkommen halbjährlicher Teuerungsausgleichszahlung außer Kraft gesetzt. Die Wirkung ist deutliches Absinken des Lohnniveaus gegenüber der Industrie: 1978 bereits lag der Facharbeiterlohn im Öffentlichen Dienst mit 12,28 sfr. brutto die Stunde um mehr als 10% unter dem Metallecklohn. Anfang des Jahres versuchte der Nationalrat, den Teuerungsausgleich für 1980 um eine Rate zu reduzieren und durch Indexmanipulation den Reallohn zu drücken. Dies haben die Gewerkschaften abgewehrt. Für die im Juli anstehende zweite Rate fordern die Beschäftigten einheilig vollen Teuerungsausgleich (Inflation derzeit 5%), teilweise wird Auszahlung in Festgeld gefordert, was der Nationalrat jetzt vehement als „Nivellierung" abgewiesen hat.

z.inl.Paris. **Nach der Vorlage des „Giraudet-Berichts" haben der französische Kapitalistenverband und die Gewerkschaften ihre seit Monaten unterbrochenen Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen.** Giraudet, Chef der Luftfahrtgesellschaft Air France, hat die ihm von der Regierung aufgetragene Vermittlerrolle geschickt wahrgenommen. Die Kapitalisten wollen auf keinen Fall eine allgemeine Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, wie sie von den Gewerkschaften mit der 35-Stundenwoche gefordert wird. In Giraudets 28 Seiten langem Bericht ist deshalb davon nicht die Rede. Dafür vom aménagement der Arbeitszeit, d.h. ihrer Gestaltung und Nutzbarmachung – im Sinne der Kapitalisten: 1816 Stunden pro Jahr plus ein Überstundenkontingent von 233 Stunden zu ihrer freien Verfügung. Die maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden soll durch die Gewerbeaufsicht erhöht werden können. Die Zustimmung der Gewerkschaften zu dieser Ausweitung der Überstunden soll durch Zugeständnisse beim Urlaub eingehandelt werden. Die fünfte bezahlte Urlaubswoche, die etwa ein Drittel der Lohnabhängigen bereits erkämpft hat, soll allgemein gelten. 1,4 Mio. Lohnabhängige arbeiten in Schicht. Nur bei Nachtschicht sind die Kapitalisten zur wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde bereit.

z.rül. **650 Baseballspieler der 1. Liga der USA werden am 23. Mai in den Streik treten, wenn die Baseballvereine bis dahin nicht ihr 1972 erkämpftes Tarifrecht anerkennen.** Jahrzentelang hatten die Vereine die Spieler in völliger Rechtlosigkeit gehalten. Ohne ihre Zustimmung zu einem Verkauf konnte kein Spieler seinen Verein wechseln. Ende der 60er Jahre organisierten sich die ersten Spieler in der „Vereinigung der Baseballspieler der 1. Liga" und schlossen sich dem Gewerkschaftsbund AFL-CIO an. 1972 streikten sie zum ersten Mal für bessere Altersversorgung. Im gleichen Jahr erkämpften sie sich das Recht, nach Ablauf ihres ersten – zumeist 6jährigen – Vertrags zu kündigen und selbständig neue Verträge abzuschließen. Das wollen die Vereine jetzt rückgängig machen. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO unterstützt die Spieler.

GEW-Gutachten: 53½-Stundenwoche für Lehrer – Kürzung der Unterrichtszeit nötig

z.brp. In der Durchsetzung der 40-Stundenwoche für Lehrer weitet die GEW die Aktion „Gläserne Schule" aus, überprüft die geltenden Arbeitszeitordnungen, veranstaltet Diskussionen zum besonderen Dienstrecht; in einzelnen Landesverbänden wird über Kampfmaßnahmen im Herbst beraten. Zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung ist jetzt ein von der GEW in Auftrag gegebenes arbeitsmedizinisches Gutachten „Arbeitszeit – Arbeitsbelastung im Lehrerberuf" veröffentlicht worden.

Die Untersuchungen belegen: Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt pro Woche 53 Std. 23 Min., zusätzlich 2 Stunden Weiterbildung. Aufgrund dieser hohen Arbeitszeit und damit fehlender Erholzeit ist die Beanspruchung des Lehrers extrem hoch. Die physische Belastung ist höher als bisher angenommen und erfordert einen täglichen Energieaufwand von 792 – 962 Kilokalorien bei einem 9¼stündigen Arbeitstag. Aus der Beanspruchung des Halteapparates beim Stehen und Sitzen und der statischen Muskelarbeit entstehen Bandscheibenschäden, Senkfüße, Muskelschmerzen und Kreislaufbeschwerden. Wegen eines ständigen Lärmpegels – die Schulräume haben einen die DIN-Norm überschreitenden Nachhall – müssen die Lehrer beim Sprechen 65 – 75 dB Schalldruck aufbringen, doppelt so viel wie normal. Aufgrund der Überarbeitung, der während des Unterrichts (und auch der Pausen) ständig bestehenden Belastung durch Überwachung, Kontrolle, dem laufenden Abfragen von Informationen, Verarbeiten und Zuordnen neuer Informationen – auch zu Zeiten, in denen der Organismus nach Ruhe verlangt (12 – 15 und nach 19 Uhr) – wird die Streßsituation der Lehrer gesteigert. Folgen sind: erhöhte Herzfrequenz, Bluthochdruck, höheres Ausscheiden von Streßhormonabbaustoffen. Der Verschleiß äußert sich in Erkrankungen des Herz-, Kreislauf-, Atmungs- und Verdauungssystems, durch frühzeitiges Auftreten der Altersdiabetes und Arteriosklerose sowie Leistungsminderung. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis: Verkürzung der Unterrichtszeit, die am belastendsten ist, kein Unterricht zwischen 12 – 15 Uhr, Nach- und Vorbereitungen und sonstige Tätigkeiten müssen zwischen 16 – 18 Uhr erledigt werden können.



Beratungen in der „Gläsernen Schule"

Schmude schlägt vor, die Verfassung auswendig lernen zu lassen

z.jüd. Die 2. Phase der Bildungsreform – der „Innenausbau" – müsse zunächst die Erziehungsziele mit allen Beteiligten formulieren. So der sozialdemokratische Bildungsminister Schmude in einem Presse-Interview (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 8.5.80). Um einen ganz ausgekochten Beitrag handelt es sich hierbei: Auf der Suche nach dem Weg zur ideologischen Mobilisierung der Jugend für die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie grenzt er sich scheinbar von den offen kriegstreiberischen Absichten Kaiser Wilhelms II. ab, der in der Auseinandersetzung mit der revolutionären Sozialdemokratie formulierte: „In erster Linie wird die Schule durch *Pflege der Gottesfurcht* und der *Liebe zum Vaterland* die Grundlage *für eine gesunde Auffassung* auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben." Schmude: „So einfach – und so falsch – war es in der ‚heilen Welt' damals." Was er hier falsch nennt, das formuliert er für die Interessen der heutigen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterbewegung nur anders. Die tatsächlichen Absichten müssen besser verhüllt werden.

Wir haben im gleichen Satz die kaiserlichen Kern-Begriffe durch die des Sozialdemokraten Schmude ersetzt: ‚In erster Linie wird die Schule durch *das auswendig Lernen der Verfassung* und *den Geist der Zusammengehörigkeit und der gegenseitigen Verantwortung* den Grundbestand *gemeinsamer Gewißheiten und Orientierungen* auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse – *geprägt durch Toleranz, Rücksichten und das Grundrecht der Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen* – zu legen haben." Die eingesetzten Begriffe sind einige wesentliche Schmude-Äußerungen des Interviews. Insgesamt ist er etwas umständlicher in seinen Ausführungen als seinerzeit der Kaiser. Das wird daran liegen, daß der Kaiser offen die revolutionäre Sozialdemokratie als „für die Jugend verderblich" angriff. Auf diese Art ist die deutsche Bourgeoisie schon zweimal erfolglos gewesen im Ringen um die Weltherrschaft. So muß Schmude den Versuch machen, die Jugend zu gewinnen: „Die gemeinsame Orientierung an den Grundwerten unserer Verfassung sollte eine Verständigung über die Erziehungsziele möglich machen, die auch von der Jugend geteilt wird. Dazu gehört freilich, daß wir uns um eine intensive Kenntnis der Verfassung bemühen. Unsere Kinder lernen bereitwillig Gedichte, Schlager und Werbesprüche auswendig – die Kenntnis der Grundrechte unserer Verfassung bleibt demgegenüber allzuoft lückenhaft." Ob er damit weiterkommt?

Schmude schlägt vor, die Verfassung auswendig lernen zu lassen

z.jüd. Die 2. Phase der Bildungsreform – der „Innenausbau" – müsse zunächst die Erziehungsziele mit allen Beteiligten formulieren. So der sozialdemokratische Bildungsminister Schmude in einem Presse-Interview (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 8.5.80). Um einen ganz ausgekochten Beitrag handelt es sich hierbei: Auf der Suche nach dem Weg zur ideologischen Mobilisierung der Jugend für die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie grenzt er sich scheinbar von den offen kriegstreiberischen Absichten Kaiser Wilhelms II. ab, der in der Auseinandersetzung mit der revolutionären Sozialdemokratie formulierte: „In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffas-

das auswendig Lernen der Verfassung und den Geist der Zusammengehörigkeit und der gegenseitigen Verantwortung den Grundbestand gemeinsamer Gewißheiten und Orientierungen auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse – geprägt durch Toleranz, Rücksichten und das Grundrecht der Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen – zu legen haben." Die eingesetzten Begriffe sind einige wesentliche Schmude-Äußerungen des Interviews. Insgesamt ist er etwas umständlicher in seinen Ausführungen als seinerzeit der Kaiser. Das wird daran liegen, daß der Kaiser offen die revolutionäre Sozialdemokratie als „für die Jugend verderblich" angriff. Auf diese Art ist die deutsche Bourgeoisie schon zweimal erfolglos gewesen im Ringen um die Weltherrschaft. So muß

Auszubildende der „Nordsee" kämpfen mit der Gewerkschaft für bessere Berufsschulausbildung

r.mfl. Im letzten Halbjahreszeugnis hatte es eine Menge schlechte Zensuren gegeben. Einige Auszubildende der Nordsee-Hauptverwaltung haben deswegen Briefe vom Personalbüro bekommen und einer durfte während der Schultage nicht auf Bildungsurlaub fahren.

Auf der letzten Auszubildendenversammlung der Nordsee-Hauptverwaltung haben viele Auszubildende vertreten, daß der Unterricht einfach nicht ausreicht. Besonders die eine Stunde Buchführung im 2. Ausbildungsjahr ist absolut zu wenig, um z.B. einen vollständigen Abschluß zu buchen. So hatte es in einer Klasse bei 26 Schülern 8 5en und 2 6en gegeben, 4 5en und die beiden 6en alleine in Buchführung. Viele Auszubildende meinten, daß wir immer noch keine 12 Stunden Berufsschule haben, wie sie uns laut Berufsbildungsgesetz zustehen würden, und man sich dafür einsetzen muß. Die Bürokaufleute haben 10 Stunden und die Industriekaufleute nur 9 Stunden wöchentlich. Außerdem wurde vorgeschlagen, den innerbetrieblichen Unterricht bei Nordsee auf das 1. Ausbildungsjahr auszuweiten. Das hat Herr Berndt, der Ausbildungsleiter, aber gleich strikt abgelehnt.

Die Gewerkschaft NGG unterstützt die Forderungen der Auszubildenden und hat daraufhin ein Treffen mit den Lehrlingen der Nordsee-HV durchgeführt, wozu auch die Schülervertreter der Kaufmännischen Lehranstalten eingeladen waren. Das wurde von den Jugendlichen allgemein begrüßt. Hier wurde beraten, wie man mit Hilfe der Gewerkschaft gegen die Mißstände an der Schule vorgehen und die Forderungen durchsetzen könne. Es wurde auch überlegt, wie man gegen die Unterrichtsmethoden eines Lehrers an der Schule vorgehen kann, bei dem man wenig lernt und der verschiedentlich bei Beschwerden Schüler unter Druck gesetzt hat.

Zunächst wurde der Rektor schriftlich aufgefordert Stellung zu nehmen. Auf einem Besprechungstermin mit einem Vertreter der Gewerkschaft NGG hat er dann vertreten, er wäre auch für die 12 Stunden Berufsschule, nur würden die nötigen Fachlehrer fehlen. Ansonsten hielte er den angesprochenen Lehrer für einen seiner qualifiziertesten Fachlehrer. Die Schüler sind da durchaus anderer Ansicht. Bei der letzten Prüfung haben diejenigen, die bei ihm Datenverarbeitung hatten, einen Teil der Prüfung nicht beantworten brauchen, weil sie es nicht konnten. Am 28.5. soll jetzt besprochen werden, wie man weiter vorgehen muß.

Schwieriger Kampf der französischen Studenten

Gleiche Rechte für Ausländer! / Barre hetzt und läßt knüppeln

z.pel.Paris. Paris-Jussieu, Montag, 19.5., 11.15 Uhr. 30000 Studenten zählen die beiden Universitäten Paris VI und VII am Place Jussieu im Osten von Paris. Neben der Universität von Nanterre ist dies der größte Universitätskomplex der Region, in der sich ein Drittel der ca. 850000 französischen Studenten konzentriert. Aber als wir den großen, quadratisch angeordneten Hochhauskomplex betreten, macht er einen eher ausgestorbenen Eindruck. Das ändert sich erst, als wir das Verwaltungsgebäude am Haupteingang im Süden erreichen. Dort haben sich einige hundert Studenten versammelt, mit Lautsprechern wird für die Vollversammlung um 11.30 Uhr mobilisiert, Wandzeitungen informieren über die Entwicklung des Kampfes der letzten Tage gegen die Regierungsdekrete, die den ausländischen Studenten den Zugang zur Hochschule erschweren sollen.

105000 Ausländer sind an französischen Hochschulen eingeschrieben, 70% von ihnen kommen aus der Dritten Welt, hautpsächlich aus Nord- und Westafrika. Ihre Zahl soll eingeschränkt werden. Die Mittel sind in den Dekreten Bonnet und Imbert (nach ihren Verfassern) festgelegt: Voreinschreibung der Studenten über die französische Botschaft in ihrem Heimatland. Dabei soll ausdrücklich die „Oppositionsakte" bei der jeweiligen Regierung konsultiert werden. Sodann der Nachweis eines Bankkontos mit mindestens 9000 FF (3870 DM). In Frankreich wird eine Regierungskommission über Annahme oder Ablehnung und über die Verteilung auf die Universitätsorte entscheiden. Die letzte Hürde ist eine Französischsprachprüfung. In der Parlamentsdebatte vom 14. Mai enthüllte Premierminister Barre in einer Hetzrede den Beweggrund der Maßnahmen: „Phantomstudenten, die nur da sind, um gegen ihr Heimatland besser agieren zu können ... Viele ausländische Staatschefs wollen nicht, daß sich Studenten in Frankreich die politische Syphilis holen ... *Wir* wollen Universitäten, die den französischen Einfluß ausstrahlen."

11.45 Uhr. Beginn der Vollversammlung in einem Innenhof. Etwa 800 Studenten sind anwesend. Die Debatte, die zunächst nicht richtig in Gang kommen will, wird bald heftig. Soll der vollständige Streik fortgeführt werden, vor allem, sollen die laufenden Trimesterprüfungen verhindert werden, obwohl klar ist, daß der Abschluß des Studienjahres auf dem Spiel steht und ein beträchtlicher Anteil der Studenten dagegen ist? Müssen nicht, anstatt schon wieder zu Demonstrationen aufzurufen, eher die Arbeitsgruppen (über die Dekrete, Verbindung mit den Kämpfen der ausländischen Arbeiter, Rechtsschutz) gestärkt werden? War die Demonstration am 14.5. mit über 10000 Teilnehmern wirklich der große Erfolg? Ist es nicht so, daß von 13 Pariser Universitäten höchstens 4 geschlossen den Kampf führen?

Ratlosigkeit und etwas Verbitterung kommen auf. Seit März führen die Studenten in Jussieu und an 10 weiteren Universitäten Frankreichs den Kampf mit verschiedenen Mitteln. Die Verwaltungsräume sind besetzt worden, die Französischprüfungen wurden boykottiert. Die Regierung hatte in einer Reihe von Fällen, wo Ausweisungen angedroht waren, nachgeben müssen und Verhandlungsbereitschaft über die Sprachprüfungen angedeutet. Als es dann unter dem Druck der Aberkennung des Studienjahres aber nicht gelang, die Kampffront auf weitere Universitäten auszuweiten, witterte die Staatsmacht die Schwäche. Am 13.5. stürmte Bereitschaftspolizei die Hochschule von Jussieu und drang bis in die Laboratorien vor, nachdem kurz zuvor in Universitätsnähe ein Autobus angehalten und dann angezündet worden war. Die Täter? Wie immer bei solchen Provokationen wußte die Polizei nichts genaues. Über die Verantwortlichkeit für den Tod eines Mannes, der, von der Polizei über den Campus getrieben, bei einem Sprung auf ein tiefer liegendes Dach einbrach, gab es jedoch keine Zweifel. „Sie haben in Jussieu getötet, Bullen, Mörder!" riefen die 3000 Demonstranten am gleichen Abend wie auch die über 10000 am 14.5. Seitdem stand Jussieu im Vollstreik.

13 Uhr. Die Vollversammlung beschließt Fortsetzung des Streiks, Demonstration für den 20.5., 18 Uhr, Stärkung der Arbeitsgruppen. Daß sie sich zur Verhinderung der Prüfungen nicht klar äußert, zeigt schon, daß keine Einigkeit bei der Einschätzung der Kräfteverhältnisse erreicht wurde.

20.5., 15 Uhr. 4000 Studenten demonstrieren unter den Rufen „Befreit unsere gefangenen Kameraden, Rücknahme der rassistischen Dekrete." Die Reihen sind geschlossen, die massiv aufgebotene Bereitschaftspolizei wagt nicht einzugreifen, obwohl ihr einige „Autonome", die Scheiben einwerfen und die Demonstranten in die Straßenschlacht treiben wollen, Gelegenheit bieten.

22.5., 12 Uhr. Der gesamte Universitätskomplex ist auf allen Seiten weiterhin von Polizei mit Helm, Schild und Tränengasgranaten gut sichtbar „bewacht". Am Haupteingang bilden sich immer wieder Studentengruppen um verschiedene Stellschilder, auf denen afrikanische Studenten, Tunesier, verschiedene streikende Vorlesungen zu Versammlungen und Diskussionen über das weitere Vorgehen aufrufen. Häufig wird Streikfortsetzung gefordert. Die Kampfbewegung hat sich zersplittert, das Fehlen einheitlicher studentischer Vertretungsorgane hat diesen Prozeß sicherlich gefördert. Niedergeschlagen ist sie jedoch nicht.



Wie hier in Paris, so demonstrierten in ganz Frankreich in den letzten Wochen Zehntausende. Häufig hatten die Gewerkschaften auch aufgerufen.

mit mindestens 9000 FF (3870 DM). In Frankreich wird eine Regierungskommission über Annahme oder Ablehnung und über die Verteilung auf die Universitätsorte entscheiden. Die letzte

Kampf mit verschiedenen Mitteln. Die Verwaltungsräume sind besetzt worden, die Französischprüfungen wurden boykottiert. Die Regierung hatte in einer Reihe von Fällen, wo Ausweisun-

Reihen sind geschlossen, die massiv aufgebotene Bereitschaftspolizei wagt nicht einzugreifen, obwohl ihr einige „Autonome", die Scheiben einwerfen und die Demonstranten in die Straßenschlacht treiben wollen, Gelegenheit bieten.

22.5., 12 Uhr. Der gesamte Universitätskomplex ist auf allen Seiten weiterhin von Polizei mit Helm, Schild und Tränengasgranaten gut sichtbar „bewacht". Am Haupteingang bilden sich immer wieder Studentengruppen um verschiedene Stellschilder, auf denen afrikanische Studenten, Tunesier, verschiedene streikende Vorlesungen zu Versammlungen und Diskussionen über das weitere Vorgehen aufrufen. Häufig wird Streikfortsetzung gefordert. Die Kampfbewegung hat sich zersplittert, das Fehlen einheitlicher studentischer Vertretungsorgane hat diesen Prozeß sicherlich gefördert. Niedergeschlagen ist sie jedoch nicht.

Wie hier in Paris, so demonstrierten in ganz Frankreich in den letzten Wochen Zehntausende. Häufig hatten die Gewerkschaften auch aufgerufen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Stuttgart, Gutenbergstr. 2, Tel. 62 05 82
Kommunistische Hochschulgruppe

Stuttgart, Tübingen, Aalen
12. Mai 1980
20k102000p

Keine „Toleranz" gegenüber den Burschenschaften

Die Freiburger Burschenschaft Teutonia und seine „Magnifizenz", der Rektor der Universität, Moraltheologe Prof. Dr. Bernhard Stöckle, haben zum 17. Juni, dem Tag „Der Deutschen Einheit", eine Veranstaltung an der Universität angekündigt; bei ausreichender Beteiligung dann mit anschließendem Fackelzug. Rektor Stöckle hat die feste Absicht, den reaktionären Studentengruppen, insbesondere den Burschenschaften, – die sich bis heute nicht an die Uni wagen – größeren Spielraum zu verschaffen. Alles unter der Phrase der „Toleranz". Das Verbot des Farbentragens sei überaltert, und man könne heute keine Kleiderordnung mehr erlassen. Also zuletzt noch „Fortschritt', wenn die Burschenschaften wieder in voller Tracht an der Universität ihre reaktionäre Propaganda verbreiten dürfen.

1931: „Die Deutsche Burschenschaft bejaht den Nationalsozialismus als wesentlichen Teil der völkischen Freiheitsbewegung."

1980 „Die Burschenschaft Teutonia gehört zu den wenigen Studentengruppen, die nicht bereit sind, die Teilung Deutschlands durch Stacheldraht widerspruchslos hinzunehmen." Für die „Einheit Deutschlands" war es Teil der Demagogie der Nazis, den Sozialismus mit dem Nationalsozialismus zu „verschmelzen", um den Klassengegensatz zwischen der Ausbeuterklasse und arbeitender Klasse durch den Gegensatz zwischen deutschem Imperialismus und dem Rest der Welt zu ersetzen – so heute nicht anders. Heute wie damals propagieren die Burschenschaften die *Volksgemeinschaft* mit der Bourgeoisie. Heute gegen die eine Supermacht, die Sowjetunion, zwecks Einverleibung der DDR.

Aber die nationale Frage ist eine Frage der Volkssouveränität und der Demokratie. Und die gibt es nicht. Den Ausgangspunkt für diese Lage der Spaltung und der fremden Oberhoheit bildet der Faschismus. Die Volksmassen können nur dann die Frage der Wiedervereinigung entscheiden, haben sie die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigt, und dazu ist notwendig, die Vorherrschaft der beiden Supermächte zu beseitigen.

Und für wen gibt es am 17. Juni was zu feiern? Die westdeutsche Bourgeoisie feiert diesen Tag als Tag der Niederlage der Arbeiterklasse in der DDR und eingedenk ihrer imperialistischen Bestrebungen, sich die DDR einzuverleiben.

Am 16./17. Juni 1953 kam es zu großen Demonstrationen in Ostberlin und in anderen Städten der DDR, an denen ca. 300000 bis 400000, vorwiegend Industriearbeiter teilnahmen. Der Aufstand wurde niedergschlagen. Der 17. Juni wurde in Westdeutschland zum „Feiertag" erhoben, um in den Jahren danach antikommunistische Hetze zu betreiben und die Arbeiter aufzufordern, bei gegebener Gelegenheit unter imperialistischer Flagge die „Brüder im Osten" zu „befreien". Die Propagandaveranstaltung für das „Deutsche Reich" muß verhindert werden.



Kriegsopferversorgung: besser selbstverwaltet und sozialversichert – der Staat muß zahlen

z.hev. Noch rund zwei Millionen Beschädigte und Hinterbliebene zählt das Heer derjenigen, die in den beiden Weltkriegen oder auch bei Militär- und Arbeitsdienst verkrüppelt wurden oder Witwen, Waisen und Eltern verstorbener Kriegsopfer sind. Sie sind ,,versorgungsberechtigt" nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) in der heute gültigen Fassung von 1976. Bezahlt werden die Leistungen vom Staat, 1978 waren es 11,2 Milliarden Mark. Die Beschädigten- und Hinterbliebenenrenten haben mit den Renten der Rentenversicherung, die aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten bezahlt werden, nichts zu tun. Eher sind die Leistungen nach dem BVG – neben den Renten auch Heil- und Krankenbehandlung und die Kriegsopferfürsorge – vergleichbar mit der von den Kapitalisten bezahlten Unfallversicherung. Hier wie dort ist die Höhe strikt abhängig vom Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit, bei der Unfallversicherung verursacht durch Arbeits- und Wegeunfälle, bei der Kriegsopferversorgung durch Kriegs-, Wehr- oder militärähnlichen Dienst.

Anders die Kriegsopfer*fürsorge*. Sie ist zwar Bestandteil des BVG, aber eher vergleichbar mit der Sozialhilfe und wird dann in Anlehnung an die Sätze des Bundessozialhilfegesetzes gezahlt, wenn Beschädigte oder Hinterbliebene ,,trotz der übrigen Leistungen nach diesem Gesetz (BVG) sowie ihres sonstigen Einkommens und Vermögens eine angemessene Lebensstellung" nicht erlangen können – anders ausgedrückt, wenn sie kurz davor sind, zu verelenden.

Die Berechnung der Rentenhöhe unterscheidet sich grundsätzlich von der der Sozialversicherungen und soll wohl so etwas wie eine ,,Wiedergutmachung" für entgangenes Einkommen sein. Die Rente setzt sich zusammen aus Grundrente, Ausgleichsrente und Berufsschadensausgleich. Die Grundrente gibt es ausschließlich nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit und unabhängig vom gegenwärtigen Verdienst des Beschädigten; die Ausgleichsrente gibt es, wenn eine Arbeit auf Grund der Verkrüppelungen nicht aufgenommen oder nur mühsam aufrechterhalten werden kann, sie wird geringer, wenn das Einkommen steigt; der Berufsschadensausgleich ist ebenfalls einkommensabhängig, ein Schwerbeschädigter mit guter Ausbildung und gutbezahltem Beruf, den er jetzt nicht mehr oder nur noch unvollkommen ausüben kann, bekommt mehr als ein Ungelernter. Dieses Rentensystem bedeutet in der Praxis für die Kriegs- und Wehrdienstkrüppel einen ständigen Kleinkrieg um die Höhe des Schadens mit Gutachtern und Behörden, der sich für die Waisen, Witwen und Eltern weiter fortsetzen kann. Ein Gestrüpp von Zulagen macht das Gesetz für den einzelnen nahezu undurchschaubar und für die Versorgungsämter zu einem Instrument reiner Willkür. Besser wäre es schon, die Kriegsopferversorgung in die allgemeine Sozialversicherung einzugliedern – die Versicherten kontrollieren und verwalten selbst, und der Staat muß trotzdem zahlen. Das könnte auch dem Chauvinismus bei Teilen der Kriegsbeschädigten den Boden entziehen. Denn eigentlich besteht zwischen einem im Krieg verlorenen Bein und einem bei der kapitalistischen Profitmacherei verlorenen kein Unterschied.

Die orthopädisch Versorgten nach dem Bundesversorgungsgesetz

(Stichtag: 30.9.79)

	Beschäd. bis zum 31.8.39 eingetreten ist	deren Schädig. nach dem
Gesamtzahl	14059	326351
darunter u.a.:		
einseitig Beinamputierte	2905	83238
einseitig Armamputierte	754	27468
Doppel-Beinamputierte	113	7039
Doppel-Armamputierte	10	680
Dreifach-Amputierte	1	80
Vierfach-Amputierte	–	16
Querschnittsgelähmte	9	744
Blinde	173	4165
Benutzer von Hörgeräten	1226	15880

Quelle: Bundesarbeitsblatt 5/1980

Anerkannte Versorgungsberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz

	1965	1979
Versorgungsberechtigte insges. (Beschädigte und Hinterbliebene)	2806453	2079908
Beschädigte insges.	1337141	971071
darunter mit einer Minderung der Erwerbstätigkeit von:		
30%	506648	364507
40%	205400	147022
50%	259554	167898
60%	86931	74487
70%	123870	76698
80%	70570	59152
90%	17797	27566
100%	66371	53741
Hinterbliebene		
Witwen (Witwer)	1157146	985255
Halbwaisen	90826	23491
Vollwaisen	7020	5618
Elternteile	144834	80621
Elternpaare (Kopfzahl)	69486	13852

Quelle: Arbeits- und Sozialstatistik, Bundesarbeitsblatt

,,Disziplinierungsprobleme" der Bundeswehr. Durch Sozialarbeiter zu beseitigen?

r.klm. Der Bundesminister der Verteidigung hat nach Gründung der westdeutschen Bundeswehr sogenannte vorläufige Bestimmungen über die Tätigkeit der Verwaltung auf dem Gebiet der Fürsorge erlassen. Inhalt dieses Erlasses war Hilfe für Soldaten und deren Angehörige. Hilfe für Wohnraumbesorgung und -erhaltung, finanzielle Hilfen für in Not geratene Soldaten, Unterstützung bei Krankheit, Tod und Geburt, für Ausbildung der Kinder umfaßte u.a. das Hilfsangebot (weiteres in: Verteidigungs-Ministerialblatt – VMBl – 1959, S. 740 f).

Zehn Jahre später wurde dieser Erlaß, der konkrete Hilfe bedeutete, erstmals abgelöst. ,,Familienfürsorge in der Bundeswehr" (VMBl 1969, S. 439 f.) hieß der neue Erlaß. Gegenüber dem alten stellt dieser nicht auf konkrete Hilfe, sondern auf Beratung und Betreuung in Notfällen ab. Von der finanziellen Hilfe hin zur Beratung als ersten Schritt zur Einführung der Sozialarbeit in der Truppe. ,,Die Familienfürsorge ist nach den allgemeinen Grundsätzen der Sozialarbeit zu leisten." So werden erstmals Einschränkungen materieller Hilfen eingeführt: ,,Sie hat sich auf die im Einzelfall notwendigen Maßnahmen zu beschränken und findet ihre Grenzen in der jeweils zumutbaren Selbsthilfe." Hilfe zur Selbsthilfe ist der Schlachtruf der Sozialarbeit und meint das Herausfinden der Reserven durch Herumschnüffeln im Privatleben der Soldaten.

Der Durchbruch der Sozialarbeit gelang dann unter sozialdemokratischer Führung: ,,Sozialarbeit in der Bundeswehr – Neufassung –" heißt der Erlaß vom 21.2.1975 (VMBl 1975, S. 63). Hilfen bei Geburten gibt es nicht mehr. Dafür tauchen zum ersten Mal die ,,Konfliktsituationen" auf. Hier soll die Sozialarbeit ,,... planend und vorbeugend wirken sowie den Hilfesuchenden zur eigenen Lebensgestaltung befähigen." Sie soll ,,bei psycho-sozialen und gesundheitlichen Störungen: (wie) Kontakt- und Anpassungsschwierigkeiten, eingeschränkter Lern- und Leistungsfähigkeit, Suizidgefährdung, Alkohol- und Drogenmißbrauch" tätig werden und zwar durch die ,,Erstellung von Gutachten im Rahmen der Amtshilfe".

Sozialer Feldjäger in Zivil also: ,,Die schlechten Auswege sollen versperrt werden", ließ die für Hannover zuständige Sozialarbeiterin im Wehrbereich II in der ,,Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" vom 19.5.1980 verlauten. Um Soldaten zu locken verbreitet sie die Lüge von der Schweigepflicht der Sozialarbeiter. Diese haben keine, sie kämpfen dafür. Mit 24 anderen Kollegen in Niedersachsen gelingt es aber nicht so recht, die Soldaten in ihre Schreibtischstuben zu locken. In Hannover werden jährlich nur 250 Fälle bearbeitet. Als Grund, warum es unbedingt mehr werden müssen, gibt die hannoversche Sozialarbeiterin an: ,,Die meisten... werden mit der neuen Umwelt und der Befehls- und Gehorsamstruktur nicht fertig." Mit dem kargen Wehrsold, Hunderte von Kilometern von zu Hause und der Freundin entfernt, da tut Beratung und Betreuung not. Mit zunehmender Kriegsvorbereitung wächst der Druck auf die Soldaten, beginnen sie sich zu wehren. Disziplin und Gehorsam müssen durchgesetzt werden. Was der militärische Drill nicht schafft, sollen Sozialarbeiter erreichen. Dabei müssen sie innerhalb der Bundeswehr mit allen zuständigen Stellen zusammenarbeiten. ,,Das sind insbesondere... Leiter militärischer Dienststellen und Einheiten sowie zivilen Dienststellen (Kommandeure, Einheitsführer und sonstige Dienststellenleiter)." Waren die früheren Erlasse (besonders der erste) auf konkrete Hilfe abgestellt, so ist der neue Erlaß schwerpunktmäßig auf die Disziplinierung der Soldaten ausgerichtet.

Britische Imperialisten rüsten Rheinarmee auf Krach um Ausgleichszahlungen steht bevor

z.hef.London. Vor zwei Monaten ist das letzte, 1977 abgeschlossene Kostenausgleichsabkommen für die Besatzungstruppen zwischen der britischen und der westdeutschen Regierung ausgelaufen. Die britische Regierung will ein weiteres Abkommen (d.h. weitere Zahlungen), die Bundesregierung erklärt seit 1977, das jetzt ausgelaufene Abkommen sei das letzte gewesen (das erklärte auch beim vorletzten Abkommen 1972). Der Krach ist noch nicht offen ausgebrochen, die britische Regierung will mit den Verhandlungen warten, bis die Frage des EG-Haushalts geregelt ist.

Die britischen Imperialisten haben seit dem 2. Weltkrieg die Hauptkraft ihres Landheers und den größten Teil ihrer Luftwaffe in Westdeutschland stationiert. Mehr als 50000 Söldner sind es zur Zeit, von denen mindestens 3000 jeweils für einige Zeit in Nordirland eingesetzt sind. Die Kosten für den Unterhalt dieser Armee werden von der Regierung mit jährlich 900 Mio. Pfund (ca. 3,6 Milliarden DM) angegeben. Ein Drittel davon seien zusätzliche Kosten, die durch die Stationierung im Ausland entstünden. Im Abkommen von 1977 hatte sich die Bundesregierung zum Ausgleich verpflichtet, innerhalb von drei Jahren insgesamt 500 Mio. DM in Form von Baumaßnahmen in Kasernen zu zahlen.

Rheinarmee und Royal Airforce Germany sind Teil der NATO-Truppen, d.h. im ,,Spannungsfall" werden sie dem NATO-Oberbefehlshaber Europa unterstellt, den die US-Imperialisten besetzen. Jetzt, in ,,Friedenszeiten", unterstehen sie britischem Befehl. Die Besatzungstruppen des britischen Finanzkapitals sind mehr als nur Fußtruppen des NATO-Bündnisses, mit denen die US-Imperialisten ihren Einfluß in Europa erhalten und ausbauen wollen. Das britische Finanzkapital hat Kapitalanlagen von mehr als 5,8 Milliarden DM in Westdeutschland und Westberlin. Die Rheinarmee dient der Erhaltung dieser Profitquellen. Sie ist eine konterrevolutionäre Drohung gegen die westdeutsche Arbeiterklasse. Und sie ist ein Mittel des britischen Finanzkapitals bei dem Versuch, im Kampf um die Vorherrschaft unter den europäischen Mächten wieder in die Offensive zu kommen.

,,Die fortdauernde Anwesenheit der britischen Truppen in Deutschland ist nicht nur für die militärische Stärke der Allianz, sondern auch für ihre politische Entschlossenheit und ihren Zusammenhalt wichtig", schreibt die britische Regierung im neuen Verteidigungsweißbuch. ,,Deshalb ist es im Interesse der NATO und in unserem eigenen Interesse, daß britische Truppen in der Bundesrepublik als Erfüllung unserer Verpflichtung aus dem Brüsseler Vertrag bleiben sollen." Im Interesse der westdeutschen Finanzbourgeoisie ist es auch, kann man anfügen, denn die Besatzungstruppen sichern auch ihr Privateigentum. Was nicht heißt, daß sie dafür zahlen will. Im Interesse der Arbeiterklasse ist der vollständige Abzug der Söldnerheere aus Westdeutschland.

Von sich aus abziehen wollen die Briten, trotz des Krachs um die Stationierungskosten, auf keinen Fall. Im Gegenteil, sie rüsten auf. Die Regierung will die Zahl der Selbstfahrgeschütze der Rheinarmee jetzt verdoppeln und hat 48 neue 155-mm-Haubitzen vom Typ M 109 in den USA bestellt. Diese Geschütze haben eine Reichweite von 14 Kilometern. Mit ihnen kann die britische Armee ,,konventionelle" Sprengstoff- und Giftgas-Geschosse wie auch taktische Atomwaffen verschießen. Am letzten Donnerstag übten Rheinarmee-Truppen in England den Gaskrieg. Das Übungsträneneas wurde aus Flugzeugen abgeworfen. Infanteriegefecht mit Gasmaske wurde geübt, und ,,nebenbei" auch das Versprühen von Giftgas aus Kampfflugzeugen.

Italien schickt keine Kriegsschiffe in den persischen Golf

US-Aufforderung abgelehnt / Imperialistische Flottenpolitik im Mittelmeer / US-Admiral kommandiert

z.ulg.Rom. Auf der Reise zur NATO-Frühjahrskonferenz machte US-Verteidigungsminister Brown vorletzte Woche in Rom – und nur dort – Zwischenstation. Kurz vorher hatte NATO-Generalsekretär Luns erklärt, ,,gewisse Seemächte des atlantischen Bündnisses, z.B. Großbritannien und Italien, könnten auf rein individueller Basis ... die USA bei einer weiteren Verstärkung ihres Militärdispositivs im Golf und im Indischen Ozean unterstützen." Direkt vor seiner Ankunft in Rom hatte Brown diese ,,Hypothese" in einem Zeitungsinterview erneut lanciert. An diesem Montag läuft die westdeutsche Zerstörer-Flottille in den Indischen Ozean ein. Italiens Verteidigungsminister reagierte dagegen auf die US-Einladung mit brüsker Ablehnung: Die italienische Flotte werde bleiben, wo sie ist, im Mittelmeer. Brown mußte in Brüssel dementieren. Aber seinen Vize ließ er erklären: ,,Wir hoffen heiß, daß die Solidarität der europäischen Verbündeten bis in den Indischen Ozean gelangt."

Den ,,Verbündeten" mag eine Beteiligung an weiteren US-Aggressionen gegen Iran und die anderen Golfstaaten ,,billig" vorkommen. Die gesamte saudische Flotte z.B. ist an Mannschaftsstärke kaum doppelt so groß wie die beiden deutschen Zerstörer, von der schlechteren Bewaffnung zu schweigen. Die italienischen Imperialisten wollen trotzdem nicht mitmachen. Vor allem deshalb nicht, weil ihre Präsenz im Mittelmeer darunter leiden müßte. Brown seinerseits hat auf seiner ,,Anregung" vorerst nicht insistiert. Denn die italienische Marine stellt für die US-Mittelmeerflotte einen wichtigen Flankenschutz dar.

Italien verfügt nach den beiden Supermächten und Frankreich über die viertstärkste Flotte im Mittelmeer. An Mannschaftsstärke und bei den größeren Kriegsschiffen übertrifft sie die Bundesmarine. Im Kriegsfall ist sie fast vollständig dem NATO-Oberkommando Europa Süd unterstellt, d.h. einem amerikanischen Admiral. Ein Großteil der VI. US-Flotte läuft italienische Stützpunkte (u.a. Neapel und La Maddalena vor Sardinien) an, und die Kontrolle über Italien sichert den US-Imperialisten die Seehegemonie im Mittelmeer.

Für die US-Supermacht ist im Kampf um die Südflanke Europas die rasche Erringung der absoluten Seeherrschaft im Mittelmeer entscheidend, zur Sicherung der Nachschubwege und um die VI. Flotte mit ihren Flugzeugträgern zu Angriffsoperationen nutzen zu können. Von einem einzigen Flugzeugträger aus können täglich 100 Bombereinsätze geflogen werden, wenn einmal die Bedrohung des Trägers durch feindliche U-Boote und Marineflieger ausgeschaltet ist. Dem sozialimperialistischen Rivalen würde dagegen zunächst genügen, den USA die Seeherrschaft – z.B. durch einen Überraschungsangriff auf die Flugzeugträger – ernsthaft streitig zu machen, ohne sie seinerseits zu erringen.

Die italienische Flotte soll nach den NATO-Plänen die VI. US-Flotte entlasten, um deren Angriffspotential möglichst sofort und vollständig zum Einsatz bringen zu können. Dieses Potential ist gewaltig. Nach einer kürzlich erschienenen amerikanischen Broschüre, in der die Chancen von Aggressionen gegen die einzelnen Mittelmeerländer abgewogen werden, wäre die VI. Flotte gegen vier Länder (Libyen, Tunesien, Libanon und Albanien) auf allen Gebieten – von Luftangriffen bis zur Anlandung von Marineinfanteristen – *allein* ,,entscheidend". Die italienischen Imperialisten reißen sich dabei um einen Platz unter den ersten Geigen. Marinestabschef Torrisi: ,,Die Mithauptrolle neben der VI. amerikanischen Flotte kann nur der italienischen Marine anvertraut werden ... Sie (die VI. Flotte) kann sich nicht nur nicht der Verteidigung des Seeverkehrs und dem Schutz der maritimen Verbindungswege widmen, sondern sie muß auch, um ihre Hauptaufgabe erfüllen zu können, vor allem vor der Bedrohung durch U-Boote adäquat geschützt werden. Die Rolle der italienischen Marine ist (...) nicht untergeordnet, sondern parallel." Einen ,,parallelen" Krieg hatte schon Mussolini an der Seite der deutschen Reichsbourgeoisie führen wollen.

Dabei will die italienische Finanzbourgeoisie keineswegs auf den selbständigen Einsatz ihrer Flotte verzichten. Gerade deshalb hat sie ihre Flottenstärke nicht durch die Entsendung von Schiffen in den Golf zersplittern wollen. In einem kürzlichen ,,Weißbuch" des Verteidigungsministeriums sind die Aufgaben der Marine ausdrücklich um ,,den Schutz der nationalen Interessen im ganzen Mittelmeer zur Unterstützung der nationalen Politik und Diplomatie" ergänzt worden. Nach Aussage des Marinestabschefs muß die Flotte ihre Aufgaben außer im NATO-Rahmen ,,auch in selbständiger Form erfüllen können, wenn die nationalen Interessen es erfordern sollten". Die verstärkte Patrouillentätigkeit in der Straße von Sizilien zum ,,Schutz italienischer Fischer", die andauernd die tunesischen und libyschen Hoheitsgewässer verletzen, der von den Küstenwachbooten der nordafrikanischen Staaten gibt davon einen Vorgeschmack.



Raketenfregatte ,,Lupo". Vier dieser Schiffe – etwas kleiner als die westdeutsche F-122 – hat die italienische Marine kürzlich in Dienst gestellt.

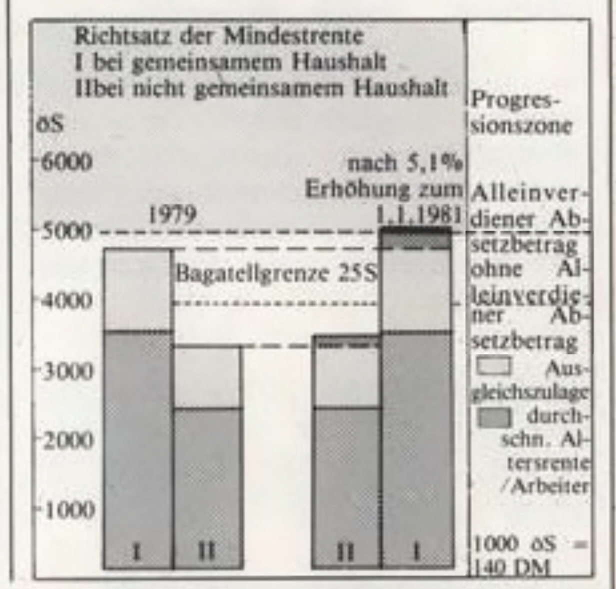
Österreich: Mindestrente in der Progressionszone
Billiger Steuerbetrug bietet sich an

z.anb. Wien. Soeben hat die SPÖ-Regierung die Anpassung der Renten ab 1.1.1981 bekanntgegeben: 5,1%, bei 6% Inflation, der niedrigste Satz seit Einführung der Rentendynamik 1966. Bezugspunkt ist der Lohnindex von *1978*. Die Abkoppelung der Renten von den Löhnen hat die SPÖ-Regierung vor allem seit 1976 betrieben über die Ersetzung des Anpassungsmechanismus durch die Anhebung der Ausgleichzulage. Diese ist ein ebenfalls aus Versicherungsgeldern finanzierter staatlicher Almosen für Renten unter dem Existenzminimum, derzeit im Durchschnitt 138 DM bezogen auf den Richtsatz (siehe Schaubild); sie wird derzeit 223667 Rentnern (20%) gezahlt.

Die Anpassung für 1.1.1981 führt nicht nur zu realer Senkung gegenüber der Inflation, zusätzlich rutschen die Mindestrenten in die Steuerprogression, weil die Bagatellgrenze von 25 Schilling Steuerlast bei einer Rente von brutto 4980 Schilling (711 DM) überschritten wird. Für die Durchschnittsrente, die ohnehin immer näher an die Mindestrente rückt, würde das Steuermehrabzug von 70 Schilling bedeuten, die Nettoerhöhung schmilzt auf 206 Schillinge zusammen.

Der Zentralverband der Sozialrentner und Pensionisten hat der Regierung klare Forderungen vorgelegt: Voller Teuerungsausgleich, d.h. überproportionale Anhebung der Mindestrenten, und in Zukunft Anhebung der Renten mit den Löhnen.

Die Regierung hingegen taktiert, die mißliche Wirkung ihrer Renten- und Steuerpolitik zu entschärfen, womöglich, und das billig, zugleich die massiv erhobene Forderung nach Lohnsteuerreform abzufangen. Durch Anhebung der Bagatellgrenze z.B. auf 100 Schilling ergäbe sich pro Mindestrente netto ein Ertrag von 40 Schilling, pro Durchschnittsrente 100 Schilling, eine ,,kleine Steuerreform" mit Gesamtkosten von rund 400 Mio. Schilling, die allein durch Lohnsteuermehreinnahmen aus dem ersten Quartal 1980 um das Dreifache überboten werden.

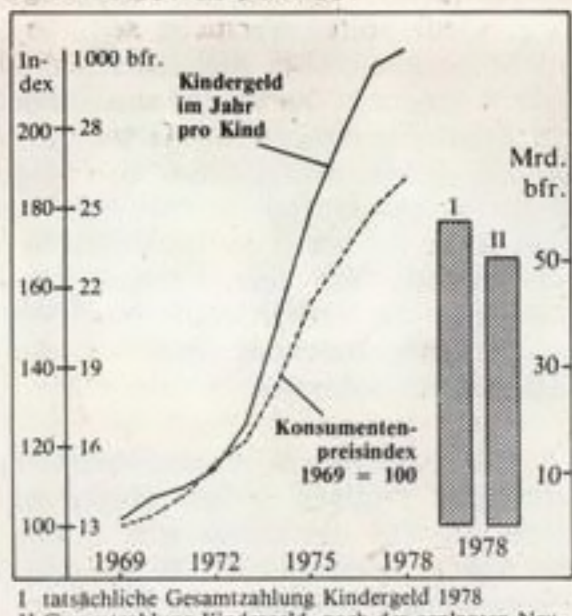


Belgien: Senkung der Kindergeldzahlung, um mehr Frauen in die Ausbeutung zu pressen

z.elb.Brüssel. Im Zuge ihrer Verhandlungen über eine neue Regierung einigten sich sechs belgische Parteien über ein ganzes Bündel von Plünderungs- und Lohnsenkungsmaßnahmen. Eine ist, kein Kindergeld mehr für Einzelkinder ab drei Jahren zu zahlen. Wann diese Regelung in Kraft tritt, ist noch nicht entschieden.

Wie das nebenstehende Schaubild zeigt, haben sich die Kindergeldzahlungen an die Lohnabhängigen pro Kind von 1969 bis 1978 fast verzweieinhalbfacht und liegen seit 1973 stets über dem Index der offiziellen Preissteigerungsrate. Konnten die Lohnabhängigen also die steigenden Kosten der Kindererziehung ausgleichen? Der stetige Rückgang der Geburten und dabei die Zunahme der lohnabhängigen Familien mit einem Kind widerspricht dem. Tatsächlich nutzten die Kapitalisten das steigende Kindergeld – daß es überhaupt gezahlt werden muß, bezeichnet, daß der Lohn zur Kindererziehung nicht reicht – zu drastischen Lohnsenkungen. Über Jahre hinweg zahlten sie außer der Anpassung der Löhne an die offizielle Preissteigerungsrate keinerlei Lohnerhöhung.

Für 1978 haben wir berechnet, daß die Regierung bei Anwendung der neuen Kindergeldregelung den Lohnabhängigen knapp 7 Mrd. bfr (rund 430 Mio. DM) vorenthalten hätten; über 408000 Familien wären betroffen gewesen. Durch Senkung des Einkommens der Familien werden die Frauen in die Ausbeutung gezwungen, sobald ihre Kinder drei Jahre alt sind, für die sie nur schwer einen Kindergartenplatz finden werden. Von 1961 – 70 hatten die belgischen Bourgeois die Zahl der erwerbstätigen Frauen nur um 2% steigern können; von 1970 – 77 schon um über 3% auf gut 1250000. Diese Tendenz zu beschleunigen ist Ziel der neuen Kindergeldregelung.



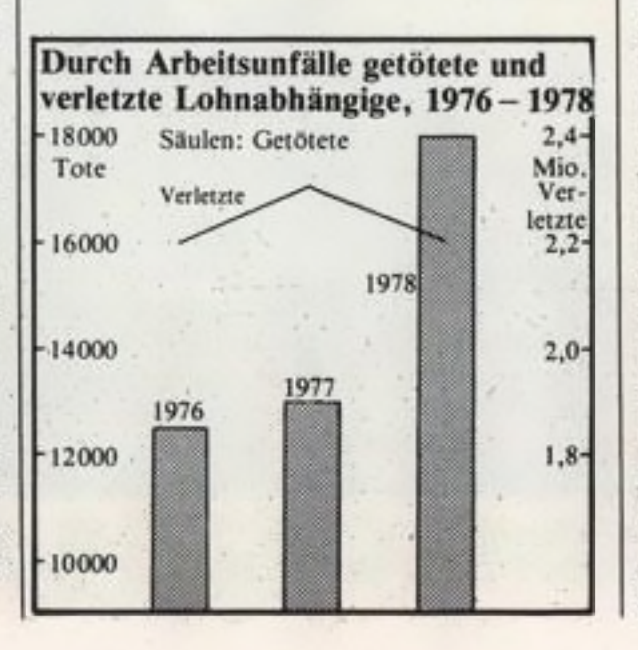
I tatsächliche Gesamtzahlung Kindergeld 1978
II Gesamtzahlung Kindergeld, nach der geplanten Neuregelung für 1978 berechnet

US-Senat will Sicherheits- und Gesundheitskontrolle für 70% der Arbeitsplätze aufheben

z.rül. Für 70% aller US-Lohnabhängigen sämtliche staatlichen Kontrollen der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften aufzuheben, ist das Ziel einer von den Kapitalisten betriebenen Änderung des ,,Gesetzes über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz" (OSHA), die gegenwärtig im US-Senat verhandelt wird. Das OSHA-Gesetz war erst 1970 vom Kongreß verabschiedet worden, nachdem 40000 Bergleute in Virginia mehrere Wochen gegen die steigende Zahl von Kohlestaubvergiftungen gestreikt hatten. Eine ,,Arbeitssicherheitsbehörde" wurde geschaffen, die mit 1600 Inspektoren in den 5 Mio. Betrieben die Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften überwachen sollte. Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten waren von vornherein ausgenommen. Die übrigen Kapitalisten kamen bei Verstößen gegen die Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften zumeist mit Geldbußen von maximal 1000 Dollar davon.

In der Folge stieg die blutige Schlachtbilanz der US-Kapitalisten weiter an; allein 1976 bis 1978 wurden eine Viertelmillion Arbeiter verkrüppelt, kamen 44000 bei Arbeitsunfällen ums Leben. 160000 Bergleute sind an Kohlestaubvergiftung erkrankt, über 100000 Textilarbeiter leiden an Baumwollstaubvergiftung der Lunge, knapp 70000 Lohnabhängige sterben jährlich an Asbestvergiftung etc. Lediglich bei leichten Unfällen gelang es den Gewerkschaften, die Zahl der Unfälle konstant zu halten: bei allein 2,2 bis 2,3 Mio.

Das neue Gesetz soll angeblich die Arbeit der Inspektoren auf die ,,Hauptunfallbetriebe konzentrieren". Tatsächlich werden sämtliche Betriebe, die ein Jahr lang keinen *schweren* Unfall *melden*, von allen Inspektionen ausgenommen; die Bußgelder werden auf maximal 700 Dollar verringert, die OSHA-Inspektoren dürfen bei Unfällen nur noch die Unfallstelle selbst untersuchen, alle übrigen Arbeitsplätze sind ihnen versperrt. Jede Inspektion muß den Kapitalisten vier Wochen vorher angekündigt werden. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO fordert dagegen die Ausweitung der Inspektionen und schärfere Sicherheitsvorschriften. Mit landesweiten Flugblattaktionen, Kundgebungen und öffentlichen Konferenzen der größten Gewerkschaften wollen die Gewerkschaften das ,,Mord-Gesetz" zu Fall bringen.



Italienische Winzer bekämpfen EG-Weinpolitik
Weinordnung garantiert keinen Mindestpreis / Vergünstigungen für deutsche Weine

z.ans.Rom. In den letzten Monaten haben in ganz Italien große Demonstrationen und Kundgebungen der Weinbauern stattgefunden. Am 24.4. demonstrierten über 20000 aus allen Teilen Italiens in Rom gegen die EG-Weinpolitik. Die Winzer fordern Abschaffung der Weinsteuer in den nördlichen EG-Ländern, Bestimmungen gegen den Zusatz von Rübenzucker, gegen Verfälschungen des Weins und Betrug. Vor allem soll die EG mehr Wein zur Destillation aufkaufen und dafür höhere Preise zahlen. Die Erfahrungen der Weinbauern sind: Die Ernte 1979 war ausgezeichnet; sie ernteten 80 – 83 Mio. hl gegenüber 70 Mio. hl 1978. Verheerend sind jedoch die Auswirkungen dieser auch qualitativ guten Ernte für die kleinen Winzer. Über 10 Mio. hl sind unverkauft, der Preis ist niedrig, die Produktionskosten sind gegenüber dem Vorjahr um 35% gestiegen.

Unter dem Vorwand, die Überproduktion zu bekämpfen, beschleunigen die EG-Imperialisten die Ruinierung der kleinen Winzer. Neuanpflanzungen sind verboten, gefördert werden Umstrukturierungsmaßnahmen für ,,besonders zum Weinbau geeignete Flächen" mit Umstellung auf ,,Qualitäts"weine. Der kleine Winzer soll seine Schulden nur zugleich mit dem Hof loswerden können, das Mittel sind Prämien für Weingutaufgabe (bis zu 5 ha). In Italien liegen 54,1% der Weinberge im Hügelland, 9,3% im Gebirge. Das erschwert die Anwendung industrieller Methoden in der Produktion. Nachdem die großen Weinkonzerne bereits mehr und mehr die Verarbeitung und Vermarktung des Weins an sich gerissen haben, soll jetzt durch die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen auch der Anbau selbst möglichst profitlich gestaltet werden. Die ehemals selbständigen Bauern werden dadurch der Lohnarbeit unterworfen.

Die in der EG-Weinordnung von Frühjahr 1979 festgelegte Preispolitik ist der Haupthebel zur Beschleunigung dieses Prozesses. Die Weinordnung garantiert den Winzern keinerlei Mindestpreis. Auf Grundlage der Marktpreise werden für jeden Weintyp ein Orientierungspreis und ein knapp darunter liegender Auslösungspreis bestimmt. Die EG-Interventionsmaßnahmen treten in Kraft, wenn der Marktpreis für drei Wochen unter dem Auslösungspreis liegt. Die EG-Kommission kann dann beschließen, einen Teil des Weins zu 55% des Orientierungspreises zur Destillation aufzukaufen. Die Kleinbauern müssen so ihren Wein zu Schleuderpreisen verkaufen. Die Großagrarier können hingegen in solchen Fällen ,,langfristige Lagerverträge" für neun Monate mit den Interventionsstellen abschließen. Wer anders als sie könnte für eine solch lange Zeit auf die Einnahmen aus dem Weinverkauf verzichten? Die garantierten Zuschüsse, die noch um 20% erhöht werden können, decken ihnen die Lagerkosten und die Zinsen. Gleichzeitig profitieren sie von dem gewöhnlichen Preisanstieg lange lagernden Weins. Sollte diese Wirkung ausnahmsweise nicht eintreten, so ist auch vorgesorgt. Für die Großagrarier, und für sie allein, besteht eine Preisgarantie: Die Interventionsstelle kauft den Unterzeichnern langfristiger Lagerverträge den Wein zur Destillation zum Auslösungspreis ab.

Mit einer einfachen Garantie der jetzigen Auslösungspreise – wie in der derzeit vorbereiteten neuen Marktordnung vorgesehen – wäre den kleinen Winzern freilich auch kaum gedient. Diese Preise stagnieren für italienische Weine, umgerechnet auf die ,,grüne Lira" und inflationsbereinigt, seit 1972/73. In Westdeutschland sind die Auslösungspreise Anfang der 70er Jahre kräftig angehoben worden, seit 1976 werden auch sie gedrückt. In Italien sind 32,6% der insgesamt rund 1,6 Mio. weinanbauenden Betriebe bis zu einem ha, weitere 45% bis zu 5 ha groß. Ein italienischer Winzer hat bei einem Hektarertrag von rund 60 hl Tafelwein umgerechnet gerade 3960 DM im Jahr, beim Anbau von Qualitätswein 7030 DM Roherlös. Davon gehen noch die Produktions- und Verarbeitungskosten ab.

Mit der Preisfestlegung, die nach verschiedenen geographischen Zonen erfolgt, haben sich die stärksten EG-Mächte, die BRD und Frankreich, einen Hebel geschaffen, um die schwächeren Konkurrenten noch weiter auszustechen. Die für die EG-Imperialisten erfreuliche Nebenwirkung: Die Bauern der verschiedenen Länder – so die italienischen und französischen Winzer im jahrelangen ,,Weinkrieg" an der Grenze – können gegeneinander gehetzt werden, statt sich im Kampf gegen die EG-Verträge zusammenzuschließen. Die Preise für die Weinsorten, die vor allem in Westdeutschland und in Nordfrankreich produziert werden, liegen um das Doppelte bzw. das Dreifache höher als die Preise für italienische Weine. Der Konkurrenzdruck gegenüber Italien erfolgt auch durch Bestimmungen, die vor allem für die deutschen Weine einen höheren Zuckerzusatz ermöglichen. Außerdem können die deutschen Weine, zumindest bis 1984, kräftig mit Rübenzucker ,,angereichert" werden, der Verschnitt mit billigsten Rotweinen, z.B. aus Nordafrika, ist für sie erlaubt.

Die Alchimie kann prächtig gedeihen. Die EG-Weinordnung führt über zwei Seiten lang aus, was dem Wein alles an Chemie und anderen appetitlichen Dingen – wie Fischleim und Gelatine – zugesetzt werden kann. Das hindert die deutschen Weinkonzerne nicht, 90% des Weins den Volksmassen für teures Geld als Qualitätswein zu verkaufen. In Italien haben nur 10% des Weins das Qualitätssiegel.

Die von der EG vorangetriebene Ruinierung der kleinen Winzer schafft günstige Bedingungen für die großen Konzerne, den Produktionsprozeß zunehmend unter ihre Fuchtel zu bekommen und das fruchtbarste Land aufzukaufen. In Italien liegen z.Z. 80% der Weiterverarbeitung in den Händen von Konzernen, 20% werden von Kooperativen betrieben. In den letzten Jahren konnten z.B. einige wenige Monopole in dem reichen Weinanbaugebiet um Alba in Piemont 1000 ha an sich reißen, d.h. 10% der Anbaufläche. Sie produzieren dort ein Drittel des Gesamtertrags von Alba. Mit allen möglichen betrügerischen Mitteln eignen sie sich für ihren gepanschten Wein Qualitätssiegel an. Nach einer Gewerkschaftsuntersuchung enthalten über 10% des dortigen Weins alles mögliche, nur keine Trauben. Zur Zeit durchwühlen Bulldozer die Toskana: Ein amerikanischer Konzern hat 200 – 300 ha Land aufgekauft. Dort soll kapitalistisch durchrationalisiert Chianti ,,für amerikanischen Geschmack" angebaut werden. Die Folgen der Einplanierung der in zwei Jahrtausenden Arbeit angelegten Terassen für die Bodenerosion sind unabsehbar.

Von den Hofaufgabeprämien haben die italienischen Weinbauern praktisch keinen Gebrauch gemacht. So lange wie irgend möglich versuchen sie, den Hof zu halten. Völlige Überarbeit ist die Folge. Neben der Arbeit auf dem eigenen Hof schafft der Bauer oft noch für einen Großagrarier zu Niedriglöhnen. Die Kinder der Weinbauern werden in die Fabriken getrieben, nur die Alten bleiben zurück: Über 50% der Weinbauern sind im Rentenalter.



Am 24.4. demonstrierten in Rom über 20000 italienische Winzer aus ganz Italien gegen die Auswirkungen der EG-Weinpolitik.

Malta fordert Bombenräumung von den Imperialisten

z.hef. Malta erreichte in der letzten Woche im juristischen Komitee des Europarats einen Teilerfolg gegen Großbritannien. Malta verlangt von Großbritannien, Westdeutschland und Italien, die Gewässer um die maltesischen Inseln von ihren Bomben, Minen und Wracks zu säubern. Die deutschen und italienischen Imperialisten bombardierten Malta, damals britische Kolonie und Flottenstützpunkt, während des 2. Weltkriegs. Zwischen 1940 und 1944 flogen deutsche und italienische Bomber 3340 Luftangriffe, zerstörten mit mehr als 5000 Tonnen TNT in den Bomben 25000 Gebäude, töteten 1500 und verletzten 4000 Zivilisten bei einer Bevölkerung von knapp 300000. Nach dem Krieg benutzten die britischen Imperialisten die unbewohnte Nebeninsel Filsla als Bombenübungsziel. Filsla liegt in der Nähe von Fischerorten. Malta fordert von Großbritannien die Räumung des Meeresbodens um Filsla. Weil die Imperialisten sich weigerten, brachte Malta einen entsprechenden Antrag im Europarat ein. Das juristische Komitee stimmte dem Antrag letzte Woche zu. ,,Zu unserer großen Befriedigung wurde ein britischer Antrag auf Nichtbehandlung mit acht zu vier Stimmen abgelehnt", erklärte der maltesische Delegationsleiter Joe Grima. Das maltesische Volk hatte nach 165 Jahren britischer Kolonialherrschaft 1964 die Unabhängigkeit erkämpft und danach sowohl das NATO-Hauptquartier Mittelmeer wie auch die verbliebenen britischen Truppen bis März 1979 hinausgeworfen.

US-Imperialisten betrügen chinesische Aktionäre

z.sth. Nach einem Übereinkommen zwischen der chinesischen und der US-Regierung aus dem letzten Jahr sollen die Vermögenswerte aus enteignetem Besitz ausgeglichen werden. So sandte die chinesische Regierung für die ehemalige Schanghaier Kraftwerksgesellschaft, dem größten von den USA vor 1949 gegründeten Unternehmen in China, einen großen Teil der Entschädigungssumme an die US-Regierung zwecks Verteilung an die ehemaligen Aktionäre. Der größte Teil der Schuldscheine, damals in Silberdollars gekauft, wurde von der Guomindang-Regierung 1935 mit dem Hinweis abgestempelt, daß sie in ,,fa bi" (Guomindang-Währung) bezahlt würden. Die US-Imperialisten wollen jetzt nur die ungestempelten Schuldscheine auszahlen. Die chinesischen Aktionäre protestieren dagegen und fordern das Einschreiten der chinesischen Regierung.

Vietnam nimmt das koloniale Siedlungsprogramm wieder auf

z.hku. Das ZK der KP Vietnams hat im April die Wiederaufnahme der Umsiedlungen in die Grenzregionen des Mekong-Deltas und des zentralen Hochlandes beschlossen; die Aufgabe sei kompliziert, aber lebenswichtig. Die Umsiedlungen sollen künftig unter strikter zentraler Kontrolle stehen, die Provinzverwaltungen werden zu wirksamen Aushebungsmaßnahmen verpflichtet; den Siedlern wird Geld und Material versprochen. In diesem Jahr sollen so 50000 Menschen umgesiedelt werden. Der strategische Plan von 1976 hatte von 4 Mio. Siedlern bis 1980 gesprochen; heute leben 1,2 Mio. Menschen in den ,,Neuen Ökonomischen

Die Arbeiterklasse Ugandas ist kampferfahren

Die britische Kolonialherrschaft hat komplizierte Widersprüche geschaffen

z.mif. Der Vorsitzende der Militärkommission der Nationalen Befreiungsfront von Uganda, UNLF, die am 12. Mai den Präsidenten Binaisa des Amtes enthoben hat, ist der Arbeitsminister Paulo Muwanga. Er hat erklärt, daß die neugebildete Regierung an der Politik der Blockfreiheit festhält, und als ihre drei Hauptaufgaben den nationalen Aufbau, allgemeine Wahlen im Dezember und die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung bezeichnet. Die Nationale Befreiungsfront von Uganda war im März 1979 durch Zusammenschluß von 28 exilugandischen Organisationen und Gruppen auf einer Konferenz in der tansanischen Stadt Oshi gebildet worden. Dazu gehört auch die Partei Uganda People's Congress unter Leitung des früheren Präsidenten Milton Obote.

Die Schwierigkeiten der ugandischen Nation, nach dem Sturz von Idi Amin im März letzten Jahres die Unabhängigkeit des Landes gegen die beiden Supermächte und anderen Imperialisten zu sichern, wurzeln in erster Linie in der britischen Kolonialherrschaft. Seit sich die britische Bourgeoisie in einem Abkommen mit der deutschen Bourgeoisie 1890 den Gebietsanspruch auf Uganda gesichert hatte, betreibt sie die Ausplünderung des Landes. Zur Errichtung ihrer Herrschaft benutzten die britischen Bourgeois den feudalen Machtapparat des Königreichs Buganda, das etwa ein Drittel des heutigen Staatsgebiets von Uganda mit Kampala als Zentrum umfaßte. Die britischen Kolonialherren ließen den Kabaka (König) Mutesa II. im Amt, sofern und solange er zuließ, daß die Kolonialmacht seine Feudalherren und Stammeshäuptlinge in bezahlte Steuereintreiber der britischen Krone verwandelte. Von Buganda aus unterwarfen die Kolonialherren auch die angrenzenden Königreiche und gliederten sie ein. Für die Antreibertätigkeit auf ihren Baumwoll-, Kaffee- und Teeplantagen sowie für den Handel schafften die britischen Imperialisten zahlreiche Inder nach Uganda und trieben so einen zusätzlichen Spaltkeil in das ugandische Volk. Als die Briten sich 1962 genötigt sahen, Uganda die politische Unabhängigkeit einzuräumen, machten sie den König von Buganda zum Staatsoberhaupt von ganz Uganda, Milton Obote wurde Premierminister. Die Plantagen, Banken, Fabriken und die Presse hatten die britischen Imperialisten in der Hand, die Armee hatten sie ausgebildet. Sie waren zuversichtlich, ihre neokoloniale Herrschaft über Uganda mit Hilfe des komplizierten Knotens von Widersprüchen im Land, den sie geknüpft hatten, sichern zu können.

Tatsächlich nahm aber unter der Regierung Obote der antiimperialistische Kampf eine schwungvolle Entwicklung, ohne allerdings die Widersprüche zwischen Imperialismus, alter bugandischer Feudalschicht, indischer Bourgeoisie und den teils selbstwirtschaftenden, teils enteigneten und auf die Plantagen getriebenen Bauern und den Arbeitern einer Lösung zuführen zu können. Alle diese Widersprüche spitzten sich zu. 1966 suspendierte Obote die Feudalverfassung und ließ den König durch die Armee absetzen. Gedrängt vom Kampf der Arbeiter und Bauern begann er, Maßnahmen gegen die ökonomische Herrschaft der Imperialisten zu ergreifen. Die Partei Uganda People's Congress verabschiedete 1969 die „Charta des einfachen Mannes" und erklärte den Sozialismus zum Ziel für Uganda. Am 1. Mai 1970 kündigte Obote die Errichtung der staatlichen Kontrolle über Export und Import an sowie die Nationalisierung von 60% des Kapitals ausländischer Unternehmen: insbesondere der Banken, Versicherungen, Ölgesellschaften, bestimmter Transportfirmen, der Kupferbergwerke und wichtiger Industrie- und Plantagenbetriebe.

In seiner Rede am 1. Mai erklärte Obote weiter: „Mit dem Schritt des einfachen Mannes auf das Feld des Besitzes und der Leitung der Produktions-und Distributionsmittel erkläre ich den organisierten Arbeitern, den Gewerkschaften, daß wir das Gewerkschaftsgesetz dahingehend ändern werden, daß das archaische Prinzip und die Praxis des Streiks abgeschafft wird." (Zitiert nach der Zeitung „Uganda Argus", 2. Mai 1970) Dieses Gesetz wurde vom Parlament am 3. November 1970 beraten und mehrheitlich verabschiedet. Die Gewerkschaften sollten zentralisiert werden. Als Begründung führte der Arbeitsminister an, daß kleine, zersplitterte Gewerkschaften die Konkurrenz schürten und zu einem unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand führten, so daß viele Gewerkschaften keinerlei Mittel für die Schulung ihrer Mitglieder hätten und verschuldet seien. Ferner werde durch die Zentralisierung und zentrale Kassenaufsicht durch den Staat der Bereicherung und Korruption aus den Gewerkschaftsbeiträgen ein Riegel vorgeschoben. Die ugandische Gewerkschaftsbewegung war mit diesem Gesetz keineswegs einverstanden. Bei der Beratung im Parlament erklärte der frühere Präsident der Eisenbahnergewerkschaft Humphrey Luande unter anderem, es sei nicht annehmbar, daß Gewerkschaftsfunktionäre künftig nicht mehr ins Parlament wählbar seien. Die Arbeiterbewegung habe stets am Kampf für die nationalen Interessen teilgenommen.

Die ugandische Arbeiterbewegung begann bei der Eisenbahn. Während des zweiten Weltkrieges führten die Bahnarbeiter mehrere Streiks durch, gegen alle Versuche der britischen Imperialisten, durch beschleunigte Ausplünderung des Landes ihre strategische Basis zu festigen, und setzten eine Verdoppelung ihrer Löhne durch. Es bildete sich eine Klasse von Proletariern heraus, die nicht mehr aufs Land zurück konnte. Als die britische Kolonialmacht 1953 ein riesiges Kraftwerk an den Owen-Wasserfällen bauen ließ und billiger Strom zur Verfügung stand, siedelte sich einiges Kapital an. Das Proletariat wuchs, aber noch heute macht die Erwerbsbevölkerung auf dem Land über 80% aller Erwerbstätigen Ugandas aus. Einen Eindruck von dem Stand, den die Arbeiterbewegung bis 1970 erreicht hatte, geben folgende Meldungen (nach dem „Uganda Argus"):

12.2.70. Die Nationale Gewerkschaft der Arbeiter in landwirtschaftlichen Genossenschaften droht mit Streik ihrer 2000 Mitglieder in der Genossenschaft von Busoga, wenn die bereits versprochenen Lohnerhöhungen nicht ausgezahlt werden. Der Streik wird am 20.2. abgesagt, nachdem Verhandlungen unter Teilnahme des Verantwortlichen für soziale Beziehungen im Arbeitsministerium stattgefunden haben.

18.2.70. 150 Autoarbeiter in der Werkstatt von General Motors in Kampala streiken. Sie verlangen höhere Einstufung der afrikanischen Arbeiter, Absetzung des Werkstattleiters Ken Elvy und Besetzung wichtiger Stellen mit Afrikanern. Die Gewerkschaft fordert die Arbeiter auf, wieder zu arbeiten, und verspricht Untersuchung ihrer Beschwerden.

6.3.70. In der Industriestadt Jinja erschlagen die Arbeiter einer Textilfabrik, die dem Madhvani-Konzern gehört, den Fabrikleiter. Er hatte angekündigt, zur Vermeidung von Entlassungen werde künftig nur noch an vier Tagen in der Woche gearbeitet.

Für Januar 1971 hatte die Regierung Obote Wahlen zu den neu gebildeten Gewerkschaftsgremien geplant. Durch den Putsch der Armee unter Leitung ihres Oberbefehlshabers Idi Amin wurden sie verhindert. Dieser Putsch war offensichtlich von den Imperialisten inszeniert. Man muß annehmen, daß er nicht nur darauf abzielte, die Enteignung imperialistischen Kapitals, die Obote eingeleitet hatte, zu stoppen, sondern auch der Zerschlagung der sich herausbildenden Arbeiterbewegung diente. Bekannt ist, daß 1974 eine neue Gewerkschaftsorganisation unter dem Namen Nationale Organisation der Gewerkschaften von Uganda, NOTU, gegründet wurde. Über deren Rechte und Tätigkeiten liegen uns keine Informationen vor.

Die erhebliche Schwächung der Arbeiterbewegung und die aus der Kolonialzeit fortbestehenden Widersprüche haben dazu beigetragen, daß es dem Volk von Uganda nicht gelungen ist, nach der Aggression Amins gegen Tansania 1978 dessen Herrschaft aus eigener Kraft zu beenden. Es war in erster Linie die tansanische Armee, die die Herrschaft Amins zerschlug. Heute stehen noch etwa 10000 tansanische Soldaten in Uganda, was zusätzliche Probleme schafft. Die britischen Kapitalisten wollen die alten Zustände wieder herstellen. Der Teekapitalist Mitchell Cotts hatte sich bereits Ende letzten Jahres mit der Regierung Binaisa über eine Entschädigung geeinigt, er läßt seine 2400-ha-Plantage wieder bearbeiten. Die von den Arbeitern geforderten Löhne bezeichnete er als zu hoch.

Uganda die politische Unabhängigkeit | Gesetz wurde vom Parlament am 3. | nossenschaft von Busoga, wenn die be-





Die Imperialisten beuten die Arbeiter auf Baumwollplantagen aus, ab 1956 auch in Fabriken wie dieser Textilfabrik. Die Arbeiterbewegung Ugandas entwickelte sich rasch.

Neue militärische Offensive in Birma gegen nationale Minderheiten

z.mat.Sydney. 72000 Tonnen Teak und 22000 Tonnen Bauholz sollen ab 1983 in Birma geschlagen werden, kündigten die Imperialisten im August 1979 an. Die Weltbank hat dafür einen 35-Millionen-Dollar-Kredit bereitgestellt, weitere 8 Millionen Kredit kommen von der EG. Fast 70% des Landes sind von Wald bedeckt, und die Imperialisten fiebern seit 1976, als die birmanische Regierung bei der Weltbank Konkurs anmelden mußte, darauf, Zugang zu den Holzreichtümern zu erhalten. Inzwischen zeigt sich, daß es nicht damit getan ist, die Regierung Birmas an die Kreditleine zu nehmen. Birma ist ein Vielvölkerstaat. Die Birmanen stellen zwar den größten Teil der Bevölkerung, bewohnen aber nur 40% der Fläche des Landes.

Über große Teile hat die Regierung trotz wiederholter Versuche seit der Unabhängigkeit 1948 nicht die Kontrolle erringen können. Vor allem der Osten des Landes, an der Grenze zu Laos, Thailand und China, konnte bisher nicht unter zentrale Verwaltung gestellt werden. Mehrere Privatarmeen ehemaliger Generale der Kuomintang, die sich nach der Niederlage der chinesischen Konterrevolution dorthin abgesetzt haben und mit dem Anbau und Verarbeitung von Opium neues Vermögen zusammenraffen, erhalten in der imperialistischen Presse regelmäßige Publizität. Vergebens sucht man meist nach Berichten über den Kampf gegen Fremdherrschaft der Karen, die 10% der Bevölkerung ausmachen, und der Mon, mit 3 bis 4 Millionen 8% der Bevölkerung.

Dieser Kampf hat lange Tradition. In den drei großen birmanischen Kriegen gegen die britischen Kolonialisten zwischen 1825 und 1885 stellten beide Völker wichtige Truppenkontingente. In der Unabhängigkeitserklärung von 1948 mußten die Briten den Karen und Mon das Recht auf Lostrennung durch Volksabstimmung nach zehn Jahren zugestehen. Sie wurde 1962 durch den Militärputsch des Generals Ne Win, heute Präsident der Republik, verhindert.

Seit seiner Unabhängigkeit hat Birma einen entschlossenen Kurs der Blockfreiheit verfolgt. Die anfängliche Unterstützung der Volksmassen hat die Regierung durch ihre Bestrebungen, die Minderheiten zu unterdrücken, jedoch zum größten Teil verspielt. Nicht zuletzt hat die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten beigetragen, die die Imperialisten jetzt nutzen wollen. Die Karen und Mon haben in ihren Gebieten den Antimonbergbau und die Forstwirtschaft entwickelt und verteidigen ihre Gebiete mit eigenen Armeen. Um den Antimon- und Holzexport zu verhindern, hat die birmanische Regierung im April eine neue Offensive begonnen und die Karentruppen zum Rückzug gezwungen. Nutzen ziehen daraus nur die Imperialisten. Die Kommunistische Partei, deren Guerillaverbände in benachbarten Gebieten ihre Stützpunkte haben, hat den Karen- und Monarmeen Zusammenarbeit angeboten.



Eine Patrouille einer Armee nationaler Minderheiten in Ostbirma

Zonen", weniger als Ende 1978. Diese Zonen hatten sich immer unverhüllter in Straflager verwandelt, das vorgesehene Material verschwand in der korrupten Verwaltung, und so hatten sehr viele Siedler eine unsichere Flucht vorgezogen; die unterdrückten Nationalitäten im Hochland wehrten sich, die Bebauung mußte zu großen Teilen wieder aufgegeben werden. – Die Landnahme ist für die Revisionisten äußerst dringlich: die Nahrungsmittelversorgung ist prekär wie zuvor; der Versuch, den Bauern Südvietnams höhere Ablieferungen durch Zwangskollektivierung abzupressen, gescheitert. Und der RGW drängt auf Erfüllung des Vertrages, auf Kompensationsbasis 450 000 ha für Exportkulturen zu erschließen.

ASEAN-Länder halten an Industrie-Aufbauplan fest

z.sta.Sydney. Um ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, haben die ASEAN-Länder 1976 den Aufbau von fünf gemeinsamen Industrieprojekten beschlossen. Für die Produkte aus den dafür zugeteilten Projekten sollen Handelspräferenzen in den anderen ASEAN-Ländern gelten. Singapur – wo die industrielle Entwicklung unter dem beherrschenden Einfluß imperialistischen Kapitals am weitesten vorangeschritten ist (28,6% der Lohnabhängigen arbeiten in der verarbeitenden Industrie gegenüber 6 bis 11% in den anderen Mitgliedsstaaten) – war die Produktion von großen Dieselmotoren zugeteilt worden. Da die Nachfrage danach in den ASEAN-Staaten nur begrenzt ist und Indonesien und die Philippinen die Produktion kleinerer Motoren selber aufnehmen wollen, war das Interesse Singapurs an der Durchführung des Plans nicht groß. Im September 1979 schlug die Regierung Singapurs vor, die Handelspräferenzen auf alle Hersteller der festgelegten Produkte in den ASEAN-Staaten auszuweiten, wodurch dem imperialistischen Kapital große Aussichten auf dem ASEAN-Markt eröffnet wurden. Um Singapurs Ausscheiden aus dem Plan zu verhindern, haben die übrigen vier ASEAN-Staaten die Ausdehnung der Handelspräferenzen auf weitere Hersteller zugestanden. Gleichzeitig hält der im April 1980 geschlossene Kompromiß jedoch an dem ursprünglichen Gedanken fest, den Aufbau der nationalen Industrien durch gegenseitige Unterstützung zu fördern: Die Mitgliedsstaaten behalten sich das Recht vor, über den gemeinsamen Plan hinausgehende Präferenzen in zweiseitigen Verträgen auszuhandeln.

Sieben Jahre bewaffneter Kampf des saharauischen Volkes

z.pel. Am 20. Mai 1973 bemächtigte sich die erste Kampfeinheit der Befreiungsfront für die Sahara und Rio Oro (FPOLISARIO) des spanischen Postens Khanga in der Westsahara. Seitdem hat das saharauische Volk seinen Kampf für nationale Unabhängigkeit gegen die spanischen Kolonialisten, gegen die mauretanischen Streitkräfte und gegen die von den US-Imperialisten massiv aufgerüsteten Truppen des marokkanischen Königs Hassan II führen müssen. Die spanischen Besatzer wurden vertrieben. Am 27.2.1976 konnte die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) gegründet werden. Mauretanien zog sich Ende 1979 aus dem ungerechten Krieg zurück. Heute operiert die Befreiungsarmee weit im Süden Marokkos, das selbst noch einige Garnisonen in der Westsahara hält. Der Ort Zag in der Region Quarkiz im Süden Marokkos, Stützpunkt für 7000 marokkanische Soldaten, ist seit Monaten durch die Kämpfer der FPOLISARIO von jeder Versorgung abgeschnitten. Bei einem Entsetzungsversuch erlitt die marokkanische Armee zwischen dem 1. und 12. März die bisher größte Niederlage und verlor über 2000 Mann. Jetzt hat Hassan 26000 Mann, ⅓ seiner Streitkräfte aufgeboten, um einen schmalen Zugang freizukämpfen. Dazu mußte ein erheblicher Teil der Besatzungstruppen aus der Westsahara abgezogen werden.

Schlechte Aussichten für das Kostendämpfungsabkommen

z.inl.Paris. Diese Woche soll das neue Honorarabkommen zwischen den französischen Pflichtkrankenkassen und den Ärzten unterzeichnet werden. Ob es dazu kommt, ist unsicher. Die Regierung mußte erst den widerspenstigen größten Ärzteverband CSMF von den Verhandlungen ausschließen, um so allen Kassenärzten das Honorarabkommen diktieren zu können. Aber nachdem Millionen Lohnabhängige am 13.5. gegen die Kostendämpfung streikten, ist der Angriff auf die gesundheitliche Reproduktion und den Lohn der Arbeiterbevölkerung schwieriger geworden (siehe KVZ 21). Neben einer Erhöhung von jetzt 40 auf 50 Francs pro Konsultation (wovon die Kasse 75% rückerstattet) sieht das Abkommen die „konzertierte Beherrschung der Ausgaben" durch vierteljährliche Kontrolle jedes einzelnen Arztes vor. Überschreitung der Verschreibungshöchstgrenzen führen zu Honorarkürzung und Entziehung der Kassenzulassung. Neben diesen Kassenärzten soll es künftig auch solche geben, die den Preis pro Arztbesuch selbst festlegen können; die Versicherten aber bekommen von der Kasse nicht 75% der tatsächlichen Kosten, sondern nur von den festgesetzten 50 FF. Die Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN riefen gemeinsam am Tag der Veröffentlichung des Abkommens zu neuen Aktionen gegen diese „Zweiklassenmedizin" auf. Zusammen mit den im CSMF organisierten Ärzten, die am 23.5. ihre Praxen schlossen, demonstrierte die Arbeiterbewegung vor den lokalen Sitzen der Krankenkassen. Jetzt fordert die Regierungspartei RPR die Regierung auf, das Abkommen nicht abzusegnen.

Die Monroe-Doktrin – Dokument der Unabhängigkeit der USA und der Vorbereitung der Expansion

z.mam. 1822 sind die USA die erste Nation, die die neuen unabhängigen Staaten Lateinamerikas anerkannten, die sich von der spanischen Kolonialherrschaft befreit hatten; Monroe war Präsident, Außenminister war John Q. Adams.

Dasselbe Jahr bringt zwei für die Vereinigten Staaten beunruhigende Unternehmen, die von Europa ausgehen und gegen die „Neue Welt" gerichtet sind: Zar Alexander I. fordert ein russisches Anrecht auf die pazifische Küste und die benachbarten Gewässer, die sich von Alaska (das zu dieser Zeit noch zu Rußland gehört) bis zum 51. Breitengrad erstrecken, d.h. bis zur nördlichen Spitze der Vancouver-Insel. Mit vollem Recht weist die amerikanische Regierung dieses Ansinnen zurück und läßt dem russischen Botschafter mitteilen, daß die USA „Rußland den Anspruch auf jegliche territoriale Besitzergreifung in diesem Kontinent absprechen und eindeutig zu dem Prinzip stehen, daß der amerikanische Kontinent dem europäischen Kolonialstreben verschlossen ist". Im Herbst 1822 beschließen Frankreich und die Staaten der Heiligen Allianz (Rußland, Österreich und Preußen) auf dem Kongreß von Verona eine Intervention in Spanien, wo Ferdinand VII., auch der „Ungeliebte" genannt, durch eine Revolution zur Anerkennung einer liberalen Verfassung gezwungen wurde. 1823 sendet der französische König Ludwig XVIII. eine Armee über die Pyrenäen, um ihm zu helfen, seine absolute Macht wieder herzustellen. Die USA befürchten, daß sich die „Heilige Allianz" der ehemaligen spanischen Kolonien in Amerika wieder bemächtigen will, was wiederum England als größte Kolonialmacht dieser Zeit ermutigt, den USA eine gemeinsame Erklärung vorzuschlagen, die die europäischen Mächte davor warnen soll, Lateinamerika zurückzuerobern. Die Vereinigten Staaten stellen eine Bedingung: England müsse zuerst die Unabhängigkeit der alten spanischen Kolonien anerkennen. Als England einer eindeutigen Stellungnahme ausweicht und die französischen Truppen Cadiz, den letzten Stützpunkt der spanischen Revolutionäre, erobern, beschließt die amerikanische Regierung, einen selbständigen Kurs gegenüber den europäischen Mächten einzuschlagen.

In dieser historischen Situation gibt Präsident Monroe eine Erklärung in seinem „Bericht über die Lage der Union" ab, in deren erstem Teil es heißt: „Die Umstände erschienen uns günstig, eine Grundsatzerklärung über die Rechte und Belange der Vereinigten Staaten abzugeben, die besagt, daß die amerikanischen Kontinente, aufgrund der freien und unabhängigen Lebensbedingungen, die sie sich geschaffen und aufrechterhalten haben, künftig von keiner europäischen Macht mehr als Ziel kolonisatorischer Ambitionen angesehen werden können". Der zweite Teil befaßt sich mit den Absichten, die die europäischen Mächte in bezug auf Lateinamerika hegen könnten und unterstreicht den Gegensatz zwischen der amerikanischen Demokratie und der monarchistischen Staatsform in den Ländern der Heiligen Allianz und erklärt, daß die Vereinigten Staaten ihr eigenes System verteidigen werden: „Es ist unmöglich, daß die alliierten Mächte ihr politisches System auf irgendeinen Teil dieser Kontinente ausweiten, ohne unseren Frieden und unser Wohl zu gefährden; und niemand darf glauben, daß unsere Brüder im Süden, die auf sich selbst gestellt sind, dies dulden würden. Folglich können wir eine derartige Intervention ebensowenig dulden."

So besteht die Monroe-Doktrin im wesentlichen aus zwei untrennbaren Bestandteilen: einerseits keine europäische Intervention in Amerika, andererseits keine amerikanische Intervention in Europa. Insofern entsprach sie den damaligen Kräfteverhältnissen in der Welt. Vom amerikanischen Kontinent wurden nach und nach die alten Kolonialmächte verdrängt, während die USA selber, wenigstens für kurze Zeit, noch nicht über die Kraft verfügten, deren Nachfolge anzutreten, so hatten sie z.B. nur geringe Land- und Seestreitkräfte. Fürst Metternich fühlte sich dann seinerseits 1824 berufen, die amerikanische Regierung an ihre europäische Herkunft zu erinnern: „Indem sie (die USA) Revolutionen befürworten, wo immer sie sich zeigen, indem sie die bedauern, die fehlschlagen, indem sie ihre helfende Hand denen reichen, die zu gedeihen scheinen, verleihen sie den Aposteln der Verführung neue Kraft und entfachen den Mut jedes Verschwörers. Wenn sich diese Woge des bösen Beispiels je über den ganzen amerikanischen Kontinent ergießen sollte, was würde aus unseren religiösen und politi-
kanischen Kontinent ergießen sollte, was würde aus unseren religiösen und politi-
schen Verhältnissen, was aus der moralischen Kraft unserer Regierungen und was aus dem konservativen System, das Europa vom völligen Zerfall gerettet hat?"

Gegenüber den Äußerungen Metternichs und der entsprechenden Politik der alten europäischen Kolonialmächte ist die Monroe-Doktrin ein fortschrittliches Dokument. Als Dokument eines frühkapitalistischen Landes, das die Vereinigten Staaten damals waren, war es aber auch Dokument der Vorbereitung des Expansionsstrebens des US-Kapitals, des Kolonialismus in neuer Form. Nicht mit militärischer Gewalt durch Besetzung der Länder, wie die alten Kolonialmächte sich fremde Völker unterwarfen, sondern mit der Politik der „offenen Tür" für amerikanische Wirtschaftsinteressen traten die USA deren Nachfolge an. Erst mit dem Anwachsen der wirtschaftlichen Stärke folgten bewaffnete Interventionen zugunsten von Regierungen bei drohenden Revolutionen, die eine Gefahr für die Wirtschaftsinteressen der USA darstellten. So die Landung eines Expeditionskorps 1833 in Argentinien und 1835 in Peru, Aktionen, denen die Politik folgte, sich die Handelswege mit Kriegsschiffen zu öffnen.

Nicht ohne prophetische Gabe schrieb der französische Konsul in San Franzisko 1852, daß „alle Inselgruppen des Pazifik, der gesamte amerikanische Kontinent von Sitka bis zu den Meerengen von Magellan sowie China und Japan dazu bestimmt sind, unter den Einfluß dieses Staates zu geraten und von der Sphäre seiner Handelsaktivität angezogen zu werden". In diesem Sinne machte 1904 Präsident Roosevelt die Monroe-Doktrin durch seinen „Ergänzungsartikel" zu einem imperialistischen Dokument durch die Feststellung, „daß die Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre – und sei es auch wider Willen – durch die Monroe-Doktrin gezwungen werden können, bei offenkundigen Fällen von Ungerechtigkeiten oder Ohnmacht internationale Polizeigewalt auszuüben."

Nach dem Bürgerkrieg werden die Vereinigten Staaten zur ersten imperialistischen Macht

z.bew. Durch den Sieg der Nordstaaten über die Südstaaten im nordamerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) waren mit der Aufhebung der Sklaverei die Überreste vorkapitalistischer Produktionsformen auf dem nordamerikanischen Kontinent beseitigt und das System der freien Lohnarbeit zur herrschenden Produktionsweise geworden. Zwar war zwischen 1827 und 1858 die industrielle Produktion in den USA um das Achtfache gestiegen, aber der gewaltige Aufschwung in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Steigerung der industriellen Produktion, der in seiner Schnelligkeit und Größe die Entwicklung der alten europäischen Mächte bei weitem überholte, begann erst nach dem Ende des Bürgerkrieges.

In der Zeit zwischen 1830 und 1860 war die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von 12,9 auf 31,5 Mio. gestiegen. Bis 1890 verdoppelte sie sich nochmals auf 62,9 Mio. Die Einwandererströme wuchsen weiter an. Von 1860 bis 1880 machten sie 30% der Bevölkerungszunahme, zwischen 1880 und 1890 sogar 40% aus. Aber anders als für die ersten großen Einwandererströme war nach dem Bürgerkrieg für die Einwanderer der Erwerb billigen Bodens in dem nur von Indianern besiedelten Westen nicht mehr einfach möglich. Auch wenn erst 1890 die offizielle Schließung der „frontier", der sich seit zweieinhalb Jahrhunderten nach Westen schiebenden Grenze, verkündet wurde, war die letzte Phase der Landnahme schon nicht mehr ausschließlich geprägt durch das Vordringen der Farmer und Siedler. Die 1862 verabschiedete Homestead Bill, die gegen eine Anerkennungsgebühr von 10 Dollar jedem erwachsenen Bürger Land zum Besiedeln in der Größe von 65 Hektar versprach, konnte bis 1890 insgesamt nur von 1 Mio. Farmern in Anspruch genommen werden.

Das noch nicht von Weißen besiedelte Land wurde vor allem den großen Viehzüchtern und den Eisenbahngesellschaften übereignet, die zum Kern der sich herausbildenden großen Trusts wurden. 1862 wurde der Bau der ersten transkontinentalen Eisenbahn beschlossen, gleichzeitig verabschiedete der Kongreß ein Gesetz zur Unterstützung des Eisenbahnbaus, das den Eisenbahngesellschaften Land, Holz und großzügige Darlehen zusicherte. 20 Meilen links und rechts des Schienenstrangs, insgesamt 60 Mio. Hektar Land, bekamen die Baugesellschaften von den Bundesbehörden zugesprochen. Die Eisenbahngesellschaften wurden zu den größten Grundbesitzern. 1869 war der Bau der ersten transkontinentalen Eisenbahn mit dem Zusammentreffen der Union Pacific und der Central Pacific in Utah abgeschlossen. Bis 1893 waren es bereits fünf transkontinentale Linien. Von 1860 an verdoppelte sich das Eisenbahnnetz nahezu alle 10 Jahre und umfaßte 1900 ca. 200000 Meilen.

Die Entwicklung des Eisenbahnbaus beschleunigte die restliche Erschließung des nordamerikanischen Kontinentes. Vor allem machte sie die Erschließung auch nicht mehr abhängig von dem Vordringen der Siedler und Farmer, die in der ersten Phase die Triebkräfte der Landnahme waren, sondern ermöglichte die direkte Inbesitznahme durch die kapitalistischen Konzerne. Marx beschreibt im „Kapital" diese veränderte Situation nach dem Bürgerkrieg, auf deren Grundlage sich bis zur Jahrhundertwende die USA zur mächtigsten Nation herausbildete: „Einerseits läßt der ungeheure und kontinuierliche Menschenstrom, jahraus, jahrein nach Amerika getrieben, stockende Niederschläge im Osten der Vereinigten Staaten zurück, indem die Emigrationswelle von Europa die Menschen rascher dorthin auf den Arbeitsmarkt wirft, als die Emigrationswelle nach dem Westen sie abspülen kann. Andererseits hat der Amerikanische Bürgerkrieg eine kolossale Nationalschuld in seinem Gefolge gehabt und mit ihr Steuerdruck, Erzeugung der allergemeinsten Finanzaristokratie, Verschenkung eines ungeheuren Teils der öffentlichen Ländereien an Spekulanten – Gesellschaften zur Ausbeutung von Eisenbahnen, Bergwerken etc. – kurz die rascheste Zentralisation des Kapitals."

Verdoppelte sich zwischen 1860 und 1900 die Anzahl der Farmer auf 5,7 Mio., so stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeiter in der Industrie von 3,3 Mio auf 14,5 Mio. Die USA wurden zu einem Land, in dem die industrielle Produktion innerhalb weniger Jahre die landwirtschaftliche überflügelte. 1860 waren sie im Wert ihrer Produktion noch gleich, 1880 lag der Wert der Industrieproduktion schon doppelt so hoch, 1900 übertraf er den der Landwirtschaft um das Dreifache.

Industrielle Produktion
(in 1000 t)

	1860	1880	1890
Eisenerz	2873	7120	27300
Stahl	19	1247	10188
Schienen	413	1305	2386
Schiffbau	215	157	394
Eisenbahnmeilen (in 1000)	30	93	193

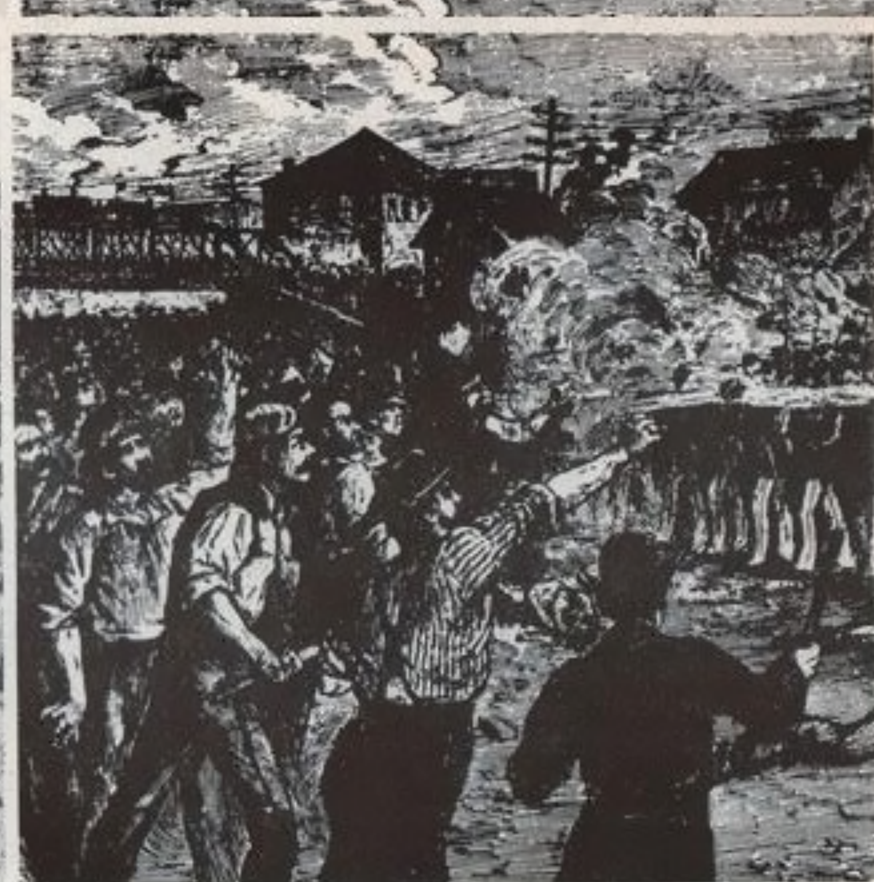
Mit Siebenmeilenstiefeln hatte die industrielle Entwicklung der USA den Vorsprung der alten europäischen Mächte aufgeholt und auch bald überholt. Aus der ehemaligen englischen Kolonie, die sich etwa 100 Jahre vorher im Unabhängigkeitskrieg aus der Kolonialherrschaft befreit hatte, war ein mächtiger Konkurrent auf dem Weltmarkt geworden, der 1870 schon einen größeren Anteil an der Weltindustrieproduktion als Deutschland und Frankreich zusammen und der 1880 Großbritannien ein- und 10 Jahre später bei weitem überholt hatte.

Weltindustrieproduktion
(Anteile in Prozent)

	USA	GB	D	F
1860	17	36	16	12
1870	23	32	13	10
1880	28	28	13	9
1890	31	22	14	8
1900	31	18	16	7

„Es gab zwei Umstände, die viele Jahre verhinderten, daß die unvermeidlichen Konsequenzen des kapitalisti-





Treffen der beiden Eisenbahnlinien zur ersten transkontinentalen Eisenbahn 1869 / Streikkämpfe in Chicago 1877

Dokumente aus den Anfängen der amerikanischen Arbeiterbewegung

Prinzipienerklärung und Programm des Amerikanischen Arbeiterbundes, 11. Oktober 1853

... Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind nicht mehr dieselben wie bei der Gründung der Republik, die Einführung und Entwicklung der großen Industrie hat eine neue Revolution hervorgebracht, die alten Klassen aufgelöst und insbesondere die unsere, die Klasse der besitzlosen Arbeiter, erst geschaffen. Auf andere Verhältnisse passen andere Institutionen. Solange die Industrie nur dem Kapital dient, muß sich unsere Stellung notwendig mit jedem Tag verschlechtern. Nicht genug, daß neu erfundene und verbesserte Maschinen den Dienst unserer Hände auf immer weniger und einfachere Arbeiten beschränken – ein Vorgang, der in einer gut eingerichteten Gesellschaft zu unserem Vorteil statt zu unserem Nachteil ausfallen sollte – sie führen uns auch aus den andern Klassen der Gesellschaft stets neue Rekruten zu und zwingen die Schwachen, die Weiber und Kinder, die Stelle der Starken einzunehmen. Je überfüllter der Arbeitsmarkt. desto schlechter der Arbeitslohn, denn die Not zwingt uns, uns untereinander Konkurrenz zu machen. Unsere Lage verschlechtert sich in demselben Grade, wie die Produktionsfähigkeit der Gesellschaft sich verbessert; je größer der Anteil werden müßte, der von den allgemeinen Produkten auf uns fiele, wenn die Vorteile einer verbesserten Produktion der ganzen Gesellschaft statt einer kleinen Minorität zugute kämen, desto kleiner wird er in Wirklichkeit. Sollen wir uns ewig ausbeuten und in den Staub treten lassen von einem Häuflein Kapitalisten, wir, die wir die große Majorität in allen zivilisierten Nationen bilden? Wollen wir es immer mit ruhigem Gleichmut ansehen, wie unsere Kinder einem Leben ohne Genuß, voll Not und Drangsal entgegengehen, einem Lose noch schlimmer als das unsere, während es in unserer Hand liegt, den Gang der Dinge zu ändern? ...

Der Amerikanische Arbeiterbund verlangt:

1. Die sofortige Neutralisation jedes Einwanderers, der seine Absicht, Bürger der Vereinigten Staaten werden zu wollen, in gesetzlicher Form erklärt hat, und wird jede Maßregel unterstützen, welche ihn diesem Ziel näher bringt.

2. Er verlangt, daß sämtliche die Arbeiter berührenden Gesetze durch den Föderalkongreß statt durch die einzelnen Legislaturen erlassen werden, denn das Interesse der Arbeiter ist überall dasselbe, in New York wie in Missouri und Kalifornien, in Massachusetts wie in Carolina.

3. Aufhebung sämtlicher Gerichtstaxen, um jedermann die Möglichkeit zu gewähren, seine Rechte erlangen zu können; da aber der größte Nachteil für den Besitzlosen darin liegt, daß sich sein geldstolzer Gegner die besten Advokaten des Landes erkaufen kann, so muß der Arbeiterbund auf Stellung der Advokaten für beide Parteien durch den Staat bestehen, und zwar in genügender Anzahl, um beiden die mögliche Wahlfreiheit zu gestatten.

4. Beseitigung sämtlicher die Arbeiter benachteiligenden Gesetze und Schutz gegen die Anwendung veralteter und längst beseitigter durch Erlassung strenger Disziplinargesetze gegen die ausführenden Beamten.

5. Beseitigung aller Gesetze, welche den Arbeiter in dem Genuß seiner Freiheit beeinträchtigen, wie zum Beispiel Sonntagsgesetze, Gesetze zur Mäßigung und dergleichen.

6. Priorität der Arbeiter bei ausbrechenden Konkursen und im Falle einer Zahlungsverweigerung das Recht der Beschlagnahme auf die von ihnen geleistete Arbeit für den Betrag ihrer Forderung.

7. Beschränkung der Arbeitszeit auf mindestens 10 Stunden.

8. Ausschluß aller Kinder bis zum zurückgelegten fünfzehnten Jahre von jeder gewerblichen Tätigkeit und Einführung eines Schulzwanges mit verbessertem Unterricht für dieselben. Sorge des Staates für den Unterricht derselben, wo die Mittel der Familie nicht ausreichen.

9. Errichtung von höheren Bildungsanstalten mit unentgeltlichem Unterricht für alle.

10. Aneignung und Verwaltung aller für das allgemeine Beste bestehenden und zu errichtenden Anstalten durch den Staat.

11. Unveräußerlichkeit der Staatsländereien; Bildung von Assoziationen durch den Staat zur Bebauung derselben im Interesse des Staates.

Resolution der Maschinenbauer- und Schmiedegewerkschaft, Boston 1863

Wir stellen fest, daß von Osten bis Westen, von Norden bis Süden die wichtigsten Wandlungen der Lage für uns Arbeiter, deren Bedeutung wir alles andere unterordnen, eine permanente Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden bringt.

Wir stellen fest, daß eine Verkürzung der Stunden gleich einer Steigerung der Löhne ist.

(Kuczinski, J.: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.29, Berlin 1966, S.235)

Resolution der National Labor Union, 20. August 1866

Die bisherige Geschichte und Gesetzgebung haben bewiesen, daß keinerlei Vertrauen in die Versprechungen der bestehenden politischen Parteien gesetzt werden kann, soweit es die Interessen des Proletariats betrifft. Der Zeitpunkt ist gekommen, da sich die Arbeiter der Vereinigten Staaten von den Parteibindungen und Neigungen lösen und sich in einer Nationalen Arbeiterpartei organisieren sollten, die es sich zum Ziel setzen soll, die Verab-

schen Systems in Amerika voll ans Tageslicht kamen. Diese bestanden in dem leichten Erwerb von billigem Land und in der starken Einwanderung. Sie erlaubten es lange Zeit der großen Masse der einheimischen amerikanischen Bevölkerung, sich in jüngeren Jahren von der Lohnarbeit ‚zurückzuziehen' und Farmer, Händler oder Arbeitgeber zu werden, während die harte Lohnarbeit, die Stellung eines lebenslänglichen Proletariers, hauptsächlich den Einwanderern verblieb. Doch Amerika ist diesem Jugendstand entwachsen. Die unendlichen Urwälder sind verschwunden und die noch unendlicheren Prärien gehen rascher und rascher aus den Händen des Staates und der Staaten in die von Privateigentümern. Das große Sicherheitsventil gegen die Bildung einer permanenten proletarischen Klasse hat – praktisch genommen – zu wirken aufgehört ... Die Tendenz des kapitalistischen Systems, die Gesellschaft endgültig in zwei Klassen zu spalten, mit einigen wenigen Millionären auf der einen und der großen Masse der bloßen Lohnarbeiter auf der andern Seite, diese Tendenz wirkt, obwohl sich ihr ständig andere soziale Kräfte hemmend entgegenstellen, nirgends mit größerer Macht als in Amerika ... Demgemäß hat sich in Amerika die Bewegung der Arbeiterklasse mit wahrhaft amerikanischer Energie in Marsch gesetzt, und da sich auf der anderen Seite des Atlantik die Dinge mit zumindest der doppelten Geschwindigkeit entwickeln als in Europa, können wir es noch erleben, daß Amerika auch in dieser Beziehung die Führung an sich reißt." (Engels)

Obwohl Ende der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts erst lokale Gewerkschaftsorganisationen einzelner Berufe entstanden und sich 1833 in New York der erste zentrale Gewerkschaftsrat gegründet hatte, liegen die Ursprünge der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung erst in den 60er Jahren. Die meisten lokalen Gewerkschaftsorganisationen und lokalen Parteigründungen der Arbeiterklasse in den 20er und 30er Jahren lösten sich wieder auf, vor allem während der ersten großen Wirtschaftskrise 1837. Nach dem Ende des Bürgerkriegs führte die amerikanische Arbeiterklasse den Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden. Die Niederlage des Sklavenhaltersystems hatte die Arbeiterklasse gestärkt und „aus dem Tod der Sklaverei entsproß sofort ein neu verjüngtes Leben", schrieb Karl Marx im „Kapital", „die erste Frucht des Bürgerkriegs war die Achtstundenagitation, mit den Siebenmeilenstiefeln der Lokomotive vom Atlantischen Ozean ausschreitend, von Neuengland bis nach Kalifornien." 1866 wurde die National Labor Union gegründet, um den Kampf für den Achtstundentag zusammenzufassen. 1869 gründete sich die Organisation der Knights of Labor (Ritter der Arbeit), und 1876 die Socialist Labor Party (Sozialistische Arbeiterpartei), wesentlich beeinflußt von den Mitgliedern der I. Internationalen, als nationale Organisationen der Arbeiterklasse. In allen größeren Städten bildeten sich Gewerkschaftsorganisationen der einzelnen Industriebereiche und Berufe wie lokale politische Organisationen der Arbeiterklasse heraus.

Nachdem in der großen Krise von 1873 es schon im ganzen Land zu breiten und heftigen Streikkämpfen gegen Lohnkürzungen und Entlassungen gekommen war, war das Jahr 1877 der erste Höhepunkt der großen Kämpfe der Arbeiterklasse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Ausgehend vom Streik der Eisenbahnarbeiter gegen eine weitere 10%ige Lohnsenkung breitete sich der Streik über große Teile der Vereinigten Staaten aus. In einzelnen großen Städten wurde der Generalstreik ausgerufen, und die kämpfenden Arbeiter hielten ganze Städte besetzt. Erstmals gelang es den Privatarmeen, Staatsmilizen und angeheuerten Pinkertontruppen nicht mehr, diese Kämpfe niederzuschießen wie in den Streiks zuvor. Die Arbeiter waren ebenfalls bewaffnet und lieferten sich schwere Kämpfe, die auf beiden Seiten mehrere Todesopfer forderten. Erstmals wurden Bundestruppen gegen streikende Arbeiter eingesetzt. Erst den Regierungstruppen gelang es, den Streik buchstäblich zusammenzuschießen. Über 100 Arbeiter wurden dabei ermordet, und Präsident Hayhs konnte berichten: „Wir haben den Streik mit Gewalt zertrümmert." In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu schweren, oft nationalen Streiks in einzelnen Branchen, die mit erbitterter Gewalt von der Regierung bekämpft wurden. Der Einsatz des Militärs wurde bei den größeren Streiks zur Regel, da Milizen und Privatarmeen der Kapitalisten die Kämpfe nicht niederhalten konnten. Die Arbeiter waren selbst bewaffnet und setzten sich zur Wehr. Im Kampf um den Achtstundentag, gegen ständige Lohnkürzungen, Entlassungen und die Übergriffe der bewaffneten Staatsmacht bildeten sich die Organisationen der amerikanischen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts heraus.

Die Kämpfe waren militant, aber brachen häufig auch schnell wieder auseinander; in vielen Branchen waren die Streiks noch nach einzelnen Berufsgruppen zersplittert geführt worden; es existierte eine Spaltung zwischen den amerikanischen Facharbeitern und den Einwanderern, die meist in den niedriger bezahlten Berufen Arbeit fanden, zwischen schwarzen und weißen Arbeitern, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen (seit 1870 lag die Zahl der Arbeitslosen zwischen 7 – 10%). Nur schwer, und teilweise auch durch schwere Niederlagen hindurch, hatte die amerikanische Arbeiterbewegung die Spaltungen der Arbeiterklasse, die durch die rasche Entwicklung des Kapitalismus besonders drastisch waren, überwinden können.

Vom Ende des Bürgerkriegs bis zur Jahrhundertwende hatte sich in den USA der Kapitalismus mit Riesenschritten entwickelt. Diese Entwicklung vollzog sich auf der Basis einer frühen Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Die Imperien der Vanderbilts, Morgans und Rockefellers entstanden und monopolisierten ganze Industriezweige. Herausbildung des Finanzkapitals und Beherrschung des Staatsapparates kennzeichneten die Entwicklung. Der Kapitalismus in den USA wurde mit seiner Entfaltung zum Imperialismus. Brutalste Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen im Innern und imperialistische Expansion rückten die USA wenige Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs an die erste Stelle der imperialistischen Räuber.

Über Kuba sichern die USA ihre Herrschaft über die Karibik

z.rua. Kuba ist die größte Insel der Karibik und liegt nur 90 Meilen von der Küste Floridas entfernt. Von Kuba aus können die Zufahrtswege in den Golf von Mexiko beherrscht werden; nach Bau des Panama-Kanals verlaufen die Hauptrouten zwischen Atlantik und Pazifik über kubanische Gewässer. Kuba wurde 1511 von der spanischen Kriegsflotte erobert und als Stützpunkt für die Expansion nach Südamerika ausgebaut.

Am 23.7.1847 schrieb die „New York Sun": „Kuba muß uns gehören! Wir wollen seine Häfen für unsere Schiffe, die von und nach Mexiko fahren, ... wegen seiner Produkte und des Handels, und als den Großen Schlüssel zum Golf von Mexiko. Gebt uns Kuba, und unsere Besitztümer sind vollkommen!" 1848 bot die US-Bourgeoisie Spanien 100 Mio. $ für den Kauf Kubas. Der spanische Außenminister antwortete: „Wir würden es eher vorziehen, die Insel im Ozean versinken zu sehen, als sie an irgendeine Macht zu übergeben!"

Fortan versuchte die US-Bourgeoisie, über direkte Interventionen die Herrschaft über Kuba zu erlangen. Drei Invasionen wurden 1848, 1850 und 1851 gestartet, die aber scheiterten, weil sich die kubanischen Volksmassen den US-Truppen nicht anschlossen. Sie wollten nicht die Ersetzung der einen Kolonialmacht durch die andere. 1868 formierten die Sklaven der größten Zuckerplantage die erste Rebellenarmee und begannen den Unabhängigkeitskrieg. Obwohl offiziell neutral, belieferten die USA die Aufständischen mit Waffen, um sich Einfluß zu verschaffen. Die von den Aufständischen proklamierte Unabhängigkeit und ihre Regierung erkannten sie nicht an. Stattdessen schlugen sie Spanien 1869 vor, Kuba gegen Zahlung einer Garantie von 150 Mio. $ seitens der USA in die Unabhängigkeit zu entlassen. Spanien lehnte ab. Nach zehnjährigem Befreiungskrieg mußte Spanien Kuba 1878 einen autonomen Status einräumen. Bis Mitte der 90er Jahre brachte die US-Bourgeoisie die vom Verkauf von Zucker und Tabak abhängige Wirtschaft Kubas fast völlig unter ihre Kontrolle.

Im Februar 1895 nahmen die kubanischen Volksmassen erneut den Unabhängigkeitskrieg auf. Im Januar 1898 sandten die USA den Kreuzer „Maine" in den Hafen Havannas, um ihre Interventionsbereitschaft zu demonstrieren. Am 15.2. wurde er in die Luft gesprengt. Im Gefolge diktierten die USA Spanien die Bedingungen für die Aufgabe Kubas. Spanien stimmte zu, um einen Krieg zu vermeiden. Dennoch sprach sich der US-Kongreß am 18.4. für die Entsendung von Truppen nach Kuba aus. Am 24.4. erklärte Spanien den USA daraufhin den Krieg. Zermürbt von den Kämpfen der Volksmassen in den Kolonien und den Schlachten mit den USA um die Philippinen kapitulierte Spanien am 16.7. US-Truppen besetzten Kuba. Gesetze wurden erlassen, die Kuba fest an die USA banden. Durch den anhaltenden Unabhängigkeitskampf der Volksmassen wurden die USA zum Abzug gezwungen. In der 1901 in Kraft gesetzten Unabhängigkeitsverfassung sicherten sie sich das Recht auf jederzeitige Intervention und Nutzung von Militärstützpunkten; u.a. des Hafens Guántanamo, der den US-Imperialisten noch heute als Basis in der Karibik dient.



Explosion der „Maine" am 15. Februar 1898 im Hafen von Havanna

„Hinter den Philippinen liegen Chinas unbegrenzte Märkte"

z.gkr. Am 1. Mai 1898 meldete der Admiral des asiatischen Geschwaders der USA, daß seine Flotte die spanische Flotte in der Bucht von Manila auf den Philippinen vernichtend geschlagen hätte. Es war dies das Zeichen, daß auch auf den Philippinen die untergehende Kolonialmacht Spanien durch die aufsteigende Kolonialmacht USA ersetzt wurde. Das Terrain hatten die US-Imperialisten schon vorher durch Spaltung der Aufständischen gegen das spanische Joch vorzubereiten versucht. Sie setzten auf den bürgerlichen Flügel der Unabhängigkeitsbewegung, die seit 1896 den bewaffneten Kampf führte, und versprachen Unterstützung, auch militärische. Als dann im Mai 1898 die aufständischen Truppen gegen die Kolonialherren antraten, waren schon 12000 Mann US-Truppen „zur Unterstützung" gelandet. Nach dem Sieg über Spanien kauften die US-Imperialisten die Philippinen den früheren Kolonialherren für 20 Mio. Dollar ab, offiziell, um sie in die Unabhängigkeit zu entlassen. In die Unabhängigkeitserklärung der ersten philippinischen Republik ließen sie allerdings gleich aufnehmen, die Unabhängigkeit „stehe unter dem Schutz der allmächtigen und humanen nordamerikanischen Nation". Zur endgültigen Unterwerfung wurde am 4. Februar 1899 das Feuer auf die revolutionären philippinischen Streitkräfte eröffnet. Erst nach jahrelangem heldenhaften Widerstand des philippinischen Volkes, bei dem 600000 Filipinos fielen, gelang es 1901 den US-Imperialisten, ihr neues Kolonialregime zu errichten.

Die Interessen der US-Bourgeoisie formulierte 1900 ein US-Senator: „Hinter den Philippinen liegen Chinas unbegrenzte Märkte ... Daher muß der Löwenanteil unseres Handels mit Asien abgewickelt werden. Der Pazifik ist unser Ozean. China ist unser natürlicher Kunde." Schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts hatten die USA mit China Handel von allerdings geringer Bedeutung betrieben. Als die übrigen imperialistischen Mächte gegen Ende des 19. Jahrhunderts China unter sich aufteilten, fehlte dem US-Imperialismus hierfür noch die Ausgangsbasis. Nachdem allerdings 1898 Hawaii endgültig annektiert worden war und dann mit den Philippinen eine Verbindungslinie von den USA nach Asien geschlagen war, fühlten sich die US-Imperialisten im Pazifik gerüstet für ihr Vordringen vor allem auf den chinesischen Markt. Die Politik der „offenen Tür" sollte dies ermöglichen, ohne sofortige militärische Auseinandersetzungen mit den imperialistischen Konkurrenten. Zur Niederschlagung des Boxeraufstandes, gegen die chinesischen Volksmassen, wurden sofort 2500 Mann von den Philippinen aus nach Peking entsandt. Wesentlicher Konkurrent um die Vorherrschaft im gesamten pazifischen Raum allerdings blieb noch Japan. Ihm gegenüber hatten sich die Positionen der US-Imperialisten mit der Besetzung der Philippinen wesentlich verbessert.



Schon 1854, als die USA auch erstmals mit Truppen in China eingriffen, verhandelte Perry über die Öffnung japanischer Häfen für US-Schiffe

schiedung eines Gesetzes durch den nationalen Kongreß und die Legislaturen der Bundesstaaten zu erwirken, das den gesetzlichen Arbeitstag auf acht Stunden festlegt, und Männer zu wählen, die sich dazu verpflichten, die Interessen des Proletariats wahrzunehmen und zu vertreten.

Proklamation des letzten Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation, 15. Juli 1876

Genossen, Arbeiter!

Der internationale Kongreß in Philadelphia hat den Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation aufgehoben; das äußere Band der Organisation besteht nicht mehr.

,Die Internationale ist tot!' wird die Bourgeoisie aller Länder von neuem ausrufen und wird voll Spott und Freude auf die Verhandlungen dieses Kongresses als dokumentarischen Beweis für die Niederlage der Arbeiterbewegung der Welt hinweisen. Lassen wir uns durch das Geschrei unserer Feinde nicht einschüchtern! Wir haben die Organisation der Internationalen aufgegeben aus Gründen, die in der gegenwärtigen politischen Situation Europas liegen. Einen Ersatz für sie haben wir aber darin, daß die Grundsätze der Organisation von den fortschrittlichen Arbeitern der ganzen zivilisierten Welt anerkannt und verfochten werden. Geben wir unseren Mitarbeitern in Europa ein wenig Zeit, ihre internationalen Angelegenheiten zu verbessern; sie werden sicherlich bald in der Lage sein, die Schranken zwischen sich und den Arbeitern der anderen Welt niederzureißen.

Genossen! Mit herzlicher Liebe habt ihr die Grundsätze der Internationalen angenommen, ihr werdet die Mittel finden, den Kreis ihrer Anhänger auch ohne eine Organisation zu erweitern. Ihr werdet neue Kämpfer gewinnen, die für die Verwirklichung der Ziele unserer Assoziation arbeiten werden. Die Genossen in Amerika versprechen euch, daß sie das, was die Internationale in diesem Land geschaffen hat, getreulich hüten und pflegen wollen, bis günstigere Verhältnisse die Arbeiter aller Länder wieder zu gemeinsamem Kampfe zusammenführen werden und von neuem, lauter als je, der Ruf erschallen wird:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

(soweit nicht anders angegeben, zit. n.: Anspruch und Wirklichkeit. Zweihundert Jahre Kampf um Demokratie in den USA: Dokumente und Aussagen, hrsg. von Eberhard Brüning, Berlin 1976)

Die USA setzen sich in Panama fest und verdrängen den englischen Konkurrenten

z.doj. Mit der beginnenden Industrialisierung und Ausdehnung ihrer Märkte suchten die US-Kapitalisten nach kürzeren Handelswegen auf dem Wasser zwischen der West- und Ostküste Nordamerikas wie auch nach billigen Absatzmärkten auf den anderen Kontinenten. Schon die spanischen und dann die englischen Kolonialisten hatte an Panama v.a. die Erschließung eines Durchfahrtsweges interessiert. Der Hauptkonkurrent der USA im mittelamerikanischen Raum, England, war den USA auf See militärisch überlegen. Um sich den Rücken frei zu halten und Zeit für den Aufbau ihrer Kriegsflotte zu gewinnen, erklärten die USA 1850 ihre Zusammenarbeit mit England beim Bau eines Kanalprojektes. 1855 hatten sie den Bau einer US-eigenen Eisenbahn durch Panama erzwungen. Das panamesische Volk, das seit 1821 gegen die Unterwerfung durch Kolumbien kämpfte, leistete auch den eindringenden USA Widerstand. Immer wieder organisierten Aufstände und besetzte 1884 die US-Transit-Eisenbahnstrecke. Die USA sandten mehrere Kriegsschiffe und ließen die Aufstände blutig niederschlagen. Die Züge konnten nur noch schwer bewaffnet durch das Land gefahren werden. 1901 sicherten sich die USA gegen den britischen Konkurrenten mit einem Vertrag ab, der ihnen den Bau und die Kontrolle des Panamakanals sicherte. Von den französischen Kolonialisten, die inzwischen mit dem Kanalbau begonnen hatten, ihn aber nicht fertigstellen konnten, kauften sie die Pläne ab. Als Kolumbien, das Panama immer noch besetzt hielt, sich weigerte, den USA in einem Vertrag den Kanalbau zu gestatten, setzten die USA, gestützt auf die weiße Kompradorenbourgeoisie Panamas, die Lostrennung Panamas von Kolumbien, um Panama einen Vertrag aufzuzwingen. Panama mußte ihnen alle Rechte für die Besetzung einer Kanalzone und den Bau des Kanals sichern. Sie schlugen die panamesische Armee nieder und verboten ihren Wiederaufbau. Ab 1914 verfügten die USA über den fertiggestellten Panamakanal.





Bau des Panamakanals – Aufstand in Panama 1964: Die Massen durchbrechen die Kanalzone. US-Einheiten schlagen sie zurück, erschießen 24 Panamesen.

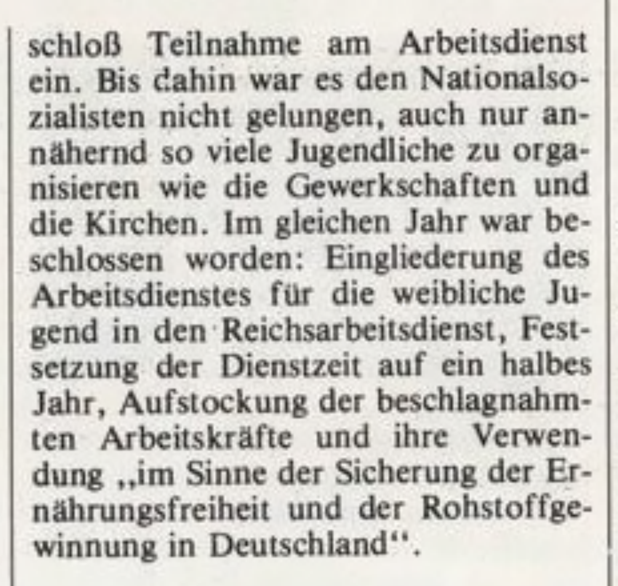
Bildungsziele im Nationalsozialismus

Hart wie Kruppstahl – brauchbar wie Vieh

z.anl. Am 1. Dezember 1936 beschloß die Reichsregierung das „Gesetz über die Hitlerjugend". Der §2 lautete: „Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen." Der §3 regelte die Erhebung Baldur von Schirachs zum „Jugendführer des Deutschen Reiches' und damit dessen Stellung als Oberste Reichsbehörde.

Das Gesetz diente der Einschränkung des Einflusses von Lehrern und Eltern, die sich den von Hitler postulierten Bildungszielen widersetzten, wie er sie z.B. dem Danziger Oberbürgermeister Rauschning darlegte: „In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird ... Das freie herrliche Raubtier muß erst wieder aus ihren Augen blitzen ... Ich will eine athletische Jugend ... Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend." Raubtier gegenüber anderen Völkern, Arbeitsvieh im eigenen Land, das war die Perspektive.

Das Gesetz diente der Sicherung der Zwangsarbeit, denn Mitgliedschaft im Jungvolk, in der HJ und im BDM



schloß Teilnahme am Arbeitsdienst ein. Bis dahin war es den Nationalsozialisten nicht gelungen, auch nur annähernd so viele Jugendliche zu organisieren wie die Gewerkschaften und die Kirchen. Im gleichen Jahr war beschlossen worden: Eingliederung des Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend in den Reichsarbeitsdienst, Festsetzung der Dienstzeit auf ein halbes Jahr, Aufstockung der beschlagnahmten Arbeitskräfte und ihre Verwendung „im Sinne der Sicherung der Ernährungsfreiheit und der Rohstoffgewinnung in Deutschland".



Ein HJ-Führer weiht eine Gefolgschaftsfahne mit der Blutfahne

Die Organisierung der Hitlerjugend mit Hilfe von Befehl und Gehorsam von oben nach unten und mit tausend Vorschriften über die Form der Kleidung, der Zelte, der Wimpel usw. war das Hauptmittel, um den Wunsch der Jugend nach Freiheit und Selbständigkeit zu ersticken und sie auf ihre Verwendung als Kanonenfutter abzurichten. Trotz Verfolgung und Zerschlagung aller übrigen Jugendverbände bildete sie bis in den Krieg hinein immer neue Gruppen aus, die entweder nicht dazu gebracht werden konnten, in die HJ einzutreten, oder den Versuch unternahmen, innerhalb der HJ die Ziele der Nationalsozialisten zu bekämpfen.

Einheitsschule bis Inspektions- und Kontrollrecht der

SPD: Das Auslesenetz wird weiter gespannt – Gesamtschule ist Eckstein

z.bep. Die Gesamtschule ist immer noch der Eckstein des Schulprogramms der SPD. Im Entwurf für ein Bundeswahlprogramm verlangt sie: „Die Gesamtschule ist als gleichwertiges Angebot überall dort einzurichten, wo die Eltern es wollen. (...) Wir brauchen mehr Ganztagsschulen, damit vor allem die Kinder berufstätiger Mütter besser gefördert werden." Eigentlich ist es erstaunlich, denn bekanntlich ist der Glanz dieser Schulreform doch schon etwas verblichen. Im März 1978 konnte die CDU in NRW immerhin 3,6 Millionen für ein Volksbegehren gegen die Einführung der „kooperativen Schule" mobilisieren – knapp 30% aller Wahlberechtigten. Die Spaltung verlief weitgehend nach Klassengrenzen: Der CDU gelang die Mobilisierung am wenigsten in Gebieten mit hohem Arbeiteranteil und starker Gewerkschaftsbewegung.

Die Unterstützung für die Gesamtschule versteht, wer den Haß gegen das „Bildungsprivileg", das „Gymnasium" und die Zustände in den Hauptschulen kennt. Im „dreigliedrigen Schulsystem" war (und ist im wesentlichen noch heute) der Auslesemechanismus so brutal wie einfach. Nach dem 4. Schuljahr (heute teilweise nach dem 5. oder 6.) fiel die Entscheidung, wer für die höhere Bildung taugte und wer nicht. Die soziale Grundlage dieser Auslese ist allgemein bekannt und durchsichtig. Wer nicht aus einem „besseren Elternhaus" stammte und dennoch aufs Gymnasium geschickt wurde – für den begann eine qualvolle Laufbahn, wo ihm auf Schritt und Tritt mit allen pädagogischen Gemeinheiten beigebracht wurde, daß, wer nach Höhrem strebt, ohne dazu geboren zu sein, sich erst als würdig erweisen muß. Die Eltern wurden auf den „Sprechtagen" gleichermaßen unter Druck gesetzt. Der wachsende Zustrom auf die Gymnasien in den 70er Jahren hat diese Erscheinungen vielleicht gemildert, aber kaum beseitigt.

Die Gesamtschule hat demgegenüber einige fortschrittliche Formen. Man bleibt zumeist mit den Klassenkameraden aus der Grundschule und den Freunden aus der Nachbarschaft zusammen, jedenfalls in der gleichen Schule. Teile des Unterrichts, jedenfalls in den unteren und mittleren Stufen, sind tatsächlich einheitlich. Eine gewisse Größe der Schulzentren ist objektiv Voraussetzung für eine Vielfalt der Ausstattung und der Unterrichtsmöglichkeiten (womit über die je passende Größe noch nichts gesagt ist). Selbst Elemente einer polytechnischen Bildung gibt es, wie verdreht und verkrüppelt immer. Die Ganztagsschule, die im SPD-Programm vorsichtig versprochen wird, ist unbedingt notwendig.

Die staatliche Kontrolle über das Schulwesen verwandelt diese Elemente der Vergesellschaftung in Mittel der Unterdrückung. Ein eigener bürokratischer Apparat zur Aufsicht über Lehrer und Schüler wird in den Gesamtschulen installiert. Die Entscheidung über den Schulabschluß wird über Jahre gestreckt. Die Schüler werden über diese Jahre hinweg die Tretmühle der Kurse und Leistungsbewertungen auf und ab gejagt. Immer noch ist für die Kinder der höheren Schichten der Aufstieg relativ sicher, zur Not mithilfe des Nachhilfelehrers. Daß allerdings auch diese Schichten die Konkurrenz rauher zu spüren bekommen als am Gymnasium, das ihnen auf den Leib geschneidert war, ist ein Ansatzpunkt der Spaltung. Mehr Schüler als früher bekommen einen höheren Schulabschluß, aber für die Mehrheit steht noch immer der Hauptschulabschluß oder weniger am Ende, und ihre Lage ist schlechter als früher. Schafft einer nach der Grundschule das Gymnasium nicht oder will auch gar nicht hin, dann ist das als Klassenschicksal verstehbar. Kommt er aber mit dem Hauptschulabschluß aus den C-Kursen der Gesamtschule, ist er auf jeden Fall selber schuld und fürs Erste abgestempelt.

Die SPD will die Gesamtschule als „Angebotsschule". D.h.: Das Gymnasium soll bleiben, wo genügend Eltern dafür stimmen, soll die Gesamtschule dazu kommen. Die Finanzmittel werden also weiterhin in die höhere Bildung und in die Gesamtschulen fließen, die Hauptschulen werden weiter abfallen. Die Unterstützung für die Gesamtschulreform entspringt aber gerade aus dem Interesse an einheitlicher Bildung. Also muß man als Schritt hin zur Einheitsschule die Stärkung aller Elemente einer einheitlichen Ausbildung verlangen: Stärkung der Grundbildung, ob in Hauptschulen oder Gesamtschulen, Abschaffung des Auslesesystems, einheitlichen Schulabschluß für alle, z.B. nach den 10 Schuljahren, die der DGB für alle Schüler fordert.

Die Gesamtschule hat demgegenüber einige fortschrittliche Formen. Man bleibt zumeist mit den Klassenkameraden aus der Grundschule und den Freunden aus der Nachbarschaft zusammen, jedenfalls in der gleichen Schule. Teile des Unterrichts, jedenfalls in den unteren und mittleren Stufen, sind tatsächlich einheitlich. Eine gewisse Größe der Schulzentren ist objektiv Voraussetzung für eine Vielfalt

Gesamtschulreform entspringt aber gerade aus dem Interesse an einheitlicher Bildung. Also muß man als Schritt hin zur Einheitsschule die Stärkung aller Elemente einer einheitlichen Ausbildung verlangen: Stärkung der Grundbildung, ob in Hauptschulen oder Gesamtschulen, Abschaffung des Auslesesystems, einheitlichen Schulabschluß für alle, z.B. nach den 10 Schuljahren, die der DGB für alle Schüler fordert.

Ära Adenauer: Familie und Kirche als Säulen der Erziehung

z.maf. Während der nationalsozialistischen Herrschaft des Monopolkapitals waren brutale Staatseingriffe in alle individuellen Rechte und Freiheiten aufgezwungene Norm. Jede Form der gesellschaftlichen Einflußnahme auf die Erziehung der Jugend, sei es durch das Schulwesen, sei es in der HJ (Hitlerjugend), wurde zum lebensgefährlichen Risiko, die Jugend wurde zur Bespitzelung der älteren Generation direkt abgerichtet. Der Angriff der nationalsozialistischen Herrschaft auf die Rechte der Familie, dessen Zweck die züchtermäßige Ökonomisierung der Reproduktion war, rief die Kirchen auf den Plan und schaffte Unmut in den kleinbürgerlich-konservativ denkenden Gesellschaftsklassen. Auf diese konservative Opposition gegen den Hitlerfaschismus konnte die CDU/CSU sich in ihrem Aufbauwerk stützen.

Ein sehr eigenartiges Gemenge wirtschaftlicher und ideologischer Faktoren wurde in den fünfziger Jahren, in denen die CDU/CSU ihre entscheidenden Triumphe feierte, wirksam. Die Arbeitslosigkeit ging – anscheinend mit langfristiger Perspektive – zurück. Die Freiheit des Lohnabhängigen, seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen, so er einen findet, gewann wachsende praktische Bedeutung. Dies bildete die wirtschaftliche Grundlage für den Eindruck dauernd zunehmender persönlicher Rechte und Freiheiten.

Die spontane Reaktion auf die Erfahrung der nationalsozialistischen Herrschaft des Monopolkapitals entstand und formte sich als starke Abneigung gegen alle Sorten Staatseingriffe in die persönliche Sphäre, insbesondere der Familie, aber auch der Kindererziehung und im Schulwesen. Im Schulwesen war der Kircheneinfluß breit.

Die Arbeiterbewegung hatte es unter diesen Bedingungen schwer, zu einer politisch wirksamen Kraft zu werden. Die Arbeiterklasse kann bloß durch Gebrauch ihrer kollektiven Rechte, und zwar im wesentlichen für kollektive Zwecke, zu einer führenden politischen Kraft werden. So blieb die Politik sowohl der KPD wie auch der SPD in Sachen Schulwesen derart kraftlos,
wesen war der Kircheneinfluß breit.

Die Arbeiterbewegung hatte es unter diesen Bedingungen schwer, zu einer politisch wirksamen Kraft zu werden. Die Arbeiterklasse kann bloß durch Gebrauch ihrer kollektiven Rechte, und zwar im wesentlichen für kollektive Zwecke, zu einer führenden politischen Kraft werden. So blieb die Politik sowohl der KPD wie auch der SPD in Sachen Schulwesen derart kraftlos, daß die Forderungen der Arbeiterbewegung die Regierung kaum zu einer Äußerung brachten, geschweige denn zum Handeln gezwungen hätten.

Eine Änderung trat ein, als die westdeutsche Kapitalistenklasse so viel Profitspeck angesetzt hatte, daß die stoffliche Seite der Kapitalakkumulation, die Verfahrensentwicklung und Forschung, zu einem unumgänglichen Bedürfnis an geeigneten Arbeitskräften führte und als gleichzeitig die sonnigen Zeiten der „Vollbeschäftigung" ihrem Ende zugingen.

CDU/CSU-Wahlprogramm 1953

„Allen Jugendlichen muß die Berufsausbildung und die Begründung einer wirtschaftlichen Existenz ermöglicht werden. Wir brauchen mehr Wohnheime für Lehrlinge; Grundausbildungslehrgänge müssen erheblich erweitert werden. Arbeitslosen Jugendlichen muß im Rahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung durch Einrichtung von Jugendgemeinschaftswerken der Weg zur wirtschaftlichen Sicherung eröffnet werden. Wir fordern ein Jugendarbeitsschutzgesetz und ein Berufsbildungsgesetz. (...) Der zersetzende Einfluß von Schmutz und Schund auf unsere Jugendlichen muß eingedämmt und durch

CDU/CSU-Wahlprogramm 1953

„Allen Jugendlichen muß die Berufsausbildung und die Begründung einer wirtschaftlichen Existenz ermöglicht werden. Wir brauchen mehr Wohnheime für Lehrlinge; Grundausbildungslehrgänge müssen erheblich erweitert werden. Arbeitslosen Jugendlichen muß im Rahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung durch Einrichtung von Jugendgemeinschaftswerken der Weg zur wirtschaftlichen Sicherung eröffnet werden. Wir fordern ein Jugendarbeitsschutzgesetz und ein Berufsbildungsgesetz. (...) Der zersetzende Einfluß von Schmutz und Schund auf unsere Jugendlichen muß eingedämmt und durch umfassende Förderung des guten Jugendschrifttums und Jugendfilms überwunden werden. Alle Bemühungen der Jugendverbände im Kampf gegen geistige und materielle Not unserer Jugend sind auf jede Weise zu fördern."

„Die Familie ist auf jede Weise zu fördern, sie hat ein Recht auf gesetzliche Sicherung eines ausreichenden Einkommens."

„Jedes einseitige Machtstreben von Interessengruppen lehnen wir ab, weil nur das Wohl des Ganzen Ziel der Politik sein darf. Interessenparteien sind Totengräber der staatlichen Ordnung."

„Unserem Volk droht die schwere Gefahr einer sozialen Verkümmerung der geistigen und künstlerischen Berufe, insbesondere des Nachwuchses. Dieser Gefahr müssen wir dadurch begegnen, daß wir die wirtschaftliche Stellung dieser Berufe festigen und stärken. Das gilt sowohl für Ärzte, Künstler und andere freie Berufe als auch für Hochschullehrer, Lehrer und den gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs."

Bildungsreform für imperialistische Expansion

z.jöd. Die Große Koalition rückt der Krise 66/67 zu Leibe. 1969 ist ökonomische Expansion das Ziel des westdeutschen Imperialismus. Ohne Änderung der Ausbildung der Arbeitskräfte ist Expansion nicht möglich. Müssen deshalb die Kosten auch steigen, fragen die Kapitalisten? In der Arbeiterklasse erheben sich Forderungen nach besserer Berufsausbildung zum Schutz des Verkaufs der Arbeitskraft. In dieser Situation werden W. Brandt die Regierungsgeschäfte übertragen. „Die Schule der Nation ist die Schule", erklärt Brandt in seiner Regierungserklärung. Dies war dann das Leitmotiv für eine billige Reform mit einer erheblichen Personalbewegung:

– „Die Schule der Nation' war weder die Armee noch die Familie, sondern die staatliche Schulgewalt mit Ausdehnung der Schulzeit.



Die Große Koalition leitete die Bildungsreform ein

– Noch mehr Frauen wurden in den Arbeitsprozeß gezogen.

– „Lebenslang lernen" verkündete die Bundesregierung. Damit war die kapitalistische Rationalisierung auch „bildungspolitisch" abgefedert.

– Durch die wachsende Ruinierung der Bauern wurden mehr Arbeitskräfte freigesetzt. Kanzler Brandt nutzte die Widersprüche: „Dabei gilt es insbesondere, das immer noch bestehende Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land abzubauen. Ich bin sicher, daß wir auf diese Weise beträchtliche Leistungsreserven unserer Gesellschaft mobilisieren ..."

– „Gleiche Chancen für alle" führte zur Einsaugung vieler tausender Studenten.

„Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt", erklärte Brandt. Die Bildungsreform hat durch die ungeheure Personalzusammenziehung bei den Hochschulen sogar zu einer relativen Senkung der Ausgaben pro Student geführt.

F.D.P.: Konkurrenz der Schulformen und Stärkung der Zentralgewalt

z.anl. „Gleichberechtigte Konkurrenz der Schulformen" fordert die F.D.P. im Entwurf ihres Wahlprogramms, das der außerordentliche Bundesparteitag am 7./8. Juni in Freiburg beraten und verabschieden soll. Sie beruft sich dabei auf die Demokratie. Der Elternwillen soll entscheiden, d.h. die Eltern sollen zwischen dreigliedrigem Schulsystem und Gesamtschule wählen können, die Freie Waldorfschule soll den Stachel zur Leistungssteigerung der anderen Schultypen, die von der Masse der Kinder besucht werden, abgeben. Gegen die „Beschlüsse in der undemokratischen ‚Grauzone' der Kultusministerkonferenz" sollen nicht die Eltern Rechte gegenüber den Schulträgern er-

z.wom. Alle bürgerlichen Parteien brüsten sich, daß der öffentliche Unterricht in der BRD unentgeltlich sei und daß es weitgehende Lernmittelfreiheit gäbe. Der Schulerfolg sei wesentlich von der „Begabung" des Kindes abhängig. Wie lächerlich und zugleich infam diese Behauptungen sind, zeigt die Erfassung der tatsächlichen Kosten, der Unterhaltskosten für das Schulkind, die von den Eltern getragen werden müssen, sowie der aus den öffentlichen Haushalten getragenen Unterrichtskosten.

Die Kosten für den Unterhalt sind beachtlich, wenn man berücksichtigt, daß der Schulunterricht auf häusliche Verhältnisse zugeschnitten ist, die dem Schüler Raum und Ruhe zur Vorbereitung lassen. Im vollschulpflichtigen Alter dürften so weit mehr als 400 DM an monatlichen Unterhaltskosten zusammenkommen. Für das berufsschulpflichtige Alter kann man den Aufwand auf etwa 800 DM ansetzen, wenn man sich an den Forderungen der Lehrlinge orientiert. Noch nicht mitgerechnet ist dabei die erforderliche häusliche Betreuung der Unterrichtsvorbereitungen, die gerade in Familien, in denen beide Elternteile arbeiten müssen, Unsummen kostet.

Das Schulschicksal hängt also wesentlich vom Familieneinkommen der Eltern ab. Daher ist jede Schulreform, die nicht die Ganztagsschule und die unentgeltliche Versorgung der Schüler mit Nahrung und Kleidung zum Ziel hat, Betrug. Geschieht in dieser Richtung nichts, werden „Begabungs-Forscher" stets feststellen, daß bei den Hauptschülern Hopfen und Malz verloren ist.

Die Aufschlüsselung der öffentli-

Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte pro Schüler / Studenten
(in jeweiligen Preisen)

	1956	1961	1970	1977
Grund-, Haupt-, Sonderschulen:	556	846	1 330	2 610
dar. Grundsch.				2 356
dar. Hauptsch.				2 412
dar. Sondersch.				6 103
Realschulen:	752	1 256	1 690	2 400
Gymnasien:	1 202	1 830	2 490	3 600
Berufl. Schulen:			950	1 950
dar. Berufssch.	263	768	591	(1 280)
dar. Berufsfachschulen	878	1 470	1 849	(3600)
Hochschulen:	5 292	7 318	10 310	11 750

Berufs- und Berufsfachschulausgaben für 1977 geschätzt. – Für Gesamtschulen sind aussagekräftige Pro-Kopf-Zahlen noch nicht vorhanden, weil die Baukosten zu hoch zu Buche schlagen. – Quellen: Bundesminister f. Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten '79; Stat. Bundesamt: Bildung in Zahlen 1979, Fachserien 11 und 14

zum 18. Lebensjahr! Betriebsräte und Gewerkschaften!

halten, sondern die F.D.P. wünscht ein zentrales Instrument, den Bildungsrat, zurück. Bezüglich der Verteilung der finanziellen Mittel fordert sie, daß der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Staatsausgaben gleich bleiben muß und läßt so jeden Grad von weiterer Absenkung des Volksschulniveaus offen. Insgesamt ein Konzept, das die Durchsetzung einer einheitlichen Schule, die einen guten Bildungsstand von unten garantiert, verhindern soll.

Unter solchen Voraussetzungen ist die F.D.P. dafür, „das zehnte Pflichtbildungsjahr mit berufsorientierten Inhalten zu gestalten und auszubauen" und das Berufsgrundbildungsjahr zum 11. Pflichtjahr zu machen, also die Zufuhr von Hilfsarbeitern zum Arbeitsmarkt schubweise über die Schule zu organisieren. Größerer Aufwand soll betrieben werden für die Hochschulen, speziell für die Ausbildung zu solchen Tätigkeiten, die Verfügung über freie Zeit der Gesellschaft voraussetzen. Kunst und Kultur sollen gipfeln in einer Garnierung der Zentralgewalt mit einer „mäzenatischen Einrichtung wie einer Nationalstiftung" am Sitz der Bundesregierung. Scheel hätte sich dafür noch ganz gut geeignet, mit Carstens ist selbst das schwierig.

CDU/CSU: Gegen Ausleseperfektionismus – für Vorbereitung auf die „Berufswelt"

z.maf. Die Unionsparteien – vor zehn Jahren noch standen sie landauf landab als bildungsfeindliche Volksverdummer am Pranger – haben vor dem Thema Bildung inzwischen überhaupt keine Angst mehr. Im Gegenteil, die Unionsparteien haben den demagogischen Dreh gefunden, der ihnen gar nicht selten erlaubt, genau zum Zwecke der Volksverdummung an der Spitze politischer Bewegungen gegen die Schulunterdrückung durch den bürgerlichen Staat aufzukreuzen. Wie ist so etwas möglich?

Die kapitalistische Wirtschaft braucht heute im wesentlichen vier Sorten Arbeitskräfte zu ihrem Funktionieren.

a) Arbeiter und Angestellte mit ein-
tionieren.

a) Arbeiter und Angestellte mit einfachsten Tätigkeitsmerkmalen, die unstet, je nach momentaner Geschäftslage beschäftigt werden und rasch von einer Sphäre der Produktion in die andere verschoben werden können. Diese Sorte Arbeitskräfte verdient gegenwärtig so rund 1750 DM, freilich mit erheblicher Streuung.

b.) Arbeiter und Angestellte, deren Arbeitsgeschicklichkeit in bezug auf einen bestimmten Produktions- oder Arbeitsprozeß stark ausgebildet ist. Ohne sie würde der schnelle Fluß der Produktion stocken, und hohe Qualität wäre nicht zu erreichen. Sie verdienen gegenwärtig so um die 2300 DM.

c.) Arbeiter, vorwiegend aber Angestellte, bei denen weitausgreifende Spezialkenntnisse eines bestimmten Produktions- oder Arbeitsprozesses verknüpft mit Leitungsfunktionen vorliegen, also Meister und entsprechende Angestelltenfunktionen. Sie verdienen gegenwärtig so um die 2900 DM.

d.) Angestellte mit hoher wissenschaftlicher Qualifikation, die zur Abwicklung von Produktionskontrolle, Rechnungswesen, Forschung und Entwicklung usw. benötigt werden. Sie verdienen im Mittel gegenwärtig vielleicht 3900 DM.

Als die Kapitalisten in den sechziger Jahren in der Öffentlichkeit anmeldeten, sie würden mehr Arbeitskräfte vom Typus d.) brauchen, ergriffen SPD und F.D.P. die Gelegenheit, das Zeitalter der Chancengleichheit auszurufen. Die objektive Grundlage für dies Gewäsch war gegeben, insofern eine Verschiebung in den Proportionen der verschiedenen Sorten Arbeitskräfte entstand.

Die Politik der SPD/FDP Koalition lief darauf hinaus, diesen Ausleseprozeß zu organisieren. Das ganze Volksbildungswesen wurde zum höheren Ziel der Auslese reorganisiert. In der Folge stieg nicht nur die Konkurrenz an, sondern, da die Methoden der Auslese nicht immer die besten Methoden der Ausbildung sind, nahm das Bildungsergebnis weithin eher ab als etwa zu. Vor allem aber wurde der Taumel in Sachen Chancengleichheit auf Kosten der Bildungsinteressen jener organisiert, die doch wegen der objektiven Umstände genötigt waren, den Arbeitsmarkt als Arbeitskräfte der Sorten a.), b.) und auch c.) zu bevölkern. In

beitsmarkt als Arbeitskräfte der Sorten

einfachen Worten: Die Hauptschule verkam, die Hilfsschule begann den Bildungsstand zu setzen und das Berufsschulwesen wurde mindestens nicht gehoben.

So kann die CDU/CSU heute im Brustton der gerechten Sache in ihrem Wahlprogramm schreiben: „– Der Hauptschüler darf nicht diskriminiert werden. Die Hauptschule muß ihre eigenständige Aufgabe behalten und dort wo sie verloren ist, wiedergewinnen: eine grundlegende Allgemeinbildung vermitteln, den Schüler auf die Berufswelt vorbereiten und ihn zu einer sachlich begründeten Berufsentscheidung befähigen."

So knüpft die Union an der immer mehr verbreiteten Erkenntnis an, daß die politische Qualität, die Brauchbarkeit des öffentlichen Bildungswesens für die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen bei weitem nicht an der Durchlässigkeit dieses Bildungssystems „nach oben" und der Qualität der Ausbildung in den entsprechenden Schulzügen gemessen werden kann, sondern durch den guten Zustand der minimalen, wirklich allgemeinen, für alle gleichen Bildung gemessen werden muß.

Da aber die Unionsparteien die Ganztagsschule nicht fordern und da sie sich äußerst vorsichtig enthalten, wo man sie nach dem Bildungsziel der Hauptschule fragt, könnte es schon leicht sein, daß in diesem Wahlkampf von diesen nach wie vor und bloß windiger jesuitisch auftretenden Volksverdummern etlicher Lack abgeht.

chen Ausgaben für Unterricht ergibt eine gewaltige Umverteilung von Steuermitteln über die Schulfinanzierung. Der Unterricht wird um so teurer, je mehr der Nachwuchs der Arbeiterklasse schon aus den Schulen raus und auf den Arbeitsmarkt befördert ist. 1977 kostete das Grundschuljahr pro Schüler 2356 DM, das Hauptschuljahr 2412 DM und das Berufsschuljahr ca. 1200 DM. Das Realschuljahr kostete 2400 DM, das Gymnasium 3600 DM und die Hochschule 11750 DM. Nimmt man den durchschnittlichen Lehreraufwand pro Schüler als Gradmesser der Intensität der Ausbildung, so kommt ein Jugendlicher mit dem Bildungsgang Grundschule/Hauptschule/Berufsschule in den Genuß von insgesamt 0,4 Arbeitsjahren eines Lehrers, ein Hochschulabsolvent konsumiert dagegen 1,3 Arbeitsjahre eines Lehrers. Zwar ist die Kostenspanne zwischen den einfachen Bildungsgängen und den höheren Bildung von 1956 bis 1977 deutlich geschrumpft, aber nicht durch Verbesserung der Haupt- oder Berufsschulen, sondern durch drastische Ökonomisierung der Hochschulausbildung, weswegen neuerdings wieder Elitehochschulen gefordert werden. In der Kostensteigerung der letzten Jahre für Haupt-oder Berufsschulen dürften außerdem die Mittel für Orientierungsstufen und Berufsgrundbildungsjahr versteckt sein.

Was die verschiedenen Bildungsgänge kosten (in Preisen von 1977)

I:	4 J. Grundsch. + 5 J. Hauptsch. + 3 J. Berufssch.	= **25324 DM** (= 100)
II:	4 J. Grundsch. + 6 J. Realsch. + 3 J. Berufssch.	= **27664 DM** (= 109)
III:	4 J. Grundsch. + 6 J. Realsch. + 2 J. Berufsfachsch.	= **31024 DM** (= 123)
IV:	4 J. Grundsch. + 9 J. Gymnas. + 5,5 J. Hochsch.	= **106449 DM** (= 420)

Zum Vergleich: Kosten 1956 (in Preisen von 1956):

I:	5237 DM	(= 100)
II:	7525 DM	(= 144)
III:	8429 DM	(= 162)
IV:	39502 DM	(= 754)

Durch eine Erhöhung der Mittel für die Hauptschule auf den Standard der Ausgaben pro Gymnasiast könnte der Inhalt des Hauptschulabschlusses auf das Niveau des Realschulabschlusses angehoben werden. Eine Steigerung des Aufwands für die Berufsschulen auf dieselbe Marke würde ermöglichen, daß der Berufsschulabschluß die sachlichen Voraussetzungen für ein Fachstudium bieten kann.

Festigung der Kämpfe der Berufsschüler um ihre Rechte

z.jöd. Was sind die besten Bedingungen für die jugendliche Arbeitskraft, einen Arbeitsplatz zu bekommen und einen Lohn, mit dem es sich leben läßt? – Diese Überlegungen machen sich die Haupt- und Berufsschüler in den letzten Schulklassen. Sie sehen, wie es ihren Eltern ergeht, wenn sie ihren Arbeitsplatz wechseln müssen. Die 12. IGM-Jugendkonferenz Ende April hat dazu in einer Entschließung richtige Ziele genannt: „Die Inhalte der beruflichen Ausbildung sind so zu gestalten, daß jeder Arbeitnehmer

– die Grundqualifikationen erwerben kann, die ihn zu einer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit befähigen,

– in die Lage versetzt wird, die durch die gesellschaftliche und technologische Entwicklung bedingten Veränderungen des Arbeitsprozesses zu bewältigen"

und

„Der Zugang zur Hochschule muß grundsätzlich allen, die ihre 13jährige Bildungspflicht erfüllt haben (gemeint sind 10 Schulpflichtjahre und 3 Berufsschuljahre, d. Red.) offenstehen und darf nicht durch formale Leistungsnachweise eingeschränkt bleiben."

Anfang der siebziger Jahre kämpfen die Berufsschüler gegen die Verschärfung der Kontrolle in der Berufsausbildung. „Keine Stufenausbildung" war eine wesentliche Forderung. Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz wurden durch die Berufsschüler bekämpft. Teilweise wußten die Gewerkschaftsvorstände noch nicht viel mit den Kämpfen anzufangen. Die Gewerkschaftseinheit kam ins Stocken. Trotzdem gelang es den Kapitalisten nicht, in großem Ausmaß die Stufenausbildung einzuführen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit Mitte der siebziger Jahre gab den Kapitalisten neue Möglichkeiten.

Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) war das Zauberwort: Einsaugung jugendlicher Arbeitskraft in die Produktion ohne jegliche Absicherung von Rechten, wie Bezahlung, Sicherung eines Ausbildungsplatzes und Anrechnung des BGJ auf die Berufsausbildung. Der BDI fordert im letzten Jahresbericht: „Bei den Maßnahmen der Berufsaufklärung und Berufsberatung sollten die weniger gefragten Berufe stärker Berücksichtigung finden." Zahlreiche Demonstrationen fanden an vielen Orten statt. Teilweise waren es landesweite Demonstrationen von tausend Jugendlichen. Sie wendeten sich gegen das BGJ, gegen Blockunterricht, gegen verschärfte Prüfungsbedingungen und gegen die Zensur von Schülerzeitungen. Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad der Metalljugend unter 21 Jahren ist seit 1976 um 25000 auf 400000 IGM-Mitglieder gestiegen. Das verbessert die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Forderungen nach Inspektions- und Kontrollrechten der Gewerkschaften und Betriebsräte. Die Forderung nach 12 Berufsschulstunden an zwei arbeitsfreien Tagen ist in den letzten Monaten auf Demonstrationen der Schul- und Gewerkschaftsjugend erneut aufgestellt worden. Die Durchsetzung der Forderung wird zu einer Vereinheitlichung gegenüber anderen Ausbildungstypen führen.



1976. Demonstration von Schülern in Friedberg (Hessen)

Kämpfe der Oberschüler gegen die Wirkung

Kämpfe der Oberschüler gegen die Wirkung der Oberstufenreform

z.dif. Seit Mitte der 70er Jahre kämpfen die Schüler an den Gymnasien gegen die Wirkungen der Oberstufenreform. Gegen den immer weiter ausgedehnten Unterricht wird die Forderung nach seiner zeitlichen Begrenzung erhoben. Angesichts der wachsenden Kosten für die Schüler wird die Forderung nach vollständiger Bezahlung der Lernmittel durch den Staat gestellt. Der Kampf wird um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einschließlich der Versorgung mit warmem Mittagessen geführt, was durch die Intensität des Unterrichts und seine Dauer unentbehrlich geworden ist. Versuche der Kultusbehörden, mit der Festlegung und Ausweitung der Kurssysteme den Konkurrenzdruck unter den Schülern noch zu verstärken und das Notensieb noch wilder zu schütteln, stoßen auf erbitterten Widerstand.

Ende der 60er Jahre begannen die Vorbereitungen für die Reform der gymnasialen Oberstufe. Auf einer Arbeitstagung der Bildungskommission des deutschen Bildungsrates im Jahre 1971, auf der die Vertreter der großen westdeutschen Monopole sowie der Deutschen Bank anwesend waren, wurden die Interessen „der Wirtschaft" formuliert: „Die Wirtschaft wünscht sich im Grunde einen Abiturienten, der für eine qualifizierte betriebliche Ausbildung geeignet ist, aber nicht fixiert ist auf das heutige akademische Studium ... bestimmte Berufspositionen oder Arbeitsfunktionen verändern sich, so daß es zu ihrer Besetzung notwendig ist, einen neuartigen Typ von Arbeitskräften in die Betriebe einzufügen ... die Verwendung von Akademikern soll nicht völlig ausgeschlossen werden, es soll vielmehr noch einmal eine Qualifikationsgruppe in den Betrieb hineingeschoben werden, die mit den Akademikern nicht deckungsgleich ist, aber zumindest partiell mit den Akademikern konkurrenzfähig sein sollte."

Um diesen „neuartigen Typ von Arbeitskräften" dem Arbeitsmarkt in gewünschtem Umfang zuzuführen, wurde von zwei Seiten gewirkt: Mit dem Numerus Clausus, der den Zugang zur Hochschule erschwerte, und mit der Oberstufenreform, propagiert als Möglichkeit zur Entfaltung individueller Fähigkeiten und Neigungen, in Wirklichkeit Methode, die Auslese und Zuteilung den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes besser anzupassen. Die Absicht indessen, die mit der Oberstufenreform verbunden war, die Schüler an den Gymnasien in eine Masse von miteinander konkurrierenden Individuen aufzuspalten, ist nicht aufgegangen. Die Kämpfe der Schüler, mit Forderungen, die im Kampf für die Einheitsschule unter Volkskontrolle zusammengefaßt werden können, haben zugenommen.



Von ihrer Einführung an stößt die Oberstufenreform auf Widerstand

Die Bewegung der Studenten hat andere Forderungen, nutzt aber dem Kampf um das Volksbildungswesen

z.bep. Spätestens als die SPD/FDP-Koalition seit Ende der 60er Jahre daran ging, eine rasch wachsende Zahl von Schulabgängern vom Arbeitsmarkt in die Hochschulen zu schleusen, wurde die Ausbildung von Angehörigen der lohnabhängigen Klassen für künftige Lohnarbeit zur Hauptseite der Hochschulausbildung. Grundlegend für die Bewegung der Studenten wurden deshalb elementare gewerkschaftliche Forderungen. Forderungen gegen das BAFöG und Forderungen nach Vertretungsrechten bilden einen festen Bestandteil der 1975 neu gegründeten vds, und in allen Jahren zwischen 1974 und 1977 gab es Streiks und große Massendemonstrationen für diese Forderungen. In den letzten beiden Jahren ist es zu solchen großen zusammenfassenden Aktionen der Studenten nicht gekommen. Aber die Bewegung hat andere Aktionsformen gefunden, gestützt auf den Aufbau gewerkschaftlicher Organe in Gestalt der Fachschaften und Fachtagungen. Vor allem seit der Verabschiedung des HRG 1975 nutzte die Regierung die Überfüllung des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen, um den Druck im Studium zu erhöhen, die Arbeitsbelastung zu steigern und die Prüfungsanforderungen hochzuschrauben. Das Interesse der Studenten, ihre Ausbildung unter geregelten Bedingungen abschließen zu können, wird von den vds in der Forderung nach Beseitigung der Regelstudienzeit aufgenommen, während die Fachschaften und Fachtagungen genauere Forderungen nach Begrenzung der Arbeitszeit, Regelung der Prüfungsbedingungen und Studiengänge erheben.

Die Forderungen nach allgemeiner, unentgeltlicher Schulbildung können sich nicht auf die Hochschulausbildung erstrecken. Deshalb ist es richtig, für diese Ausbildung vertragliche Regelungen und Bezahlung zu verlangen. Den Kämpfen um das Volksbildungswesen nutzt das deshalb, weil der Abspaltung der Studenten von den Volksmassen entgegengewirkt wird, und man beispielsweise nur so die Lehrer kriegt, die für eine Einheitschule taugen.



1977 standen 20000 Medizinstudenten im Streik für Ausbildungs- und Tarifvertrag. Der Kampf für diese Forderungen dauert an. Bild: 1. Mai 1980



Demonstration nach dem 2. Weltkrieg gegen die Ablehnung des Antrages für Aufhebung der Demontage durch die britischen Besatzer.

Der Staat als Kapitalist – Rationalisierung und Intensivierung bei P + S

r.evg. Mitte der 60iger Jahre kreiste der Pleitegeier über der Salzgitter AG, 100%iges Bundesunternehmen. Ministerialdirigent Birnbaum übernahm 1967 den Vorstandsvorsitz, um die Probleme des Konzerns „unternehmerisch" zu lösen. Das Herz des Konzerns sollte das Stahlgeschäft werden. Die Ilseder Hütte (15 km von Salzgitter entfernt) machte zu der Zeit fette Profite. Das neugebaute, dazugehörende Blasstahlwerk in Peine begann sich gerade auszuzahlen. Das war der Grund für die ablehnende Haltung der Ilseder Aktionäre gegen Birnbaums Fusionierungsangebote. Deshalb kaufte Birnbaum einfach heimlich über 2 Großbanken Aktien der Hütte auf, bis der Bund die Mehrheit besaß, 1970 wurde die Fusionierung vollzogen.

Nun war genug Kapital zusammengeballt, um die Stahlproduktion umfassend zu modernisieren. Zwischen 1974 und 78 investierte die Salzgitter AG 1,2 Mrd. DM die Folge: 1974 betrug die Belegschaft von P + S 19871, am 30.9.78 waren es 15143.

1979 beschloß der Aufsichtsrat 180 Mio. DM für zwei Stranggießanlagen. Gleichzeitig wurde das Siemens-Martinswerk in Peine stillgelegt, und die Feineisenstraße von Peine nach Salzgitter verlegt. Die Schließung des SM-Werks soll 13 Mio. im Jahr bringen, 160 Arbeiter werden „umgesetzt". Dadurch wird das Produktionsvolumen von Oxiygen-Stahl in Peine um 12000 t/Monat gesteigert. Alle 4 Schichten (Kontischicht) müssen deshalb im 2 Konverter-Betrieb fahren, d.h. vor allem auch die Nachtschicht, wobei in-
lem auch die Nachtschicht, wobei in-
zwischen durch größere Konverter mit Sauerstoff-Hochdruckaufblasverfahren die Produktionszeit von 40 auf 28 Min. gesenkt wurde.

Die höhere Oxygenstahlerzeugung wird in Salzgitter zu 5000 t/Monat Mehrproduktion von Thomasstinter und 3000 t/Monat mehr Roheisen führen, was „mit den bestehenden Soll-Stellen zu erreichen ist."

Heftige Auseinandersetzungen gab es um einen weiteren Teil des Investitionsprogramms der Schließung der Ilseder Hütte. Die Roheisenproduktion wird damit vollständig nach Salzgitter verlegt. Der neue Hochofen in Salzgitter hat ein um siebenfaches größeres Volumen als herkömmliche Öfen und kann alle 20 Min. (alte Öfen alle 2 Stunden) rund um die Uhr abgestochen werden. Dadurch sollen 15 Mio. mehr pro Jahr aus den Arbeitern herausgepreßt werden, obwohl nun das Roheisen (heiß und flüssig!) zwischen Salzgitter und Peine statt von Ilsede nach Peine (ca. 6 km, gegenüber 20 km) transportiert werden muß.

Um diese Intensivierung und Verschärfung der Ausbeutung durchsetzen zu können, braucht P + S seine „Vorwärtsstrategiepersonalplanung", die auch Oktober 1979 entwickelt wurde. Das Durchschnittsalter der P + S-Arbeiter ist 41 Jahre, wobei gerade im Ilseder Werk viele ältere Arbeiter arbeiten. Außerdem hat P + S einen hohen Facharbeiteranteil (vgl. Tabelle). Auch wenn ein großer Teil davon schon zur Zeit in der Produktion eingesetzt ist, bedeutet dies relativ hohe Lohnkosten. Durch das Rationalisierungsprogramm und der damit verbundenen Umwälzung der Belegschaft wird auch dieses Problem „unternehmerisch angepackt".

Ursprünglich plante der Vorstand alle 500 Arbeiter der Hütte auf die Straße zu setzen, was die Arbeiter am 15.9.78 durch den „Kurier am Mittag" erfuhren. Am nächsten Tag streikten die Arbeiter in Ilsede. Streikaktionen in Peine schlossen sich an, die Arbeiter in Salzgitter sagten ihre Unterstützung zu. IGM, DGB, Landvolkverband, selbst der Pfarrkonvent von Peine forderten (der letztere „bat"): keine Schließung der Hütte. Peines bürgerliche Politiker gründeten einen
bürgerliche Politiker gründeten einen
„Koordinierungsausschuß" gegen die Stillegungspläne, wobei es allerdings auch so ist, daß Bürgermeister, Landrat, Kreis- und Bundestagsabgeordnete der SPD entweder DGB oder IGM-Funktionäre sind.

So mußte der Aufsichtsrat im November 78 die Schließung ablehnen. Die Kampfbereitschaft der P + S-Arbeiter konnte sich nicht richtig entfalten, hat aber dazu ausgereicht, daß mit anderthalb Jahren Verspätung und ohne Entlassungen vor 2 Monaten die Stillegung beschlossen wurde. Für 2 Jahre wird voller Lohnausgleich bei den Umsetzungen bezahlt.



„Auf deutschem Boden erhebt sich ein Werk...

Gründung der Salzgitter AG zur Stahlversorgung für den 2. Weltkrieg

r.anm. Die Reichswerke AG „Hermann Göring", Vorläufer der heutigen Salzgitter AG, wurden im Juli 1937 einzig zu dem Zweck gegründet, den geplanten Krieg auf dem Gebiet der Erzversorgung abzusichern. „Die Ausnutzung der heimischen Erzlager... bietet das höchste Maß strategischer Sicherung der Rohstoffversorgung", das Projekt sei eine „wehrpolitische Notwendigkeit", begründete Rheinländer, später Direktor der Hütte. Mit Händen und Füßen versuchten die Vertreter der Nazi-Bürokratie, die Kapitalisten zur Durchführung des Projektes zu bewegen – erfolglos, weil diese lieber die billigen und eisenhaltigeren Schwedenerze verarbeiteten und weil ihnen die Profitaussichten des Projektes nicht hoch und sicher genug waren. Vor die Wahl gestellt, entweder die Zölle für die Erzimporte derart zu erhöhen, daß die Kapitalisten doch die deutschen Erzvorkommen erschließen würden, oder die Sache staatlicherseits in die Hand zu nehmen, entschloß man sich für Letzteres. Die Großbanken, Mannesmann und Klöckner waren zur Mitarbeit bereit. Die Übernahme der Erzfelder bei Salzgitter, die privaten Kapitalisten gehörten, durch den Staatsbetrieb geschah natürlich gegen „angemessene" Entschädigung. Allein die Ilseder Hütte kassierte 2407000 RM.

Der Standort wurde gegen den Widerstand des Landvolkverbandes auf den besten Böden festgelegt, u. a. aus diesem Grund: Der Standort muß so weit von Braunschweig wegliegen, daß nicht die Gefahr des Wegholens der Arbeiterschaft ... durch die besser bezahlende hochwertige Industrie Braunschweigs entstehen kann." (Festlegung auf einer Besprechung mit dem Braunschweiger Ministerpräsidenten Klagges). Die zum Aufbau benötigten Facharbeiter wurden teils angeworben, z. B. aus Schlesien oder dem Rheinland, immer mehr wurden dann aber zwangsverpflichtet. Die Ungelernten wurden zunächst aus Ungarn und Italien geholt, im Krieg kamen dann Gefangene und Zwangsverschleppte. Der Anteil der ausländischen Arbeiter am Aufbau der Werke wird schon aus der Zahl deutlich, daß schon 1941 von 66000 Arbeitern 40000 Ausländer waren.

Als nach dem Westfeldzug 1940 das Erzbecken in Ostfrankreich den deutschen Kapitalisten zur Plünderung eröffnet war, war der ursprüngliche Zweck der Reichswerke weitgehend erfüllt, sofort wurde das Aufbautempo gedrosselt. Unter Führung von Pleiger (alleiniges Mitglied des Vorstands) wandte man sich stärker anderen Aufgaben zu: die Reichswerke wurden einer der Schrittmacher in der Zusammenraffung von Industriewerken in den eroberten Gebieten. Das begann in Österreich mit der Alpinen Montangesellschaft, mit Steyr-Daimler-Puch, setzte sich fort in der Tschechoslowakei mit Treibstoffwerken, einem Bergbaubetrieb und der Polidhütte AG, in Polen riß man sich die Steinkohlenfelder von Kattovice unter den Nagel wie die Berbau- und Hüttenwerke von Starachovice, die zu 50% in polnischem Staatsbesitz waren. Bei Kriegsende befehligte Pleiger immerhin 420000 Arbeiter und Angestellte.

Die britischen Besatzer wurden nur durch den erbitterten Kampf der Arbeiter daran gehindert, die Anlagen völlig zu demontieren. Als die Arbeiter merkten, daß die Bundesregierung im Petersberger Abkommen die Demontage zuließ, und als die Besatzer sogar die Fundamente sprengen wollten, handelten sie: der alliierte Demontagestab, die Sprengkommandos wurden vertrieben, das Aktenmaterial verbrannt, die Demontagewerkzeuge zerstört, die Besatzer wurden auch direkt angegriffen. Der Demontagestopp wurde erreicht.

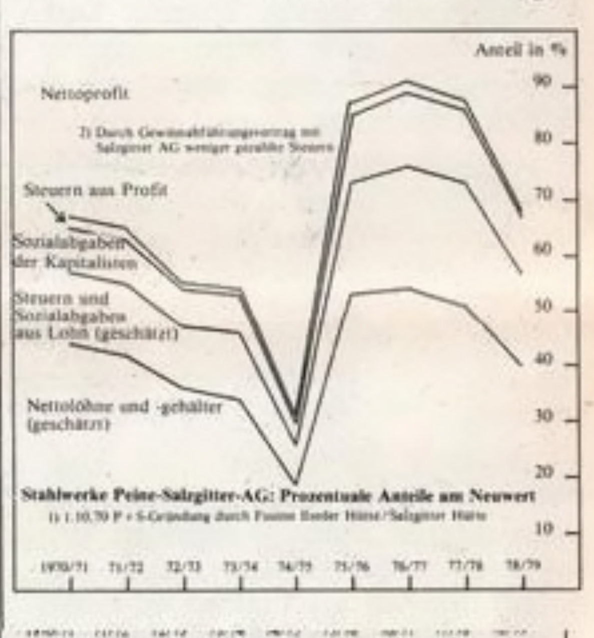
...ein Ring von Unternehmen" – der Salzgitter Konzern

Kapitalexport der Salzgitter AG – Ausbeuter in aller Welt

r.pee. Aus 122 Gesellschaften besteht der Salzgitter Konzern, (wobei nur die mit über 50% Aktienanteil gerechnet sind) wobei P + S die größte ist. Im unteren Schaubild haben wir von P + S die wichtigsten zusammengestellt. Jede der „Einzelgesellschaften" hat sich in etliche Firmen eingekauft oder besitzt sie ganz, so daß der Salzgitterkonzern ein unendlich dichtgezweigtes Netz aufgebaut hat. Nicht nur im Inland, vor allem im Ausland, und hier wiederum in den Ländern der Dritten Welt, die die Haupt-Rohstofflieferanten für den Konzern und seine Produkte sind. So braucht der Konzern nicht als Konzern aufzutreten, sondern wickelt seine Geschäfte z.B. in Südafrika über die gemeinsame Tochter „AG Deutscher Eisenhandel" ab. Diese Tochter ist mit der Lübecker Possel-Gruppe verbunden, und wickelte 1970 ⅓ der Importe hochwertigen Mangan-Erzes aus Südafrika ab. Von 1974 auf 75 hat sich die
rika ab. Von 1974 auf 75 hat sich die
Rohstofflieferung aus afrikanischen Ländern von 6% auf 28%, die aus Skandinavien von 17% auf 32% erhöht und der Rohstoffanteil aus der BRD ist im gleichen Zeitraum von 23% auf 7% gesunken.

Rund ¼ des Gesamtumsatzes von 8,7 Mrd. DM 1979 der Salzgitter AG macht die Stahlerzeugung P + S aus. Das heißt, die Stahlproduktion ist das Standbein und zugleich der Stoßkeil der Salzgitter AG für die Expansion und den Kapitalexport. Dies sowohl in die Länder der Dritten Welt, als auch zum Großteil in die Länder der imperialistischen Konkurrenten wie den USA, wo es dem Salzgitter Konzern gelungen ist, während des Streiks der amerikanischen Stahlarbeiter 1978/79 Marktanteile gutzumachen. Die USA sind auch der Schwerpunkt der Auslandsinvestitionen. In New Castel, Birmingham, St. Louis und Chicago sind über die Düsseldorfer „Salzgitter Stahl" Handelsgesellschaft Stahlverarbeitungsbetriebe im Besitz, sowie in Housten die „Delta Steel" mit Lagern in Texas. In Millwood gehört der Peiner AG die Firma „Pecco", und die „Deutsche Schachtbau" betreibt in Housten „Explorationsbohrungen". Die größte Auslandsniederlassung ist die brasilianische „ISOMONTE S.A.".

Trotz allem: mit Carters Wirtschaftsembargo-Vorschlag gegen den Iran war der Salzgitterkonzern nicht ei-
schaftsembargo-Vorschlag gegen den Iran war der Salzgitterkonzern nicht ei-
ner Meinung. Die 125 Mio. bis 135 Mio. DM jährlichen Umsatzes mit dem Iran sind der Grund. Vorstandsvorsitzender E. Pieper auf der Hannover Messe: „Ein Embargo würde uns hart treffen". Damit hat er auch die Embargo-Vorstellungen Carters gegen die UdSSR gemeint. Denn allem voran steht der „deutsche Osthandel." Und hierbei hat die westdeutsche Kapitalistenklasse und das Finanzkapital, welches über die Kreditierung der Salzgitter AG den direkten Zugriff hat, für den Salzgitter Konzern, und damit verbunden P + S, eine besondere Rolle vorgesehen. P + S soll den Stoßkeil für die Expansion in die RGW-Länder übernehmen. 700 Mio. DM, das ist ¼ des Gesamt-Auslandsumsatzes der Salzgitter AG, macht 1979 der Handel mit den RGW-Ländern aus. Davon 30 Mio. für eine Schlackenaufbereitungs-



anlage in der DDR, sowie ein Großauftrag Polens über 100000 t Großrohre für die Gaspipeline zusammen mit Hoesch. Da soll aber in nächster Zeit noch mehr dringen. Wie E. Pieper bekannt gab, ist der Salzgitter Konzern in weiteren Verhandlungen mit der DDR über Projekte, über das eventuell zu realisierende 1 bis 1,5 Mrd. DM Stahlwerkprojekt zusammen mit Krupp aus. Und ein Rahmenvertrag über Deutsch-Polnische Zusammenarbeit soll auch abgeschlossen werden: „auch im Anlagengeschäft auf Drittmärkten".

Allgemeine Daten P + S

Facharbeiter	3733
Angelernte etc.	7477
Angestellte	3933
ausländ. Arbeiter	1805
Auszubildende	1086

Umsatz 79: 2,44 Mrd., **Aufsichtsrat:** Ernst Pieper, u.a. Erich Frister, Gerhard Glokowski, **Hauptprodukte:** Halbzeug, Formstahl, Träger, Bohlen, Pfähle, Betonstähle, Walzdraht, Bleche, Großrohre, Maschinen- und Stahlbau, verschiedener Stahlguß, Roheisen. **Kapitaleigner:** 100%ige Tochter der Salzgitter Hüttenwerke AG, die ihrerseits 100%ige Tochter der Salzgitter AG ist, die 100% der BRD gehört.

